



Braunschweigische Heimat

Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz e. V.

80. Jahrgang · 1994







Braunschweigische Heimat

Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz e. V.

80. Jahrgang · 1994

Inhalt

Anne-Katrin Henkel

Die Hannoversche Legion (Welfenlegion) und Preußen

Ein Beitrag zur welfischen Exilpolitik in der Phase der Reichsgründung (1866 — 1871) 3

Falko Rost

Die Kirche in Bevenrode

— eine mittelalterliche Pfarrkirche in der Inspektion Campen — 88

Herbert Blume

Braunschweiger Straßennamen: Hutfiltern, Kattreppeln und Abelnkarre 99

Rolf Jürgens

Der Kolkraße (Corvus corax)

— Brutvogel im Braunschweiger Land — 112

Wolfgang Winkel

Der Trauerschnäpper (Ficedula hypoleuca) — ein Vogelporträt

Befunde aus dem Braunschweiger „Höhlenbrüterprogramm“ des Instituts für Vogelforschung
„Vogelwarte Helgoland“ 117

Buchbesprechungen

127

Der Braunschweigische Landesverein für Heimatschutz im Jahre 1993

136

Herausgegeben vom Braunschweigischen Landesverein für Heimatschutz e. V.

Schriftleitung Wolf-Dieter Steinmetz

Wolfenbüttel 1994

© Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz

Geschäftsstelle: Kanzleistraße 3, 38300 Wolfenbüttel

Schriftleitung: Wolf-Dieter Steinmetz, Kanzleistraße 3, 38300 Wolfenbüttel

Titelbild: Trauerschnäpper-Männchen, singend; die Aufnahme entstand bei kurzfristiger Volierenhaltung (mit Sondergenehmigung). Foto: Doris Winkel.

Vgl. Aufsatz Wolfgang Winkel, S. 117 — 126.

Umschlagentwurf: Klaus Grötzinger, Braunschweig

Alle Zuschriften sind an den Schriftleiter zu richten; ebenfalls Besprechungsexemplare und Sonderdrucke von Aufsätzen, die im Literaturteil angezeigt werden sollen.

Für die einzelnen Beiträge sind jeweils die Verfasser verantwortlich.

Der Zweck des Vereins ist mit Bescheid des Finanzamtes Braunschweig-Stadt vom 14. 5. 1982 (AZ.IV-231-Gem LNR.: B 41) als förderungswürdig im Sinne der Steuergesetze anerkannt. Für Zuwendungen über den Mitgliedsbeitrag hinaus können deshalb Spendenbescheinigungen erteilt werden.

Anmeldungen über die Geschäftsstelle Kanzleistraße 3, 38300 Wolfenbüttel.

Postbankkonto des Braunschweigischen Landesvereins für Heimatschutz: Hannover Nr. 44065-308.

Bankkonto: Norddeutsche Landesbank Nr. 111 690, Braunschweig.

Gedruckt mit einem Zuschuß der Stadt Braunschweig.

Gesamtherstellung: Heckner Druck- und Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Anne-Katrin Henkel

Die Hannoversche Legion (Welfenlegion) und Preußen

Ein Beitrag zur welfischen Exilpolitik in der Phase der Reichsgründung (1866 — 1871)

Inhalt

Vorwort	IV	6.5 Kontinuität und Ende der welfischen Exilpolitik nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges	74
1 Einleitung	3	6.6 Preußische Präventivmaßnahmen in der Provinz Hannover gegen mögliche welfische Aufstandsversuche	76
1.1 Schwerpunkte und Fragestellungen	3	7 Schlußbemerkung: Welche Rückwirkungen hatte die Hannoversche Legion auf die preußischen Einigungsbemühungen?	77
1.2 Zur Quellenlage	6	8 Quellen- und Literaturverzeichnis	80
1.3 Zum Forschungsstand	8	9 Personenregister	85
2 Das Ende des Königreiches Hannover und der Beginn der welfischen Exilpolitik (1866)	10	10 Anhang	87
2.1 Die Haltung der europäischen Großmächte zur Annexion Hannovers	10		
2.2 Ein preußisch-französischer Krieg im Kalkül welfischer Exilpolitik	14		
2.3 Proteste, Propaganda, Agitation: Formen welfischen Widerstandes gegen die Annexion Hannovers	18		
3 Die Entstehung der Hannoverschen Legion (1867)	21		
3.1 Erste Auswanderungen nach England und Nordamerika 1866/1867	21		
3.2 Die Luxemburgkrise	24		
3.3 Die Bildung der Legion im Frühjahr 1867	28		
4 Auswirkungen der Welfenlegion auf den preußisch-welfischen Gegensatz (1867)	32		
4.1 Preußische Abwehrmaßnahmen in der Provinz Hannover	32		
4.2 Der Aufenthalt der Legion in Holland und in der Schweiz	37		
5 Der Höhepunkt der welfisch-preußischen Differenzen: Die Verlegung der Hannoverschen Legion nach Frankreich (1868)	41		
5.1 Preußisch-österreichische Verstimmungen nach dem Eintreffen der Legion in Frankreich	41		
5.2 Die Haltung der französischen Regierung zur Hannoverschen Legion	46		
5.3 Beschlagnahme des welfischen Vermögens, Hochverratsprozesse und Amnestie: Preußische Maßnahmen gegen die Welfenlegion im Jahr 1868	52		
6 Vom Ende der Hannoverschen Legion bis zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges (1869/1870)	61		
6.1 Der Zusammenbruch der Wiener Bank	61		
6.2 Das Algerienprojekt	62		
6.3 Die Auflösung der Legion	66		
6.4 Die Rolle des welfischen Gesandten Oskar Meding nach der Auflösung der Hannoverschen Legion	69		

1 Einleitung

1.1 Schwerpunkte und Fragestellungen

Die Geschichte der Hannoverschen Legion (Welfenlegion), die in der vorliegenden Darstellung aufgearbeitet und analysiert wird, gehört in die Phase des 19. Jahrhunderts (1866 — 1870/71), in der Preußen unter Ausschluß Österreichs den kleindeutschen Nationalstaat errichtete. Diese Phase wird durch zwei Kriege eingerahmt. Dabei handelt es sich um den Deutschen Krieg von 1866, in dem es Preußen gelang, seine Hegemonie in Deutschland durch die Annexionen von Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessen, Nassau und Frankfurt auszubauen und Österreich von der Neuordnung Deutschlands auszuschließen, und um den Deutsch-Französischen Krieg, der vier Jahre später zum Anschluß der süddeutschen Staaten an den von der preußischen Regierung begründeten Norddeutschen Bund und zur Gründung des Deutschen Reiches führte.

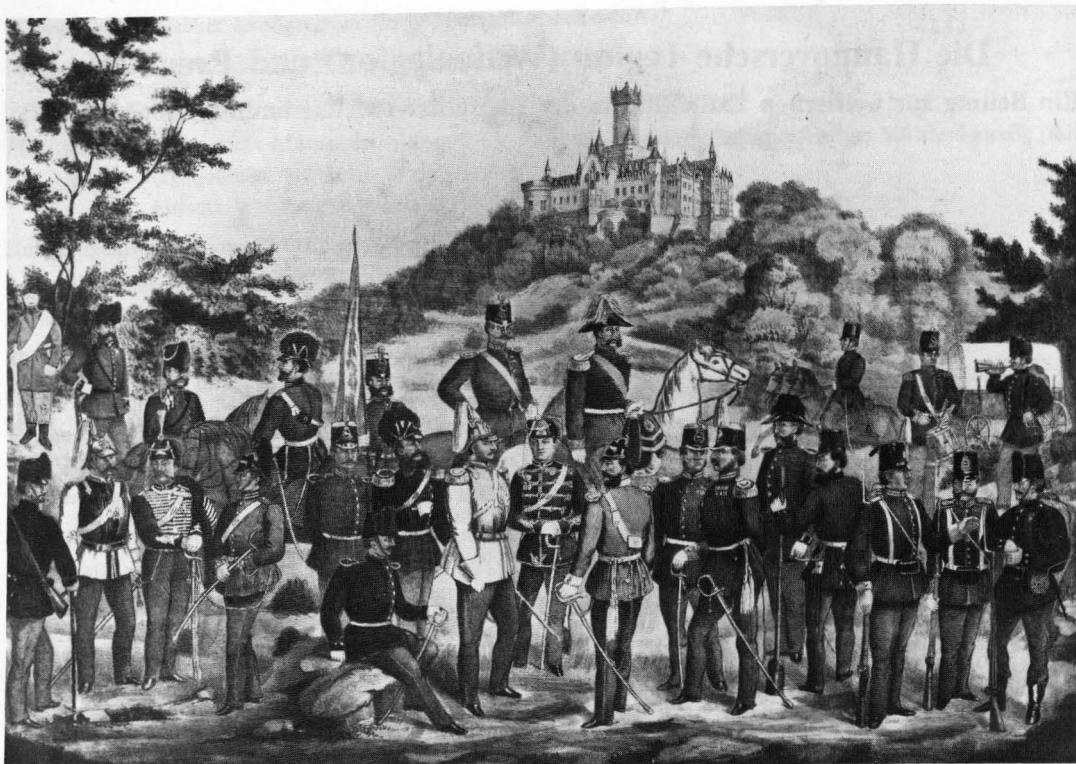


Abb. 1: Die Uniformen der Königlich Hannoverschen Armee 1866 unter der Marienburg. Historisches Museum Hannover.

Die Welfenlegion, die hannoversche Auswanderer 1867 in Holland gründeten, war ein antipreußisches Freikorps und gehörte zu einer welfisch-partikularistischen Bewegung, die die Annexion Hannovers durch Preußen vom Sommer 1866 revidieren und die Vollendung des kleindeutschen Nationalstaates verhindern wollte. Träger der welfischen Bewegung war der hannoversche König Georg V. (1819 — 1878), der sich 1866, nach der Einverleibung des Königreiches Hannover in den preußischen Staat, ins österreichische Exil begab, um von dort aus gegen die preußische Annexions- und Einigungspolitik vorzugehen. Bei der von ihm eingeleiteten antipreußischen Politik, die auch die Bildung der Hannoverschen Legion beinhaltete, sollte Frankreich, der politische Gegenspieler Preußens, wie zu zeigen sein wird, eine entscheidende Rolle spielen. Aufgrund dieser Zusammen-

hänge wird die Geschichte des welfischen Freikorps' sowohl vor dem Hintergrund der preußisch-welfischen als auch der französisch-welfischen Beziehungen dargestellt. Das führt aber gelegentlich zu zeitlichen und inhaltlichen Überschneidungen, da sich die für die Entwicklung der Welfenlegion wichtigen Vorgänge teilweise parallel in Hannover, Frankreich und Österreich zugetragen haben.

Die Geschichte des welfischen Freikorps' beginnt mit der Annexion Hannovers durch Preußen, die anfangs von großen Teilen der hannoverschen Bevölkerung abgelehnt wurde. Die Vorgeschichte der Annexion und der Schleswig-Holstein-Konflikt, der im Jahr 1866 zum Ausbruch des Deutschen Krieges führte, werden in dieser Darstellung jedoch nicht näher behandelt, da sie für die Entstehung und Entwicklung der Legion nicht relevant sind. Doch ist der

preußisch-welfische Gegensatz, der bereits vor 1866 entstanden war und im Konflikt um Schleswig-Holstein offenbar wurde, als Ausgangspunkt für die spätere Entstehung der Welfenlegion zu betrachten.¹

Georg V. hatte schon vor dem Sommer 1866 eine Politik betrieben, die auf die Erhaltung des föderalistisch strukturierten Deutschen Bundes abzielte und sich an Österreich orientierte, das als Präsidialmacht des Bundes die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland und damit die Unabhängigkeit der kleineren deutschen Staaten garantieren sollte. Der Grund für diese Politik bestand in der geographischen Lage Hannovers, das die beiden Hauptkomplexe des preußischen Staates voneinander trennte. Die Unabhängigkeit des hannoverschen Königreiches war gefährdet, falls es Preußen gelang, die Hegemonie in Deutschland zu übernehmen.² Die Politik des Welfenkönigs, die der preußischen Regierung in Überschätzung der eigenen politischen und militärischen Möglichkeiten überall Hindernisse in den Weg legte,³ hatte Hannover schon früh in einen Gegensatz zu Preußen gebracht, der sich durch die Annexion verstärkte, weil Georg V. nicht bereit war, auf seine legitimen Ansprüche in Hannover zu verzichten.

Im ersten Kapitel der Darstellung sollen die politischen Voraussetzungen für die Entstehung der Hannoverschen Legion erläutert werden. Dazu gehört ein Abriß über die Haltung der europäischen Großmächte zur Annexion Hannovers, die für die Entwicklung der welfischen Exilpolitik von Bedeutung war. Das Freikorps gehörte zu einem welfischen Gesamtkonzept, das außer militärischen auch propagandistische, agitatorische und diplomatische Maßnahmen beinhaltete. Deshalb ist es nötig, seine Geschichte in den Rahmen der gesamten welfischen Exilpolitik zu stellen, die sofort nach der Annexion

einsetzte. Sie basierte auf politischen Plänen, die einige Mitglieder der von Georg V. errichteten Exilregierung seit dem Sommer 1866 entworfen hatten. Anhand der Pläne, die in der folgenden Darstellung analysiert werden, untersuche ich, welche Funktionen die Legion in der welfischen Exilpolitik einnehmen sollte und welchen Einfluß der Gegensatz zwischen Frankreich und Preußen auf diese Politik hatte.

Da die Welfenlegion schließlich im Zusammenhang mit der im Frühjahr 1867 zwischen Preußen und Frankreich ausgebrochenen Krise um Luxemburg entstand, liegt ein weiterer Schwerpunkt der Darstellung auf der Entstehungsgeschichte des welfischen Freikorps.

Bei meiner Analyse gehe ich von der These aus, daß die Welfenlegion, die nie zum Einsatz kam und nur eine geringe Stärke erreichte, zwar militärisch, nicht aber politisch bedeutungslos war, da sie Rückwirkungen auf die preußischen Einigungsbemühungen hatte. Einen wesentlichen Teil macht daher die Darstellung der Maßnahmen aus, mit denen die preußische Regierung gegen das welfische Freikorps vorgeing. Angesichts des Umfanges dieser Gegenmaßnahmen stellt sich die Frage, ob die preußische Regierung die welfische Widerstandsbewegung in Hannover, die beispielsweise die Auswanderungen zur Legion organisierte, realistisch einschätzte oder ob sie sie für ihre Politik instrumentalisierte. Auch wird darauf einzugehen sein, inwieweit sich die preußischen Abwehrmaßnahmen auf die Existenz der Welfenlegion auswirkten.

Um die politische Bedeutung des Freikorps' beurteilen zu können, muß schließlich gefragt werden, welche Haltung die französische Regierung zur Hannoverschen Legion einnahm und wie Preußen auf das Erscheinen der Legionäre in Frankreich im Jahr 1868 reagierte. Dabei wird zu zeigen sein, daß die Legion mit dem Eintreffen in Frankreich ihre größte politische Bedeutung erzielte.

Im letzten Kapitel werden die Gründe für die Auflösung der Hannoverschen Legion untersucht. Hier steht die Frage im Vordergrund, ob das Ende des Freikorps' politische oder finanzielle Ursachen hatte und wie sich die Auflösung auf das Verhältnis zwischen Georg V. und Oskar Meding (1828 — 1903) auswirkte, der als welfischer Gesandter in Paris im Früh-

¹ Vgl. dazu z. B. Schnath, Georg, u. a.: Geschichte des Landes Niedersachsen, 5., aktualisierte Aufl., Würzburg 1988, (=Territorien-Ploetz:Sonderausgaben), S. 54 ff.

² Vgl. Deuerlein, Ernst: Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1866, in: aPuZ, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 25 (1966), S. 9.

³ Vgl. Brosius, Dieter: Georg V. von Hannover — der König des „monarchischen Prinzips“, in: Nds. Jb. f. Lg. 51 (1979), S. 279.

jahr 1867 maßgeblich an der Entstehung der Legion beteiligt gewesen war.

Auf die Person Oskar Medings, der kurz vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges seine Informationen über die welfische Untergrundbewegung in Hannover an die preußische Regierung verkaufte, gehe ich noch einmal in einem gesonderten Kapitel ein, um die Rolle, die er in der welfischen Exilpolitik spielte, eingehender zu beleuchten. Gleichzeitig wird der Frage nachgegangen, ob Meding, der einen großen Einfluß auf Georg V. ausübte, als Verantwortlicher für die welfische Exilpolitik bezeichnet werden kann, wie das vor allem in der älteren Literatur oft geschehen ist⁴, oder ob der Welfenkönig selbst die Verantwortung für diese Politik trägt.

Wenige Monate nach dem Ende der Welfenlegion brach der Deutsch-Französische Krieg aus, der durch seinen Charakter als Nationalkrieg für den weiteren Gang der welfischen Exilpolitik eine große Bedeutung haben mußte. Am Ende dieser Darstellung wird deshalb danach gefragt, wie die welfische Exilregierung auf die politische Entwicklung in Deutschland reagierte und welche Reaktionen der Ausbruch des Krieges in Hannover auslöste.

1.2 Zur Quellenlage

Für die Darstellung der Geschichte der Hannoverschen Legion wird vor allem das ungedruckte Quellenmaterial der Zeit zwischen 1866 und 1870/71 ausgewertet, das sich im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover (im folgenden NHStA) befindet. Bei diesem Material handelt es sich einerseits um Akten des Königlichen Hausarchivs der Welfen (im folgenden Kgl. HA), das in das NHStA integriert und nur teilweise frei zugänglich ist, und andererseits um preußische Verwaltungs- und Regierungsakten der Provinz Hannover.

Von den Quellen des Kgl. HAs sind insbesondere die Abteilungen V, VI und VIII für die Darstellung der Hannoverschen Legion und der welfischen Exil-

politik bedeutungsvoll. Ohne ihre Auswertung wäre die Geschichte des welfischen Freikorps' weitgehend unvollständig. In der Abteilung V befinden sich die Militaria zur Geschichte der hannoverschen Armee, zu denen auch ein größerer Aktenbestand über die Welfenlegion gehört. Dabei handelt es sich aber größtenteils um (monatliche) Abrechnungen und um allgemeine Bestimmungen und Befehle für die Hannoverschen Legionäre. Dennoch finden sich hier auch Schreiben über die ersten Auswanderungen nach England, die Bildung der Legion in Holland und den Wechsel des Freikorps' in die Schweiz und nach Frankreich. Wichtig für die vorliegende Darstellung sind außerdem sowohl die beiden Pläne, die sich mit der Rolle der Welfen in einem preußisch-französischen Krieg befassen, als auch die Ab- und Zugangslisten der Hannoverschen Legion, die einen Einblick in die Stärke des Freikorps' geben und zeigen, zu welchen Zeitpunkten sich die Anzahl der Legionäre erhöhte oder abnahm.⁵

Die Abteilung VI beinhaltet Aktenbestände der Gesandtschaften des Königreiches Hannover. Da die Pariser Gesandtschaft nach 1866 nicht aufgelöst wurde, befinden sich unter diesen Papieren auch Schreiben zur Welfenlegion, deren Stab sich in der französischen Hauptstadt aufhielt. Die Akten enthalten u. a. interessante Briefe Oskar Medings über den Empfang der Welfenlegion in Frankreich und die „Offene Erklärung“ der Legionäre, mit der die Hannoveraner die preußische Amnestie vom Sommer 1868 zurückwiesen.

In der Abteilung VIII, Bd. 2, die nur mit Genehmigung zu benutzen ist, finden sich ebenfalls relevante Quellen zur Geschichte der Hannoverschen Legion. Sie geben zugleich einen Einblick in Art und Umfang der welfischen Exilpolitik. Hier wird deutlich, daß das Freikorps zu einem politischen Gesamtkonzept gehörte, mit dem die welfische Exilregierung versuchte, die Annexion Hannovers durch Preußen zu revidieren. Der Aktenbestand schließt z. B. die Korrespondenz zwischen Georg V. und Graf Platen (1814 bis 1889) ein, der die hannoversche Exilregierung von 1866 bis 1870 leitete. Außerdem befinden sich in der

⁴ Vgl. dazu Kap. 1.3.

⁵ Vgl. Anhang I.

Abteilung VIII die Briefe Oskar Medings aus Paris, die zwar subjektiv gefärbt, aber für die Darstellung der welfischen Kontakte zur französischen Regierung von Bedeutung sind.

Weitere welfische Quellen zur Geschichte des Freikorps' enthält schließlich noch der Aktenbestand Hann 48 a II des NHStAs. Er besteht aus Rechnungsbüchern und Korrespondenzen der Hannoverschen Legion, die hauptsächlich beim Kommando des Freikorps' in Paris entstanden sind. Die Akten gelangten 1929 durch Abgabe vom Auswärtigen Amt Berlin ins Staatsarchiv Hannover. Wie die welfischen Papiere in den Besitz des Auswärtigen Amtes gekommen sind, konnte nicht mehr festgestellt werden. Es scheint aber erwiesen zu sein, daß Renate Duckstein dieses Material nicht benutzte, als sie 1922 ihre Darstellung über die Welfenlegion auf der Basis der Akten des Auswärtigen Amtes verfaßte.⁶ Die Korrespondenzen, die sich hier befinden, betreffen meistens das Algerienprojekt und die Auflösung der Legion. Sie zeigen außerdem, daß die hannoversche Exilregierung mit französischen Behörden in Kontakt stand und daß sie Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die Legionäre anschaffen ließ. An den Rechnungsbüchern ist insbesondere die Kostenaufstellung des Freikorps' interessant, weil hier die hohen Ausgaben für die Legion quartalsweise aufgelistet wurden.⁷

Für die Darstellung der preußischen Maßnahmen gegen die welfische Agitation und das hannoversche Freikorps sind vor allem die Akten der Polizeidirektion Hannover (Hann 87, Hann), des preußischen Zivilkommissariats (Hann 116) und des Oberpräsidenten der Provinz Hannover (Hann 122a) von Bedeutung. Sie enthalten nicht nur Reskripte der hannoverschen Behörden, sondern auch diverse Schreiben und Anordnungen aus Berlin, z. B. von Ministerpräsident Bismarck oder Innenminister Eulenburg. Außerdem findet sich hier eine Reihe von preußischen Agentenberichten, die teilweise die Akten des Kgl. HAs ergänzen. Dies gilt beispielsweise

für die Entstehung der Welfenlegion, die insgesamt nur lückenhaft dokumentiert ist. Gegenüber diesen Quellen sind die Akten der Landdrosteien Hannover (Hann 80, Hann II), Hildesheim (Hann 80, Hildesheim I E) und Lüneburg (Hann 80, Lüneburg I) weniger ergiebig, da hier größtenteils über Flucht und Rückkehr einzelner Legionäre berichtet wird. Das Material enthält zudem oft die gleichen Ausschreiben wie die Aktenbestände des Oberpräsidenten. Andererseits finden sich in den Akten der Landdrosteien auch Stimmungsberichte aus der Provinz, die verdeutlichen, daß die Eingliederung Hannovers in den preußischen Staat in der ersten Zeit nach der Annexion weitgehend abgelehnt wurde.

Die Akten der Ämter (Hann 74) enthalten ebenfalls meistens die bekannten Reskripte sowie Berichte über Werbungen für die Hannoversche Legion und den Weggang einzelner Hannoveraner. Dies hängt damit zusammen, daß die von der hannoverschen Regierung angeordneten Untersuchungen hier durchgeführt wurden und sich auf einzelne Legionäre oder welfische Sympathisanten konzentrierten.

Quellen über das preußische Vorgehen gegen die welfische Exilpolitik enthält auch das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, die hier ebenfalls herangezogen werden (im folgenden P.A.). Dieses Material liegt zwar zum Teil in der Quellenedition „Die auswärtige Politik Preußens 1858 — 1871“ und in den Gesammelten Werken Otto von Bismarcks gedruckt vor, doch konnte ich in der Aktenreihe I.A.A.g. 29 auch noch unveröffentlichte — für die vorliegende Darstellung relevante — Quellen, z. B. über die Zusammenarbeit zwischen Oskar Meding und Preußen im Sommer 1870, ausfindig machen.

Insgesamt ergibt der Aktenbestand im Kgl. HA, im NHStA und im P.A. zum Thema „Welfenlegion“ zwar kein vollständiges Bild, doch vermittelt er wichtige Einblicke und Zusammenhänge über die Geschichte des Freikorps'. Das Algerienprojekt und die Auflösung der Hannoverschen Legion sind relativ gut dokumentiert, dagegen weist die Entstehungsgeschichte der Legion einige Lücken auf. Wesentlich ist auch, daß sich P.A., NHStA und Kgl. HA ergänzen, so daß sich sowohl die welfische Agitation in Hannover als auch die preußischen Abwehrmaßnahmen beleuchten lassen.

⁶ Vgl. das Vorwort im Findbuch Hann 48 a II und Kap. 1.3 dieser Arbeit, in dem sich genauere Angaben über die Dissertation Renate Ducksteins befinden.

⁷ Vgl. Anhang II.

Weiteres Quellenmaterial befindet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Abteilung Merseburg, unter den Akten des Innenministeriums und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Es hat aber — im Vergleich zu den Quellen im NHStA und P.A. — nur einen geringen Umfang und wurde bereits wissenschaftlich ausgewertet.⁸ Die Akten des preußischen Kriegsministeriums, die im Heeresarchiv in Potsdam verwahrt wurden und in denen sich vermutlich ebenfalls wichtige Papiere über die Welfenlegion befanden, sind leider nicht überliefert.

Das ungedruckte Quellenmaterial wird in der vorliegenden Darstellung durch zwei Quelleneditionen erweitert, die sich mit der preußischen Politik zwischen 1866 und 1871 auseinandersetzen. Dabei handelt es sich um die Akten zur auswärtigen Politik Preußens⁹ und um die Gesammelten Werke Otto von Bismarcks¹⁰, die insbesondere in den Bänden 6, 6a und 6b viele Erlasse und Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten zur welfischen Exilpolitik und zur Hannoverschen Legion enthalten. Sie zeigen, daß Bismarck das welfische Freikorps im Frühjahr 1868 immer wieder in den Rahmen der preußisch-französischen und der preußisch-österreichischen Beziehungen stellte. Auch zur französischen Außenpolitik, die für die Bildung der Welfenlegion von großer Bedeutung war, gibt es zwei wichtige Quelleneditionen, die in dieser Darstellung benutzt werden.¹¹

Ergänzend zu den gedruckten und ungedruckten Quellen ziehe ich schließlich Memoiren und Erinnerungen heran. Hier sind besonders die Memoiren Bismarcks¹² zu nennen, der die Hannoversche Legion jedoch nur am Rande erwähnt. Benutzt werden u. a. auch die Erinnerungen Friedrich von Beusts¹³, des österreichischen Außenministers und Reichskanzlers, und die Memoiren Oskar Medings¹⁴, der allerdings seine Rolle in der welfischen Exilpolitik oft beschönigend darstellt.

1.3 Zum Forschungsstand

Die Annexion Hannovers durch Preußen hatte zur Folge, daß in der älteren Geschichtsschreibung zur hannoverschen Geschichte und zur welfischen Exilpolitik häufig zwei gegensätzliche Standpunkte vertreten wurden, die am ehesten als pro-welfisch und als pro-preußisch charakterisiert werden können.

In Hannover führten die Ereignisse des Jahres 1866 dazu, daß sich das Ansehen Georgs V. erhöhte und daß vielfach die Kritik an dem Welfenkönig verstummte, die während seiner Regierungszeit laut geworden war.¹⁵ Georg V. wurde zum Symbol der Eigenstaatlichkeit. Die hannoversche Geschichtsschreibung, insbesondere der welfische Historiker Onno Klopp (1822 — 1903), klagte die preußische Regierung wegen der unrechtmäßigen Annexion an und verteidigte die antipreußische Exilpolitik Georgs V.¹⁶ Nachdem Oskar Meding im Jahr 1870 seine Informationen über die welfische Untergrundbewegung an die Berliner Regierung verkauft hatte, lastete man dem welfischen Gesandten die alleinige Verantwortung für die hannoversche Exilpolitik und die

⁸ Diese Akten wurden von Bukey für seine Darstellung benutzt. Vgl. Bukey, Evan B.: *The Guelph Movement in Imperial Germany 1866 — 1918*, Phil. Diss., Ohio State University 1969, S. 39 — 145.

⁹ Vgl. *Die auswärtige Politik Preußens 1858 — 1871*, Diplomatische Aktenstücke, hrsg. vom Reichsinstitut für Geschichte, Bd. 8 — 10, Oldenburg 1934 — 1939.

¹⁰ Vgl. Bismarck, Otto v.: *Die Gesammelten Werke*, hrsg. u. bearb. v. F. Thimme u. a., Bd. 6 — 15, Berlin 1929 — 1932, (= Friedrichsruher Ausgabe).

¹¹ Vgl. *Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71*, *Recueil de Documents, publié par le Ministère des Affaires étrangères*, Tome XX, XXVIII et XIX, Paris 1927 — 1932, und Oncken, Hermann (Hrsg.): *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71*. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Staaten, Bd. 2 — 3, Berlin und Leipzig 1926.

¹² Vgl. Bismarck, Otto v.: *Gedanken und Erinnerungen*, Bd. 2, Stuttgart 1898.

¹³ Vgl. Beust, Friedrich F. Graf v.: *Aus drei Vierteljahrhundert*, Bd. 2, Stuttgart 1887.

¹⁴ Vgl. Meding, Oskar: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 2 — 3, Leipzig 1881 — 1884.

¹⁵ Vgl. Schnath, Georg: *Georg V. von Hannover*, in: *Neue Deutsche Biographie*, hrsg. v. der Hist. Kom. bei der Bayerischen Akademie der Wiss., Bd. 6, Berlin 1964, S. 215.

¹⁶ Vgl. Klopp, Onno: *Rückblick auf die preußische Annexion des Königreiches Hannover*, 2. Aufl., München 1868, und ders.: *Georg V., Hannover 1878*.

Entstehung der Welfenlegion an und warf ihm vor, bereits vor dem Sommer 1870 als preußischer Agent tätig gewesen zu sein. Dieser einseitige Standpunkt findet sich auch bei William von Hassell, der um die Jahrhundertwende eine Gesamtdarstellung zur Geschichte des Königreiches Hannover schrieb, in der die Legion als ein Teilaspekt der welfischen Exilpolitik kurz dargestellt wird.¹⁷

Die preußisch ausgerichtete Geschichtsschreibung versuchte, die Annexion mit der antipreußischen Politik des Welfenkönigs zu verteidigen, die sich auch nach 1866 fortgesetzt habe. In diesem Zusammenhang wurden die Hannoversche Legion und die welfische Agitation nur als Rechtfertigung für die restriktiven Maßnahmen der preußischen Regierung gegen die welfische Bewegung benutzt.¹⁸

Die bisher einzige Gesamtdarstellung zur Geschichte der Welfenlegion verfaßte Renate Duckstein.¹⁹ Ihre Dissertation von 1922 basiert auf Akten des Auswärtigen Amtes und beschreibt erstmals eingehend die Aktivitäten der Legion in Holland, der Schweiz und in Frankreich. Leider wurden in der Darstellung die Quellenangaben nur unzureichend ausgeführt, so daß nicht genau zu erkennen ist, welche Aktenbestände des Auswärtigen Amtes die Verfasserin auswertete. Den Ausgangspunkt der Dissertation bildet das Programm Oskar Medings zur welfischen Exilpolitik, in dem der Regierungsrat die Anlehnung an Frankreich und Österreich forderte, um die preußische Annexionspolitik zu revidieren.²⁰ Dieses Programm erläutert Duckstein vor dem historischen Hintergrund der Dreibundverhandlungen zwischen Österreich, Frankreich und Italien, an die Georg V. Anschluß gesucht habe. Weitere politische Pläne der Welfen, aus denen erkennbar ist, daß die hannoversche Exilregierung nach dem Abschluß des Prager Friedens ihre Politik fast ausschließlich auf Frank-

reich ausrichtete, zieht Renate Duckstein für ihre Argumentation nicht heran. Daher bringt sie die Entstehung der Legion auch kaum in Zusammenhang mit der Luxemburgkrise und der französischen Kompensationspolitik. Für die Bildung der Legion macht die Verfasserin vor allem Oskar Meding verantwortlich. Doch betont sie, daß Meding, wie aus den Akten des Auswärtigen Amtes zu erkennen sei, vor 1870 nicht als preußischer Agent gearbeitet habe. In der Dissertation wird schließlich auch das Bemühen deutlich, die Exilpolitik Georgs V. objektiv darzustellen.

Alle nachfolgenden Darstellungen beziehen sich wieder auf die gesamte welfische Exilpolitik, in der die Geschichte der Hannoverschen Legion unterschiedlich stark akzentuiert wird.

Werner Leffler²¹ orientiert sich in den Bereichen seiner Darstellung, die die Welfenlegion betreffen, im wesentlichen an Duckstein und nimmt mit ihr an, daß Oskar Meding erst 1870 auf die preußische Seite wechselte. Er hält den Regierungsrat für den Initiator des welfischen Freikorps² und neigt dazu, Georg V. von aller Verantwortung freizusprechen. Doch begründet er dies vor allem mit dem zweifelhaften Lebenswandel Oskar Medings und mit den physischen Gebrechen des Welfenkönigs, der von den Mitgliedern der hannoverschen Exilregierung oft übergangen worden sei.

Jutta Füger²² hält dagegen Georg V. für den Verantwortlichen. Sie zeigt in ihrer Analyse die reservierte Haltung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation.

Eine vollkommen einseitige Darstellung der welfischen Politik liegt noch einmal bei Hinrich Leonhardt²³ vor, der die Hannoversche Legion und die antipreußische Agitation unterschlägt und Bismarck Verrat an den konservativen Grundsätzen des preußischen Königtums vorwirft.

¹⁷ Vgl. Hassell, William v.: Geschichte des Königreiches Hannover. Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke, Bd. 2.2, Leipzig 1901, S. 638 — 670.

¹⁸ Vgl. z. B. Busch, Moritz: Das Übergangsjahr in Hannover, Leipzig 1867.

¹⁹ Vgl. Duckstein, Renate: Die Welfenlegion — die Politik des Königs Georg von Hannover in den Jahren 1866 — 1870 im Zusammenhang mit der großen europäischen Politik, Phil. Diss. masch., Göttingen 1922.

²⁰ Vgl. dazu Kap. 2.2.

²¹ Vgl. Leffler, Werner: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung 1866 — 1870, Wismar 1932.

²² Vgl. Füger, Jutta: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation 1866 — 1870, Phil. Diss. masch., Wien 1942.

²³ Vgl. Leonhardt, Hinrich H.: Bismarck und Hannover. Vorspiel und Nachspiel zur Krisis des Jahres 1866, Hannover 1959.

Evan Bukey²⁴ verfaßte 1969 wieder eine differenziertere Analyse der welfischen Exilpolitik. Doch stützt er sich bei der Darstellung über Oskar Meding im wesentlichen auf die Berichte und Promemoria von Onno Klopp, die sich Ende der 60er Jahre noch in Gmunden befanden. Sie liegen heute im Kgl. HA. Bukey sieht ebenfalls in Meding den Initiator der Welfenlegion, der — anders als Georg V. — die Absicht verfolgt habe, ein Freikorps zu errichten. Auch geht er davon aus, daß Napoleon einen Krieg vermeiden wollte und deshalb die welfische Exilpolitik ablehnte. Aus diesen Gründen habe Meding als welfischer Gesandter in Paris auch keine Kontakte zu französischen Regierungsmitgliedern besessen.²⁵

Helmut Maatz²⁶ beleuchtet in seiner Darstellung das Verhältnis zwischen Bismarck und der Provinz Hannover. Er stützt sich dabei vor allem auf die Gesammelten Werke des preußischen Ministerpräsidenten, ohne auch die Akten des Kgl. HAs zu benutzen, und erläutert die Verbindungen zwischen der welfischen Agitation in Hannover und den preußischen Integrationsbemühungen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die preußischen Versuche eingegangen, die Existenz des welfischen Freikorps' zu beenden.

Als Teil der welfischen Exilpolitik stellt auch Stewart Stehlin²⁷ die Hannoversche Legion in seiner Analyse dar, die sich vor allem mit der welfischen Agitation in Presse und Politik beschäftigt. Er benutzt zum großen Teil Akten aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und zieht die welfischen Aktenbestände nur unterstützend heran.

Die umfangreiche Presse- und Diplomaten­tätigkeit der Welfen in Frankreich, die sich hinter den offiziellen Kulissen abspielte, zeigt auch Wilfried Rade-

wahn²⁸, der für seine Kapitel über die welfische Exilpolitik vor allem Medings Berichte benutzte.

Die Auflistung der bisher erschienenen Literatur zur Geschichte der Welfenlegion zeigt, daß einige Bereiche der welfischen Politik nach 1866, wie die Agitation in Hannover oder die Pressetätigkeit, gut aufgearbeitet sind, so daß mit ihrer Hilfe auch Rückschlüsse auf die Entwicklung der Hannoverschen Legion möglich sind. Mit der vorliegenden Analyse über das welfische Freikorps, seine politischen und programmatischen Voraussetzungen und seine Entwicklung vor dem Hintergrund des preußisch-französischen Gegensatzes in der Phase zwischen 1866 und 1870/71 liegt nun wieder eine neuere Einzeldarstellung zur Welfenlegion vor.

²⁸ Vgl. Radewahn, Wilfried: Die Pariser Presse und die deutsche Frage unter Berücksichtigung der französischen Pressepolitik im Zeitalter der Bismarckschen Reichsgründung (1866 — 1870/71), Frankfurt/M., Bern, Las Vegas 1977.

2 Das Ende des Königreiches Hannover und der Beginn der welfischen Exilpolitik (1866)

2.1 Die Haltung der europäischen Großmächte zur Annexion Hannovers

Mit der Kapitulation der hannoverschen Armee am 27. Juni 1866 bei Langensalza und dem Sieg über das österreichische Hauptheer am 3. Juli 1866 bei Königgrätz errang Preußen im Deutschen Krieg die Vorherrschaft in Deutschland. Als Folge des preußischen Sieges wurde Österreich auf dem Weg zur kleindeutschen Einigung von der Neuordnung Deutschlands ausgeschlossen und Hannover, neben Schleswig-Holstein, Kurhessen, Nassau und der freien Stadt Frankfurt, annektiert.¹ Die Machtverhältnisse unter den

²⁴ Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 39 — 145, und ders.: The exile government of King George V. of Hannover 1866 — 71, in: Canadian Journal of History V (1970), S. 71 — 93.

²⁵ Zu Bukeys Thesen vgl. auch Kap. 3., Anmerk. 21, und Kap. 5, Anmerk. 59.

²⁶ Vgl. Maatz, Helmut: Bismarck und Hannover 1866 — 1898, Hildesheim 1970, (= Veröffentlichungen der Hist. Kom. für Niedersachsen, Bd. XXV: Niedersachsen u. Preußen, Heft 8).

²⁷ Vgl. Stehlin: Bismarck and the Guelph Problem 1866 — 1890. A Study in Particularist Opposition to National Unity, The Hague 1973, S. 48 — 97.

¹ Vgl. Gall, Lothar: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850 — 1890, München, Wien 1984 (= Oldenbourg, Grundriß der Geschichte, hrsg. v. J. Bleicken u. a., Bd. 14), S. 57 f.

Waffen. Ich habe mit Meinem Heere den
 Hannoverischen mit einem letzten Kampfe die Stadt
 Meinen Armeen geliebt und werde es nicht bequemen
 und so wie es sagt, daß sie der Kaiser der han-
 noverischen Zeit sein muß es der Gegenwart noch ge-
 reißt fort.

Als Gott mich befehle Ich will glückliches Gedenken
 in die Hände der stillen Augen der Gegenwart setzen.

Langensalza den 28^{ten} Juni.

Georg V.

Abb. 2: Entwurf des Kapitulationsbefehls von Langensalza. Handschreiben mit der Unterschrift Georgs V.
 Historisches Museum Hannover.



Abb. 3: Die preußische Annexion Hannovers. Französische Karikatur von Honoré Daumier 1867. Historisches Museum Hannover.

fünf europäischen Großmächten Preußen, Frankreich, England, Rußland und Österreich änderten sich damit entscheidend.

Preußen konnte durch die Gebietserweiterungen seine politische und militärische Position wesentlich ausbauen und strebte nach einer Einigung der deutschen Staaten unter seiner Führung.² Preußens Gegenspieler, der französische Kaiser Napoleon III., hielt zwar Nationalstaaten für berechtigt, doch forderte er im Sommer 1866 von Preußen territoriale Kompensationen, um Frankreich vor den nachteiligen Folgen des preußischen Machtzuwachses zu schützen.³ England war dagegen seit dem Krimkrieg (1853 — 1856) mehr und mehr in einen Gegensatz zu Rußland geraten. Daher betrachtete die englische

Regierung Preußen als Gegengewicht zum russischen Zarenreich und erhob keine Einwände gegen die Veränderungen in Norddeutschland, zumal ihr Interesse der eigenen Empirepolitik galt und sie in der europäischen Politik das Prinzip der Nichteinmischung verfolgte.⁴ Die österreichische Regierung wiederum strebte seit Königgrätz nach außenpolitischen Erfolgen, um Österreichs Status als Großmacht erhalten zu können. Ihre Politik richtete sich auf den Südosten Europas, an dem auch Rußland interessiert war.⁵

Diese politische Entwicklung in Europa führte dazu, daß die europäischen Regierungen den preußischen Gebietserweiterungen kaum Widerstand entgegensetzten, weil die Annexionen sie bei der Realisierung eigener politischer Ziele wenig behinderten oder sie diesen Zielen — wie im englischen Fall — sogar entgegenkamen. Der hannoversche König Georg V. wollte jedoch den Verlust seines welfischen Thrones nicht hinnehmen und begab sich Mitte Juli 1866 in die österreichische Hauptstadt, in der Hoffnung, dort Unterstützung für die Wiedergewinnung Hannovers zu finden. Die Wiener Regierung geriet aber angesichts der politischen Situation und unter dem Eindruck der Niederlage gegen Preußen durch das Erscheinen des hannoverschen Königs in Verlegenheit. Sie zeigte ebenso wie die englische Regierung keine Neigung, sich für welfische Interessen einzusetzen, weil sie politisch weder fähig noch willens war, dem Welfenkönig bei der Rückkehr auf den hannoverschen Thron zu helfen.⁶ Über die Gewährung des Gastrechtes hinaus wollte die österreichische Regierung keine nähere Verbindung zu den Welfen eingehen, da sie antipreußische Demonstrationen des welfischen Hofes⁷ befürchtete, mit denen die Regie-

⁴ Vgl. Reese: Die Haltung der auswärtigen Mächte zur Annexion Hannovers, S. 149 — 153. Zum Krimkrieg (1853 — 56) vgl. Schieder, Theodor: Staatensystem als Vormacht der Welt 1848 — 1918, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1982 (= Propyläen Geschichte Europas, Bd. 5), S. 86 ff.

⁵ Vgl. Böhme: Die Reichsgründung, S. 227.

⁶ Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 32 f., und Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 13 f.

⁷ Im August 1866 erwarb Georg V. die „Villa Braunschweig“ in Hietzing bei Wien, in der er Hof hielt. Zu diesem Hof gehörten außer Meding und dem Geheimen

² Vgl. Böhme, Helmut (Hrsg.): Die Reichsgründung, dtv dokumente, München 1967, S. 227.

³ Vgl. Reese, Armin: Die Haltung der auswärtigen Mächte zur Annexion Hannovers 1866, in: Nds. Jb. f. Lg. 43 (1971), S. 146.

rung identifiziert werden konnte. Es sollte nicht so aussehen, als ob Österreich mit dem Recht auf Asyl auch das Recht zu Agitationen gegen Preußen gewähre.⁸ Aus diesem Grund hinderten österreichische Behörden preußische Agenten auch nicht, unter den Mitgliedern des welfischen Hofes zu spionieren, der sich in Hietzing bei Wien als Exilregierung etablierte.⁹ Am 23. August 1866 mußte die Wiener Regierung schließlich im Prager Frieden den territorialen Veränderungen in Norddeutschland zustimmen und schied aus der politischen Neuordnung Deutschlands aus.

Georg V., der die Restauration welfischer Herrschaft in Hannover anstrebte, versuchte weiterhin, Anschluß an diejenigen europäischen Großmächte zu gewinnen, von denen er Widerstände gegen die preußische Annexionspolitik erwartete. Mitte August sandte er seinen Gesandten in Wien, Ernst von Knesbeck, nach Petersburg, um vom Zaren, der nach dem — auch von den Welfen praktizierten — monarchischen Prinzip des Gottesgnadentums regierte, politische Unterstützung gegen Preußen zu erlangen. Der Zar ließ dem Welfenkönig jedoch nur seine Sympathie versichern, da er auf Preußen als möglichen Bündnispartner Rücksicht nehmen mußte.¹⁰ Die preußischen Botschafter in Petersburg und London bestätigten schließlich Ende August, daß sowohl die russische als auch englische Großmacht der Berliner Regierung bei der Annexion Hannovers keine Schwierigkeiten bereiten würden.¹¹

Die größte Hoffnung der Welfen, doch noch den Beistand einer europäischen Großmacht zu erhalten,

lag deshalb auf Frankreich, dessen Kompensationsforderungen gegenüber Preußen an die Öffentlichkeit gedrungen waren. Am 17. September 1866 beauftragte Georg V. daher seinen Stiefbruder Prinz Solms-Braunfels, dem französischen Kaiser ein persönliches Schreiben zu überbringen, obwohl Napoleon III. dem hannoverschen König bereits am 14. August 1866 seine Sympathie übermittelt, es aber abgelehnt hatte, etwas zugunsten Georgs V. zu unternehmen.¹²

Das Gespräch zwischen dem französischen Kaiser und dem welfischen Gesandten wurde König Georg von Prinz Solms in seinem Bericht über die Reise wiedergegeben.¹³ Solms teilte hier mit, daß Napoleon nicht gegen die Annexion Hannovers einschreiten wolle, weil auch England nichts unternahme. Der französische Kaiser habe aber wissen wollen, ob sich die hannoversche Bevölkerung gegen die Annexion ausspreche. Nachdem der Prinz geantwortet hatte, die Hannoveraner würden niemals gute preußische Untertanen werden, betonte der Kaiser, daß der Frieden zur Zeit die beste Lösung sei. Auf diese Weise hinterließ Napoleon bei Solms den Eindruck, daß Frankreich in der Neuordnung Deutschlands durch Preußen keine dauerhafte Lösung erblicke und unter Umständen gar nicht die Absicht habe, den Bestand dieser Neuordnung aufrechtzuerhalten. Der französische Kaiser bestärkte damit die welfischen Hoffnungen, daß eine Wiedergewinnung Hannovers mit Hilfe der französischen Großmacht realisiert werden könne. In einem Nachtrag zu seinem Bericht schlug Prinz Solms daher im Namen des hannoverschen Gesandten in Paris, Baron von Linsingen, vor, einen Repräsentanten nach Paris zu entsenden, dessen Aufgabe darin bestehen müsse, die Pariser Presse und die öffentliche Meinung, die für die kaiserliche Regierung von großer Bedeutung sei, im welfischen Sinne zu beeinflussen, um Frankreich zu einem Vorgehen gegen Preußen zu bewegen.¹⁴

Kabinettsrat Lex auch der ehemalige hannoversche Außenminister Graf Platen, der Hofkommissar Elster und der Finanzrat von Klenck sowie der welfische Historiker Onno Klopp, der Hauptmann von Düring u. a. Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 33 f.

⁸ Vgl. Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 22 — 28.

⁹ Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 33.

¹⁰ Vgl. Knesbeck, Ludolf G. v. d.: Die Sendung des hannoverschen Gesandten Ernst v. Knesbeck 1866 nach Petersburg in der Darstellung v. Hassells und in den authentischen Dokumenten, in: Nds. Jb. f. Lg. 8 (1931), S. 182 — 189, und Reese: Die Haltung der auswärtigen Mächte zur Annexion Hannovers, S. 158.

¹¹ Vgl. Die auswärtige Politik Preußens 1858 — 1871. Bd. 8, Nr. 8 u. 9, S. 48.

¹² Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 493.

¹³ Vgl. Bericht des Prinzen Solms-Braunfels über seine Reise vom 8. Oktober 1866, in: ebda.

¹⁴ Vgl. ebda. Diese Aufgabe übernahm im Frühjahr 1867 Oskar Meding. Vgl. Kap. 2.3.

Die Äußerungen Napoleons gegenüber Prinz Solms und die französische Kompensationspolitik führten dazu, daß die hannoversche Exilregierung in Paris ein Zentrum ihrer antipreußischen Agitationen einrichtete. Nur hier wurde die hannoversche Gesandtschaftskanzlei auch nach der Annexion aufrechterhalten.¹⁵ Die welfische Exilregierung verband mit diesen Maßnahmen die Erwartung, sich an die französische Politik anschließen zu können, die in naher Zukunft zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Preußen führen konnte. Hietzinger Regierungsmitglieder und Militärs entwarfen außerdem mehrere Pläne über die Möglichkeiten welfischer Exilpolitik für den Fall eines preußisch-französischen Krieges.¹⁶

Im Sommer 1866 erkannte die französische Regierung jedoch die preußischen Annexionen in Norddeutschland an, weil Bismarck im Gegenzug durchblicken ließ, daß „einer Machterweiterung Frankreichs auf dem Boden der französischen Nationalität keine Hindernisse entgegenzusetzen (sind) . . .“¹⁷, wenn Frankreich sich jetzt entsprechend gegenüber der preußischen Politik verhalte. Die Krise um Luxemburg im Frühjahr 1867 zeigte aber, daß Preußen den französischen Kompensationsforderungen nicht entgegenkommen wollte, obwohl Napoleon seinerseits nicht gegen die territoriale Vergrößerung des preußischen Staates im Jahre 1866 vorgegangen war. Damit schien der von den Welfen erwartete Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Preußen unmittelbar bevorzustehen.

2.2 Ein preußisch-französischer Krieg im Kalkül welfischer Exilpolitik

Seit dem Spätsommer 1866 wurden von der hannoverschen Exilregierung Denkschriften und militärische Pläne verfaßt, die sich mit den Möglichkeiten für eine Wiedergewinnung Hannovers auseinander-

setzten. Sie waren für die Entstehung und Aufrechterhaltung der Hannoverschen Legion von großer Bedeutung, weil diesem Freikorps hier eine zentrale Funktion für die welfische Politik zugeschrieben wurde, die Krieg als legitimes Mittel ansah, um die Herrschaft der Welfendynastie in Hannover zu restaurieren.

Das erste Programm welfischer Politik wurde von Georgs Regierungsrat Oskar Meding bereits im Sommer 1866 — kurz nach der Ankunft des welfischen Hofes in Wien — entworfen.¹⁸ Es bestand aus vier Programmpunkten und sah nicht nur die feierliche Nichtanerkennung der gegen die Rechte des hannoverschen Königshauses vorgenommenen Handlungen vor, sondern rechnete auch mit einem Krieg derjenigen europäischen Mächte gegen Preußen, die durch die preußische Machtausdehnung am unmittelbarsten betroffen waren. Für Meding handelte es sich dabei um Frankreich, dessen Hegemonie in Europa durch den vergrößerten preußischen Militärstaat gefährdet sein mußte, und um Österreich, das durch seine Niederlage gegen Preußen von einer Neuordnung Deutschlands ausgeschlossen worden war. Der Regierungsrat forderte den Anschluß Georgs V. an diese Großmächte, da das welfische Königshaus selbst nicht die militärischen und politischen Mittel besäße, um Hannover zurückzuerobern. An ihrer Seite habe der Welfenkönig als selbständiger und gleichberechtigter Partner an einem zukünftigen Krieg gegen Preußen teilzunehmen, „um seine Wiedereinsetzung als ein erkämpftes Recht fordern und behaupten zu können“.¹⁹ Dafür sei es nötig, daß „der König auch seinerseits für eine militärische Action der Zukunft alles so weit vorbereite, um an der Spitze einer eigenen Macht in den Kampf für seine Rechte eintreten zu können“.²⁰ Das Medingsche Programm empfahl dem abgesetzten König auch, sich und seine Sache mit der demokratischen Bewegung zu verbinden, die sich — ebenso wie die Welfen — zu einer nationalen Eini-

¹⁵ Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 41.

¹⁶ Vgl. dazu das nachfolgende Kapitel.

¹⁷ Bismarck an Goltz am 7. September 1866, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 8, Nr. 20, S. 62.

¹⁸ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 304 — 313.

¹⁹ Ebda., S. 306. Wesentlich ist, daß die welfische Exilpolitik nicht von einem französisch-deutschen Nationalkrieg ausging, wie er dann 1870 Realität wurde, sondern von einem Krieg Frankreichs gegen Preußen.

²⁰ Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 306.

gung unter föderalistischen Prinzipien bekenne. Außerdem solle der Widerstand im Land Hannover gegen die preußische Herrschaft gestärkt und einheitlich organisiert werden.

Anscheinend hielt sich Georg V. an die Grundideen des von Meding entworfenen Programms, da er eine Widerstandsbewegung in Hannover organisieren ließ, Kontakte vor allem zur französischen Diplomatie suchte und die im Frühjahr 1867 entstehende Hannoversche Legion als Kern seiner zukünftigen Armee unterstützte.

Die zweite — im Kgl. HA zu findende — Denkschrift „Über die Hoffnungen zur Wiederherstellung der Dynastie“ stammt von Adolf von Düring (1832 bis 1905), dem späteren Leiter der Welfenlegion, und datiert vom 1. September 1866.²¹ Düring berücksichtigte hier schon die distanzierte Haltung Österreichs gegenüber der welfischen Exilpolitik und forderte lediglich die Anlehnung des welfischen Königshauses an Frankreich — nicht mehr an Österreich —, dessen Ziel es sei, Preußen zu schwächen und Kompensationen als Gegenleistung für preußische Gebietserweiterungen zu erhalten. Im Falle eines französischen Sieges über Preußen bestehe die Möglichkeit, die welfische Herrschaft in Hannover zu restaurieren. Es sei aber wichtig, daß die Welfendynastie die französische Großmacht während des Krieges militärisch unterstütze, um ihre politischen Ansprüche nach Kriegsende geltend machen zu können.²² Dies könne insbesondere dadurch geschehen, daß in Hannover eine Volkserhebung zugunsten der welfischen Herrschaft provoziert werde, die durch ein Agentenwesen organisiert werden müsse. Um dieses Ziel zu realisieren, sei die Anhänglichkeit an das Welfenhaus im ehemaligen Königreich aufrechtzuerhalten und zu beleben und „die Befriedigung gerechter Volkswünsche in Aussicht zu stellen“.²³ Der damit sowohl Dürings als auch Medings Denkschrift innewohnende demokratische Ansatz mußte den politischen und verfassungsrechtlichen Vorstellungen Georgs V. widersprechen, der anfangs auch zögerte, diesen Plänen zuzu-

stimmen, seine Bedenken dann aber, angesichts der in Aussicht gestellten Restauration des Welfenthrones, beiseite schob.²⁴

Düring führte in seiner Denkschrift weiter aus, daß die Zentral-Direktion des Agentenringes in Hannover unter unmittelbarer Oberaufsicht Georgs V. zu stehen habe. Schließlich müsse bei Ausbruch des Krieges eine Anzahl von disponiblen Offizieren nach Holland oder England auswandern, sich dort mit den angeschafften Waffen ausrüsten und an der hannoverschen Küste, beispielsweise an der Wesermündung, landen, um einen Aufstand zu provozieren und waffenfähige Mannschaften um sich zu sammeln. Gleichzeitig sei eine Proklamation Georgs V. an die hannoversche Bevölkerung zu verbreiten, in der die Hannoveraner zu den Fahnen des angestammten Herrscherhauses gerufen würden.

Den Namen einer von den Welfen zu gründenden Legion nannte Düring zwar noch nicht, doch wurden ihre Aufgaben, die darin bestehen sollten, von England oder Holland aus im Land Hannover bei Kriegsausbruch einzufallen und eine Erhebung der Bevölkerung zu provozieren, von ihm in dieser Denkschrift bereits festgeschrieben.²⁵ Damit hatte die Hannoversche Legion, die 1867 während der Luxemburgkrise entstand, eine zentrale Aufgabe in den politischen Konzepten der hannoverschen Exilregierung. Die Pläne basierten auf der welfischen Einschätzung, daß Frankreich, wie Napoleon es gegenüber Prinz Solms angedeutet hatte, die neue Ordnung in Norddeutschland nicht anerkennen und die preußische Einigungspolitik mit militärischen Mitteln verhindern werde. Die welfische Exilregierung betrachtete es daher als Aufgabe ihrer Politik, Kontakte zur französischen Diplomatie herzustellen und die Kriegsbereitschaft

²¹ Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 522.

²² Hier sind deutlich die Parallelen zum bereits erwähnten Programm Medings erkennbar.

²³ Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 522.

²⁴ Vgl. Aschoff, Hans-Georg: Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866 — 1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches, Düsseldorf 1987 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus' und der politischen Parteien, Bd. 83), S. 35.

²⁵ Schon im Herbst/Winter 1866 wanderten tatsächlich waffenfähige Männer nach England aus, in dem Glauben, dort solle eine Legion König Georgs gegründet werden. Vgl. Kap. 3.1. Daraus läßt sich schließen, daß die welfischen Kriegspläne nicht nur in Hietzing, sondern auch innerhalb der hannoverschen Untergrundbewegung bekannt waren.

im Zweiten Kaiserreich zu schüren.²⁶ Oskar Meding wurde im Frühjahr 1867 als Beauftragter König Georgs nach Paris gesandt, um Beziehungen zwischen den Welfen und der französischen Regierung anzuknüpfen und auf einen baldigen Kriegausbruch hinzuwirken.²⁷

Am 17. April 1867 übersandte ihm der frühere hannoversche Außenminister Graf Platen, der nun die welfische Exilregierung leitete, für die Verhandlungen mit französischen Politikern und Diplomaten ein französischsprachiges „Mémoire über die Grundlagen eines Bündnisses zwischen dem König Georg und dem Kaiser Napoleon“, das in Medings Biographie in einem Auszug abgedruckt ist.²⁸ Ausgehend von den Prinzipien der Freiheit und der Autonomie der deutschen Stämme, die sich historisch aus dem Charakter der deutschen Geschichte begründeten, wurde die durch die Ereignisse von 1866 entstandene Situation in Norddeutschland hier als Fehlentwicklung gedeutet, die früher oder später zu einer Revolution in Deutschland oder zu einem Krieg in Europa führen müsse. In einem europäischen Krieg könne eine gemeinsame Erhebung aller politischen Klassen beschworen werden, dessen Parole laute: „Alliance entre la nation françaises et la nation allemande.“²⁹ Eine solche Allianz werde durch deutsche Patrioten unterstützt, wenn Frankreich nicht als erobernde, sondern als befreiende Macht auftreten und Deutschland wieder in den Besitz seiner natürlichen und historischen Rechte einsetzen würde. In diesem Bündnis könne Frankreich vor allem auf die Bevölkerung der von Preußen annektierten Länder und auf die demokratische Bewegung zählen. Das hannoversche Königreich sei das Zentrum der antipreußischen Bewegung. Hier sei alles durch ein geheimes Komitee, das Verzweigungen im ganzen Land besitze, für einen Aufstand organisiert. Die Idee des Zusammenwirkens mit Frankreich werde außerdem überall in Deutschland populär gemacht. Sollte Frankreich ein Bündnis mit Georg V. akzeptieren, könne leicht eine hannover-

sche Armee gebildet werden, da sich schon jetzt in der Schweiz, in England und in Amerika ca. 3000 bis 4000 Leute aufhielten, die in militärischen Diensten seiner Majestät des Königs von Hannover ständen.³⁰ Diese bereits organisierten Leute könnten im Kriegsfall sofort an die französische Grenze gebracht werden, wo sie die Emigranten aus Hannover empfangen und mit ihnen gemeinsam eine Armee bilden würden. Die hier skizzierte Funktion der im Ausland stationierten Leute wies erneut auf die Rolle hin, die die einen Monat später entstehende Hannoversche Legion übernehmen sollte. Falls Frankreich bereit sei, einen Vertrag mit dem hannoverschen König abzuschließen, verpflichte sich Georg V., eine Armee von 10000 Mann bereitzustellen, die zwar keine große militärische, aber doch eine wichtige moralische Hilfe für Frankreich sei, da sie Preußen hindere, dem Krieg gegen Frankreich den Charakter eines Nationalkrieges zu geben. Am Ende des Memorandums wurden drei Arten des militärischen Zusammenwirkens zwischen Frankreich und der Welfendynastie aufgelistet. Dabei handelte es sich u. a. um den Vorschlag, gemeinsam an der hannoverschen Nordseeküste zu landen, um von dort Hannover zu erobern.

Die Idee, an der Nordseeküste Hannovers zu landen, tauchte auch in einem welfischen Kriegsplan auf, der von dem hannoverschen Generalleutnant Jäger konzipiert wurde und sich unter den Akten des Kgl. HAs befindet.³¹ Der Generalleutnant diskutierte zwei Möglichkeiten, die aus welfischer Sicht „bei dem wahrscheinlich ausbrechenden Kriege zwischen Frankreich und Preußen“³² denkbar waren. Die erste Möglichkeit setzte sich mit dem Verhalten der süddeutschen Staaten auseinander. Sollten sie „bei ihrem unnatürlichen Bündnisse mit Preußen“³³

²⁶ Vgl. Brosius: Georg V., S. 287 f.

²⁷ Vgl. Kap. 3.2 und 3.3.

²⁸ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 160 – 174.

²⁹ Ebda., S. 162.

³⁰ Diese Angaben sind übertrieben. Vgl. Kap. 3 dieser Darstellung über Auswanderungen nach England und Nordamerika.

³¹ Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 537. Das Promemoria ist nicht datiert, trägt aber den Eingangsvermerk des Geheimen Kabinettsrats Lex vom 27. April 1867. Auch dies ist also ein Plan, der während der Luxemburgkrise entworfen wurde. Dokument Nr. 2. Zum Zusammenhang zwischen Entstehung der Hannoverschen Legion und Luxemburgkrise siehe Kap. 3 und 3.3.

³² Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 537.

³³ Ebda. Dies bezieht sich auf die von Preußen mit den süddeutschen Staaten 1866 abgeschlossenen Schutz- und

bleiben, sei es wahrscheinlich, daß die französischen Streitkräfte am Rhein militärisch gebunden würden. Die zweite Möglichkeit ging dagegen von der Neutralität Süddeutschlands aus. Über die Rückwirkungen dieser Neutralität für Hannover hieß es in dem Kriegsplan:

*„2ter Fall Süddeutschland bleibt neutral. Dann beschränkt sich der Kriegsschauplatz auf den engen Raum zwischen Rheinbaiern und Belgien, und Frankreich muß dann sich andere Angriffspunkte suchen, die nur an der Nordsee zu finden sind, also in Hannover, wo die Franzosen als Befreier eine günstige Stimmung der Einwohner finden, . . . Auf diese Landung im Hannoverschen muß also eventuell Bedacht genommen und Alles darauf vorbereitet werden. Dazu muß aber zuerst die Absicht des Kaisers Napoleon bekannt sein und mit ihm der Operationsplan verabredet werden; . . .“*³⁴

Den Ausgangspunkt des Kriegsplanes bildete also auch hier eine welfisch-französische Zusammenarbeit gegen Preußen. Es war aber fraglich, ob der französische Kaiser ein solches Bündnis akzeptieren und dies in einem Vertrag festschreiben würde.³⁵ Im Gegensatz zur französischen Regierung besaß die welfische Exilregierung sehr genaue Vorstellungen über die Modalitäten eines welfisch-französischen Abkommens. Dies zeigt ein weiteres welfisches „Mémoire über den Antheil Hannovers bei einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen“, in dem die Verpflichtungen und Rechte beider Vertragspartner explizit ausgesprochen werden.³⁶ Das von hannoverschen Militärs erarbeitete Konzept, das in den Memoiren Medings abgedruckt ist, wurde den französischen Militärbehörden übergeben.³⁷ Es ist undatiert, doch geht der Zeitpunkt der Entstehung (Frühjahr 1867)

aus dem Dokument selbst hervor. Im Unterschied zu dem bereits erwähnten französischsprachigen Memorandum fällt hier auf, daß man eine Hannoversche Legion nicht allein beim Namen nannte, sondern auch versuchte, Napoleon zur Finanzierung, zumindest aber zur Unterstützung der Legion zu verpflichten.³⁸ Die Verfasser hoben hervor, daß der Anschluß des Königs von Hannover an die Sache Frankreichs für den Kaiser der Franzosen von hohem Wert sei. Daher möge Frankreich bald auf die Bildung einer „hannoverschen Legion“³⁹ eingehen. Diese Argumentation macht den Versuch der hannoverschen Exilregierung deutlich, während der Luxemburgkrise definitive Zusagen für die bevorstehende Bildung einer Hannoverschen Legion von der französischen Regierung zu erhalten. So sollte z. B. ein Betreten des hannoverschen Bodens nur in Gemeinschaft mit der Legion geschehen.

Die letzte und ausführlichste der welfischen Denkschriften befindet sich unter den gedruckten Papieren der französischen kaiserlichen Familie.⁴⁰ Der Fundort deutet darauf hin, daß die welfischen Pläne tatsächlich Eingang in die französische Diplomatie gefunden haben. Das Memorandum trägt kein Datum, doch läßt sich aus dem Inhalt auf seine Entstehung schließen. Radewahn, der das Dokument erwähnt, datiert es auf die Zeit des süddeutschen Wahlkampfes für das Zollparlament Weihnachten 1867/Neujahr 1868, also auf einen Zeitpunkt, an dem die Hannoversche Legion bereits seit einem halben Jahr bestand.⁴¹ Interessant ist, daß die Welfen in

Trutzbündnisse, die Bismarck am 18. März 1867 während der Luxemburgkrise veröffentlichte. Zum Charakter der Bündnisse vgl. Schieder, Theodor: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815 — 1871, Stuttgart 1976 (= Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 15), S. 180 f.

³⁴ Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 537.

³⁵ Vgl. Kap. 5.2.

³⁶ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 236 — 247.

³⁷ Vgl. ebda., S. 236. Auf Kontakte der Welfen zum französischen Kriegsministerium deutet auch die Akte Hann 48a II, B, Nr. 4 hin.

³⁸ Die Frage der Finanzierung der Legion führte wahrscheinlich zu Differenzen zwischen Meding und Graf Platen. Sie hatte auch für die weitere Entwicklung der Legion eine ausschlaggebende Bedeutung, Vgl. Kap. 6 und 6.3.

³⁹ Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 243.

⁴⁰ Vgl. Mémoire d'un Allemand sur l'Allemagne, in: Papiers secrets brûlés dans l'incendie des Tuileries. Complément de toutes les éditions françaises et belges des Papiers et Correspondance de la famille impériale, Bruxelles 1871, S. 163 — 190. Das Dokument konnte — noch bevor es verbrannte — hier abgedruckt werden.

⁴¹ Vgl. Radewahn: Die Pariser Presse, S. 263. Das von Radewahn angegebene Datum läßt sich auch dadurch stützen, daß in dem Memorandum die Schweiz als Aufenthaltsland der Legion angegeben wird. Ende Januar 1868 wechselte die Legion von der Schweiz nach Frankreich. Es wäre möglich, daß diese Denkschrift den Eintritt der Legion nach Frankreich vorbereiten sollte.

dieser für die preußische Einigungspolitik schwierigen Phase, in der die süddeutschen Partikularisten den preußischen Einigungsbemühungen erheblichen Widerstand entgegensetzten, wiederum Anschluß an die französische Regierung suchten. Das Memorandum trägt keine Unterschrift. Es weist jedoch so große Ähnlichkeiten mit dem bei Meding abgedruckten „Mémoire über die Grundlagen eines Bündnisses zwischen dem König Georg und dem Kaiser Napoleon“ auf, daß Zweifel an seiner Herkunft nicht möglich sind. Hier wurde noch einmal dargelegt, daß es aus welfischer Sicht eine nationale Einigung Deutschlands nur auf einer föderalistischen Grundlage geben könne. Ein föderativ strukturiertes Deutschland zeichne sich für Frankreich vor allem dadurch aus, daß es keine Gefahr für den Nachbarn im Westen darstelle, im Gegensatz zu einem „Allemagne prussifiée“⁴², das eine ständige Bedrohung für Frankreich sein werde. Ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen sei daher unvermeidlich, denn das Interesse der kaiserlichen Regierung und der napoleonischen Dynastie würden ihn erfordern. Die Parole, unter der der Krieg geführt werden sollte, wurde auch in diesem Dokument wiederaufgenommen, allerdings noch zugespitzter formuliert: „Alliance entre la nation française et la nation allemande contre la Prusse“.⁴³ Georg V., der als Leiter und Organisator des welfischen Widerstandes in Hannover bezeichnet wurde, werde mit Hilfe der bereits jetzt im Ausland stationierten Truppen, d. h. der Welfenlegion, und der bei Kriegsausbruch eintretenden Emigration von Hannoveranern eine Armee aufstellen, um im Namen der Deutschen an der Seite Frankreichs gegen Preußen zu kämpfen.

Die Denkschrift verdeutlicht noch einmal den Versuch der hannoverschen Exilregierung, die Pariser Regierung zu einem Krieg gegen Preußen zu bewegen. Aus welfischer Sicht war dieser Krieg für die Sicherheit Frankreichs ebenso notwendig wie für die Unabhängigkeit der kleinen deutschen Staaten. Das Memorandum demonstriert aber auch, daß die Exilregierung die Rolle der welfischen Dynastie überschätzte, indem sie annahm, die deutsche Bevölke-

rung erwarte von ihr die Initiative zur Wiederherstellung selbständiger deutscher Staaten.⁴⁴

Die hier aufgeführten welfischen Pläne, die als politisches Programm zu verstehen sind, zeigen insgesamt, daß die im Exil befindlichen Welfen Hannover als vom Feind besetztes Land betrachteten und mit der Anhänglichkeit der hannoverschen Bevölkerung an das welfische Herrscherhaus rechneten. Sie machen aber vor allem das Bestreben der hannoverschen Exilregierung deutlich, ihre politischen Ziele mit der Politik der französischen Regierung zu verbinden, von der sie sich eine Restauration der welfischen Herrschaft versprach. Eine Rückkehr nach Hannover, die mit Hilfe Frankreichs militärisch realisiert werden sollte, war aus Sicht der Welfen jedoch nur dann garantiert, wenn das welfische Königshaus mit eigenen militärischen Kräften, die im wesentlichen aus der hannoverschen Bevölkerung kommen mußten, am Krieg gegen Preußen teilnehmen konnte. In diesem Zusammenhang war die Bildung einer welfischen Legion seit der Annexion Hannovers geplant. Die Wiedergewinnung des verlorenen Königreiches wurde aber von der hannoverschen Exilregierung nicht nur konzipiert, sondern auch mit propagandistischen und agitatorischen Maßnahmen in Hannover vorbereitet. Diese Maßnahmen zielten darauf ab, die in den welfischen Plänen vorgesehene Legion zu organisieren und eine Erhebung der hannoverschen Bevölkerung zu initiieren.

2.3 Proteste, Propaganda, Agitation: Formen welfischen Widerstandes gegen die Annexion Hannovers

Am 3. Oktober 1866 verkündete Wilhelm I. von Preußen das „Patent wegen Besitznahme des vormaligen Königreichs Hannover“⁴⁵, das auf einem Gesetz des preußischen Landtages vom 20. September des Jahres beruhte. Georg V. protestierte aus seinem österreichischen Exil gegen die Einverleibung seines

⁴⁴ Vgl. Radewahn: Die Pariser Presse, S. 265.

⁴⁵ Vgl. den Text des Patentges, in: Hahn, Ludwig (Hrsg.): Zwei Jahre preußisch-deutscher Politik 1866 — 1867. Sammlung amtlicher Kundgebungen und halbamtlicher Äußerungen, Berlin 1868, S. 339 f.

⁴² Mémoire d'un Allemand sur l'Allemagne, S. 171.

⁴³ Ebda., S. 173.

Wir Georg V.

von Gottes Gnaden König von Hannover, Königlichem Prinz von Großbritannien, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc.

sehen allen Unseren getreuen Unterthanen aus der Ferne Unseren Königlichen Gruß.

In diesen ersten Tagen des schweren Unglücks, welches unter Gottes unerforschlicher Zulassung über Uns, Unser Haus und Unser Königreich verhängt ist, wenden Wir Uns mit bekümmertem Herzen, aber zugleich mit Unseren ganzen landesväterlichen Liebe an Unser getreues Volk der Hannoveraner.

Trotz Unserer unablässigen Bemühungen den Bruderkrieg in Deutschland zu verhüten, trotz der sorgsamsten Vorkehrungen, mit welcher Wir wenigstens Unserem Königreiche den Frieden zu erhalten strebten, hat der König von Preußen, Unser Vetter und bisheriger Bundesgenosse, Uns ohne irgend gegründete Veranlassung von Unserer Seite, mit Krieg überzogen.

Wir haben gegen die Rechtswidrigkeit dieses vorbeachteten Angriffs, welcher Uns in den Stand der Nothwehr versetzt, bei den Europäischen Mächten protestirt, und erfüllt von dem Willen vor einem Kampfe Feindes gegen Deutsche Alles gethan, um ohne Blutvergießen Unsere Arme auf das fühlende Bundesgebet zu führen.

Unsere Bemühungen waren erfolglos.

Im Kampfe gezwungen, hat Unser tapferes Heer die Preussischen Truppen glänzend geschlagen, und der reiche Verberberer seine alten Waffenruhms ein freies schimmerndes Reis hinzugefügt.

Wir durften nicht gefahren, daß der todessumtliche Feldschlachten Unserer Krieger sich erfolglos der Verletzung durch die deutsche Uebermacht des ringum andrängenden Feindes preisgäbe, und mußten deshalb schweren Verluste die Capitulation von Langensalza zulassen.

Wir haben auch, nachdem Unsere Bundesgenossen geschlagen waren, Uns gekniet unter das unabänderliche Schicksal des Krieges, und dem Könige von Preußen, den die Entscheidung des Kampfes zum Sieger in Deutschland gemacht, die Hand zum Frieden geboten, aufrichtig bereit alle Opfer zu bringen, welche die Nothwendigkeit Uns auferlegen würde.

Er hat Unsere Hand zurückgewiesen und das Wort der Verhöhnung, das Wir an Ihn richteten, nicht vernachlässigen wollen.

Jetzt nun erklärt der König von Preußen Unser Königreich seiner Monarchie für eingekeilt.

Damit ist ein weltlicher Akt vollzogen, welchen Wir für unmöglich hielten zwischen deutschen Staaten, die durch feste Verträge als selbstständige Mitglieder zu gegenseitiger Schutze und zur Erhaltung der nationalen Einheit verbunden waren; welchen Wir für unmöglich halten durften von Seiten eines Souverains, der mit Uns als Unser leiblicher Vetter, so nahe verwandt ist, welchen Wir vor Allen für unmöglich halten mußten nach den Uns und Unseren Erbländten deutschen Verbündeten noch vor wenigen Jahren von Ihm selbst feierlich gezeichneten Versicherungen.

Wegen diesen rechtswidrigen Akt der Eingekeilung Unseres Königreichs in Preußen, gegen diese Verletzung der Rechte Unseres Landes und jedes einzelnen Unserer Unterthanen haben Wir bei allen Regierungen der civilisirten Staaten Protest erhoben.

Wir erklären aber auch zugleich hiermit vor allen Unseren Unterthanen laut und feierlich diese Eingekeilung des Unseren Königlichen Hauses angefallenen Königreichs Hannover in die Preussische Monarchie für null und nichtig, und dem gemäß alle Akte der Souveränität, welche der König von Preußen in

Gegen zu **Pieking bei Wien**, den 5. October 1866.

(L. S.)

Georg Rex.

Ernst August.

Adolph Graf von Platen zu Gattermünde

Abb. 4: Aufruf Georgs V. an die hannoversche Bevölkerung vom 5. Oktober 1866. Historisches Museum Hannover.

Landes in den preußischen Staat, wie Meding es in seinem Programm zur welfischen Exilpolitik vorschlugen hatte. In der an die Großmächte gerichteten Adresse⁴⁶ brachte er deutlich zum Ausdruck, daß er nicht gewillt war, auf seine Souveränitätsrechte zu verzichten und die durch Preußen geschaffene neue Ordnung in Norddeutschland zu akzeptieren. Die

europäischen Großmächte wurden in dem Protest um ihre Unterstützung angerufen, damit dem preußischen Vorgehen, das „Macht vor Recht“⁴⁷ stelle, Ein-

⁴⁶ Vgl. Der Protest des Königs von Hannover gerichtet an die europäischen Großmächte gegen die Einverleibung seines Landes durch den König von Preußen, aus dem Französischen übersetzt, Hietzing 1866.

⁴⁷ Ebda., S. 13. Georg V. berief sich dabei auf seine erbten Herrschaftsrechte einer monarchisch-legitimistischen Ordnung. Aber auch Bismarck führte die Rechtmäßigkeit seiner Politik für sich ins Feld, indem er das Völkerrecht für sich in Anspruch nahm. Vgl. Barmeyer, Heide: Bismarck, die Annexionen und das Welfenproblem 1866 — 1890. Der unvollendete nationale Verfassungsstaat in Verteidigung und Angriff, in: Nds. Jb. f. Lg. 48 (1976), S. 418.

halt geboten werde. Doch die Aufnahme dieser Adresse unter den Mächten Europas war reserviert.⁴⁸ Kurze Zeit später, am 5. Oktober 1866, richtete der hannoversche König, der sich als Souverän eines nur besetzten Landes betrachtete und die Hannoveraner auch weiterhin als seine Untertanen ansah, eine Proklamation an die hannoversche Bevölkerung, die als Antwort auf das Annexionspatent Wilhelms I. zu verstehen war.⁴⁹ In dieser Proklamation rief er die Hannoveraner zur Ergebenheit gegenüber der Welfendynastie sowie zum Widerstand gegen die preußische Fremdherrschaft auf. Die Annexion sei null und nichtig und verstärke nur die Bande zwischen Welfen und Hannoveranern.⁵⁰ Den welfischen Anhängern in Hannover gelang es, den Aufruf Georgs V. in einer Nacht an fast allen Kirchen und öffentlichen Gebäuden der neuen preußischen Provinz anzuschlagen.⁵¹ Onno Klopp, der in Hietzing lebende welfische Historiker⁵², initiierte außerdem eine Adresse der Hannoveraner an die europäischen Großmächte, die 500 000 Unterschriften erhielt.⁵³

Gleichzeitig versuchte Georg V., sich der Entbindung seiner Soldaten vom Fahneneid zu widersetzen. Darin drückte sich u. a. das Bestreben aus, der welfischen Dynastie die militärische Kraft zu erhalten, die nötig war, um das Land — wenigstens teilweise — aus eigener Kraft zurückerobern zu können. Hartnäckig weigerte er sich, seiner gesamten Armee eine generelle Eidesentbindung zu gewähren, obwohl sich Soldaten und Offiziere aus existenziellen Gründen gezwungen sahen, in preußische Dienste zu treten. Noch im Herbst 1866 entsandte der Welfenkönig seinen Flügeladjutanten Adolf v. Düring mit dem Auftrag nach

Hannover, die Offiziere zum Bleiben an Georgs Seite zu überreden.⁵⁴ Erst am 24. Dezember 1866 entschloß sich der ehemalige hannoversche König, denjenigen den Abschied zu erteilen, die ihn schriftlich und unter Angabe von Gründen darum ersuchten. Eine generelle Eidesentbindung lehnte er jedoch weiterhin ab, weil die Verhältnisse der Offiziere und Soldaten, die nicht in preußische Dienste treten wollten, nicht geregelt seien.⁵⁵ Diesen zahlte Georg V. eine finanzielle Unterstützung aus, um sie sich und seiner Sache zu erhalten.⁵⁶ Die überwiegende Zahl der Offiziere trat aber in preußische Dienste oder ging in preußische Pension. Ca. dreiundachtzig Offiziere lehnten es jedoch ab, dem preußischen Staat zu dienen, und wanderten nach Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg, Österreich und Sachsen-Altenburg aus. Sie leisteten dort weiter militärische Dienste und bildeten ein Potential, auf das Georg V. im Kriegsfall möglicherweise zurückgreifen konnte. Einundachtzig ehemals hannoversche Offiziere blieben schließlich dem welfischen Königshaus ergeben, jedoch nur neunzehn in aktivem Dienst.⁵⁷ Diese neunzehn Offiziere bildeten den Kern der späteren Hannoverschen Legion.

Begleitend zu den Protesten gegen die Annexion und den Versuchen, sich der Entbindung der hannoverschen Soldaten vom Fahneneid zu widersetzen, bemühte sich die welfische Exilregierung auch, mit Hilfe einer antipreußischen Pressekampagne in deutschen, österreichischen und französischen Zeitungen die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, die welfischen Ansprüche auf Hannover aufrechtzuerhalten und die Kriegsbereitschaft gegen Preußen zu schüren. Sowohl in Wien als auch in Paris existierten welfische Pressebüros, die durch den Regierungsrat Meding miteinander verbunden waren.⁵⁸ Seit Mitte

⁴⁸ Vgl. Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 17.

⁴⁹ Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 39.

⁵⁰ Vgl. Proclamation Sr. M. des Königs an sein Volk, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 477.

⁵¹ Vgl. Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. 2.2, Leipzig 1901, S. 635.

⁵² Zu Klopp vgl. den Lexikonartikel von Georg Schnath, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. der Hist. Kom. bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 12, Berlin 1980, S. 115 — 116.

⁵³ Vgl. Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 20, und Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. 2.2, S. 635. Vgl. auch Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 485.

⁵⁴ Vgl. Cordemann, E. L. F.: Die Hannoversche Armee und ihre Schicksale in und nach der Katastrophe von 1866. Aufzeichnungen und Akten des hannoverschen Generalstabschefs Oberst Cordemann, hrsg. v. G. Wolfram, Hannover und Leipzig 1904, S. 52. Düring habe davon gesprochen, daß Georg mit einer Armee von 50 000 Mann bald sein Land wiedererobern wolle.

⁵⁵ Vgl. ebda., S. 95.

⁵⁶ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 377.

⁵⁷ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 37.

⁵⁸ Vgl. Radewahn: Die Pariser Presse, S. 248.

Juli 1867 unterhielt die hannoversche Exilregierung in Paris sogar eine eigene Zeitung, „La Situation“ genannt, die mit Unterstützung französischer Behörden gegründet werden konnte.⁵⁹ Ziel dieser Zeitung war es, „die Sache des Königs von Hannover in der großen Welpresse zu vertreten und die Sympathien des französischen Volks für diese Sache immer mehr zu stärken, damit die hannöversische Sache zu einer nationalen Ehrensache des französischen Volks werde“.⁶⁰ Bald fiel die Zeitung durch ihre antipreußische Polemik und ihr Kriegsgeschrei jedoch so sehr auf, daß sich die französische Regierung von ihr distanzieren mußte. Damit hatte das Blatt sein außenpolitisches Ziel verfehlt, so daß sein Erscheinen ab April 1868 eingestellt wurde.⁶¹ Meding, der von Georg V. beauftragt worden war, die Kriegsbereitschaft in Paris zu schüren, setzte danach die Veröffentlichung antipreußischer Artikel in führenden französischen Zeitungen, wie „La Presse“, „Le Monde“ und „Le Figaro“, fort.⁶²

In Hannover hatte Georg V. inzwischen, wie es die politischen Pläne der Welfen vorsahen, mit der Agitation gegen Preußen begonnen und eine Untergrundbewegung organisieren lassen. Ein Geheimkomitee bildete das Zentrum dieser Bewegung.⁶³ Es hatte die Aufgabe, den Widerstand in der Bevölkerung zu beleben und die Verbindung mit den ehemaligen Soldaten der hannoverschen Armee in der Weise aufrechtzuerhalten, daß sie jederzeit für welfische Zwecke eingesetzt werden konnten.⁶⁴ Die Leitung dieses Komitees lag in den Händen des früheren hannoverschen Staatsministers Bacmeister, dem eine Gruppe junger Offiziere zur Seite stand.⁶⁵ Sie hatten das Land nach dem System der preußischen Landwehr aus dem Jahre 1813 in zehn Arrondissements und vierzig Kantone eingeteilt, in denen jeweils die Offiziere und Unteroffiziere die Werbungen für ein hannoversches Truppenkorps leiteten, das in einem Krieg gegen

Preußen eingesetzt werden sollte.⁶⁶ Diese Werbungen fanden mit dem Hinweis auf die von 1806 bis 1813 aus Teilen der hannoverschen Armee bestehende „King's German Legion“ statt, die das Land rechtzeitig verlassen hatte, um an der Seite Englands am Kampf gegen Napoleon I. teilzunehmen.⁶⁷ Seit Anfang Dezember 1866 bestand außerdem ein Kurierdienst, mit dessen Hilfe die welfischen Partikularisten die Verbindung zwischen Hietzing und Hannover aufrechterhielten.⁶⁸

Die hier genannten Formen welfischen Widerstandes gegen die Annexion Hannovers durch Preußen verdeutlichen, daß Georg V., der die Gelder für die welfischen Aktivitäten bereitstellte, und seine Exilregierung mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen versuchten, die Restauration der welfischen Herrschaft in Hannover zu verwirklichen. Diese Politik, die u. a. auch die Werbungen für ein Truppenkorps beinhaltete, führte im Frühjahr 1867 zur Entstehung der Welfenlegion.

⁶⁶ Vgl. *Mémoire d'un Allemand sur l'Allemagne*, S. 176.

⁶⁷ Vgl. Nöll von der Nahmer, Robert: *Bismarcks Reptilienfonds. Aus den Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches*, Mainz 1968, S. 35. Zur Geschichte der Deutschen Legion vgl. Schwertfeger, Bernhard: *Geschichte der Königlich Deutschen Legion 1803 — 1816*, 2 Bde., Hannover und Leipzig 1907.

⁶⁸ Vgl. Malortie an Lex am 5. Dezember 1866, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 483. Aus dem Schreiben geht hervor, daß zwischen Hietzing und Hannover ein wöchentlicher Kurierdienst bestand. Er war auf Befehl Georgs V. entstanden. Vgl. Lex an Malortie am 27. November 1866 (Entwurf), in: ebda.

3 Die Entstehung der Hannoverschen Legion (1867)

3.1 Erste Auswanderungen nach England und Nordamerika 1866/1867

Die Entstehung der Hannoverschen Legion war ein langer Prozeß, der mit der Konzipierung welfischer Politik im Sommer 1866 begonnen hatte. Im Laufe dieses Entstehungsprozesses kam es bereits im Winter 1866/67 zu ersten organisierten Auswanderungen von

⁵⁹ Vgl. ebda., S. 250 ff.

⁶⁰ Meding: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 3, S. 98.

⁶¹ Vgl. Radewahn: *Die Pariser Presse*, S. 255 f.

⁶² Vgl. Bukey: *The Guelph Movement*, S. 64.

⁶³ Vgl. *Mémoire d'un Allemand sur l'Allemagne*, S. 176.

⁶⁴ Vgl. Duckstein: *Die Welfenlegion*, S. 38 f.

⁶⁵ Vgl. Hassell: *Geschichte des Königreichs Hannover*, Bd. 2,2, S. 639.

militärpflichtigen Hannoveranern, obwohl die Gründung eines Freikorps' von der hannoverschen Exilregierung noch nicht definitiv beschlossen worden war.

Die Auswanderer wandten sich, der Tradition der „King's German Legion“ folgend, nach England. Am 4. Dezember 1866 kündigte Graf Platen den Bevollmächtigten Georgs V. in London das Eintreffen von hannoverschen Emigranten an und bat sie, diese mit Empfehlungen zu unterstützen.¹ Die Auswanderungen erfolgten in den meisten Fällen über Hamburg und wurden von dem dort stationierten Geheimagenten, Leutnant Scriba, geleitet. Der Londoner Bevollmächtigte Blome telegraphierte am 16. Dezember 1866 an Graf Platen, daß eine Anzahl hannoverscher Soldaten und Unteroffiziere eingetroffen sei, denen in Hannover durch geheime Agenten die Bildung einer Legion versprochen worden sei. Leutnant Scriba wolle in England den Stamm dieser Legion aufbauen.² Anscheinend gingen Scriba und andere Mitglieder der welfischen Untergrundbewegung davon aus, daß schon zu diesem Zeitpunkt eine Legion gegründet werden sollte. Möglicherweise wollten sie die Auswanderungen aber auch benutzen, um die Exilregierung zur Gründung eines Freikorps' zu bewegen. Platen antwortete bereits einen Tag später auf Blomes Anfrage, *„daß das Gerede über die jetzige Bildung einer Legion eine müßige Erfindung ist. Es handelt sich nur um Unterthanen Seiner Majestät des Königs, welche den Wunsch hegen, sich der preußischen Gewaltherrschaft durch einen zeitweiligen Aufenthalt in England zu entziehen, und die dort Arbeit suchen müssen, falls ihnen keine Existenzmittel zu Gebote stehen. ... Sollten die Ausgewanderten wirklich der Meinung sein, es werde gegenwärtig in England eine Legion für Seine Majestät den König gebildet, so ist denselben einzeln zu eröffnen, daß davon für den Augenblick keine Rede sein, daß jedoch eine solche Eventualität später eintreten könne; ...“*³

Die hannoversche Exilregierung scheute also davor zurück, eine Legion zu diesem Zeitpunkt ins Leben zu rufen. Doch wollte sie sich die ausgewanderten Leute offensichtlich für ihre politischen und militärischen Ziele erhalten, zumal im Dezember 1866 verstärkt über die Entbindung der hannoverschen Soldaten vom welfischen Fahnenleid verhandelt wurde.

Die preußische Regierung war nicht gewillt, die Auswanderungen von Militärpflichtigen zu dulden. In einem Reskript des Königlich Preußischen General-Gouvernements im Departement des Innern vom 22. Dezember 1866, das auf einer Verfügung des kommandierenden Generals beruhte, hieß es:

*„Es hat sich herausgestellt, daß schon seit längerer Zeit an mehreren Orten des Landes Agenten in Thätigkeit sind, welche dienstpflichtige Mannschaften unter lügenhaften Vorspiegelungen zur Auswanderung verleiten und ihnen zum Entkommen behülflich sind. Durch die Vernehmung der in Geestemünde und Hamburg in den letzten Tagen verhafteten 120 Dienstpflichtigen, die im Begriff waren sich nach England einzuschiffen, sowie durch weitere Recherchen habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß einer erheblichen Anzahl die Flucht bereits gelungen ist.“*⁴

Ungefähr hundert Soldaten waren bis zum 23. Dezember 1866 nach England emigriert.⁵ Obwohl die preußische Polizei eine große Anzahl der Männer mit Verhaftungen an der Emigration hinderte, konnte das welfische Geheimkomitee, dessen Beziehungen bis in die Beamtschaft der neuen preußischen Provinz reichten,⁶ Hannoveranern immer wieder die Auswanderung ermöglichen. In dem genannten Reskript hieß es dazu:

„Trotzdem nun dieses Treiben schon seit mehreren Wochen nachgewiesen ist, und durch Denunciationen und Mittheilungen wohlgesinnter Privatpersonen meine Aufmerksamkeit erregt war, ist mir auch noch nicht eine einzige dienstliche Anzeige zugegangen und kann ich zu meinem lebhaften Bedauern mich nicht der Ansicht verschließen, daß ein Theil der Beamten — und hier habe ich gerade besonders die

¹ Vgl. Platen an Blome und Wehner am 4. Dezember 1866, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 475.

² Vgl. Blome an Platen am 16. Dezember 1866, in: Ebda.

³ Platen an Blome am 17. Dezember 1866, in: Ebda.

⁴ NHStA, Hann 74, Stolzenau, Nr. 3600.

⁵ Vgl. Blome an Graf Wedel am 22./23. Dezember 1866, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 475.

⁶ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 39.

a. 15,323.

N. 4132 24 Cito!
17/12 66.

In Ausführung der unterm heutigen Tage eingegangenen, also lautenden Verfügung des Königl. General-Gouvernements, Departements des Innern:

Seine Excellenz der commandirende Herr General hat unterm 18. d. M. Uns folgende Verfügung zugehen lassen:

„Es hat sich herausgestellt, daß schon seit längerer Zeit an mehreren Orten des Landes Agenten in Thätigkeit sind, welche dienstpflichtige Mannschaften unter lügenhaften Vorspiegelungen zur Auswanderung verleiten und ihnen zum Entkommen behülflich sind. Durch die Vernehmung der in Oesfemünde und Hamburg in den letzten Tagen verhafteten 120 Dienstpflichtigen, die im Begriff waren sich nach England einzuschiffen, sowie durch weitere Recherchen habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß einer erheblichen Anzahl die Flucht bereits gelungen ist.

Trotzdem nun dieses Treiben schon seit mehreren Wochen nachgewiesen ist, und durch Denunciationen und Mittheilungen wohlgesinnter Privatpersonen meine Aufmerksamkeit erregt war, ist mir auch noch nicht eine einzige dienstliche Anzeige zugegangen und kann ich zu meinem lebhaften Bedauern mich nicht der Ansicht verschließen, daß ein Theil der Beamten — und hier habe ich gerade besonders die Unterbeamten und Gendarmen im Auge — entweder ihrer Stellung nicht gewachsen, oder nicht von dem Grad von Pflichttreue befestigt ist, den ich von jedem Königl. Beamten verlangen muß.

Vermöge der mir von Seiner Majestät Allergnädigst verliehenen Nachvollkommenheit werde ich gegen jeden Beamten, auf dessen rückhaltlose Unterstützung ich nicht rechnen kann, Amtssuspension verfügen und seine Verabschiedung beantragen.“

Wir ertheilen den Königl. Landdrosteien und der Königl. Berghauptmannschaft hiedurch die Anweisung, diese Verfügung des commandirenden Herrn Generals unter Hinzufügung der Bezugung des ernststen Mißfallens desselben sämmtlichen Polizeibehörden ihres Verwaltungsbezirks mit der Auflage zur Kenntniß zu bringen, daß jedem Mitgliede und jedem Unterbeamten der Obrigkeit von dem tadelnden und mahnenden Ausspruche des commandirenden Herrn Generals sofort Eröffnung zu machen sei.

Hannover, den 22. December 1866.

Königlich Preussisches General-Gouvernement.
Departement des Innern.

Heinrichs.

An
Königl. Landdrosteien und die
Königl. Berghauptmannschaft.

Verte!

Abb. 5: Reskript des preussischen Generalgouvernements zu unerlaubten Auswanderungen hannoverscher Militärs nach England (1866). Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover.

Unterbeamten und Gendarmen im Auge — entweder ihrer Stellung nicht gewachsen, oder nicht von dem Grad von Pflichttreue beseelt ist, den ich von jedem Königlichen Beamten verlangen muß.

*Vermöge der mir von Seiner Majestät Allergnädigst verliehenen Machtvollkommenheit werde ich gegen jeden Beamten, auf dessen rückhaltlose Unterstützung ich nicht rechnen kann, Amtssuspension verfügen und seine Verabschiedung beantragen.*⁷

Das Reskript zeigt, daß die neue Führung in Hannover bemüht war, jeden Widerstand gegen die preußische Herrschaft von vornherein zu ersticken. Dazu gehörte auch die Drohung, illoyale Beamte zu suspendieren, deren Unterstützung für die welfische Widerstandsbewegung von großer Bedeutung war.

Die Versorgung und Unterbringung der Hannoveraner in England gelang nur schlecht, obwohl Georg V. immer wieder finanzielle Mittel für die Ausgewanderten bereitstellte.⁸ Enttäuscht ließen sich deshalb viele der Emigranten von der preußischen Gesandtschaft in London die Rückkehr nach Hannover vermitteln.⁹ Die in England zurückgebliebenen Hannoveraner schlossen sich dagegen unter dem von Hietzing nach London gesandten Ernst Duve zu einem „Verein treuer Hannoveraner“ zusammen, der von Georg V. finanziell gefördert wurde. Für Duve bestand die Aufgabe dieses Vereins darin, die ausgewanderten Hannoveraner so zu organisieren, daß sie für den Welfenkönig jederzeit militärisch verfügbar waren. Offiziell diente die Vereinigung jedoch nur dazu, die Ausgewanderten finanziell zu unterstützen. Durch dieses Vorgehen sollte das politische Ziel der Emigration verdeckt werden.¹⁰

Das welfische Geheimkomitee in Hannover organisierte außerdem Auswanderungen nach Nordamerika, die über Geestemünde erfolgten. Auch hier

gelang es der preußischen Polizei, wie aus dem Reskript vom 22. Dezember 1866 deutlich wird, Hannoveraner bei dem Versuch der Auswanderung zu verhaften. Im Frühjahr 1867 verstärkte sich diese Emigration, so daß auf amerikanischem Boden eine hannoversche Kolonie gegründet wurde, die bei Kriegsausbruch ebenfalls mit den hannoverschen Truppen vereinigt werden sollte. Sie hatte aber für die Existenz der Welfenlegion keine Bedeutung.¹¹

Die verfrühten Auswanderungen nach England und Nordamerika zeugten von Koordinierungsproblemen zwischen der hannoverschen Exilregierung und dem Geheimkomitee. Sie zeigten aber gleichzeitig, daß an dem in den welfischen Plänen konzipierten Gedanken, eine Hannoversche Legion zu gründen, festgehalten wurde und daß die welfische Untergrundbewegung — trotz der Wachsamkeit preußischer Behörden — in der Lage war, Auswanderungen zu organisieren.

3.2 Die Luxemburgkrise

Als Napoleon III. Anfang 1867 die vom ihm geforderten Kompensationen als Gegenleistung für den preußischen Machtzuwachs des Jahres 1866 durch den Kauf Luxemburgs zu realisieren beabsichtigte, kam es zu einer Konfrontation zwischen Frankreich und Preußen. Die hannoversche Exilregierung versuchte, diese Krise, die zu dem gewünschten Krieg zwischen der französischen und der preußischen Großmacht zu führen schien, für ihre politischen Ziele auszunutzen. Auch die welfische Untergrundbewegung in Hannover rechnete mit einem Kriegsausbruch und verstärkte die seit längerem andauernden Werbungen für eine zukünftige Welfenlegion.

Die napoleonische Außenpolitik zielte auf eine Revision der Verträge von 1815 und auf eine französische Führungsrolle in einem Europa der Nationalstaaten.¹² Das Nationalitätenprinzip konnte aber auf Deutschland schwer übertragen werden, weil bei sei-

⁷ NHStA, Hann 74, Stolzenau, Nr. 3600.

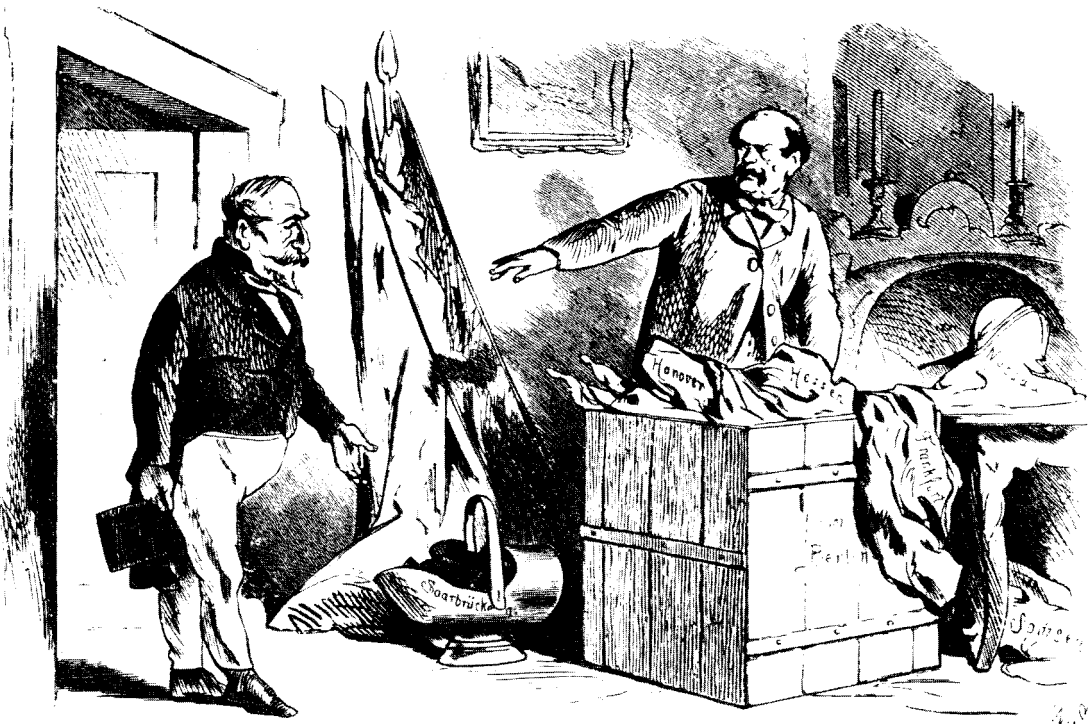
⁸ Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 475.

⁹ Vgl. Scriba an Wedel am 5. Januar 1867, in: Ebda.

¹⁰ Vgl. Duve an Meding am 4. Mai 1867, Anlage zu einem Schreiben von Oskar Meding an Graf Platen vom 16. Mai 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 475. Duves militärische Ziele werden auch dadurch deutlich, daß er im Sommer 1868 Meding anbot, die in dem welfischen Verein in London organisierten 127 Hannoveraner als Verstärkung der Welfenlegion nach Frankreich zu bringen. Vgl. Duve an Meding am 27. Juni 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VI Nr. 3233.

¹¹ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 44.

¹² Vgl. Valsecchi, Franco: Das Zeitalter Napoleons III. und Bismarcks 1854 — 1878, in: Historia Mundi, Bd. X, hrsg. v. F. Valjavec, Bern und München 1961, S. 59.



— Ich wollte Ihnen nur zu der schönen Erbschaft gratulieren und sehen, ob nicht eine Kleinigkeit für mich — —
 — Ach was! Hier wird nichts gegeben!

Abb. 6: „Ein Mißverständnis“. Kladderadatsch Nr. 39 vom 26. August 1866.

ner Anwendung eine gefährliche Großmacht an Frankreichs Grenzen entstehen mußte, die eine französische Vormachtstellung in Europa gefährden konnte. Die kaiserliche Regierung wollte daher nur dann ihre Politik der Nationalstaaten auf die Einigungspolitik Preußens anwenden, wenn Frankreich für preußische Gebietserweiterungen Kompensationen erhielt.¹³ Napoleon war zudem auf außenpolitische Erfolge angewiesen, um seine Herrschaft wegen ihrer plebiszitären Legitimation innenpolitisch zu stabilisieren.¹⁴ Aus diesem Grund dienten die Kompen-

sationsforderungen insbesondere auch dazu, die französischen Einbußen an Macht und Prestige auszugleichen. Seit Königgrätz steigerte sich in der französischen Öffentlichkeit der Eindruck, daß die preußenfreundliche Nationalitätenpolitik Napoleons einer preußischen Machtausdehnung Vorschub leiste. Die kaiserliche Regierung zeigte 1867 darum immer weniger Neigung, die preußischen Einigungsbemühungen ohne gleichzeitige Entschädigungen für Frankreich zu dulden. Napoleon, der die Konstituierung des Norddeutschen Bundes tolerierte, erwartete im Gegenzug von Preußen die Unterstützung seiner Kompensationspolitik.¹⁵

¹³ Vgl. Aubry, Octave: Das Zweite Kaiserreich, Erlenbach-Zürich und Leipzig 1938, S. 490.

¹⁴ Die Schwierigkeiten Frankreichs bei der italienischen Einigung und das Scheitern des französischen Unternehmens in Mexiko während der 1860er Jahre hatten die napoleonische Herrschaft innenpolitisch geschwächt. Vgl. Schierenberg, Kurt A.: Die Deutsch-Französische Auseinandersetzung und die Luxemburger Angelegenheit des Jahres 1867, Phil. Diss, Marburg 1933, S. 10.

¹⁵ Vgl. Wüstemeyer, Manfred: Demokratische Diktatur: Zum politischen System des Bonapartismus im Zweiten Empire, Köln und Wien 1986 (= Dissertationen zur neueren Geschichte, Bd. 18), S. 242 — 244, und Böhme: Die Reichsgründung, S. 159.



Ein guter Schäfer läßt kein Schaf verloren gehen.

Abb. 7: „Deutsche Weide“. Kladderadatsch Nr. 14 und 15 vom 31. März 1867.

Im Frühjahr 1867 versuchte Frankreich, dem holländischen Königreich das Großherzogtum Luxemburg abzukaufen.¹⁶ Preußen, das in der Hauptstadt Luxemburg noch immer eine Bundesfestung des ehemaligen Deutschen Bundes besaß, hatte keine Einwände, verlangte aber, in der Öffentlichkeit nicht genannt zu werden. Doch Holland, das ohne Zustimmung der preußischen Großmacht einem Verkauf Luxemburgs nicht zustimmen wollte, erkundigte sich öffentlich nach der Haltung der Berliner Regierung. Damit war Preußen gegenüber der nationalen Bewegung, die eine Abtretung Luxemburgs wegen des hohen deutschen Bevölkerungsanteils ablehnte, kom-

promittiert, falls es einem Verkauf zustimmte.¹⁷ Bismarck sah aber das Aufflammen der nationalen Erregung nicht ungern, weil es ihm die Möglichkeit bot, den französischen Vergrößerungsplänen, die er Frankreich im Sommer 1866 in Aussicht gestellt hatte, im letzten Moment entgegenzutreten.¹⁸ Durch die Veröffentlichung der geheimen Schutz- und Trutzbündnisse am 18. März 1867, die sowohl eine Drohung gegenüber Frankreich darstellten als auch den nationalen Einigungswillen Preußens demonstrierten, und mit Hilfe seiner Rede im Reichstag am 1. April 1867 gelang es dem preußischen Ministerpräsidenten, Anschluß an die Nationalbewegung zu gewinnen. Gegenüber Frankreich widersetzte er sich nun einer Abtretung Luxemburgs, weil der preußische

¹⁶ Luxemburg, das bis 1866 dem Deutschen Bund angehört hatte, war mit dem holländischen Königreich durch Personalunion verbunden. Seine Hauptstadt hatte als Bundesfestung eine preußische Besatzung, die auch nach 1866 dort geblieben war. Das Großherzogtum gehörte zum deutschen Zollverein und besaß einen großen deutschen Bevölkerungsanteil. Vgl. Brandenburg, Erich: Die Reichsgründung, Bd.2, Leipzig 1916, S. 248 f.

¹⁷ Vgl. Böhme: Die Reichsgründung, S. 161.

¹⁸ Vgl. Kohl, Horst (Hrsg.): Bismarckreden 1847 — 1895, 7. Aufl., Stuttgart und Berlin 1915, Vorbemerkung zur Rede vom 1. April 1867, S. 92.

König auf die Wünsche des Reichstages Rücksicht nehmen müsse. Daraufhin erklärte sich der holländische König nicht mehr bereit, einem Verkauf Luxemburgs an Frankreich zuzustimmen.¹⁹ Die französische Kompensationspolitik war damit gescheitert.

Im April 1867 drohte sich die Krise zu einem Krieg auszuweiten. Seit Mitte April verstärkte Frankreich seine Rüstungen, so daß Preußen glaubte, die kaiserliche Regierung wolle den Konflikt mit Gewalt lösen.²⁰ Zu diesem Zeitpunkt erschien auch Oskar Meding als Abgesandter Georgs V. in Paris, um Frankreich für die welfischen Bündnispläne und für eine Unterstützung der zu gründenden Welfenlegion zu gewinnen. Am 25. April 1867 berichtete er Georg V. nach Hietzing, daß er ein Gespräch mit St. Vallier, dem Kabinettschef des Außenministers Moustier, geführt habe.²¹ In dieser Unterredung bot

Meding Frankreich militärische Hilfe von 20000 hannoverschen Soldaten an. St. Vallier erkannte den Wert der hannoverschen Hilfe an, betonte aber, daß sich Frankreich zurückhalten wolle, um Preußen die Rolle des Angreifers zuschieben zu können. Am 4. Mai 1867, also wahrscheinlich kurz vor der Entstehung der Hannoverschen Legion, schrieb Meding an Georg V., daß er auch mit dem Marquis de Moustier (1817 — 1869), dem französischen Außenminister, gesprochen habe.²² Moustier habe Meding die Sympathie des Kaisers für die Welfendynastie übermittelt, doch könne Napoleon den hannoverschen König wegen der angespannten politischen Lage nicht empfangen. Der welfische Regierungsrat wiederholte gegenüber dem französischen Außenminister, daß in Hannover alles für eine Erhebung und einen Kampf an der Seite Frankreichs vorbereitet sei. Auch Moustier habe die Bedeutung einer welfischen Hilfe anerkannt, obwohl Frankreich zur Zeit nichts unternehmen könne, weil es nicht als Aggressor dastehen wolle. Einen Empfang bei Napoleon III., der wahrscheinlich einen Bruch mit Preußen bedeutet hätte, konnte Meding aber nicht erreichen. Seine Verbindungen zu französischen Diplomaten und Politikern hatten darum den Charakter inoffizieller Kontakte. Napoleons Haltung in der hannoverschen Sache beruhte darauf, sich sowohl gegenüber den Welfen als auch gegenüber den Preußen gesprächsbereit zu zeigen. Deshalb versuchte Meding vor allem mit den französischen Regierungsmitgliedern zu kooperieren, die als Gegner Preußens die welfische Exilregierung politisch unterstützten.²³ Dennoch kam ein Bündnisvertrag zwischen den Welfen und Frankreich nicht zustande.

¹⁹ Vgl. Sybel, Heinrich v.: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. 6, 3. Aufl., München und Berlin 1913, S. 87.

²⁰ Vgl. Schierenberg: Die Deutsch-Französische Auseinandersetzung, S. 76, und Albertini, Rudolf v.: Frankreichs Stellungnahme zur Deutschen Einigung während des Zweiten Kaiserreiches, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 5 (1955), S. 348. Vgl. auch Dokument Nr. 8.

²¹ Vgl. Meding an Georg am 25. April 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520. Bukey bestreitet, daß Meding jemals Kontakte zu Gramont oder anderen wichtigen französischen Politikern besaß. Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 66 f., und ders.: The exile government of King George V., S. 78 f. Diese These wurde bereits von Radewahn, der den inoffiziellen Charakter der welfisch-französischen Verbindungen betont, unter Hinweis auf eine Note der Pariser Polizeipräfektur vom 19. Dezember 1872 widerlegt, aus der hervorgeht, daß Meding drei Kasten Korrespondenz mit französischen Redakteuren, Diplomaten und Politikern in Paris zurückließ. Vgl. Radewahn: Die Pariser Presse, S. 244, Anmerk. 1. Selbst der welfische Historiker Onno Klopp, auf den sich Bukey vorangig stützt, spricht davon, daß Meding Kontakte zu Antoine de Gramont (1819 — 1880), dem französischen Botschafter in Wien und späteren Außenminister, gehabt habe. Vgl. das Memorandum O. Klopps über Breda und Meding, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 526. Auch der dänische Presseagent Jules Hansen, der manchmal für die Welfen tätig war, erwähnt in seinen Memoiren, daß sich in Medings Haus in Paris viele Journalisten und Politiker zusammenfanden. Vgl. Hansen, Jules: Les Couloirs de la Diplomatie. Quinze ans à l'étranger (1864 — 1879), Paris 1880, S. 177. Daher kann davon ausgegangen werden, daß Meding Verbindungen zur französischen Diplomatie besessen hat, auch wenn er einiges in seinen Berichten übertrieben und manche Information aus der Presse entnommen haben wird.

²² Vgl. Meding an Georg V. am 4. Mai 1867 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

²³ Zu den Differenzen innerhalb der französischen Regierung hinsichtlich der gegenüber Preußen einzuschlagenden Politik vgl. auch Kap. 5.2. Napoleon III. soll im übrigen während der Luxemburgkrise die welfischen Vorschläge für ein gemeinsames Angriffsbündnis mit Wohlwollen aufgenommen haben, obwohl sein Vertrauen in ein Bündnis nicht groß gewesen sei. Vgl. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches, Bd. 6, S. 94 f. Genauere Angaben dazu macht Sybel jedoch nicht.

Anfang Mai 1867 bahnte sich schließlich eine Lösung des Konflikts um Luxemburg an. Preußen fehlte ohnehin die Bereitschaft zu einem Krieg, weil die Verfassung des Norddeutschen Bundes noch nicht verabschiedet und der neue Bundesstaat noch nicht gefestigt war.²⁴ In der neuen preußischen Provinz Hannover machte sich außerdem die welfische Opposition noch sehr bemerkbar. Der preußische Diplomat Friedrich von Holstein, der in der Nähe Bismarcks arbeitete und von ihm protegiert wurde, äußerte sich in seinen geheimen Papieren über den Zusammenhang zwischen Bismarcks Politik, die eine friedliche Lösung der Luxemburgkrise anstrebte, und den Spannungen in Hannover:

*„Nach Äußerungen, die der Kanzler und dessen Umgebung mir im Juni 1867 nach meiner Rückkehr aus Amerika machten, nehme ich an, daß Bismarck stark beeinflusst wurde durch den Gedanken, Hannover sei noch in innerer Unruhe, dort werde, wenn der Krieg ausbreche, ‚Mord und Totschlag‘ entstehen.“*²⁵

Aus dieser Einschätzung geht hervor, daß Bismarck eine militärische Konfrontation mit Frankreich zu diesem Zeitpunkt auch deshalb vermeiden wollte, weil die hannoversche Bevölkerung noch nicht genügend in den preußischen Staat integriert war, so daß bei einem Kriegsausbruch die Gefahr eines Aufstandes gegen die preußische Herrschaft in Hannover bestand, wie ihn die welfische Exilregierung in ihren Plänen konzipiert hatte.

Auf der Londoner Konferenz, die vom 7. bis 11. Mai 1867 stattfand, wurde die Luxemburgkrise friedlich gelöst. Preußen erreichte, daß Luxemburg den Status eines neutralen Landes erhielt. Eine Abtretung an Frankreich hätte sich schlecht auf die preußischen Beziehungen zur nationalen Partei und auf eine mögliche Angliederung Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund ausgewirkt, da der Eindruck entstehen mußte, daß die deutsche Einigung mit der

Auslieferung eines deutschen Landes an Frankreich beginne.²⁶ Die Vertragsmächte verpflichteten sich, die Neutralität Luxemburgs zu garantieren. Zwar blieb die wirtschaftliche Einheit des Großherzogtums mit Deutschland erhalten, doch mußte Preußen seine Festung schleifen. Obwohl es Napoleon durch das Ergebnis der Konferenz gelang, sein Gesicht zu wahren, da auch Preußen durch das Schleifen seiner Festung Zugeständnisse machen mußte, bedeuteten die Londoner Ergebnisse eine schwere Niederlage für die kaiserliche Kompensationspolitik, die das preußisch-französische Verhältnis für die Zukunft belastete. Mit einem baldigen Kriegsausbruch, wie ihn die Welfen erwartet hatten, konnte nun aber nicht mehr gerechnet werden. Dennoch war Anfang Mai, als eine Lösung des Luxemburgkonflikts schon möglich schien, die Hannoversche Legion entstanden.

3.3 Die Bildung der Legion im Frühjahr 1867

Während der preußisch-französischen Konfrontation im Frühjahr 1867 verstärkten die Offiziere der Untergrundbewegung ihre Werbung um hannoversche Soldaten.²⁷ In Hietzing verfaßte Adolf von Düring, der hier eine Art Generalstab bildete, die „Maßregeln für die Recrutirung der Legion“²⁸, nach denen dem Zentralkomitee Vollmachten zur Engagierung wehrfähiger Männer in genügender Anzahl übermittelt werden sollten, sobald die Errichtung einer Legion beschlossen und mit Frankreich verabredet sei. Der ehemalige hannoversche Premierleutnant Baron von Holle, der diese Aktion zu organisieren hatte, wurde von Hietzing nach Hannover gesandt. Meding begab sich unterdessen nach Paris. Am 15. April 1867 berichtete er Georg V., daß Gramont den Krieg als bevorstehend ansehe. Er sei nur noch einmal aufgeschoben worden. Es werde aber bereits aufgerüstet. Meding fährt dann fort:

²⁴ Vgl. Engelberg, Ernst: Bismarck: Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985, S. 661.

²⁵ Holstein, Friedrich v.: Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins, hrsg. v. N. Rich und M. H. Fisher, Deutsche Ausgabe v. W. Frauendienst, Bd. 1, Göttingen 1956, S. 35. Vgl. dazu auch Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, S. 52.

²⁶ Vgl. Becker, Otto: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. u. erg. v. A. Scharff, Heidelberg 1958, S. 401.

²⁷ Vgl. von Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. 2.2, S. 646.

²⁸ Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 522.

„Zu den Chancen des Krieges, welche man zu gewinnen sucht und auf welche man den allergrößten Werth legt, gehört nun auch vor Allem die Allianz mit der öffentlichen Meinung und den nationalen Sympathien in Deutschland, um den Grafen Bismark zu verhindern, aus dem bevorstehenden Kriege eine deutsche Nationalsache zu machen. . . .

*Die Erhebung Hannovers sieht man ebenfalls als etwas höchst Wichtiges und Nützliches an. Der Herzog verhehlte mir jedoch nicht, daß der Kaiser nicht recht davon überzeugt sei, wir würden eine Erhebung des hannoverschen Volkes gegen Preußen und für Frankreich ins Werk setzen können.“*²⁹

Die französische Regierung hatte offenbar mehr Interesse an einer Erhebung des hannoverschen Volkes als an militärischer Hilfe durch die Welfendynastie. Aber gerade mit dem von den Welfen versprochenen Aufstand konnte nicht sicher gerechnet werden, da die Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag vom Februar 1867 gezeigt hatten, daß die welfisch-partikularistischen Strömungen im ehemaligen Königreich Hannover zwar eine bedeutende Minderheit darstellten, aber keine Mehrheit besaßen.³⁰ Diese Tatsache konnte für die Differenzen innerhalb der französischen Regierung gegenüber der welfischen Exilpolitik mit verantwortlich sein. Obwohl Meding am 9. April 1867 an Graf Platen berichtete, der Herzog von Gramont habe ihm während der gemeinsamen Reise nach Strasbourg versprochen, in Paris alles für eine welfisch-französische Zusammenarbeit vorzubereiten,³¹ konnte der welfische Gesandte keine konkreten Absprachen mit der französischen Regierung erzielen. Wahrscheinlich gab es darüber Streitigkeiten mit Graf Platen, denn während

Meding es nicht für ratsam hielt, die französische Regierung zu einer bestimmten Zusage zu drängen, bestand dieser darauf, feste Vereinbarungen zu treffen.³² Platen versprach sich davon vor allem eine finanzielle Unterstützung der zu gründenden Welfenlegion. Am 17. April 1867 schrieb er an Meding:

„Das Schwierigste ist meiner Ansicht nach für den Fall, daß man überhaupt auf unsere Hülfe reflectirt, das Geld zur Anschaffung von Waffen, Wegschaffung der Mannschaften aus Hannover nach dem bestimmten Sammlungsplatz und zur Unterhaltung der Armee. Ohne das erforderliche Geld ist nichts zu machen, und so viel als nöthig haben wir nicht. Aber wenn auch das in London befindliche Privatvermögen des Königs hinreichend wäre, wer will die Verantwortlichkeit übernehmen, die königliche Familie im Fall des Mißlingens an den Bettelstab gebracht zu haben? Wir können in der That Frankreich einen großen Dienst erweisen, aber nur mit Geld, und dies muß es uns verschaffen.

*Eine andere Schwierigkeit besteht darin, die Truppen zeitig genug aus Hannover wegzuschaffen, und zwar ehe Preußen Maßregeln ergreift, um uns daran zu verhindern. Auch dazu gehört Geld, und zwar sehr viel Geld!“*³³

Noch am 29. April mahnte Platen in einem Brief an Meding zur Zurückhaltung. Es solle erst dann ein Korps aufgestellt werden, wenn der Krieg wirklich ausgebrochen und Frankreich zu einem Allianzvertrag mit Georg V. und finanzieller Unterstützung der Legion bereit sei.³⁴

In Hannover herrschte inzwischen unter den waffenfähigen Männern ein wachsender Drang zur Auswanderung. Die für Georg V.werbenden Offiziere versprachen, daß der ehemalige hannoversche König bei Ausbruch des Krieges an der Seite Frankreichs sein Land mit seinen Anhängern zurückerobern wolle, das dann als Welfenreich in alter Herrlichkeit wiedererstehen werde.³⁵ Eine Anzahl der Hannoveraner zeigte sich auch deshalb zur Auswanderung

²⁹ Meding an Georg V. am 15. April 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

³⁰ Vgl. Barmeyer, Heide: Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat. Annexion und administrative Integration 1866 — 1868, Hildesheim 1983 (= Veröffentlichungen der Hist. Kom. für Niedersachsen und Bremen, Bd. XXV), S. 64. Von 265 073 in der Provinz Hannover abgegebenen Stimmen erhielten die partikularistischen Kandidaten 129 885 Stimmen (9 Sitze). Auf die Nationalliberalen, die für die Angliederung Hannovers an Preußen eintraten, entfielen 144 188 Stimmen (10 Sitze). Vgl. dazu auch Kap. 4.1.

³¹ Vgl. Meding an Platen am 9. April 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

³² Vgl. Meding an Georg V. am 24. April 1867, in: Ebda.

³³ Platen an Meding am 17. April 1867, in: Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 158.

³⁴ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 187.

³⁵ Vgl. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches, Bd. 6, S. 129.

bereit, weil sie hofften, sich der Einberufung zum langen und strengen preußischen Militärdienst entziehen zu können. Die Offiziere des Geheimkomitees meldeten, daß die Bewegung der Auswanderer nicht mehr lange gestoppt und vor den preußischen Behörden geheimgehalten werden könne.³⁶ Aus diesem Grund reiste der Baron von Holle nach Paris, um sich bei dem Regierungsrat Meding über die politische Situation in Frankreich zu informieren. Dieser bestärkte ihn in dem Glauben, daß ein Kriegsausbruch bevorstehe. Der Baron von Holle vereinbarte daraufhin mit Meding, daß er in Hannover alles für eine Massenauswanderung vorbereiten, aber erst dann handeln werde, wenn er von Hietzing den Befehl dazu erhalte. Verlangten die Ereignisse jedoch schnellere Entscheidungen, sollte Holle aus eigener Verantwortung aktiv werden.³⁷ Aus Paris zurückgekehrt, richtete der Baron am 23. April 1867 ein vertrauliches Schreiben an Graf Platen, in dem er um Geld für seine Aktion bat und zur Eile drängte:

„Es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen alle unsere waffenfähigen Leute einberufen werden. Die Zeit welche uns zum Handeln bleibt ist jedenfalls sehr kurz gemessen und Entschlüsse müssen rasch gefaßt werden, oder Alles ist vergebens. Ich habe deshalb alle Officiere auf den Stationen avertirt und es bedarf nur eines Winkes um die Völkerwanderung in Bewegung zu setzen. Aber dazu ist Geld bekanntlich nothwendig und ich rathe dringend, genügende Mittel so rasch wie möglich disponible zu stellen. Dann aber bin ich fest überzeugt daß große Resultate zu erreichen sein werden. . . .

Alles drängt somit zur höchsten Eile; aber ich bin außer Stande, das Geringste zu thun, ohne hinreichende Mittel. Jeder Tag längeren Zögerns kostet Sn. Majestät mindestens 1000 Mann und in einigen Tagen muß es sich entscheiden, ob die gute Sache hoffnungslos verloren, oder ob noch ein Erfolg möglich ist.“³⁸

Eine Antwort aus Hietzing scheint jedoch ausgeblieben zu sein. Daher wandte sich Holle Anfang

Mai, nachdem der französische Staatsminister Rouher im corps législatif bereits erklärt hatte, daß eine internationale Konferenz zur Lösung der Luxemburgfrage geplant sei,³⁹ noch einmal an den Regierungsrat Meding:

„Seitdem ich Sie verließ habe ich über unsere Angelegenheit keinerlei Nachrichten. Ich handelte nach unserer Abrede: orientierte unsere Agenten und schickte einen Courier mit Bericht über die gespannte Lage und meine Thätigkeit an unseren Chef. Jetzt sind 10 Tage verflossen und mein Courier bleibt aus, und ich bin ohne Nachrichten und ohne Geld. Aufhalten kann ich hier die Sache nicht mehr: entweder Alles aufgeben oder rasch handeln. Ich werde meine Entschlüsse nach Ihren Mittheilungen fassen und bitte Sie, nur mir zu sagen, ob die Stimmungen noch dieselben sind wie bei meiner Abreise oder ob andere Strömungen gesiegt haben. Die jetzigen Ereignisse wurden ja damals vorhergesagt. Sind sie so aufzufassen oder ist es Ernst?“⁴⁰

Meding, der möglicherweise durch falsche Informationen die Entstehung der Legion vorantreiben wollte, um durch ein *fait accompli* die französische Regierung zu einem Bündnis mit Georg V. zu bewegen, antwortete auf dieses Telegramm:

„Die Situation ist dieselbe. Die friedliche Strömung ist nicht ernst, sondern nur diejenige, die ich bereits vorausgesagt. Alles ist unverändert.“⁴¹

Durch das Telegramm suggerierte Meding, daß auch noch zu diesem Zeitpunkt ein Kriegsausbruch unmittelbar bevorstehe. Der Baron von Holle begab sich dennoch Anfang Mai 1867 noch einmal persönlich nach Hietzing. Dies geht aus einem preußischen Agentenbericht aus Wien vom 9. Mai 1867 hervor. Der Agent berichtete:

„Freiherr von Holle . . . kam gestern hier an. Er brachte die Nachricht, daß Zusammenkünfte der treu gebliebenen Offiziere und Soldaten an mehreren Orten stattgefunden haben, und wurde einstimmig

³⁹ Vgl. Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. 2.2, S. 647 f.

⁴⁰ Holle an Meding, undatiert, abschriftliche Anlage zu Oskar Medings Schreiben an Graf Platen vom 31. Mai 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

⁴¹ Meding an Platen am 31. Mai 1867, in: Ebda. Thimme datiert diese Antwort Medings auf den 6. Mai 1867. Vgl. Bismarck: Die Gesammelten Werke (im folgenden GW), Bd. 6, Vorbemerkung zu Nr. 810, S. 405.

³⁶ Vgl. Ebda.

³⁷ Vgl. Meding an Platen am 31. Mai 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

³⁸ Holle an Platen am 23. April 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 503.

die Resolution gefaßt: König Georg angesichts des bevorstehenden Krieges um die Einberufung zur Zusammenstellung eines hannöverschen Freicorps zu bitten. — Deputierte der einzelnen Vereine ermächtigten Herrn von Holle zu dieser Mission. Er sagte, daß diese ehemaligen hannöverschen Soldaten, um nicht preußische Kriegsdienste zu leisten, größtentheils versucht hätten, die holländische Grenze zu gewinnen; dieß sei aber der preußischen Vorsichtsmaßregeln halber den Wenigsten gelungen. Viele der Leute haben sich nun in die Wälder geschlagen und wollten verborgen den Ruf des Königs abwarten. Frh. v. Holle ist nun heute Morgens schon abgereist und bringt den Leuten die Versicherung des Königs, daß sie im Falle eines Krieges sofort nach Frankreich einberufen würden, woselbst bereits Alles für die Ausrüstung des hannöverschen Corps vorbereitet sei. ... Im Übrigen hat Frh. v. Holle den Auftrag, die Leute zu beruhigen, jedoch Alles anzuwenden, daß diese Kräfte für die Sache des Königs nicht verloren gehen. ...⁴²

Das weitere Geschehen läßt sich aufgrund des ungenügenden Aktenmaterials nicht genau rekonstruieren. Möglich ist, daß Holle im Bemühen, die waffenfähigen Männer für die welfische Sache zu erhalten, wie es ihm von der hannoverschen Exilregierung aufgetragen worden war, und bestärkt durch Medings Telegramm, die Auswanderung eigenmächtig in Gang setzte oder daß er nicht mehr in der Lage war, sie aufzuhalten. Im holländischen Arnheim versammelten sich ungefähr fünfundachtzig Hannoveraner⁴³, die sich als Hannoversche Legion konstituierten. Bei den Legionären handelte es sich weitgehend um Handwerksgesellen, gelernte und ungelernte Arbeiter, Tagelöhner, Knechte und Lehrlinge im Alter von neunzehn bis zweiundzwanzig Jahren. Nur wenige waren über dreißig Jahre alt.⁴⁴

Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Luxemburgfrage auf der Londoner Konferenz friedlich gelöst. Damit fehlten die Voraussetzungen, unter denen die welfische Exilregierung möglicherweise eine finanzielle Unterstützung der Hannoverschen Legion von der Pariser Regierung erreicht hätte. In Hietzing mißbilligte man nun die Auswanderung, da ein Kriegsausbruch nicht mehr bevorstand und nur beschränkte Geldmittel für die Unterstützung der Legion bereitstanden.⁴⁵ Anscheinend wurde der Regierungsrat Meding verdächtigt, die Auswanderung angewiesen zu haben.⁴⁶ Dies läßt sich — zumindest anhand der Akten im P.A., NHStA und im Kgl. HA — jedoch nicht nachweisen. Meding befürwortete zwar eine Legion, weil er sich von ihr in der öffentlichen Meinung und bei der französischen Regierung einen „vortrefflichen moralischen Effect“⁴⁷ versprach, doch hat er die Entstehung der Legion eher indirekt initiiert, indem er vage oder falsche Informationen über einen bevorstehenden Kriegsausbruch an Holle weitergab. Verantwortung für die Gründung der Welfenlegion trug außer Holle und Meding auch die hannoversche Exilregierung, die — von Holle informiert — die im Mai einsetzende Auswanderung nicht zurückzuhalten versuchte, weil sie diese Kräfte für die welfische Sache erhalten wollte.

Georg V. billigte nachträglich die Entstehung der Hannoverschen Legion. Am 2. Juli 1867 schrieb er an den Regierungsrat Meding, daß er den nach Hietzing gekommenen Baron von Holle empfangen werde, „... um ihm mündlich über das Geschehene das Folgende zu sagen, was mich nun auch vorzugsweise verlangt, Ihnen, lieber Regierungsrath, auszusprechen, nämlich daß, wenngleich der gethane Schritt auch anscheinend als verfrüht zu bezeichnen sein möchte, ich doch denselben so recht sichtlich von der göttlichen Vorsehung als absichtlich zum Heile unserer Sache gefügt betrachte. Denn einmal ist den Franzosen und der französischen Regierung auf das unzweideutigste dadurch bewiesen, wie die Schilde-

⁴² Agentenbericht vom 9. Mai 1867 (Abschrift), in: NHStA, Hann 116 Nr. 6.

⁴³ Diese Angabe stammt aus einem Bericht des Hauptmanns von Düring, der am 17. Mai 1867 in Arnheim eintraf. Vgl. Düring an Platen am 22. Mai 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 497. Duckstein gibt eine Zahl von 168 Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren an. Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 48. Im Laufe eines Jahres schwoll die Zahl der Legionäre jedoch auf ca. 800 Leute an. Vgl. Ab- und Zugangslisten der hannoverschen Emigranten (Mai) 1867 — (März) 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 488 und Anhang I.

⁴⁴ Vgl. Engelberg: Bismarck, S. 682 f.

⁴⁵ Vgl. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches, Bd. 6, S. 130.

⁴⁶ Dieser Meinung ist auch Bukey. Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 69. Meding betont jedoch in seinen Berichten immer wieder, daß der Baron von Holle aus eigener Verantwortung gehandelt habe. Vgl. die Schreiben an Platen vom 31. Mai 1867 und vom 23. Juni 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

⁴⁷ Meding an Platen am 31. Mai 1867, in: Ebda.

rungen über die Stimmung, den Geist und die Absicht im hannoverschen Volke nicht nur allein wahr, sondern eher hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben sind, als daß sie übertrieben gewesen; und ferner haben die jüngsten verschärften Verfolgungen ... entschieden dazu beigetragen, bisher Wankelmüthige und Gesinnungslose zur richtigen Einsicht zu führen und die, dem Himmel sei Dank! überwiegende Zahl der Treuen in ihrer Liebe, Anhänglichkeit und Ergebenheit für mich, für ihr angestammtes hannoversches Vaterland sowie für die Wiederherstellung unserer Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu befestigen und zu steigern.“⁴⁸

Offenbar betrachtete Georg V. die Auswanderungen vor allem als Mittel, um der französischen Regierung zu beweisen, daß die hannoversche Bevölkerung zum großen Teil mit Treue an der abgesetzten Welfendynastie hing und bereit war, für ihre Wiedereinsetzung zu kämpfen. Dafür nahm er die Entstehung der Hannoverschen Legion — auch zu diesem für die welfischen Pläne ungünstigen Zeitpunkt — in Kauf. Zudem standen sich Frankreich und Preußen am Ende der Luxemburgkrise — trotz ihrer friedlichen Lösung — frontal gegenüber. Die Phase, in der Napoleon versuchte, seine Kompensationswünsche weitgehend durch Verhandlungen zu erreichen, war beendet. Frankreich bemühte sich jetzt darum, das besiegte Österreich als Bündnispartner zu gewinnen, um eine Aufrechterhaltung des Status quo von 1866 zu erzielen oder vielleicht sogar eine mit Landerwerb verbundene Schwächung Preußens zu erreichen.⁴⁹ Diese politische Entwicklung trug dazu bei, daß die überstürzt entstandene Legion von Georg V. und seiner Exilregierung aufrechterhalten wurde, da die Verwirklichung der welfischen Ziele weiter möglich schien.⁵⁰ Für die Zukunft des Freikorps' wurde die

Haltung des Welfenkönigs entscheidend. Georg V. übernahm die Finanzierung der Legion und ließ Waffen und Ausrüstung für die Legionäre anschaffen.⁵¹

⁵¹ Bei der französischen Firma Cahen & Lyon wurden — ganz im Sinne der welfischen Kriegspläne — Waffen und Ausrüstungen für 10000 Soldaten gekauft. Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 482. Die Sachen wurden erst in England, dann in Frankreich gelagert. Im August 1870 verkauften die Welfen die Waffen an die französische Regierung. Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 XIX Nr. 236 und Kap. 6.5.

4 Auswirkungen der Welfenlegion auf den preußisch-welfischen Gegensatz (1867)

4.1 Preußische Abwehrmaßnahmen in der Provinz Hannover

Die Entstehung der Welfenlegion blieb nicht ohne Auswirkungen auf Hannover und auf das preußisch-welfische Verhältnis. Sie verschärfte nicht nur den Gegensatz zwischen der preußischen Regierung und der hannoverschen Exilregierung, sondern erschwerte auch die Integration der neuen Provinz in den preußischen Staat.

Für die Berliner Regierung war die Angliederung des hannoverschen Königreiches an den preußischen Staat eines der wichtigsten Ergebnisse ihrer Annexionspolitik des Jahres 1866, weil es ihr dadurch gelang, die beiden voneinander getrennten Hauptkomplexe der preußischen Monarchie in einen territorialen Zusammenhang zu bringen.¹ Unter der hannoverschen Bevölkerung stieß die Annexion jedoch auf wenig Zustimmung. Der hannoversche Adel, Beamte, die katholische und protestantische Geistlichkeit sowie große Teile der Handwerkerschaft und der Landbevölkerung waren antipreußisch, großdeutsch und partikularistisch gesinnt. Ihnen war außerdem die Ablehnung von politischen und wirt-

⁴⁸ Georg V. an Meding am 2. Juli 1867, in: Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 219. Der Entwurf dieses Briefes liegt im Kgl. HA. Vgl. Georg V. an Meding am 30. Juni 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520. Die bei Meding abgedruckten Stellen des Briefes stimmen im wesentlichen mit den entsprechenden Passagen hier überein. Georgs Einschätzung hinsichtlich der Stärke der Emigration steht im übrigen in auffälligem Widerspruch zur Realität.

⁴⁹ Vgl. Schieder: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, S. 193 f., und Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, S. 407 f.

⁵⁰ Vgl. Georg V. an Meding am 2. Juli 1867, in: Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 220 f.

¹ Vgl. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, S. 71, und Reese: Die Haltung der auswärtigen Mächte zur Annexion Hannovers, S. 142.

schaftlichen Veränderungen sowie die konservative Gesinnung gemeinsam.² Unter den Bewohnern der althannoverschen Stammlande, im Calenbergischen, Göttingischen, Lüneburgischen und in der Gegend um Hoya und Diepholz, führte auch die Anhänglichkeit an die welfische Dynastie zu einer Ablehnung der neuen Ordnung. Demgegenüber bewerteten weite Kreise des Bürgertums, der wirtschaftlich führenden Kraft in Hannover, die Annexion positiv, weil sie eine nationale Einigung Deutschlands befürworteten und sich von dem Zusammenschluß mit Preußen eine bessere Wirtschaftsentwicklung versprachen.³

Für die Berliner Regierung wurde die Integration Hannovers in die preußische Monarchie zu einem Problem, da in der ersten Zeit nach der Angliederung eine bewaffnete Rebellion nicht ausgeschlossen werden konnte.⁴ Deshalb konzentrierte sie die Zivil- und Militäradministration im Jahr nach der Annexion Hannovers, im sogenannten Diktatur- oder Übergangsjahr, im Amt des Generalgouverneurs, um die Anpassung der neuen Provinz an den preußischen Staat schneller und besser bewerkstelligen zu können. Ziel war es, die Hannoveraner zu loyalen Mitgliedern des preußischen Heeres und der neuen staatlichen Ordnung zu machen.⁵ Doch die im ehemaligen welfischen Königreich eingeführten Veränderungen verstärkten vorerst die antipreußischen Tendenzen in Hannover. Ressentiments rief vor allem die rigide preußische Finanzpolitik hervor, die nicht nur einschneidende Steuererhöhungen mit sich brachte,⁶ sondern auch die hannoverschen Gelder im wesentlichen an die Generalstaatskasse in Berlin überführte, anstatt sie mit Hilfe eines Provinzialfonds' in der

neuen Provinz zu belassen.⁷ Weiterer Mißmut entstand, als die preußische Wehrpflicht in Hannover eingeführt wurde, durch die sich die Wehrdienstzeit von 1 1/2 Jahren auf 3 Jahre verlängerte.⁸ Insgesamt mußten sich die Hannoveraner in ein preußisches System einfügen, das ihnen vor allem eine Minderung ihrer Selbständigkeit brachte.⁹

Die von Georg V. in Hannover initiierte welfische Agitation und die Werbungen für eine Welfenlegion stießen unter diesen Voraussetzungen anfangs auf vielfältige Sympathie in der Bevölkerung und vermehrten damit die Integrationsprobleme der preußischen Regierung, weil sie darauf gerichtet waren, den Widerstand gegen die neuen Machthaber in der Bevölkerung zu stärken. Daher reagierten die preußischen Behörden mit strenger Überwachung auf „das Treiben des früheren Hannoverschen Hofes zu Hietzing“.¹⁰ An der Integrationsfähigkeit des preußischen Staates mußte sich außerdem zeigen, inwieweit Preußen in der Lage war, die Führungsrolle in einem möglichen deutschen Nationalstaat zu übernehmen. Aus diesem Grund wurden insbesondere die Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes am 12. Februar 1867 für die Berliner Regierung wichtig, weil ihr Ergebnis — ein halbes Jahr nach den Annexionen — als Ausdruck der Zustimmung oder Ablehnung zur preußischen Politik gedeutet werden konnte.¹¹

Während des Wahlkampfes verstärkte auch die welfische Exilregierung ihre antipreußischen Agitationen. Dies geht aus einem preußischen Agentenbericht vom Februar 1867 hervor, den Bismarck dem Generalgouverneur der Provinz Hannover, Voigts-Rhetz, zusandte. Hier hieß es über die hannoversche Exilregierung:

² Vgl. genauer bei Aschoff, Hans-Georg: Die welfische Bewegung und die Deutsch-hannoversche Partei zwischen 1866 und 1914, in: Nds. Jb. f. Lg. 53 (1981), S. 42 — 44.

³ Vgl. Barmeyer, Heide: Annexion und Assimilation. Zwei Phasen preußischer Staatsbildung, dargestellt am Beispiel Hannovers nach 1866, in: Nds. Jb. f. Lg. 45 (1973), S. 308 — 311.

⁴ Vgl. Stehlin, Stewart A.: Bismarck and the new Province of Hannover, in: Canadian Journal of History IV, 2 (1969), S. 67.

⁵ Vgl. Barmeyer: Annexion und Assimilation, S. 314, und dies.: Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat, S. 50.

⁶ Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 95.

⁷ Vgl. Frauendienst, Werner: Zur Assimilierung Hannovers durch Preußen nach 1866, Dokumente, eingel. u. mitget., in: Nds. Jb. f. Lg. 14 (1937), S. 313.

⁸ Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 47, Anmerk. 23.

⁹ Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 90.

¹⁰ Bismarck an Voigts-Rhetz am 18. Februar 1867, in: NHStA, Hann 116 Nr. 6.

¹¹ Vgl. Ehrenfeuchter, Bernhard: Politische Willensbildung in Niedersachsen zur Zeit des Kaiserreiches, Phil. Diss. masch., Göttingen 1951, S. 47.

*„Ihre besondere Agitation ist jetzt auf die Parlamentswahlen gerichtet gewesen, und sie schmeicheln sich, daß die Anhänger des Exkönigs mit Hülfe des Landvolks die Mehrheit erhalten.“*¹²

Ein derartiges Ergebnis konnte die welfische Bewegung in Hannover allerdings nicht erreichen.¹³ Die knappe Mehrheit der Nationalliberalen, die die preußische Politik unterstützten, bestätigte dennoch nur Bismarcks Befürchtungen, daß die Integration Hannovers in den preußischen Staat noch nicht ausreichend gelungen war.¹⁴ Daher setzte das bereits im August 1866 geschaffene Zentral-Nachrichten-Büro unter der Leitung des Geheimen Regierungsrates Stieber, das mit der Überwachung der welfischen Widerstandsaktionen beauftragt worden war, auch nach der Reichstagswahl seine Arbeit fort. Am 22. Mai 1867 berichtete Stieber:

*„Es liegen der Königlich Preußischen Staatsregierung schon seit längerer Zeit Anzeichen vor, welche zu der Annahme berechtigen, daß im ehemaligen Königreich Hannover eine weit verzweigte und wohlorganisierte hochverräterische Verbindung existiert. Zweck dieser Verbindung ist der Sturz der gegenwärtig im Königreich Hannover in staatsrechtlich gültiger Weise eingeführten Preußischen Regierung und Wiedereinführung der alten hannöverschen Regierung. ... Durch die Differenzen, welche in Betreff der Luxemburger Frage zwischen den Staaten Frankreich und Preußen ausgebrochen waren und einen Krieg gegen Preußen in Aussicht stellten, wurden die Leiter der oben bezeichneten hochverräterischen Verbindung in dem Grade ermuthigt, daß sie sogar zur Anwerbung von Truppen schritten, welche den Zweck verfolgten, sich mit der französischen Armee gegen Preußen zu vereinigen und dem französischen Generalstabe als Kundschafter zu dienen. Auch arbeitete man jedenfalls auf Ausbruch eines Aufstandes in dem Preußischen Hannover, für den Augenblick einer Kriegserklärung, hin.“*¹⁵

Die von Stieber erwähnte Entstehung der Hannoverschen Legion rief in der preußischen Regierung Besorgnisse hervor, weil dieses Freikorps die hannoversche Bevölkerung, die zum großen Teil noch immer gegen die Annexion opponierte, in weitere Unruhe versetzen konnte. Auch der Zeitpunkt der Entstehung mußte die Berliner Regierung beunruhigen, da sich seit der Luxemburgkrise das Verhältnis zu Frankreich, an das sich die Hannoversche Legion im Kriegsfall anlehnen wollte, verschlechtert hatte, so daß Preußen bei jeder Annäherung an den Süden Deutschlands mit französischem Widerstand rechnen mußte.¹⁶ Zukünftig hatte die Berliner Regierung deshalb bei ihrer Einigungspolitik, außer innenpolitischen auch außenpolitische Schwierigkeiten zu erwarten. Auch konnten die von Stieber genannten Ziele der Welfenlegion, die u. a. darin bestanden, in Hannover einen Aufstand zu provozieren, im Kriegsfall zu zusätzlichen Problemen in der Provinz Hannover führen.

Aus diesen Gründen ging Preußen seit Entstehung der Legion mit verschärften Maßnahmen gegen die welfische Widerstandsbewegung vor. Durch politischen Druck auf die niederländische Regierung erreichte sie, daß die in Holland stationierten Legionäre ausgewiesen wurden.¹⁷ Gleichzeitig wurde in Hannover versucht, welfische Anhänger durch Verhaftungen an der Auswanderung zu hindern. Dies gelang anscheinend nicht immer, da Verwandte der welfischen Sympathisanten und sogar Ortsvorstände die Auswanderungen begünstigten. Generalgouverneur Voigts-Rhetz ging gegen diese Begünstigungen, die in einem Ort besonders auffallend waren, mit der Entsendung eines militärischen Kommandos auf Kosten der Gemeinde sowie mit Einquartierungen zu Lasten der Bewohner vor und drohte dieses Verfahren auch für die Zukunft an, um den Widerstand gegen die preußische Staatsgewalt zu brechen.¹⁸

¹² Agentenbericht vom 15. Februar 1867 (Abschrift), Anlage zu Bismarcks Schreiben an Voigts-Rhetz vom 18. Februar 1867, in: NHStA, Hann 116 Nr. 6.

¹³ Vgl. Kap. 3, Anmerk. 30.

¹⁴ Vgl. Pitz, Ernst: Deutschland und Hannover im Jahre 1866, in: Nds. Jb. f. Lg. 38 (1966), S. 143.

¹⁵ Bericht Stiebers vom 22. Mai 1867 (Abschrift), „betref-

fend die in der Provinz Hannover entdeckten hoch- und landesverräterischen Umtriebe“, in: NHStA, Hann 87, Hann, Nr. 32.

¹⁶ Vgl. Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, S. 410.

¹⁷ Vgl. Kap. 4.2.

¹⁸ Vgl. Verfügung des Generalgouverneurs Voigts-Rhetz vom 15./18. Juni 1867, in: NHStA, Hann 74, Gartow, Nr. 40.

Local-Nachrichten.

Hannover, den 21. Mai.

— Se. Excellenz der Herr General-Gouverneur, Generalleutenant v. Voigts-Rhetz ist gestern früh 5^{1/2} Uhr von Berlin zurückgekehrt.

§— [Zur Agitation.] Die schon seit den letzten zehn Tagen zur Kenntniß der Behörden gelangten Daten über eine in der Provinz Hannover bestehende welfische Nebenregierung und über das landesverräterische Vorhaben der Malcontenten, bei Eintritt kriegerischer Verwickelungen dem Auslande durch eine im Wege geheimer Verbunden gebildete Legion und, wenn möglich, durch einen Aufstand im Innern zu secundiren, haben in den letzten Tagen ihre volle Bestätigung gefunden. Die Halschwerber in der Provinz sind fast überall ermittelt. Es ist ihnen gelungen, zahlreiche Mannschaft an gedienten Soldaten der vormaligen hannoverschen Armee für eine zu formirende Legion nach Rumpenheim zu verlocken, wo dieselben jetzt in Glend verkommen. Außerdem hat ein anderer Zwischenfall die wichtigsten Enthüllungen geliefert. Ein von dem Hiesigen Hofe abgesandter Courier machte sich in Rumpenheim auffällig und wurde von der Frankfurter Polizei angehalten. Man fand bei ihm reiches Material an Brieffschaften — zum guten Theile in sinnreichster Weise versteckt —, welches König Georg und seine frevelhaften Rathgeber schwer compromittirt. Für die Verbunden zur Unterstützung des Auslandes war von ihnen eine besondere Central-Anstalt in Hannover eingesetzt, deren verbrecherische Thätigkeit inzwischen vollständig klar gelegt ist. Ein hiesiger Banquier war für die Beschaffung der Geldmittel gewonnen. Die Organisatoren und Chefs der Insurrectionen waren theilweise ernannt. Wie man hört, soll sich unter ihnen auch ein an Geisteszerrüttung leidender Officier der früheren hannoverschen Armee befunden haben, dem inzwischen die Ehre der preussischen Uniform zu Theil geworden war. — Die königliche Staatsregierung hat die Pflicht, dem Lande, welches unter dem Drucke dieser hinverbrannten und verbrecherischen Agitation schwer leidet, die ersuchte Ruhe endlich zu verschaffen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sie deshalb gegen die Vertheiligten mit der Energie vorgehen wird, welche die Schwere ihrer Verbrechen und der Ernst der Lage fordern. Die Verantwortlichkeit für das harte Loos, welches dieselben treffen wird, fällt denen zu, welche sie verleitet haben, für eine durch sich selbst verlorene Sache Blut und Leben aufs Spiel zu setzen. Um wie schwere Verbrechen es sich handelt, beweist übrigens die Flucht eines bereits verhafteten Schuldigen, welche, wie wir vernahmen, vorlezte Nacht unter Mitwirkung zweier Gefängniswärter stattfand.

Abb. 8: Neue Hannoversche Zeitung Nr. 234 vom 21. Mai 1867.

Die preußischen Maßnahmen erstreckten sich jedoch nicht allein auf das Vorgehen gegen die Hannoversche Legion, sondern trafen die welfische Bewegung insgesamt. In Rumpenheim bei Frankfurt gelang es der preußischen Polizei am 15. Mai 1867, einen welfischen Kurier zu verhaften.¹⁹ Die Papiere, die der Kurier bei sich trug, deuteten auf Personen

der welfischen Untergrundbewegung hin und lieferten die Beweismittel für die Maßnahmen gegen die „landesverräterische Partei“.²⁰ Überall in Hannover wurden daraufhin Sympathisanten der Welfen und Mitglieder der Untergrundbewegung arretiert. „Das

²⁰ Reskript des Generalgouverneurs Voigts-Rhetz vom 30. Mai 1867, in: NHStA, Hann 80, Hildesheim I E, Nr. 484.

¹⁹ Vgl. Busch: Das Übergangsjahr in Hannover, S. 203.

Vaterland" beschrieb am 25. Mai 1867 die Welle der Verhaftungen, die über die Provinz Hannover hereinbrach:

„Die Verhaftungen und Wegführungen treffen jetzt Personen aus den höchsten Ständen, nachdem man bisher durch Massenverurtheilungen der Celler „Auf-rührer“ und widerspenstiger Soldaten zu schrecken versucht hatte. Baron von Stockhausen, der noch im vorigen Jahre den König Georg als Gesandter bei des- sen königl. Vetter in Berlin vertrat, ist im Hause der Königin Marie von Hannover, auf der von preußi- schen Aufpassern und Gendarmen ceruirt Marien- burg, verhaftet worden; hannoversche Officiere, Edelleute und Banquiers werden arretirt und nach Minden oder Berlin abgeführt; wer ohne Geleitschein in die Nähe der Marienburg kommt, wandert als ver- dächtig in's Gefängniß. Nicht nur Hannover, sondern ganz Norddeutschland scheint mit einem Schwarm von Spähern, die nach „Emissären aus Hietzing“ fahnden, überschwemmt zu sein, . . .“²¹

Die bei dem welfischen Kurier gefundenen Papiere ließen u. a. Baron von Holle, den Organisator der Welfenlegion, als „Hauptschuldigen der Welfischen Umtriebe Behufs Bildung einer Hannoverschen Legion²² erkennen, so daß Holle auf Anweisung Bismarcks am 17. Mai 1867 in Hannover verhaftet wurde. Doch bereits zwei Tage später gelang ihm — wahrscheinlich mit Hilfe eines Gefängniswärters — die Flucht, durch die er sich nach Hietzing absetzen konnte.²³

Seit der Gefangennahme des welfischen Kuriers wurde auch die Marienburg, die sich in welfischem Besitz befand, von der preußischen Polizei scharf überwacht. Hier lebte die auf Wunsch Georgs V. in Hannover zurückgebliebene Königin Marie als Sym- bol des welfischen Widerstandes. Die Marienburg galt den preußischen Organen als Zentrum der welfi- schen Bewegung in Hannover, vom dem aus „sowohl die Correspondenz vermittelt (wird), als auch . . .

die Verbreitung der geheimen Flugschriften aus- geht“.²⁴ Bismarck, der durch seine Agenten über den Kurierdienst zwischen Hietzing und der Marienburg informiert worden war, hatte deshalb schon im Februar 1867 bei Voigts-Rhetz angefragt, „ob es nicht möglich ist, in der Umgebung der Marienburg einen polizeilichen Organismus einzurichten, welcher geeignet ist, diesen Courierwechsel abzuschneiden und, wo möglich, eines der geheimen Boten mit sei- nen Briefschaften habhaft zu werden“.²⁵ Die von Bismarck gewünschte Verhaftung eines welfischen Kuriers im Mai 1867 lieferte der preußischen Regie- rung schließlich den nötigen Vorwand für eine strenge Bewachung der Königin Marie, deren Anwesenheit in Hannover ihr ein Ärgernis war. Nachdem König Wil- helm I. von Preußen der hannoverschen Königin schließlich nahegelegt hatte, die Marienburg zu ver- lassen, beendete Marie am 23. Juli 1867 ihren Aufent- halt in Hannover und begab sich nach Hietzing.²⁶ Der preußischen Regierung kam es sehr gelegen, daß die welfische Königin freiwillig die Provinz verließ, da eine Ausweisung der Königin die antipreußischen Emotionen unter der Bevölkerung weiter hätte ver- stärken können.²⁷

Außer mit den hier erwähnten restriktiven Maß- nahmen, die bewirkten, daß der Zuzug zur Hanno- verschen Legion beschränkt blieb,²⁸ versuchte die preußische Regierung auch, durch entgegenkommen- des Verhalten, dem antipreußischen Widerstand in Hannover den Boden zu entziehen. Bismarck hoffte, mit Hilfe einer großzügigen Abfindung der Welfen-

²¹ Das Vaterland. Zeitung für die österreichische Monar- chie, Nr. 142 vom 25. Mai 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 510.

²² Polizeidirektor Steinmann an Voigts-Rhetz am 23. Mai 1867, in: NHStA, Hann 116 Nr. 6.

²³ Vgl. Steinmann an das Königliche Generalgouvernement am 20. Mai 1867, in: Ebda.

²⁴ Agentenbericht vom 15. Februar 1867 (Abschrift), Anlage zu Bismarcks Schreiben an den Generalgouver- neur Voigts-Rhetz vom 18. Februar 1867, in: Ebda. Vgl. auch Bollert, Arthur (Hrsg.): Aus den Briefen von Franz Bollert, einem kommissarischen preußischen Amtmann im Lande Hannover im Jahre 1867, in: Nds. Jb. f. Lg. 21 (1949), S. 167 f. Thimme hält es nicht für wahrscheinlich, daß Königin Marie persönlich an antipreußischen Bestre- bungen in Hannover beteiligt war. Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6, Vorbemerkung zu Nr. 810, S. 405.

²⁵ Bismarck an Voigts-Rhetz am 18. Februar 1867, in: NHStA, Hann 116 Nr. 6.

²⁶ Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6, Vorbemerkung zu Nr. 810, S. 405, und Wippermann (Vorname unbekannt): Georg V., König von Hannover, in: Allgemeine Deutsche Bio- graphie, Bd. 8, S. 667.

²⁷ Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 83.

²⁸ Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6, Vorbemerkung zu Nr. 810, S. 405.

dynastie für die verlorenen Einnahmen aus Domänen, Forsten und oberlehnsherrlichen Rechten sowie als Ersatz für das verlorene welfische Grundeigentum, die aufgeregte Stimmung in Hannover zu beschwichtigen.²⁹ Die im Sommer 1867 einsetzenden Vermögensverhandlungen zwischen der hannoverschen Exilregierung und der preußischen Regierung dienten außerdem dazu, die Gelder, die Georg V. vor seiner Abreise aus dem Königreich im Juni 1866 in England hatte deponieren lassen, nach Hannover zurückzubringen. Bei diesen 19 Millionen Talern handelte es sich zu einem Teil um privates Vermögen der Welfen, zu einem anderen Teil jedoch auch um staatliche Gelder.³⁰ Der „Vertrag über die Vermögensverhältnisse Sr. Majestät des Königs Georg V.“³¹ wurde am 29. September 1867 unterzeichnet. Er sah für den Welfenkönig, der die in England deponierten Gelder an Preußen aushändigte, eine Abfindungssumme von 16 Millionen Talern vor, doch sollten vorerst nur Zinsen ausgezahlt werden.³² Die preußische Regierung betrachtete Georgs Unterschrift unter den Vertrag als Ausdruck einer indirekten Anerkennung der Annexion, obwohl die Abfindung offiziell nicht an einen Thronverzicht gebunden war.³³ In seinem Immediatbericht an Wilhelm I. schrieb Bismarck über das Vertragswerk:

*„Nach meiner alleruntertänigsten Überzeugung entspricht der in dieser Weise zustande gekommene Vertrag dem preußischen Interesse.“*³⁴

*Wenngleich König Georg einen ausdrücklichen Verzicht auf den Thron nicht ausgesprochen hat, so enthält der Vertrag doch Bestimmungen, welche eine Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes in Hannover in sich schließen.“*³⁴

Doch der Versuch, den Welfenkönig durch finanzielles Entgegenkommen moralisch zu verpflichten, die welfischen Agitationen einzustellen, mißlang, weil Georg V. bei seinem Rechtsstandpunkt gegenüber der Annexion blieb und selbst nach Abschluß des Vertrages seine antipreußische Exilpolitik fortsetzte.³⁵ So wurde auch die Hannoversche Legion weiter aufrechterhalten. Sie befand sich 1867 in Holland und in der Schweiz, bevor sie Anfang 1868 für Preußen überraschend, aber ganz im Sinne der welfischen Pläne, in Frankreich eintraf.

4.2 Der Aufenthalt der Legion in Holland und in der Schweiz

Nachdem die Legion in Holland gegründet worden war, reiste der Hauptmann von Düring nach Arnheim, um das Freikorps in Augenschein zu nehmen.³⁶ Er berichtete der welfischen Exilregierung:

„Bei meiner Ankunft in Arnheim am 17. Abends fand ich daselbst den Obersten Graf Kielmansegge, die Lieutenants von Tschirschnitz, von Pawel Rammingen und Heise, den Assistenzarzt D. Beushausen und gegen 80 Unterofficiere und Soldaten vor. . . . Die geringe Zahl der eingetroffenen Mannschaften bestätigte meine Vermuthung, daß die Angaben des Herrn v. H. wesentlich übertrieben gewesen seien. Die freiwillig begonnene und später in das Leben gerufene Emigration hätte sicherlich einen bedeutenden Umfang gewonnen, wenn der Krieg bereits erklärt oder wenigstens unmittelbar vor auszusehen gewesen wäre . . .“

Obwohl nun die Officiere noch weiteren Zuzug prophezeien, so bin ich der Ansicht, daß die Zahl verhältnißmäßig sehr beschränkt bleiben und niemals die gefürchteten Dimensionen erreichen wird. Da unter den jetzigen Umständen ein ferneres Auffordern und Veranlassen zur Emigration zu sehr im Widerspruch mit aller Vernunft steht, so habe ich

²⁹ Vgl. Philippi, Hans: Zur Geschichte des Welfenfonds, in: Nds. Jb. f. Lg. 31 (1959), S. 191, und Huber, Ernst R.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, Stuttgart 1963, S. 587.

³⁰ Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 22 und S. 44.

³¹ Vgl. den Text dieses Vertrages in: Das Staatsarchiv. Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart, hrsg. v. K. Aegidi und A. Klauhold, Bd. 14, Hamburg 1868, Nr. 3286, S. 393 — 397, und in: Kgl. HA, Dep. 103 XX Nr. 98.

³² Vgl. Maatz: Bismarck und Hannover, S. 8.

³³ Vgl. ebda.

³⁴ Immediatbericht Bismarcks vom 29. September 1867, in: Bismarck: GW, Bd. 7a, Berlin 1930, Nr. 880, S. 67.

³⁵ Vgl. Barmeyer, Heide: Bismarck, die Annexionen und das Welfenproblem, S. 419 f.

³⁶ Vgl. Düring an Platen am 22. Mai 1867 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 497.

*mich veranlaßt gesehen, von Arnheim aus am 18. einen Boten an Herrn v. H. zu schicken mit der dringenden Aufforderung, jede ferneren Schritte in dieser Richtung zu vermeiden.*³⁷

Dieser Bote hat den Baron von Holle wahrscheinlich nicht erreicht, weil Holle, wie erwähnt, am 17. Mai 1867 von der preußischen Polizei verhaftet worden und nach seinem Ausbruch aus dem Gefängnis nach Hietzing geflüchtet war. Düring bemühte sich inzwischen — trotz seiner eher resignierenden Einschätzung —, ein wohlwollendes Verhalten der niederländischen Regierung gegenüber der Legion zu erwirken. Am 22. Mai 1867 informierte er den holländischen Außenminister Graf Zuylen über die Anwesenheit der Hannoveraner in den Niederlanden und bat, diese Männer, die aus Furcht vor dem preußischen Militärdienst geflüchtet seien, nicht an Preußen auszuliefern. Graf Zuylen, der bis zu diesem Zeitpunkt von den Grenzbehörden noch keine Nachrichten über die Auswanderungen erhalten hatte, ließ sich jedoch nicht zu konkreten Zusagen bewegen.³⁸

Unterdessen wurden die verfügbaren Mannschaften der Hannoverschen Legion von den Offizieren so organisiert, daß sie die Kader der zukünftigen hannoverschen Regimenter — nach Waffengattungen differenziert — bildeten.³⁹

Bismarck, von seinem Gesandten Perponcher in Den Haag über die Situation der Hannoveraner in den Niederlanden informiert, antwortete am 26. Mai mit einer in scharfer Rede gehaltenen Note auf die „geradezu feindlichen Umtriebe gegen Preußen auf niederländischem Boden“⁴⁰. Die holländische Regierung, die keine Flüchtlinge in ihrem Land beherbergen konnte, die kriegerische Absichten gegen Preußen

hegten und dies auch öffentlich erklärten,⁴¹ ließ Bismarck ausrichten, „daß es der Niederländischen Regierung in hohem Grade peinlich wäre, zu erfahren, daß Niederländisches Territorium habe benutzt werden sollen, um der Königl. Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Die Niederländische Regierung sei von ihrer Verpflichtung durchdrungen, darauf gerichteten Bestrebungen mit der äußersten Strenge zu begegnen; . . .“⁴² Unter diesen Umständen konnte Düring bei der holländischen Regierung wenig ausrichten. Am 22. Juni 1867 meldete er Graf Platen, daß die niederländische Regierung vorerst von einer Ausweisung der Hannoveraner hatte absehen wollen, wenn die Legionäre auf mehrere Städte verteilt würden.

*„Nichtsdestoweniger ist unterm 14ten d. M. eine Verfügung des Justizministeriums eingetroffen, nach welcher die in Holland weilenden Hannoveraner, vom 15ten Juni d. J. an gerechnet, binnen drei Wochen die Niederlande zu verlassen hätten.“*⁴³

Dies sei eine Folge der preußischen Reklamationen. Die Anordnung des Justizministeriums wurde am 24. Juni in der Zweiten Niederländischen Kammer in Form einer Interpellation behandelt, in der der Justizminister Borret erklärte, daß der Aufenthalt der Hannoveraner in Holland nicht mit der Neutralität des Landes zu vereinbaren sei.⁴⁴ Graf Platen ordnete daraufhin am 29. Juni 1867 an, die Hannoversche Legion in die Schweiz zu überführen.⁴⁵

Die Hannoveraner wandten sich nun nach Basel und reichten dort beim schweizerischen Bundesrat Mitte Juli ein Gesuch um Asyl ein. Sie begründeten den Antrag mit ihrem Status als Flüchtlinge, die durch politische Umwälzungen zur Auswanderung genötigt worden seien. Es bestehe auch nicht die

³⁷ Ebda.

³⁸ Vgl. Bericht des preußischen Gesandten Graf von Perponcher an Bismarck vom 23. Mai 1867, in: Duckstein: Die Welfenlegion, Anlage II, S. 91. Dagegen berichtete Düring, daß Graf Zuylen ihm ein wohlwollendes Verhalten der niederländischen Regierung gegenüber den Hannoveranern zugesagt habe, wenn die Zahl der Legionäre gering bleibe und sie nicht durch militärische oder politische Demonstrationen auffielen. Vgl. Düring an Platen am 22. Mai 1867 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 497.

³⁹ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 223.

⁴⁰ Erlaß an den Gesandten im Haag Grafen von Perponcher vom 26. Mai 1867, in: Bismarck: GW, Bd. 6, Nr. 810, S. 407.

⁴¹ Die Legionäre fielen durch politische Erklärungen auf. Auch soll Düring in Arnheim öffentlich eine Rede vor den Hannoveranern gehalten haben. Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 50.

⁴² Bericht des Grafen Perponcher vom 29. Mai 1867 (Abschrift), in: NHStA, Hann 87, Hann, Nr. 40. Dokument Nr. 21. Vgl. auch Bismarck: GW, Bd. 6, Nr. 810, Anmerk. 2, S. 407.

⁴³ Düring an Platen am 22. Juni 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 497.

⁴⁴ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 50.

⁴⁵ Vgl. Platen an Düring am 29. Juni 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 497.



Abb. 9: Adolph Carl Louis Graf Platen-Hallermund (1814 — 1819). Königliches Hausarchiv der Welfen Hannover.

Gefahr, daß sie den Gemeinden zur Last fallen könnten, da sie hinreichend mit Geldmitteln versehen würden.⁴⁶ Der Bundesrat antwortete auf den Asylantrag der Legionäre am 26. Juli 1867 mit einem Cirkular, das an die Kantone gerichtet war. Dort hieß es:

„In Übereinstimmung mit den seit langem geltenden Grundsätzen über Asyl sehen sich die Bundesbehörden nicht veranlaßt, in dieser Angelegenheit irgendwelche Maßnahmen zu treffen oder Direktiven zu geben. Sie haben nichts gegen die Gewährung des Asyls einzuwenden, solange die betreffenden Fremden nicht aus politischen Gründen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es ist daher lediglich Sache der

*betreffenden Kantone, ob sie Asyl gewähren wollen und unter welchen Bedingungen.“*⁴⁷

Die Kantonsregierungen gewährten den insgesamt 218 Legionären, die bald neuen Zuzug erhielten und auf verschiedene Gemeinden der ganzen Schweiz verteilt worden waren,⁴⁸ das beantragte Asyl. Aber die ortsansässige Bevölkerung lehnte die Anwesenheit der Hannoveraner weitgehend ab. Dies hing sowohl mit der politischen Situation der Schweiz zusammen, die durch die Veränderungen im europäischen Staatensystem im Jahre 1866 schwieriger geworden war,⁴⁹ als auch mit der von den Schweizern gefürchteten Arbeitskonkurrenz durch die Welfenlegionäre.⁵⁰ Graf Platen hatte bereits im Juni 1867 angeregt, daß die ausgewanderten Hannoveraner wenigstens teilweise selbst durch Erwerbsarbeit zu ihrem Lebensunterhalt beitragen sollten, da sonst Ausschreitungen zu befürchten seien.⁵¹ Da die Legionäre jedoch — wegen der gleichzeitigen finanziellen Unterstützung durch Georg V. — bereit waren, für weniger Lohn zu arbeiten als die schweizerische Bevölkerung, entstanden bald Streitigkeiten zwischen beiden Seiten.⁵²

Aufgrund dieser Schwierigkeiten verlangten einige Kantonsregierungen im Herbst 1867 von den welfischen Legionären Kautionen von 1500 Francs pro Person oder Legitimationspapiere, falls sie sich noch über den 31. Dezember 1867 hinaus in der Schweiz aufhalten wollten.⁵³ Die hannoversche Exilregierung reagierte in zweifacher Hinsicht auf die Schwierigkeiten mit den Schweizer Kantonen. Zum einen wurde der Regierungsrat Meding Weihnachten 1867 beauftragt, bei der französischen Regierung anzufragen, ob sie den Aufenthalt der Hannoverschen Legion auf

⁴⁷ Ebda.

⁴⁸ Vgl. ebda.

⁴⁹ Seit dem Sommer 1866 existierten die Verträge des Wiener Kongresses nicht mehr, die die schweizerische Neutralität garantiert hatten. Auch waren der Schweiz durch die Gebietsveränderungen einflußreiche Nachbarn erwachsen. Dies galt insbesondere für Preußen. Vgl. Picard, Edith A.: Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öffentlichkeit 1866 — 1871, Phil Diss., Zürich und Leipzig 1940, S. 83.

⁵⁰ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 53.

⁵¹ Vgl. Platen an Düring am 29. Juni 1867, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 497.

⁵² Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 72.

⁵³ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 54.

⁴⁶ Vgl. Cirkular des schweizerischen Bundesrates an die Kantone vom 26. Juli 1867, in: Duckstein: Die Welfenlegion, Anlage V, S. 94.

ihrem Boden gestatten würde.⁵⁴ Zum anderen versuchte sie, die verlangten Papiere für die Legionäre zu erhalten.

Aus den Akten des NHStAs geht hervor, daß es den Offizieren der welfischen Untergrundbewegung tatsächlich gelang, von einigen preußischen Heimatbehörden Legitimationspapiere zu bekommen, obwohl die preußische Regierung die Legionäre als Deserteure betrachtete, denen keine Papiere ausgestellt werden durften. Die hannoversche Polizeidirektion warnte am 23. Dezember 1867 in einem Ausschreiben an die Ämter vor Individuen, die „in der Provinz Hannover umherreisen, um Heimathscheine für die in der Schweiz sich aufhaltenden Hannoverschen Landwehrmänner, Reservisten und Militärpflichtigen zu besorgen und denselben zugehen zu lassen.“⁵⁵ Eine nachfolgende Untersuchung ergab, daß verschiedentlich Papiere für die in der Schweiz befindlichen Legionäre ausgestellt worden waren.⁵⁶ Die verantwortlichen Vorsteher der Ämter und Orte wurden vorgeladen und befragt, wie es zu der Ausstellung von Papieren für Deserteure gekommen sei. So berichtete z. B. der Vorsteher Camin aus Leiferde:

„Vergangenem Sonnabend vor 14 Tagen, also am 21. Dec. v. Js., als es anfing dunkel zu werden, kam ein mir unbekannter Mann zu mir und bat mich, Heimathscheine für die beiden nach der Schweiz entwichenen jungen Leute von hier nämlich

a) Friedrich Helmke, . . .

b) Diederich Brandes, . . .

*auszustellen. Er erzählte dabei, die jungen Leute in der Schweiz seien uneinig geworden und wollten auseinander, und ich gewann aus seiner weiteren Rede den Eindruck, als ob die Heimathscheine dazu dienen sollten, den Leuten die beabsichtigte Rückkehr in die Heimath zu ermöglichen.“*⁵⁷

Unklar ist, ob das Ausstellen von Legitimationen für Welfenlegionäre in Hannover aus Unwissenheit oder aus Opposition gegen die preußische Regierung geschah. Beide Möglichkeiten sind denkbar. Der Ber-

liner Regierung mußte es jedoch auf jeden Fall ein Ärgernis sein, daß die Legionäre von ihren Heimatbehörden mit Papieren ausgestattet wurden. Deshalb rügte der preußische Innenminister Eulenburg am 18. Februar 1868 in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover das Verhalten der verantwortlichen Beamten:

*„Nach einem Berichte des Königlichen Gesandten in der Schweiz sind mehrere der dort befindlich gewesenen Hannoverschen Flüchtlinge noch vor Kurzem mit Heimathsscheinen von ihren Heimaths-Behörden versehen worden. Es bedarf nicht der Bemerkung, daß dies als völlig unzulässig erachtet werden muß. Preußische Unterthanen, welche sich zu hochverrätherischen Zwecken resp. doch in Verletzung ihrer Verpflichtungen gegen das Vaterland im Auslande aufhalten, dürfen Seitens der Königlichen Behörden selbstredend nicht mit Dokumenten versehen werden, welche, indem sie ihre Staatsangehörigkeit bescheinigen, ihnen die Fortsetzung des Aufenthalts im Auslande erleichtern. Ewr. Erlaucht ersuche ich ergebenst, in diesem Sinne gefälligst sofort an die Aemter und die zur Ausstellung von Heimath-Scheinen befugten Magistrate das Erforderliche zu verfügen.“*⁵⁸

Die Ausstellung von Legitimationspapieren durch preußische Behörden, die den Hannoveranern den weiteren Verbleib in der Schweiz ermöglichten, verärgerte die preußische Regierung vor allem deshalb, weil sie die Welfenlegionäre zur Heimkehr nach Hannover bewegen wollte. Aus diesem Grund gewährte sie den Ausgewanderten bis zum Ende des Jahres 1867 straffreie Rückkehr, um die Mißliebigkeiten mit dem welfischen Freikorps endlich zu beenden.⁵⁹ Die Regierung der Schweiz unterstützte diesen Plan und befahl Ende Oktober 1867 die Offiziere der Hannoverschen Legion ins Justizdepartement. Die Welfenlegionäre konnten jedoch nicht bewegt werden, das preußische Angebot anzunehmen. Statt dessen veröffentlichten einige von ihnen Erklärungen, aus denen hervorging, daß sie aus politischer Überzeugung handelten. Die schweizerische Bundesregierung erklärte daraufhin Ende November 1867, daß sie die Hannoveraner nicht mehr als politische Flüchtlinge

⁵⁴ Vgl. Meding: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 3., S. 226 und Kap. 5.1.

⁵⁵ Ausschreiben der Generalpolizeidirektion Hannover vom 23. Dezember 1867, in: NHStA, Hann 87, Hann, Nr. 40.

⁵⁶ Vgl. NHStA, Hann 87, Hann, Nr. 40.

⁵⁷ Bericht über die Aussage des Vorstehers Camin aus Leiferde vom 9. Januar 1868, in: NHStA, Hann 87, Hann, Nr. 40.

⁵⁸ Eulenburg an den Oberpräsidenten Stolberg am 18. Februar 1868, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6696.

⁵⁹ Vgl. Duckstein: *Die Welfenlegion*, S. 54.

betrachte, weil Preußen ihnen eine Amnestie gewährt habe.⁶⁰ Eine Ausweisung der Legionäre erfolgte aber nicht.

Zur gleichen Zeit machten die Hannoveraner in der Schweiz erneut von sich reden, weil sie den Kantonsregierungen nicht nur Legitimationspapiere der preußischen Behörden vorweisen konnten, sondern auch eine große Anzahl österreichischer Pässe. Dieser Vorfall belastete im Januar und Februar 1868 die preußisch-österreichischen Beziehungen und führte zu Unstimmigkeiten zwischen beiden Mächten.⁶¹ Die 331 Pässe,⁶² bei denen es sich um vorläufige Legitimationen handelte,⁶³ trugen die Unterschrift des österreichischen Polizeidirektors Strohbach. Sie stellten die Legionäre in der Schweiz unter den Schutz der österreichischen Botschaft und entzogen sie der preußischen Zuständigkeit.⁶⁴ Graf Beust (1809 — 1886), der österreichische Außenminister und Reichskanzler, zeigte sich durch das Auftauchen der Papiere überrascht.⁶⁵ Der Polizeidirektor Strohbach rechtfertigte sein Vorgehen mit dem Hinweis, er habe auf hohen Befehl gehandelt. Dieser Befehl war jedoch aus Hiet-

zing gekommen!⁶⁶ Georgs Hofkommissar Elster hatte Strohbach eine Namensliste der Paßbewerber zugesandt und behauptet, daß nur eine geringe Anzahl der verlangten Legitimationen für die Legionäre in der Schweiz sei. Daher glaubte Strohbach, es handele sich um Papiere für Hannoveraner, die von Hietzing aus ins Ausland gelangen wollten.⁶⁷ Erst am 27. Januar 1868 traf bei der Polizei-Direktion eine Verfügung des Wiener Außenministeriums ein, nach der die Ausstellung von Pässen für Hannoveraner einzustellen war.⁶⁸

Den Welfenlegionären wurde inzwischen aufgrund der Legitimationen ein weiterer Verbleib in der Schweiz gestattet.⁶⁹ Dennoch verließ die Legion Ende Januar 1868 plötzlich die Schweiz in Richtung Frankreich.

⁶⁰ Vgl. Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten, S. 115 f.

⁶¹ Vgl. Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 63 f.

⁶² Vgl. ebda., S. 64.

⁶³ Vgl. ebda., S. 77 f.

⁶⁰ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 54 f.

⁶¹ Vgl. Kap. 5.1.

⁶² Diese Zahl entstammt einer Liste der ausgestellten Pässe, die sich im Kgl. HA befindet. Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 XIX Nr. 18. Duckstein geht von 470 ausgestellten Legitimationen aus. Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 56.

⁶³ Vgl. Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 62.

⁶⁴ Vgl. Stehlin: Bismarck and the Guelph Problem, S. 69.

⁶⁵ Es ist unklar, ob Beust von der Ausstellung der Legitimationspapiere für die Welfenlegionäre wußte. In seinen Memoiren weist er darauf hin, daß Strohbach die Legitimationen selbständig ausgestellt habe. Vgl. Beust: Aus drei Vierteljahrhunderten, Bd. 2, S. 115. Füger erwähnt jedoch einen Bericht der Wiener Polizei-Direktion vom 18. Februar 1868, nach dem bereits im März 1867 mit Erlaubnis des Außenministeriums 19 Pässe an Hannoveraner ausgestellt worden waren. Die Paßbewerberverzeichnisse wurden im übrigen dem Außenministerium vorgelegt. Vgl. Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 62 und 67. Duckstein hebt hervor, daß die Ausstellung einer so großen Anzahl von Pässen für Ausländer unmöglich ohne Wissen des verantwortlichen Ministers geschehen sein könne. Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 56. Andererseits ist es wenig wahrscheinlich, daß Beust, der eine Belastung der preußisch-österreichischen Beziehungen durch die welfische Agitation in Österreich vermeiden wollte, sein Einverständnis für die Ausstellung einer so großen Anzahl von Legitimationen gegeben hat. Vgl. Kap. 5.1. Möglicherweise hat man es im Wiener Außenministerium versäumt, ihn darüber ausreichend zu unterrichten.

5 Der Höhepunkt der welfisch-preußischen Differenzen: Die Verlegung der hannoverschen Legion nach Frankreich (1868)

5.1 Preußisch-österreichische Verstimmungen nach dem Eintreffen der Legion in Frankreich

Nachdem Oskar Meding Weihnachten 1867 von Georg V. den Befehl erhalten hatte, bei der französischen Regierung anzufragen, ob sie den Aufenthalt der Legion in Frankreich genehmigen würde, bemühte sich der welfische Gesandte in Paris um entsprechende Zusagen der kaiserlichen Regierung. Schon am 3. Januar 1868 berichtete er in einem Telegramm an Graf Platen, daß die „soldats hanovriens en Suisse seront reçus par gouvernement français ‚avec empressement‘ . . .¹ Drei Tage später nahm

Meding in einem Brief an Graf Platen zu dem Inhalt seines Telegramms ausführlicher Stellung und meldete, er habe von dem Direktor im französischen Innenministerium, Herrn von St. Paul, die Zusage erhalten, daß die Welfenlegionäre in Frankreich willkommen seien.² Die hannoversche Exilregierung ordnete daraufhin die Verlegung des Freikorps' nach Frankreich an, um den Schwierigkeiten mit den Schweizer Kantonen auszuweichen. Ein Aufenthalt der Hannoverschen Legion in Frankreich entsprach zudem eher den welfischen Plänen. Am 20. Januar 1868 setzte Düring Graf Platen davon in Kenntnis, daß die Übersiedlung der Welfenlegion nach Frankreich beginnen könne und ungefähr sieben Tage dauern werde.³ Einen Tag später verließen schließlich die ca. 566 Legionäre⁴ ihre Aufenthaltsorte in der Schweiz und gingen nach Frankreich.

Die preußische Regierung wurde von dem Erscheinen der Hannoverschen Legion auf französischem Boden unangenehm berührt, zumal sie feststellen mußte, daß der Wechsel des Freikorps' nach Frankreich in Hannover zu einer größeren Welle von Auswanderungen führte. In einem hannoverschen Reskript des kommandierenden Generals Voigts-Rhetz und des Oberpräsidenten Stolberg vom 9. Februar 1868 hieß es dazu:

*„Es haben sich in letzter Zeit die Fälle sehr vermehrt, daß Leute im militäirpflichtigen Alter über die Grenze gehen, um sich ihrer Militäirpflicht zu entziehen.“*⁵

Die Ab- und Zugangslisten der hannoverschen Emigranten, die sich im Kgl. HA befinden, belegen

diese Einschätzung der preußischen Regierungsbeamten. Sie zeigen, daß die Hannoversche Legion im Januar und Februar 1868 den größten Zulauf in ihrer vierjährigen Existenz zu verzeichnen hatte, auch wenn die Stärke des Freikorps' insgesamt gering blieb. Im Januar vermehrte sich die Zahl der Legionäre um 270 und im Februar noch einmal um 148 Personen. Damit erreichte die Legion bis zum Februar des Jahres 1868 eine Stärke von 848 Personen.⁶

Anscheinend versetzten der Aufbruch der Legion aus der Schweiz und die gleichzeitig vermehrt auftretenden welfischen Agitationen sowohl die Legionäre als auch Teile der Provinz Hannover in Unruhe. So meldete z. B. der Gendarm der 10. Gendarmerie-Brigade in Uetze, „... daß unter den Leuten hier selbst, namentlich unter den Soldat gewesenen, eine derartige Aufregung herrscht und zu erwarten steht, daß noch mehr junge Leute hier den bisher geflüchteten nach der Schweiz folgen werden.“⁷ Er habe in Erfahrung gebracht, daß im Dorf Briefe aus der Schweiz angekommen seien, „worin geschrieben, daß die nach der Schweiz geflüchteten Leute im Monat April mit ihrem früheren König wieder in Hannover einrücken würden, waß hier die meisten Leute glauben, welches zu der Veranlassung des Flüchtens der Leute mit beitragen wird.“⁸

Ein weiterer Grund für die vermehrten Auswanderungen kann möglicherweise darin bestanden haben, daß die preußische Regierung in den seit Februar 1868 abgehaltenen Wahlen zum deutschen Zollparlament eine schwere Niederlage erlitt. Dieses Organ war nach preußischen Vorstellungen als gemeinschaftliche Einrichtung für Nord- und Süddeutschland gedacht und sollte die wirtschaftlichen Bindungen beider Teile Deutschlands vermehren. Die Wahlen zeigten jedoch, daß das Zollparlament — entgegen den preußischen Wünschen — vorerst keinen weiteren Schritt auf dem Weg zur kleindeutschen Reichseini-

¹ Meding an Platen am 3. Januar 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VI Nr. 3234. Das Telegramm wurde von Meding fälschlicherweise auf den 3. Januar 1867 datiert.

² Vgl. Meding an Platen am 6. Januar 1868, in: Ebda. Vgl. auch Kap. 5.2.

³ Vgl. Düring an Platen am 20. Januar 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 482.

⁴ Vgl. Bismarck an den Geschäftsträger in Paris, Grafen zu Solms-Sonnenwalde, am 10. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1050, S. 244.

⁵ Voigts-Rhetz und Stolberg an die vier Departements-Ersatz-Commissionen am 9. Februar 1868, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6696. Vgl. auch das Reskript des Oberpräsidenten Stolberg an sämtliche Ämter, Magistrate der selbständigen Städte und die Polizei-Direktion vom gleichen Tag, in: NHStA, Hann 80, Hildesheim I E, Nr. 484.

⁶ Vgl. Ab- und Zugangslisten der hannoverschen Emigranten (Mai) 1867 — (März) 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 488 und Anhang I.

⁷ Der Gendarm der 10. Gendarmerie-Brigade an das Kgl. Kommando der 10. Gendarmerie-Brigade, Uetze, am 28. Januar 1868, in: NHStA, Hann 74, Burgdorf I, Nr. 257.

⁸ Ebda.

gung darstellen würde, denn die nationalen Kräfte in Deutschland, die die preußischen Einigungsbemühungen unterstützten, erhielten keine Mehrheit. Gewinner der Zollparlamentswahlen waren statt dessen die Partikularisten in Baden, Württemberg, Hessen und Bayern, deren Sieg auch die Opposition im Norden gegen die preußische Politik stärkte.⁹

Angesicht dieser Rückschläge für die preußische Einigungspolitik reagierte Preußen empfindlich auf die erneuten Auswanderungen aus Hannover und auf das Erscheinen der Hannoverschen Legion in Frankreich, das wie Österreich die süddeutschen Partikularisten unterstützte. Bismarck äußerte sich am 12. Februar 1868 gegenüber dem preußischen Gesandten in London über seine durch die Welfenlegion hervorgerufenen Besorgnisse:

„Ew. pp. übersende ich in der Anlage eine aus zuverlässiger Quelle herrührende Zusammenstellung der auf die Bildung einer hannoverschen Legion bezüglichen Tatsachen. Diese Umtriebe haben in der letzten Zeit einen so vermehrten Umfang und bei Gelegenheit des Übertritts der in der Schweiz befindlichen Hannoveraner auf französisches Gebiet, wo sie sich noch durch Zuzug vom Norden her verstärkten, eine solche Notorietät gewonnen, daß sie die ernste Aufmerksamkeit der königlichen Regierung herausfordern.“

Wenn auch die Provokationen dieser auf einen offenen kriegerischen Zweck berechneten Werbungen der Natur der Sache nach so gering bleiben müssen, daß sie uns an und für sich keine Besorgnisse einflößen würden, so können wir doch die dadurch im Lande unterhaltene Agitation nicht mit Gleichgültigkeit ansehen und können es nicht zulassen, daß der König Georg das ihm in Österreich gebotene Asyl und die ihm von uns durch das mit so großer Liberalität geschlossene Abkommen gewährte günstige Stellung mißbrauche, um einen Herd fortwährender

feindlicher Umtriebe gegen uns zu bilden und die Ruhe Deutschlands zu gefährden. Wir können nicht umhin, diesen Gegenstand auch bei der königlich großbritannischen Regierung zur Sprache zu bringen, zumal derselbe auch auf die europäische Situation nicht ohne Rückwirkung bleibt. Schon jetzt ist die günstige Entwicklung, welche unsere Beziehungen zu Österreich zu nehmen anfangen, durch diese Irrungen gehemmt, und es ist der volle gute Wille des hiesigen und des Pariser Kabinetts erforderlich, um zu hindern, daß die Existenz der hannoverschen Legion in Frankreich zu gegenseitigen Verstimmungen führe.“¹⁰

Aus diesen Äußerungen wird ersichtlich, daß Bismarck sowohl mögliche Auswirkungen der Legion auf die Provinz Hannover befürchtete als auch eine Verschlechterung des politischen Klimas in Europa für möglich hielt, da der Aufenthalt des Freikorps' in Frankreich und die welfische Agitation in Österreich negative Rückwirkungen auf die preußisch-französischen und die preußisch-österreichischen Beziehungen haben konnten. Die Differenzen mit Frankreich mußten jedoch noch schwerwiegender für Preußen werden, wenn auch die preußisch-österreichischen Beziehungen gestört sein sollten.¹¹ In diesem Zusammenhang wurde der Skandal über die Ausstellung österreichischer Pässe für welfische Legionäre bedeutungsvoll, da er die Beziehungen zwischen Preußen und Österreich zusätzlich belastete.

Am 5. Februar 1868 hatte Bismarck den preußischen Gesandten in Wien angewiesen, den Paßskandal bei der Wiener Regierung zur Sprache zu bringen und ihr naheulegen, „die ganze Stellung des Königs Georg und ihr eigenes Verhältnis zu demselben¹² einer Prüfung zu unterwerfen, „um zu erwägen, wieweit diese den völkerrechtlichen Grundsätzen und den freundlichen Beziehungen entsprechen, welche das kaiserliche Kabinett ebenso sehr wie wir unterhalten zu sehen wünscht“.¹³

⁹ Vgl. Böhme: Die Reichsgründung, S. 163 f., und Hillgruber, Andreas: Bismarcks Außenpolitik, Freiburg 1972, S. 99. In die Zeit des Wahlkampfes zum Zollparlament fällt auch die Entstehung der bereits erwähnten welfischen Denkschrift „Mémoire d'un Allemand sur l'Allemagne“. Vgl. evtl. noch einmal Kap. 2.2. Zu den Ergebnissen der Zollparlamentswahlen vgl. Schulthess, H. (Hrsg.): Europäischer Geschichtskalender, 9. Jg., 1868, Nördlingen 1869.

¹⁰ Bismarck an Bernstorff am 12. Februar 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 9, Oldenburg 1936, Nr. 578, S. 686.

¹¹ Vgl. Bismarck an Bernstorff am 13. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1056, S. 254.

¹² Bismarck an Werther am 5. Februar 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 9, Nr. 558, S. 667.

¹³ Ebda.



Abb. 10: Ölgemälde von Otto von Bismarck (1815 — 1898). Brustbild. Historisches Museum Hannover.

Weiter hieß es in dem an Österreich gerichteten Erlaß:

„Es ist schon an und für sich auffallend, daß die österreichischen Behörden an Personen, welche unter den von Österreich vertragsmäßig anerkannten Verhältnissen Untertanen Seiner Majestät des Königs von Preußen sind, Legitimationen und Pässe erteilt.

Aber die Sache wird noch ernster durch die notorische und ausgesprochene Absicht, welche diese Personen nach Österreich, nach der Schweiz und Frankreich führt.

Der Zweck, zu welchem die erwähnten Hannoveraner ihren durch die österreichischen Legitimationspapiere erleichterten oder möglich gemachten Aufenthalt in der Schweiz oder Frankreich nehmen, kann der kaiserlichen Regierung nicht unbekannt sein. Sie verweilen dort nicht als einzelne Ausgewanderte, sondern sie werden in militärisch formierten Gruppen zusammengehalten und bilden tatsächlich eine welfische Legion, deren Bestimmung es ist, unter gewissen

*Eventualitäten zum Kriege gegen Preußen verwendet zu werden.“*¹⁴

Der österreichische Außenminister und Reichskanzler Graf Beust, der Komplikationen mit der preußischen Regierung vermeiden wollte, schob die Verantwortung für die Ausstellung der Pässe auf den Polizeidirektor Strohbach. Doch ließ sich die Berliner Regierung durch diese Erklärung nicht beschwichtigen. Bismarck verstärkte im Gegenteil seinen politischen Druck auf Österreich durch einen Erlaß vom 12. Februar 1868, in dem es verärgert hieß:

*„Uns scheint die Ausstellung von 500 Pässen unter solchen Umständen unmöglich in die Kategorie subalternen Unverantwortlichkeit gehören zu können. Aber es ist auch nicht dieser Punkt allein, welcher uns Anlaß zur Beschwerde gibt. Ich darf mit Sicherheit behaupten, daß das ganze von Hietzing ausgehende Treiben nicht möglich wäre, wenn nicht von der Kaiserlichen Regierung selbst gegen die Tätigkeit des Königs Georg und seiner Umgebung eine Nachsicht geübt würde, welche ebensosehr die natürlichen Pflichten der Gastfreundschaft überschreitet, wie diese Tätigkeit selbst ein Mißbrauch dieser Gastfreundschaft ist.“*¹⁵

Gleichzeitig ließ Bismarck durchblicken, daß Preußen als Konsequenz aus dem österreichischen Verhalten seine Beziehungen zu Rußland intensivieren werde, falls die österreichische Regierung fortfahren sollte, die welfischen Agitationen zu begünstigen.¹⁶ Eine preußisch-russische Annäherung, die die österreichische Balkanpolitik behindern konnte, lag jedoch nicht im Interesse der Wiener Regierung.¹⁷ Außenminister Beust versuchte daher, die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen zu entspannen, indem er sich von der welfischen Politik distanzierte. In einem Schreiben des Reichskanzlers an Graf Platen vom 13. Februar hieß es über die Ausstellung der Pässe für Welfenlegionäre:

¹⁴ Ebda.

¹⁵ Bismarck an Werther am 12. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1053, S. 247.

¹⁶ Vgl. Bismarck an Bernstorff am 13. Februar 1868, in: Ebda., Nr. 1056, S. 253.

¹⁷ Vgl. Potthoff, Heinrich: Die deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71, Bonn 1968, S. 176.

*„Es kann Euer Excellenz unmöglich entgehen, wie durch einen solchen Vorgang einestheils die kaiserliche Regierung in ihrem Verhältnisse zu Preussen, andererseits die Wiener Local-Polizeibehörde in ihrem Verhältnisse zu den höheren Autoritäten compromittirt werden mussten. . . . Meinerseits habe ich die Pflicht zu erfüllen, unter Berufung auf die Correspondenz, welche bereits im Monate Dezember 1866 zwischen uns stattgefunden hat, Euer Excellenz die damals ertheilte Zusage zu vergegenwärtigen, daß Seine Majestät der König Sich vollkommen klar sei über die Rücksichten, welche die Allerhöchstendenselben von dem kaiserlichen Hofe erwiesene Gastfreundschaft auferlegen.“*¹⁸

Diese von Beust formulierte ernste Zurechtweisung der hannoverschen Exilregierung muß zugleich als Warnung an Georg V. betrachtet werden, bei der Feier zu seiner bevorstehenden Silberhochzeit am 18. Februar 1868 politische Demonstrationen, die gegen Preußen gerichtet sind, zu unterlassen.¹⁹

Die welfische Exilregierung versuchte, die Vorfälle um die Ausstellung der Pässe für Welfenlegionäre als harmlos darzustellen. Graf Platen antwortete noch am 13. Februar 1868 mit einem von Meding verfaßten Schreiben, daß Georg V. aus Rücksicht gegenüber Österreich gehandelt habe, indem er mit Hilfe der Pässe eine Ansammlung von Hannoveranern auf österreichischem Boden verhindert habe. Außerdem seien die Pässe zwar für den Eintritt in die Schweiz, nicht aber für den Wechsel der Legion nach Frankreich benutzt worden, weil die französische Regierung solche Legitimationen nicht verlangt habe.²⁰ In einem weiteren, ebenfalls von Meding verfaßten und von Platen unterzeichneten Schreiben, bestritt die welfische Exilregierung außerdem, daß es sich bei dem Paßskandal um eine politische Frage handele.²¹

Gegenüber der preußischen Regierung drückte Beust sein Bedauern über das Vorgefallene aus und schlug vor, die Auszahlung der Gelder aus dem Ver-

mögensvertrag an Georg V. zu sperren, um der welfischen Exilregierung dadurch die Mittel für ihre antipreußische Agitation zu entziehen.²² Gleichzeitig teilte der österreichische Botschafter dem preußischen Ministerpräsidenten mit, daß *„Baron Beust dem Grafen Platen eröffnet habe, die kaiserliche Regierung könne die dem König Georg und seinen Umgebungen bisher so großmütig gewährte Gastfreundschaft nur unter der Voraussetzung fort dauern lassen, daß die hannoverschen Gäste sich aller und jeder politischen Umtriebe und Manifestationen auf das strengste enthielten“*.²³

Nachdem Beust den Hietzinger Hof in derart unmißverständlicher Weise gewarnt hatte, verhielt sich die Berliner Regierung wieder freundlicher gegenüber der österreichischen Regierung. Bismarck forderte zwar weiterhin, die welfische Agitation zu unterbinden, doch zog er seine gegenüber der österreichischen Regierung geäußerten Unterstellungen zurück.²⁴ Im März 1868 wurden die durch die Welfenlegion entstandenen Verstimmungen zwischen Preußen und Österreich endgültig beigelegt. Beust, der neue Störungen der gegenseitigen Beziehungen durch die Welfen verhindern wollte, richtete am 16. März noch einmal ein warnendes Promemoria an die Hietzinger Exilregierung.²⁵ Es wurde auch dem preußischen König zugesandt, der sich darüber sehr zufrieden zeigte.²⁶

Wichtiger für die preußische Politik als die Verstimmungen mit Österreich, die sich relativ leicht beilegen ließen, war die durch den Aufenthalt der Hannoverschen Legion in Frankreich entstandene Gefahr preußisch-französischer Differenzen. Bismarck war sich darüber im klaren, als er am 13. Februar 1868 an den preußischen Gesandten in London schrieb:

„Die einzige Möglichkeit — wenn wir dieselbe auch zunächst nicht als Wahrscheinlichkeit ansehen —

²² Vgl. Potthoff: Die deutsche Politik Beusts, S. 179, und Bismarck an Werther am 22. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1074, S. 277.

²³ Bismarck an Werther am 14. Februar 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 9, Nr. 590, S. 699 f.

²⁴ Vgl. Bismarck an Werther am 22. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1074, S. 274 — 277.

²⁵ Vgl. Promemoria der österreichischen Regierung vom 16. März 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 488.

²⁶ Vgl. Potthoff: Die deutsche Politik Beusts, S. 180.

¹⁸ Beust an Platen am 13. Februar 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 488.

¹⁹ Vgl. dazu Kap. 5.3.

²⁰ Vgl. Platen an Beust am 13. Februar 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 488.

²¹ Vgl. Platen an Beust am 18. Februar 1868, in: Ebda.

*einer Kriegsgefahr liegt für uns immer auf der französischen Seite. Keine andere Macht in Europa denkt an eine Störung des Friedens; und wir sind überzeugt, daß auch der Kaiser Napoleon nicht daran denkt. Aber die französischen Verhältnisse sind unberechenbar.*²⁷

Aus diesem Grund war die Haltung, die die französische Regierung zur Welfenlegion einnahm, für die Berliner Führung von Bedeutung.

5.2 Die Haltung der französischen Regierung zur Hannoverschen Legion

Am 6. Januar 1868 berichtete Oskar Meding der welfischen Exilregierung über die von St. Paul erhaltene Genehmigung, die Hannoversche Legion nach Frankreich überführen zu dürfen. In seinem Schreiben an Graf Platen hieß es:

*„Eurer Excellenz beehre ich mich im Verfolg meiner letzten vorläufigen Depesche ganz gehorsamst anzuzeigen, daß Herr von St. Paul, der Director im Ministerium des Innern, mir nunmehr officiell eröffnet hat, die flüchtigen hannoverischen Soldaten und Refractairs (Widerspenstige), welche sich in der Schweiz oder sonst irgend wo befinden, oder etwa noch auswandern möchten, würden von Seiten der kaiserl. französischen Regierung die freundlichste und entgegenkommendste Aufnahme finden. ... Auf meine Anfrage, ob eine besondere Geheimhaltung der Uebersiedelung unserer Soldaten erforderlich sei, bemerkte mir Herr von St. Paul, daß man hier durchaus kein Geheimniß verlange, dagegen aber wünscht man, daß die Uebersiedelung bald stattfinde und daß die Soldaten so vertheilt werden möchten, daß sie in der Nähe der Grenze zugleich die Cadres für die künftige Auswanderung bilden können.“*²⁸

Nachdem daraufhin die Verlegung der Legion nach Frankreich Ende Januar 1868 begonnen hatte, traf die preußische Regierung sofort die ersten Gegenmaßnahmen, die darauf abzielten, den Aufenthalt

des Freikorps' in Frankreich zu beenden und die militärische Organisation der Legion aufzulösen. Bismarck sprach den französischen Botschafter in Berlin, Benedetti, auf die Angelegenheit an und bat um Auskünfte. Benedetti übermittelte dem preußischen Ministerpräsidenten am 3. Februar 1868 ein Telegramm des französischen Außenministers Moustier, das nur die Ankunft der Legionäre in Frankreich bestätigte und die Zusage enthielt, die längs der deutsch-französischen Grenze untergebrachten Hannoveraner von dort zu entfernen.²⁹ Bismarck antwortete auf dieses Telegramm mit einem langen Erlaß an den preußischen Geschäftsträger in Paris, Graf zu Solms-Sonnenwalde, in dem er Unverständnis über die französische Haltung äußerte:

„Ich kann eine gewisse Befremdung über das geringe Gewicht, welches das Billet des Herrn Botschafters der ganzen Sache beizulegen scheint, nicht unterdrücken ...

*Die kaiserliche Regierung kann die Tendenz nicht ignorieren, in welcher die Versammlung und Organisation dieser Truppe in der Schweiz von Hietzing aus stattgefunden hat. Diese Tendenz ist auf den Umsturz eines politischen Systems gerichtet, welches von Frankreich nicht nur nicht bekämpft worden, sondern welches mit Rücksicht auf die politischen Bedürfnisse und Wünsche des Kaisers Napoleon seine jetzige Gestalt gewonnen hat, indem wir, um den Wünschen des Kaisers zu entsprechen, auf andere Vorteile, welche wir in der Hand hatten, verzichteten.“*³⁰

Mit dieser letzten Äußerung spielte Bismarck darauf an, daß Preußen im Sommer 1866 aus Rücksicht auf Frankreich die Existenz des österreichischen Gesamtgebietes und des Königreiches Sachsen unangetastet gelassen hatte und darum jetzt ebenfalls Rücksichten der französischen Regierung erwartete. Damit stellte er die Angelegenheit der Welfenlegion — wie schon im Falle Österreichs — als Gegenstand der allgemeinen gegenseitigen Beziehungen dar. Am Ende des Erlasses drohte er schließlich an, die

²⁷ Bismarck an Bernstorff am 13. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1056, S. 253 f.

²⁸ Meding an Platen am 6. Januar 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VI Nr. 3234.

²⁹ Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6a, Vorbemerkung zu Nr. 1043, S. 236.

³⁰ Bismarck an Solms-Sonnenwalde am 5. Februar 1868, in: Ebda., S. 236 — 238.

Gesamtrichtung der preußischen Politik, die auf freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich ausgerichtet sei, zu ändern, falls die französische Regierung feindlichen Bestrebungen gegen Preußen Vorschub leiste. Die Pariser Regierung bemühte sich daraufhin, den Verdacht des Einverständnisses mit der welfischen Exilpolitik zu zerstreuen.³¹

Außenminister Moustier zeigte sich z. B. über das Erscheinen der Hannoverschen Legion in Frankreich überrascht und stellte auf diese Weise in Abrede, daß es eine Anfrage der hannoverschen Exilregierung gegeben habe. Am 7. Februar telegraphierte er an Benedetti:

*„L'arrivée des Hanovriens nous a surpris et affectés aussi désagréablement qu'on a pu l'être à Berlin.“*³²

Bismarck mißtraute jedoch sowohl der von Moustier als auch der von Napoleon geäußerten Überraschung über das Auftauchen der Welfenlegion in Frankreich, zumal sich der französische Außenminister gegenüber dem österreichischen Botschafter in Paris, dem Fürsten Metternich, genau gegenteilig geäußert hatte. In einem vertraulichen Schreiben an den preußischen Botschafter in Paris, den Grafen von der Goltz, gab er diesem Mißtrauen sehr deutlich Ausdruck:

„In Widerspruch mit dieser Unwissenheit des Kaisers steht die Äußerung seines Ministers gegen den Fürsten Metternich, welche Ew. pp. in dem gefälligen Bericht Nr. 42 erwähnen: daß schon im Dezember v. J. angefragt worden sei, ob Frankreich ehemalige hannöversche Militärs aufnehmen werde, und daß eine bejahende Zusage unter der Bedingung des ruhigen Verhaltens gegeben sei. Daß eine solche Anfrage erfolgt ist, überrascht mich nicht. Es war kaum anzunehmen, daß die Hannoveraner sich auf die Gefahr hin, an der Gränze umkehren zu müssen, in Masse auf den Weg gemacht haben sollten. . . . Diese Verschiedenheit in den Äußerungen des Kaisers und seines Ministers ist nicht geeignet, unser Vertrauen zu

*stärken. Sollen wir annehmen, daß hier wieder einer jener Fälle vorliege, in denen der Kaiser seine Politik von der seines Ministers trenne und letzteren eigne Wege gehen lasse, um ihn nachher nach Umständen zu soutenir oder als zu weit gegangen desavouieren zu können, wie dies mit Drouyn de Lhuys im Herbst 1866 der Fall war? Oder sollte der Marquis de Moustier wirklich so wenig Voraussicht gehabt haben, daß er ohne Wissen des Kaisers im Dezember jene Zusage erteilt hätte, . . .“*³³

Die Frage, ob die Verlegung der Welfenlegion nach Frankreich mit dem Einverständnis der französischen Regierung geschah, kann nicht eindeutig beantwortet werden. In der Ausgabe des „Moniteur“ vom 16. Februar 1868 wurde offiziell den Gerüchten widersprochen, daß der Wechsel der Hannoverschen Legion nach Frankreich aufgrund einer vorherigen Vereinbarung zwischen der französischen Regierung und dem Hietzinger Hof erfolgt sei.³⁴ Es erscheint jedoch wenig wahrscheinlich, daß der Übertritt ohne eine Zusage der Pariser Regierung geschah,³⁵ oder daß St. Paul eigenmächtig die Genehmigung erteilte.³⁶ Möglich ist, daß Meding die französische Zustimmung durch St. Paul übermittelt wurde, damit Napoleon und Moustier in der Öffentlichkeit, vor allem gegenüber Preußen, dementieren konnten, daß es eine Absprache zwischen den Welfen und der Regierung in Paris gegeben hatte.³⁷ Gleichzeitig wollte die kaiserliche Regierung jedoch einen durch die Hannoversche Legion hervorgerufenen Bruch mit Preußen vermeiden. Benedetti richtete Bismarck deshalb am 6. Februar 1868 aus, daß Frankreich alles unternehmen wolle, was die preußische Regierung wünsche, nur sei sie nicht bereit, die Legionäre auszu-

³¹ Vgl. Füger: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation, S. 78 f.

³² Moustier an Benedetti am 7. Februar 1868, in: Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71, Tome XX, Paris 1927, Nr. 6443, S. 345. Vgl. auch Solms-Sonnenwalde an Bismarck am 7. Februar 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 9, Nr. 565, S. 677.

³³ Bismarck an Goltz am 18. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1069, S. 267 — 268. Drouyn de Lhuys war bis zum Jahr 1866 französischer Außenminister. Er wurde durch Moustier abgelöst, nachdem seine Politik der Stärke gegenüber Preußen (Kompensationen am Rhein) im Sommer 1866 gescheitert war.

³⁴ Vgl. Oncken: Die Rheinpolitik Kaiser Napolons III., Bd. 2, Nr. 554, Anmerk. 1, S. 518 f.

³⁵ Dieser Meinung ist auch Duckstein. Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 63.

³⁶ Das vermutet Bukey. Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 73.

³⁷ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 227 f.

weisen.³⁸ Napoleon ordnete einen Tag später an, die Hannoveraner von der Grenze zu entfernen und in kleinere Gruppen zu zerstreuen.³⁹ Auch sollten die Mannschaften von den Offizieren getrennt und diese in Bourges interniert werden.⁴⁰ Die preußische Regierung ließ sich durch diese Erklärungen beruhigen, auch wenn sie die von Frankreich angekündigten Maßnahmen nicht für ausreichend hielt, um die militärische Organisation der Legion aufzulösen.⁴¹ Der preußische König drückte sogar gegenüber Benedetti seine Zufriedenheit über die Haltung Frankreichs aus.⁴² Doch entgegen den französischen Zusicherungen wurden die angekündigten Maßnahmen nicht oder nur halb ausgeführt. So berichtete z. B. Meding am 26. Februar 1868 nach Hietzing:

„Die Dispositionen der kais. Regierung sind nach wie vor dieselben, nur günstiger, und die ganze scheinbare Maßregel der Trennung der Offiziere von den Mannschaften ist nur eine diplomatische Farce, um Goltz zu dämpfen, oder vielmehr, um ihm die formelle Möglichkeit zu Beschwerden zu nehmen.

*Die Offiziere sind nicht in Bourges, sondern in Meaux, d. h. vollständig in mitten der Mannschaften einquartiert, also ganz wie es in der Schweiz war, wo ja auch die Offiziere nicht bei den Leuten selbst wohnten. Von einer ‚Internierung‘ ist, wie man mir auf meine Anfrage gesagt, gar nicht die Rede gewesen. Man hat ihnen nur ein Domicil gegeben, und sie können selbstverständlich hingehen, wohin sie wollen und so viel als sie wollen bei den Leuten sein.“*⁴³

Die preußische Regierung, der es nicht auf die Legion selbst ankam, sondern „auf die Haltung der französischen Regierung gegenüber diesen Sympto-

men,⁴⁴ reagierte auf die Verzögerung der versprochenen Maßnahmen mit Mißtrauen, zumal sie im Frühjahr 1868 immer wieder Nachrichten erhielt, daß Frankreich heimlich aufrüstete. Bismarck betrachtete die Haltung der französischen Regierung zur Hannoverschen Legion als Maßstab für den Wert französischer Zusicherungen und erneuerte daher im April 1868 seine Vorwürfe gegenüber der kaiserlichen Regierung:

*„Es ist schwer, nach solchen Erfahrungen das ganze, scheinbar so entgegenkommende Verfahren der französischen Regierung in betreff der hannoverschen Legion nicht als eine Komödie anzusehen und danach das Vertrauen zu bemessen, welches überhaupt ihrer friedlichen Sprache zu gewähren ist. Daß wir danach nicht umhin können, das tiefe Mißtrauen in die Absichten des Kaisers, welches sich mehr und mehr kundgibt, als berechtigt zu erkennen und es zu teilen, werden Ew. pp. begreiflich finden.“*⁴⁵

Die Aufrüstungen, die Frankreich im Frühjahr 1868 betrieb, waren ein Indiz für das gespannte preußisch-französische Verhältnis. Seit der Luxemburgkrise hatten sich die nationalistischen Stimmen in Frankreich vermehrt, die eine militärische Auseinandersetzung mit Preußen wünschten.⁴⁶ Wie die gesamte französische Bevölkerung war auch die französische Regierung in ihrer Haltung zu den preußischen Einigungsbestrebungen gespalten und teilte sich in einen friedlich gestimmten Flügel, der eine nationale Einigungsbewegung in Deutschland befürwortete, und in einen krieglerisch gesonnenen Flügel, der die durch Preußen hervorgerufene bedrohliche Entwicklung für Frankreich durch einen Krieg abwenden wollte.⁴⁷ Diese Uneinigkeit innerhalb des französischen Regierungslagers kam der Hannoverschen Legion zugute, die in dem Direktor des Innenministeriums, St. Paul, zudem einen politisch starken Befürworter fand. Er widersetzte sich anscheinend

³⁸ Vgl. Bismarck an Solms-Sonnenwalde am 6. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1045, S. 241.

³⁹ Vgl. Moustier an Benedetti am 7. Februar 1868, in: Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71, Tome XX, Nr. 6443, S. 345.

⁴⁰ Vgl. Moustier an Benedetti am 8. Februar 1868, in: Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71, Tome XX, Nr. 6449, S. 352.

⁴¹ Vgl. Bismarck an Solms-Sonnenwalde am 10. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1049, S. 243.

⁴² Vgl. Benedetti an Moustier am 16. Februar 1868, in: Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71, Tome XX, Nr. 6481, S. 395.

⁴³ Meding an Platen am 26. Februar 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

⁴⁴ Thile, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, an Solms-Sonnenwalde am 8. Februar 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 9, Nr. 572, S. 681.

⁴⁵ Bismarck an Goltz am 23. April 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 9, Nr. 757, S. 901.

⁴⁶ Vgl. Albertini: Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Einigung, S. 354.

⁴⁷ Vgl. Wüstemeyer: Demokratische Diktatur, S. 242 und 245.

immer wieder mit Erfolg den für die Legion getroffenen Maßnahmen, weil er — wie andere Regierungsmitglieder — der Meinung war, daß der Krieg gegen Preußen unvermeidlich sei und deshalb auch eine so unbedeutende Hilfe wie die des Welfenkönigs nicht ausgeschlagen werden solle.⁴⁸ Mitte Mai 1868 versicherte Moustier dem preußischen Botschafter Goltz jedoch, daß der Direktor des Innenministeriums die Sache der Welfenlegion nicht mehr bearbeiten werde.⁴⁹ St. Paul, der als eigentlicher Innenminister galt, besaß aber einflußreiche politische Freunde in der französischen Regierung, u. a. den Staatsminister Rouher, so daß sich im Innenministerium nichts änderte.⁵⁰ Aus diesem Grund kam es wahrscheinlich auch vorerst nicht zu der von Preußen gewünschten Trennung der Offiziere und Unteroffiziere von den Mannschaften der Hannoverschen Legion, doch wurden die Einheiten des Freikorps' in ganz Frankreich verteilt.⁵¹ Der Stab der Legion ging nach Paris und bildete dort die Heeresleitung.⁵² Eine finanzielle Unterstützung von seiten der französischen Regierung wurde den Welfenlegionären jedoch nicht gewährt.⁵³

Obwohl die Regierung in Paris die von Preußen gewünschten Maßnahmen gegen die Hannoversche Legion, die sie selbst im Februar 1868 vorgeschlagen hatte, immer wieder verzögerte, versuchte sie gleichzeitig der preußischen Regierung inoffiziell dadurch entgegenzukommen, daß sie ihrem Botschafter in Paris eine namentliche Liste der Legionäre übergab. In einem Schreiben des Außenministeriums an den

Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Graf Stolberg, vom Mai 1868 hieß es dazu:

*„Eurer Erlaucht übersende ich anliegend die Verzeichnisse der in Frankreich befindlichen hannoverschen Legionäre, welche dem Königlichen Botschafter mitgeteilt worden sind. Diese Mittheilung ist als eine vertrauliche bezeichnet worden und der Königliche Botschafter hat daher darum gebeten, daß, wenn die Verzeichnisse auch von den Behörden benutzt würden, die Thatsache der Mittheilung durch die Kaiserlich Französische Regierung nicht in die Oeffentlichkeit gebracht werden möge, da sie vermutlich in der Presse zu Angriffen gegen die Regierung benutzt worden wären.“*⁵⁴

Die beigelegte Namensliste der Legionäre umfaßte 795 Personen und zeigte, daß die französische Regierung — vermutlich durch ihre Kontakte zu den Leitern der Hannoverschen Legion — gut über das Freikorps informiert war. Eine Veröffentlichung dieser Liste mußte die kaiserliche Regierung jedoch in den nationalistischen Kreisen, aber auch vor der welfischen Exilregierung kompromittieren, so daß sich die Pariser Regierung bei der Übergabe der Liste an Goltz Vertraulichkeit ausbat.

Das Verhalten der kaiserlichen Regierung offenbarte u. a. die Abhängigkeit der plebiszitären Regierungsform in Frankreich von der öffentlichen Meinung. Diese Abhängigkeit galt insbesondere auch für Napoleon III., der seit 1867 einen weiteren Verlust seines Prestiges in der französischen Öffentlichkeit verhindern mußte, wenn er die Macht seiner Dynastie nicht gefährden wollte,⁵⁵ und bestimmte anscheinend auch seine Haltung zur Hannoverschen Legion. Es ist unwahrscheinlich, daß Napoleon als Regierungsoberhaupt über die Angelegenheit des welfischen Freikorps' die auch in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte, so wenig informiert war, wie er es vorgab. Wahrscheinlicher ist es, daß der französische Kaiser im Falle der Welfenlegion eine Politik betrieb, die

⁴⁸ Vgl. Goltz an Bismarck am 12. Mai 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 10, Oldenburg 1939, Nr. 21, S. 24.

⁴⁹ Vgl. ebda.

⁵⁰ Vgl. Bismarck an Goltz am 19. Mai 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1167, S. 390, und Goltz an Bismarck am 10. Juni 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 10, Nr. 61, S. 76.

⁵¹ Vgl. z.B. den Bericht des aus Frankreich zurückgekehrten Dachdeckers Wellhausen vom 12. Mai 1868, in: Hann 87, Hann, Nr. 42. Aus ihm geht hervor, daß sich die Offiziere bei den Mannschaften aufhielten.

⁵² Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 65 f.

⁵³ Vgl. die Großherzogl. Badische Garnisonskommandoschaft Kehl an S. H. Grafen von Flemming, den preußischen Gesandten in Karlsruhe, am 26. Januar 1868, in: Duckstein: Die Welfenlegion, Anlage VII, S. 96.

⁵⁴ Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an den Oberpräsidenten Stolberg am 2. Mai 1868, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6696.

⁵⁵ Vgl. Albertini: Frankreichs Stellungnahme zur Deutschen Einigung, S. 354, und Fehrenbach, Elisabeth: Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, in: HZ (1980), Beiheft 6, N. F., S. 114.

darauf beruhte, die welfischen Angelegenheiten bewußt seinen untergebenen Regierungsmitgliedern zu überlassen. Ob Napoleon dabei im einzelnen über die Haltung seiner Führungsspitze zur Welfenlegion informiert war, oder nicht, kann nicht abschließend beurteilt werden. Auf alle Fälle gelang es dem Kaiser durch diese Politik, weder die preußische Regierung noch die welfische Exilregierung, deren antipreußische Propaganda im Frühjahr 1868 in Frankreich auf fruchtbaren Boden fiel, zu brüskieren.

Am 8. Juni 1868 hatte der preußische Botschafter Goltz eine Audienz bei Napoleon III., in der sich der französische Kaiser über die Veranlassung der Welfenlegionäre, sich nach Frankreich zu begeben, ebenso erstaunt zeigte wie über die St. Paul zugeschriebene Beschützerrolle. Er versprach aber, endlich für die Durchführung seiner schon im Februar angeordneten Befehle zu sorgen.⁵⁶ Doch wieder wurden die angekündigten Maßnahmen nur teilweise realisiert. Den Offizieren der Hannoverschen Legion wurde durch einen Polizeipräfekten eröffnet, daß man sie aus Frankreich ausweisen werde, falls sie in den Orten angetroffen würden, in denen die Mannschaften der Legion wohnten. Aus preußischen Agentenberichten ging dagegen hervor, daß sich mehrere Offiziere wie bisher bei ihren Mannschaften aufhielten, ohne polizeilich daran gehindert zu werden. Es scheint daher nur in einigen Fällen zu einer Trennung der Mannschaften von den Offizieren gekommen zu sein. Auch lehnten es manche Mitglieder der französischen Regierung ab, die Unteroffiziere — wie von Preußen gewünscht — ebenfalls von den Legionären zu trennen. Goltz beschwerte sich daraufhin bei Moustier, daß jedem preußischen Vorschlag, dem Unwesen der Welfenlegion ein Ende zu machen, von seiten der französischen Regierung Schwierigkeiten entgegengesetzt würden. Über St. Pauls einflußreiche Stellung im französischen Innenministerium scheint es außerdem zu Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Regierung gekommen zu sein, die zugunsten des Direktors im Innenministerium ausgingen.⁵⁷ Dies deutet darauf hin, daß Napoleon als Regierungsoberhaupt anscheinend nicht versuchte,

energisch für die vollständige Durchführung seiner Befehle zu sorgen oder St. Paul aus seinem Amt zu entfernen.

Die Politik des französischen Kaisers erregte jedoch nicht nur bei der preußischen Regierung, sondern auch unter einigen Mitgliedern der hannoverschen Exilregierung Mißtrauen, vor allem unter den Gegnern des Regierungsrates Meding, zu denen der Sohn Georgs V. und Onno Klopp gehörten. Da Meding der Exilregierung keinen Bündnisvertrag mit der französischen Regierung vorweisen konnte, sandten sie im Frühjahr 1868 den Grafen Breda als zweiten welfischen Gesandten nach Paris. Breda wurde von Napoleon eine Audienz gewährt, in deren Verlauf er aus der Miene des Kaisers zu ersehen glaubte, daß Napoleon der Name Medings unbekannt sei.⁵⁸ Medings Gegner in Hietzing schlossen daraus, daß es ihm — entgegen den in seinen Berichten gemachten Aussagen — nicht gelungen sei, Kontakte zur französischen Regierung herzustellen, und warfen ihm Täuschung vor.⁵⁹ Sie ließen dabei aber außer acht, daß Napoleon möglicherweise nie den Namen Medings gehört hatte, weil er die Angelegenheit der Hannoverschen Legion bewußt seinen untergebenen Regierungsmitgliedern überließ. Eventuell spielte Napoleon auch den Unwissenden, um sich weder von der welfischen Exilregierung noch von der preußischen Regierung auf eine bestimmte Politik festlegen zu lassen. Auch Platen ging — wie Georg V. — davon aus, daß der französische Kaiser *„jeden Anschein vermeiden will, als ob zwischen ihm und Hannover die geringste Gemeinschaft bestände“*.⁶⁰

Das gleiche unbestimmte, und dadurch unangreifbare Verhalten Napoleons zeigte sich auch in der Frage der Einfuhr der für die Legion bestimmten Waffen nach Frankreich. Georg V. hatte sie von der

⁵⁶ Vgl. Goltz an König Wilhelm am 9. Juni 1868, in: Die auswärtige Politik Preußens, Bd. 10, Nr. 58, S. 65 — 69.

⁵⁷ Vgl. Goltz an Bismarck am 10. Juni 1868, in: Ebda., Nr. 61, S. 73 — 77.

⁵⁸ Vgl. Memorandum Klopps über Meding und den Grafen Breda, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 526, S. 58 f.

⁵⁹ Dieser Meinung ist auch Bukey, der sich in seiner Argumentation allerdings im wesentlichen auf das sicher einseitige Memorandum Klopps stützt. Vgl. Bukey: The exile government of King George V., S. 78 — 81, und ders.: The Guelph Movement, S. 66 f. Zu der Frage, ob Meding Kontakte zu französischen Regierungsmitgliedern besessen habe, vgl. evtl. noch einmal Kap. 3.2 Anmerk. 21. Georg V., der vor Meding gewarnt wurde, entzog seinem Pariser Gesandten erst im Frühjahr 1870 das Vertrauen. Vgl. dazu Kap. 6.3.

⁶⁰ Platen an Georg V. am 8. August 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 517.

französischen Firma Cahen & Lyon gekauft und in England gelagert. Im Februar 1868 beabsichtigte die hannoversche Exilregierung, die Waffen nach Frankreich zu überführen, da sie im Falle eines preußisch-französischen Krieges damit rechnen mußte, daß England neutral bleiben und die Chassepot-Gewehre nicht an die Welfen ausliefern würde.⁶¹ Der Waffenfabrikant Lyon sprach deshalb im Auftrag der welfischen Exilregierung bei Napoleon vor, um die Erlaubnis für die Waffeneinfuhr zu erhalten. Über diese Audienz berichtete Düring nach Hietzing:

*„Die Anschaffung der Waffen hat den Kaiser sichtlich befriedigt und die Aeüßerung des Herrn Lyon, daß sein Auftraggeber hauptsächlich aus dem Grunde die Einfuhr der Waffen nach Frankreich contractlich reguliert habe, um dem französischen Gouvernement den Beweis zu geben, daß die Waffen keinen anderen Zweck als den einer Cooperation hätten, ist vom Kaiser beifällig aufgenommen. Persönlich der Einführung nicht entgegen, hat der Kaiser geäußert: ‚Sie begreifen, daß es eine politische Frage ist; wenn Preußen Explicationen fordern würde, so kann ich doch nicht eingestehen, daß ich Waffen für den König von Hannover aufbewahre.‘ Seine kaiserliche Majestät hat den Rath ertheilt, dieselben in England zu lassen.“*⁶²

Napoleon habe aber versprochen, die Angelegenheit mit dem französischen Kriegsminister zu besprechen. Mit Hilfe St. Pauls gelang es der hannoverschen Exilregierung dann wahrscheinlich doch noch, die Waffen nach Frankreich zu überführen,⁶³ so daß

Napoleon auch in dieser Angelegenheit sein Gesicht gegenüber der preußischen Regierung wahren konnte.

Die hier skizzierte Haltung des französischen Kaisers zur Hannoverschen Legion läßt sich möglicherweise dadurch erklären, daß Napoleon III., ohne einen Bruch mit Preußen zu riskieren, den Anschluß an die partikularistischen Kräfte in Deutschland behalten wollte, zu denen die welfische Bewegung gehörte, selbst wenn es fraglich schien, inwieweit ihm diese Kräfte politisch und militärisch nützlich sein würden. Der von den Welfen versprochene Aufstand der hannoverschen Bevölkerung gegen die preußische Herrschaft konnte für Frankreich im Falle eines Krieges durchaus wertvoll sein. Dennoch lehnte es Napoleon ab, sich durch einen Vertrag mit der welfischen Exilregierung offiziell auf eine welfisch-französische Zusammenarbeit festzulegen. Es war daher auch völlig offen, was mit Hannover — im Falle eines für Frankreich positiven Kriegsausganges — geschehen sollte, und es erscheint fraglich, ob die französische Regierung tatsächlich die welfische Herrschaft in Hannover restauriert hätte. Anscheinend wollte der französische Kaiser auch gegenüber Preußen, für dessen Einigungsbemühungen er Verständnis hatte, politikfähig bleiben, obwohl sich die französisch-preußischen Spannungen im ersten Halbjahr 1868 erneut verstärkt hatten, so daß die Anwesenheit der Welfenlegion auf französischem Boden das Verhältnis zwischen Frankreich und Preußen in diesem Zeitraum zusätzlich belastete. Eventuell hoffte Napoleon, doch noch seine Kompensationsforderungen als Gegenleistung für eine preußische Vergrößerung durchsetzen zu können. Dies wäre sicherlich eine Möglichkeit gewesen, die er einem welfisch-französischen Bündnis gegen Preußen vorgezogen hätte. Andererseits bestand für Napoleon die Gefahr eines erneuten Prestigeverlustes in der Öffentlichkeit, deren antipreußische und nationalistische Tendenz sich seit der Luxemburgkrise verstärkt hatte, wenn er der preußischen Regierung in der Sache der Hannoverschen Legion, die sich als antipreußisches Freikorps konstituiert hatte und deren Vertreter einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die französische Presse ausübten, zu weit entgegengekommen wäre.

Die Politik des französischen Kaisers begünstigte die Mitglieder seiner Regierung, die — wie St. Paul — aus antipreußischem Chauvinismus den Aufent-

⁶¹ Vgl. Leutnant Schwarz an Düring am 7. Februar 1868, in: NHStA, Hann 48 a II, B, Nr. 1 b.

⁶² Düring an Platen am 3. Februar 1868 (Anlage/Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 482.

⁶³ Dafür spricht der Verkauf der welfischen Waffen an das Kriegsministerium am 27. August 1870. Zu diesem Zeitpunkt wurden die welfischen Waffen sicher nicht mehr von England, das im Deutsch-Französischen Krieg — wie von den Welfen vermutet — neutral blieb, ausgeliefert bzw. nach Frankreich überführt. Der Kaufvertrag befindet sich in: Kgl. HA, Dep. 103 XIX Nr. 236. Daß die Welfen versuchten, für die Waffeneinfuhr die Unterstützung St. Pauls zu erlangen, geht aus einem Schreiben des Leutnants Schwarz hervor. Vgl. Schwarz an Düring am 7. Februar 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 482. Dokument Nr. 42. Nöll von der Nahmer berichtet, daß die angeschafften Waffen nicht an die Legionäre ausgeliefert wurden, sondern in Depots lagerten. Vgl. Nöll von der Nahmer: Bismarcks Reptilienfonds, S. 36.

halt der Welfenlegion in Frankreich befürworteten, und war die Ursache dafür, daß die hannoversche Exilregierung die Hoffnung nicht verlor, doch noch ein welfisch-französisches Bündnis erzielen zu können.⁶⁴ Die Haltung Napoleons bzw. seiner Regierung zur Welfenlegion vergrößerte aber auch den welfisch-preußischen Gegensatz, so daß die Berliner Regierung, die durch den Aufenthalt der Hannoverschen Legion in Frankreich und die widersprüchliche Haltung der französischen Führung beunruhigt war, im Frühjahr 1868 ihren Druck auf die welfischen Partikularisten erneut verstärkte.

5.3 Beschlagnahme des welfischen Vermögens, Hochverratsprozesse und Amnestie: Preußische Maßnahmen gegen die Welfenlegion im Jahr 1868

Bismarck hatte gehofft, durch den mit Georg V. im September 1867 abgeschlossenen Vermögensvertrag die antipreußischen Agitationen der Welfen zu unterbinden und gleichzeitig die Integration Hannovers in den preußischen Staat voranzutreiben. In der Budgetkommission des preußischen Landtages hatte er am 29. November 1867 die hohe Abfindung für die Welfendynastie, die die rechtlichen Ansprüche des welfischen Königshauses überstieg, mit politischen Prämissen begründet. Georg V. habe durch seine Unterschrift unter den Vermögensvertrag indirekt seinen Ansprüchen auf die Hannoversche Krone entsagt und sich mit der neuen staatlichen Ordnung in Hannover einverstanden erklärt.⁶⁵ Unter diesen Voraussetzun-

gen hatte die Budgetkommission dem Vertrag trotz einiger Vorbehalte zugestimmt.

Am 1. Februar 1868 wurde das preußisch-welfische Abkommen im Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages verhandelt. Hier verteidigte Bismarck erneut den mit Georg V. abgeschlossenen Vertrag gegen seine Kritiker, so daß die Abgeordneten das Septemberabkommen mit 254 gegen 113 Stimmen genehmigten.⁶⁶ Kurze Zeit später machte das Erscheinen der Hannoverschen Legion in Frankreich deutlich, daß der Welfenkönig — entgegen der von dem preußischen Ministerpräsidenten vertretenen Auffassung — nicht bereit war, den neuen Status quo in Hannover zu akzeptieren. Bismarck gab deshalb der hannoverschen Exilregierung zu verstehen, daß Berlin den Vermögensvertrag sistieren werde, falls Georg V. fortfahren sollte, die Hannoversche Legion zu unterstützen.⁶⁷

Die Situation verschärfte sich, als der Welfenkönig während der Feier zu seiner silbernen Hochzeit in Hietzing am 18. Februar 1868, zu der fast 2000 Hannoveraner⁶⁸ angereist waren, eine revisionistische Ansprache hielt. In dieser Rede erflachte Georg V. von Gott die Wiederherstellung des Welfenreiches und seine Rückkehr auf den hannoverschen Thron.⁶⁹ Unklar ist, ob sich der Welfenkönig über die mög-

⁶⁴ Vgl. z. B. die Instruktion für den Regierungsrat Meding vom Dezember 1868 „behufs der Verhandlung und des Abschlusses eines Allianztractats mit Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen“, die im Sinne der bereits genannten welfischen Pläne abgefaßt ist. Diese Instruktion befindet sich in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 507. Vgl. dort auch die „Instruction für den Grafen Breda, betreffend die Verhandlungen und den Abschluß eines Allianz-Tractates Seiner Majestät des Königs von Hannover mit Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen zur Wiederherstellung und Sicherung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Königreichs Hannover“ vom 17. Juli 1870. Auf die Instruktion für Breda wird noch in Kap. 6.5 eingegangen.

⁶⁵ Vgl. Bismarck, Otto v.: Die politischen Reden, Bd. 3, S. 412 f.

⁶⁶ Vgl. die Diskussion im preußischen Abgeordnetenhaus über den Vermögensvertrag, in: Ebda., S. 418 — 436.

⁶⁷ Vgl. Rothan, Consul général Francfort, an Moustier am 14. Februar 1868, in: Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71, Tome XX, Paris 1927, Nr. 6474, S. 387.

⁶⁸ Die Reise der Hannoveraner wurde von dem hannoverschen Kaufmann Carl Peter Sonntag mit Hilfe finanzieller Zuwendungen Georgs V. organisiert. Die preußische Regierung duldete die Fahrten nach Hietzing, um die Sympathiebekundungen für den abgesetzten Welfenkönig durch Gegenmaßnahmen nicht noch aufzuwerten. Vgl. Bukey: *The Guelph Movement*, S. 85.

⁶⁹ Der genaue Wortlaut der Rede ist nicht bekannt. Eine Version der Ansprache findet sich bei Hopf. Vgl. Hopf, Wilhelm: *Die deutsche Krisis des Jahres 1866*. Mit einem Anhang: Die sogenannte braunschweigische Frage, vorgeführt in Actenstücken, Aufzeichnungen und quellenmäßigen Darstellungen, 3. erw. Aufl., Hannover 1906, S. 470 f. Der hier abgedruckte Text basiert auf der Überlieferung von Onno Klopp. Vgl. Klopp, Onno: *Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover*. Mit Actenstücken, Wien 1869, S. 105 f. Eine zweite Version wird von Bismarck in seiner Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1869 zitiert. Vgl. Bismarck: *Die politischen Reden*, Bd. 4, S. 110.

lichen Konsequenzen und die politische Tragweite seiner Ansprache im klaren war.⁷⁰ Man kann aber sicher der Bewertung Engelbergs zustimmen, daß die Rede dem tiefen und religiös begründeten Wunsch Georgs V. entsprach, die welfische Herrschaft in Hannover zu restaurieren.⁷¹

Die vor einem großen Publikum — im wesentlichen Hannoveraner — gehaltene Ansprache wurde durch die auf der Feier anwesende Presse bekannt und rief in Berlin Aufregung hervor, zumal sie ausgerechnet an dem Tag gehalten worden war, an dem das preußische Herrenhaus ebenfalls seine Zustimmung zum Vermögensvertrag erteilt hatte.⁷² Für Bismarck wurde die Hietzinger Ansprache — nach dem Erscheinen der Welfenlegion in Frankreich — zu einem weiteren Ausdruck der feindseligen Haltung Georgs V. gegenüber dem preußischen Staat, die in der Öffentlichkeit deutlich machte, daß seine mit dem Vermögensvertrag verbundene Politik fehlgeschlagen war. Da zudem der Eindruck entstehen mußte, daß die Berliner Regierung durch den Vermögensvertrag den Welfen die finanziellen Mittel für ihre antipreußische Agitation selbst in die Hand gebe, drohte Bismarck erneut mit der Sistierung des preußisch-welfischen Abkommens:

„Wenn er (Georg V.; d. Vf.) auf diese Weise fortfährt, die Voraussetzungen und notwendigen Bedingungen des Abkommens seinerseits zu brechen und sich als im Kriegszustand gegen Preußen zu betrachten, so zwingt er uns dadurch, auch unsererseits den Kriegszustand als fortdauernd anzusehen, und macht es uns unmöglich, ihm Gelder behufs kriegerischer Vorbereitungen gegen Preußen zu zahlen. Die Regie-

*rung würde das vor dem Lande nicht verantworten können und ihre Stellung allen Parteien gegenüber kompromittieren.“*⁷³

Am 2. März 1868 machte der preußische Ministerpräsident seine Drohung wahr und beantragte bei König Wilhelm I. einen Erlaß über die Beschlagnahme des welfischen Vermögens. Bismarck begründete die Maßnahme mit der Existenz der militärisch organisierten und von Georg V. finanzierten Hannoverschen Legion, die das welfische, in der Hietzinger Ansprache öffentlich formulierte Ziel, auf den hannoverschen Thron zurückzukehren, verwirklichen sollte.⁷⁴

Die von König Wilhelm noch am selben Tag verfügte Beschlagnahmeverordnung sah vor, alle Wertobjekte, die im Vermögensvertrag aufgeführt worden waren, einschließlich der sich in preußischen Händen befindenden Ausgleichssumme und der künftig fällig werdenden Zinsen, zu konfiszieren.⁷⁵ Zugleich wurde aus den Einkünften der beschlagnahmten Objekte und des konfiszierten welfischen Vermögens ein Fonds eingerichtet, mit dem die preußische Regierung zukünftig die Kosten für die „Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten“⁷⁶ bestreiten wollte.

Welfische Sympathisanten warfen der Berliner Regierung nach der Beschlagnahme des Welfenvermögens vor, sie habe mit dem Vertrag vom September 1867 von Anfang an nur das Ziel verfolgt, das teilweise in England deponierte Vermögen der Welfendynastie, in die Hände zu bekommen, um es bei gegebenem Anlaß konfiszieren zu können.⁷⁷ Dieser

⁷⁰ Leffler hält es z. B. für wahrscheinlich, daß Georg V. seine Ansprache ohne jegliche Überlegung formulierte. Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 63.

⁷¹ Vgl. Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, S. 680. Georgs religiöse Überzeugung von der „Wiederauferstehung“ seines Reiches spricht z. B. auch aus seinen Briefen an die Königin Marie. Vgl. Georg V. an die Königin Marie am 26. Dezember 1866, in: Willis, Geoffrey Malden: Hannovers Schicksalsjahr 1866 im Briefwechsel König Georgs V. mit der Königin Marie, Hildesheim 1966 (= Veröffentlichungen der Hist. Kom. für Niedersachsen, XXV Niedersachsen und Preußen, Heft 7), Nr. 100, S. 214.

⁷² Vgl. Bismarck: Die politischen Reden, Bd. 3, S. 436.

⁷³ Bismarck an Bernstorff am 21. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1072, S. 272.

⁷⁴ Vgl. den Bericht an den König vom 2. März 1868, in: Bismarck: Die politischen Reden, Bd. 4, Stuttgart 1893, S. 99 — 102. Die hier entwickelte Begründung der Beschlagnahme brachte Bismarck auch in seiner bekannten Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1869 vor. Vgl. ebda., S. 103 — 119. Am selben Tag erteilte das Abgeordnetenhaus der Beschlagnahmeverordnung nachträglich seine Zustimmung.

⁷⁵ Vgl. den Text der Verordnung, in: Königlich Preussischer Staats-Anzeiger Nr. 54 vom 3. März 1868.

⁷⁶ Ebda.

⁷⁷ Vgl. Dammers, Georg Friedrich F.: Erinnerungen und Erlebnisse des königlich hannoverschen General-Majors

Bewertung des Septembervertrages und der Beschlagnahme des welfischen Vermögens kann man aber wohl nicht folgen, da Bismarck sich von dem — aus seiner Sicht — versöhnenden Charakter des Abkommens positive Auswirkungen auf das welfisch-preußische Verhältnis und auf die Integration der hannoverschen Bevölkerung in den preußischen Staat versprochen hatte. Erst das Erscheinen der Welfenlegion in Frankreich, das in der Provinz Hannover erneute Unruhe hervorzurufen schien, ließ Bismarck die Beschlagnahme des welfischen Vermögens in Erwägung ziehen, weil er den Aufenthalt des Freikorps' in diesem Land — angesichts der seit der Luxemburgkrise angespannten französisch-preußischen Beziehungen — als deutlichsten Ausdruck der feindseligen Haltung Georgs V. interpretierte. Dies wird z. B. aus den zahlreichen diplomatischen Vorstößen der Berliner Regierung bei der österreichischen und der französischen Regierung deutlich, in denen Bismarck die negativen Auswirkungen der Welfenlegion auf die internationalen Beziehungen der europäischen Staaten betonte. Nachdem das Freikorps in Frankreich aufgetaucht war und Georg V. seine politischen Ziele während der Feier zu seiner silbernen Hochzeit noch einmal öffentlich bekräftigt hatte, mußte der preußische Ministerpräsident aber auch seine mit dem Vermögensvertrag verbundene und öffentlich verteidigte Politik als gescheitert ansehen. Bismarck fühlte sich von der welfischen Exilregierung, die ihre antipreußische Politik trotz des unterzeichneten Vermögensvertrages fortsetzte, getäuscht und in der Öffentlichkeit kompromittiert, so daß er die Beschlagnahme des welfischen Vermögens auch beantragte, um dem Eindruck entgegenzutreten, daß die preußische Regierung die gegen sie gerichteten Agitationen selbst bezahle. Anscheinend glaubte er, mit dieser Maßnahme das Ansehen der von ihm geführten Regierung zu wahren.⁷⁸ Es fällt jedoch auf, daß das preußische Staatsministerium unter Bismarcks Führung erst

Anfang März 1868 die Beschlagnahme beantragte, nachdem das preußische Abgeordnetenhaus den Vermögensvertrag bereits verabschiedet hatte.⁷⁹ Möglicherweise waren dafür auch persönliche Ressentiments des preußischen Ministerpräsidenten gegen den Welfenkönig verantwortlich. Auf alle Fälle gelang es Bismarck, durch die Beschlagnahme des welfischen Vermögens und die Einrichtung des sogenannten Reptilien- oder Welfenfonds' gegenüber seinem welfischen Gegenspieler ein finanzielles Druckmittel zu erhalten, das es ihm erlaubte, seine mit dem Vermögensvertrag fehlgeschlagene Politik doch noch in einen Vorteil für die preußische Regierung umzuwandeln.

Georg V. protestierte am 8. April 1868 gegen die Beschlagnahme seines Vermögens, indem er einfach die Existenz eines militärisch organisierten Freikorps' leugnete. In seinem Schreiben hieß es:

*„Das preußische Staatsministerium behauptet, daß ich Truppenkörper bilde, welche militärisch organisiert und auf fremdem Boden militärisch eingeübt werden. Daß dies unwahr sei, muß umso mehr einleuchten, als die Durchführung solcher militärischer Vorkehrungen von Meiner Seite auf einem fremden Staatsgebiete außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt.“*⁸⁰

Die in dem Protest angesprochenen europäischen Regierungen reagierten — wie im Jahr 1866 — nicht auf den welfischen Einspruch und ließen damit der Regierung in Berlin freie Hand.⁸¹ Am 30. März 1869, nachdem der preußische Landtag die Beschlagnahme des welfischen Vermögens nachträglich genehmigt hatte, wiederholte Georg V. seinen Protest gegen die preußische Maßnahme, den er diesmal an Wilhelm I. richtete.⁸² In seinem Brief trat der Welfen-

Georg Friedrich Ferdinand Dammers, letztem General-Adjutanten des Königs Georg V. von Hannover, Hannover 1890, S. 190, und Klopp: Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover, S. 140.

⁷⁸ Vgl. Runderlaß an die Missionen bei den Großmächten und den deutschen Höfen vom 3. März 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1088, S. 295.

⁷⁹ Vgl. Preußisches Gesetz betr. den Vermögensvertrag mit Sr. Majestät dem Könige Georg V. vom 28. Februar 1868, in: Hopf: Die deutsche Krisis des Jahres 1866, S. 466 f.

⁸⁰ Zitiert nach: Klopp: Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover, S. 149. Vgl. auch den Entwurf des Protestes gegen die Beschlagnahme des königlichen Privat-Vermögens, undatiert, in: Kgl. HA, Dep. 103 XX Nr. 103.

⁸¹ Vgl. Stehlin: Bismarck and the Guelph Problem, S. 59.

⁸² Vgl. Protest König Georgs V. an den König Wilhelm von Preußen, in: Hopf: Die deutsche Krisis des Jahres 1866, S. 478 — 482.



Abb. 11: Georg V. von Hannover (1819 — 1878). Ölgemälde von Conrad l'Allemand 1861. Historisches Museum Hannover.

könig der Auffassung des preußischen Staatsministeriums entgegen, daß es sich bei der Hannoverschen Legion um ein militärisch organisiertes Freikorps mit feindlichen, gegen Preußen gerichteten Absichten handle. Statt dessen bezeichnete Georg V. die Mitglieder der Welfenlegion als politische Flüchtlinge, die er durch finanzielle Unterstützung „nicht hilflos gelassen habe.“⁸³ Wilhelm I. sandte diesen Einspruch jedoch ungelesen zurück, so daß Georg V. wieder keine Rücknahme der Beschlagnahmeverordnung erreichen konnte.

Die Beschlagnahme des welfischen Vermögens nötigte Georg V. zur Sparsamkeit und blieb auf diese Weise auch auf die Existenz der Welfenlegion nicht ohne Auswirkungen.⁸⁴ Die Aufrechterhaltung der Verordnung bis zum Jahre 1892 war aber weder politisch noch moralisch gerechtfertigt.⁸⁵

Im Frühjahr und Sommer 1868 versuchte die preußische Regierung, außer mit politischen Maßnahmen auch mit juristischen Mitteln gegen die Hannoversche Legion und den welfischen Widerstand vorzugehen. Sie strengte Prozesse gegen Mitglieder der hannoverschen Exilregierung und des welfischen Freikorps' an, die unter der Anklage des Hochverrats geführt wurden. Bei den Angeklagten handelte es sich zunächst um acht ehemals hannoversche Offiziere, zu denen u. a. Adolf von Düring, Alfred von Wedel und Carl August von Holle gehörten. Hinweise auf die Beteiligung dieser Offiziere an der Organisation des welfischen Widerstandes in Hannover waren von der preußischen Polizei unter den Briefen des im Mai 1867 verhafteten welfischen Boten gefunden worden.⁸⁶ Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, daß sich die Angeklagten, die sich in Hietzing oder Frankreich aufhielten, als preußische Untertanen des Hochverrats schuldig gemacht hatten, weil sie z. B. bei den Werbungen für die Hannoversche Legion mitgewirkt hatten. Am 8. April 1868 wurden sie daher in Abwesenheit zu jeweils zehn Jahren Zuchthaus und

ebenfalls zehn Jahren Polizeiaufsicht verurteilt.⁸⁷ Demgegenüber vertrat die — wahrscheinlich welfisch beeinflusste — „Debatte“ in ihrer Ausgabe vom 18. April 1868 die Auffassung, daß die Verurteilten niemals preußische Untertanen gewesen seien, weil sie sich mit Georg V. schon im Sommer 1866 ins Ausland begeben hatten. Von diesem Standpunkt aus wurde der Prozeß, in dem angeblich keine schlüssigen Beweise für die Anklage vorgebracht worden waren, scharf verurteilt.⁸⁸

Kurze Zeit später dehnte die preußische Staatsanwaltschaft die Anklage auf den Grafen Platen aus, der als „Seele des ganzen hochverräterischen Unternehmens“⁸⁹ der Welfen bezeichnet wurde. Der Prozeß gegen den ehemaligen hannoverschen Außenminister, der der im preußischen Staatsanzeiger veröffentlichten Vorladung nicht gefolgt war, begann am 28. Mai 1868. Graf Platen wurde angeklagt, „in den Jahren 1867 — 68 im Auslande als königlich preußischer Unterthan die Losreißung der preußischen Provinz Hannover von dem Gebiete des preußischen Staates mit anderen verabredet zu haben, . . .“⁹⁰ Gegen diese ebenfalls mit der Beschuldigung des Hochverrats geführte Anklage ging Platen mit einem Rechtsgutachten des Professors Zachariae vor. Dieser versuchte, in seinem Gutachten den Beweis zu führen, daß Graf Platen kein preußischer Untertan geworden sei, weil ein solcher Zustand nur durch die unrechtmäßige Okkupation Hannovers durch Preußen zustande gekommen wäre.⁹¹ Dieser Bewertung schloß sich die preußische Staatsanwaltschaft nicht an. Für sie wurde dagegen die Anklage des Grafen dadurch erschwert, daß die antipreußischen Agitationen von der welfischen Exilregierung auch nach Abschluß des Vermögensvertrages fortgesetzt worden waren, obwohl die hohe Abfindung für die Welfendynastie von Georg V. im Gegenzug die „vollständige Abtre-

⁸³ Ebda., S. 480.

⁸⁴ Vgl. Kap. 6.

⁸⁵ Vgl. Brosius: Georg V., S. 289.

⁸⁶ Vgl. Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. 2.2, S. 663.

⁸⁷ Vgl. ebda., S. 663 f.

⁸⁸ Vgl. Die Debatte vom 18. April 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 502.

⁸⁹ Zitiert nach: Warrens Wochenschrift für Politik und Volkswirtschaft, Nr. 25 vom 27. Juli 1868, in: Ebda.

⁹⁰ Zitiert nach: Rechtsgutachten des Prof. Zachariae aus dem Jahre 1868, in: Ebda.

⁹¹ Vgl. ebda.

tung seines Landes“⁹² verlangt hätte. An diesem Punkt wurden noch einmal die unterschiedlichen Standpunkte der preußischen Regierung und der hannoverschen Exilregierung zum Vermögensvertrag deutlich. Die preußische Führung hatte das Septemberabkommen als Staatsvertrag angesehen, der eine indirekte Anerkennung der neuen staatlichen Ordnung in Hannover durch den Welfenkönig in sich schließe. Dagegen war der Vertrag von Georg V. als privates Abkommen betrachtet worden, das er wahrscheinlich nur deshalb unterzeichnet hatte, weil es die Anerkennung der Annexion Hannovers durch Preußen nicht ausdrücklich als Gegenleistung für die hohe Abfindung verlangte.⁹³ Der Staatsgerichtshof, der die Einschätzung der preußischen Regierung zum Vermögensvertrag teilte, verurteilte Graf Platen schließlich am 8. Juli 1868 in Abwesenheit zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Polizeiaufsicht.⁹⁴

Die Erwähnung des preußisch-welfischen Septemberabkommens in der Anklageschrift gegen Graf Platen und die sehr hohen Strafen, die der preußische Staatsgerichtshof über die Mitglieder des welfischen Widerstandes verhängte, deuten darauf hin, daß die Hochverratsprozesse nicht allein zur Abwehr der welfischen Agitation benutzt wurden, sondern auch als Rechtfertigung für die Beschlagnahme des welfischen Vermögens gedacht waren.⁹⁵ Hier wurde also die welfische Exilpolitik für die preußischen Maßnahmen gegen die hannoversche Exilregierung und die Welfendynastie instrumentalisiert.

Während die Berliner Regierung nach dem Erscheinen der Hannoverschen Legion in Frankreich gegen die Organisatoren des welfischen Widerstandes mit sehr einschneidenden Maßnahmen vorging, zeigte sie sich gegenüber den von den Welfen geworbenen Hannoveranern, die sie zu der Kategorie der „Verführ-

ten“⁹⁶ zählte, entgegenkommend. Ihnen sollte — im Sinne der Integration der hannoverschen Bevölkerung in den preußischen Staat — die Rückkehr nach Hannover erleichtert werden. Bereits im Dezember 1867 hatte daher die preußische Regierung erneut beschlossen, „den zur Zeit in der Schweiz sich aufhaltenden Hannoverschen Flüchtlingen, welche . . . sich nicht auch vor ihrer Flucht aus der Provinz resp. durch dieselbe nach den allgemeinen Strafgesetzen . . . straffällig gemacht haben, die straffreie Rückkehr bis zum 1. März k. Js. . . zu gestatten.“⁹⁷ Doch der für Preußen überraschende Wechsel der Hannoverschen Legion nach Frankreich, der für die welfischen Sympathisanten mit großen Hoffnungen verbunden war, führte dazu, daß nur wenige Legionäre das preußische Angebot annahmen. Statt dessen verstärkte sich die Legion in den Monaten Januar und Februar 1868 sogar noch um 418 Hannoveraner.⁹⁸

Am 3. Mai 1868 genehmigte Wilhelm I. daher eine neue Amnestie für die Welfenlegionäre, die bis zum 1. Juli 1868 Gültigkeit haben sollte. Diese Amnestie bezog sich auf militärpflichtige und beurlaubte Hannoveraner, die sich nicht straffällig gemacht hatten. Sie galt aber weder für Offiziere und Unteroffiziere der Hannoverschen Legion noch für diejenigen, die aus aktivem preußischen Dienst desertiert waren.⁹⁹ Gleichzeitig wurde den Legionären eine Reiseunterstützung gewährt, die die preußische Regierung aus dem Welfenfonds finanzierte.¹⁰⁰ Doch die Amnestie wurde für die Berliner Regierung zu einem Fehlschlag. Ca. 300 Legionäre, die sich als Rückkehrwillige bei der preußischen Botschaft in Paris gemeldet hatten, ließen sich zwar das Reisegeld auszahlen, kehrten aber nicht nach Hannover zurück.¹⁰¹ Am

⁹² Zitiert nach: Sächsische Zeitung vom 12. Juli 1868, in: Ebda.

⁹³ Vgl. Leffler: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung, S. 57.

⁹⁴ Vgl. Der Berliner Hochverratsprozeß gegen den königlich hannoverschen Staats-Minister Grafen Adolf von Platen zu Hallermund. Mit den staatsrechtlichen Gutachten der Herren St.-R. Zachariae und R.-R. Neumann, München 1868, S. 3.

⁹⁵ Vgl. Maatz: Bismarck und Hannover, S. 45.

⁹⁶ Bismarck an Eulenburg am 12. Februar 1868, in: Bismarck: GW, Bd. 6a, Nr. 1052, S. 246.

⁹⁷ Eulenburg und Roon an das General-Kommando des X. Armee-Corps und das Oberpräsidium in Hannover am 12. Dezember 1867, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6696.

⁹⁸ Vgl. die Ab- und Zugangslisten der hannoverschen Emigranten (Mai) 1867 — (März) 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 488 und Anhang I.

⁹⁹ Vgl. die Befehle Wilhelms I. vom 3. Mai 1868 und vom 30. Mai 1868, in: P.A., I.A.A.g. 29/R 3020.

¹⁰⁰ Vgl. Maatz: Bismarck und Hannover, S. 74.

¹⁰¹ Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 96.

Die Königlich Preussische Botschaft am Kaiserlich Französischen Hofe hat nachstehende Allerhöchste Ordre Seiner Majestät des Königs von Preussen hinsichtlich der straffreien Rückkehr der Mitglieder der Welfen-Legion erhalten :

Auf den mir gehaltenen Vortrag will ich genehmigen, dass denjenigen Militairpflichtigen und Personen des beurlaubten Standes aus der Provinz Hannover, welche, ohne anderweiter strafbarer Handlungen schuldig zu sein, sich der militairischen Dienstpflicht entzogen haben, die straffreie Rückkehr in die Heimath, bis zu einem demnächst von mir zu bestimmenden Termine, zugesagt werde. Auf diejenigen Militairpersonen, welche aus dem activen Dienste desertirt sind, sowie auf die ehemals hannoverschen Officiere und Unterofficiere, welche sich an militairisch organisirten Vereinigungen im Auslande betheiligt haben, findet diese Bestimmung keine Anwendung. Ich überlasse Ihnen hiernach in Ihrem Ressort das Weitere zu veranlassen.

Die Minister des Krieges, des Innern und der Justiz, sowie den commandirenden General des 10. Armee-Corps, habe ich hiervon in Kenntniss gesetzt.

Berlin, den 3. mai 1868

Gez. : WILHELM.

In Verfolg meiner Ordre vom 3. Mai d. J. bestimme ich hierdurch den 1. Juli d. J. als denjenigen Termin, bis zu welchem den in jener Ordre bezeichneten Militairpflichtigen und Personen des Beurlaubten-Standes aus der Provinz Hannover die straffreie Rückkehr in die Heimath gestattet werden darf. Gegen die bis zu diesem Termin nicht zurückkehrenden Personen dieser Kategorie ist nach der Strenge der Gesetze zu verfahren.

Ich überlasse Ihnen hiernach in Ihrem Ressort das Weitere zu veranlassen. Die Minister des Krieges, des Innern und der Justiz, sowie den commandirenden General des 10. Armee-Corps habe ich hiervon in Kenntniss gesetzt.

Berlin, den 30. Mai 1868.

(Gez.): WILHELM.

An den Minister der auswärtigen
Angelegenheiten.

Es wird hierbei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, dass nach den preussischen Gesetzen Reservisten im Stande der Beurlaubten wegen unerlaubter Entfernung als Deserteure nicht angesehen werden. Ebenso wenig die Einberufenen, aber noch erst Einzustellenden, mögen sie nun die Einberufungsordre bereits erhalten haben oder nicht; sondern nur diejenigen, welche aus wirklich activem Dienst fahnenflüchtig geworden sind.

Aus vorstehendem ergibt sich, dass, wer bis zum 1. Juli nach der Heimath zurückkehrt, nicht in Strafe verfällt, wenn er nicht Deserteur ist; wer dagegen diesen Termin versäumt, die volle Strenge der Gesetze zu gewärtigen hat.

Paris. — Imprimerie de G. Kugelmann, 13, rue Grange-Batelière.

Abb. 12: Die preußische Amnestie für die Welfenlegionäre vom Mai 1868. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn.

14. Mai 1868 unterrichtete das preußische Außenministerium den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, der mit einem Ausschreiben bereits die hannoverschen Ämter über die allem Anschein nach große Zahl der Heimkehrer informiert hatte,¹⁰² daß in Köln

„außer zweien am 3. d. M. dort eingetroffenen Hannoverschen Legionären ... sich wenigstens bei den dortigen Behörden keine Legionäre gemeldet hatten oder als durchreisend bemerkt worden waren, ...“¹⁰³ Stolberg, der anhand einer Namensliste zu

¹⁰² Vgl. Stolberg an sämtliche Ämter am 3. Mai 1868, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6696.

¹⁰³ Das Außenministerium an den Oberpräsidenten Stolberg am 14. Mai 1868, in: Ebda.

Abgefaßt 11. II. 171. c.

*Offener Erklärung
an
Seine Majestät den König Wilhelm von Preußen*

1.

*Wie ich eingekauft in den Kauf und den Mann
„Adolf August“ habe ich immer noch eingekauft,
erkennend für mich:*

*Ich bin nicht nur ein Mann von Majestät den
König Wilhelm von Preußen, sondern auch ein
Herr, der eine Erklärung machen will, und
habe ich Majestät, das ich ich selbst und
den Professorat nicht, die ich für die
in der Provinz Hannover, habe ich
Land habe ich und Mann zu schaffen.*

(gez.) L. Stöckmann

Abb. 13: Die Zurückweisung der preußischen Amnestie durch die Welfenlegionäre vom Mai 1868. Königliches Hausarchiv der Welfen Hannover.

überprüfen hatte, wer von den mit Reisegeld versehenen Legionären in die Provinz Hannover zurückgekehrt war, bestätigte nach seiner Untersuchung das vom Außenministerium bereits angedeutete Ergebnis der Amnestie und stellte außerdem fest, daß von einem Teil der Hannoveraner in Paris Namen und Adressen falsch angegeben worden waren.

„Die mir von Eurer Excellenz kürzlich zugegangenen Namen der mit Reisegeld versehenen und in ihre Heimath dirigirten Personen habe ich den betreffenden Aemtern, Magisträten und Polizei-Directionen zur Kenntniß mitgetheilt resp. mittheilen lassen und von einem Theile dieser Behörden die Anzeige erhalten, daß die betreffenden Personen, welche theilweise bereits vor Wochen von Rheims aus abgefertigt worden sind und deshalb schon eingetroffen sein müßten, noch nicht heimgekehrt seien.

Auch ist mir angezeigt worden, daß mehrere von den gedachten Personen in den bezeichneten Heimathsorten gar nicht existirten und ihre Namen gänzlich unbekannt seien.“¹⁰⁴

Dennoch glaubte das Außenministerium, daß der von den Legionären in Paris geäußerte Wunsch zur Rückkehr aufrichtig gewesen sei. Einige der Hannoveraner hätten zwar das empfangene Reisegeld absichtlich für andere Zwecke verschwendet, die Mehrzahl der Welfenlegionäre sei aber nur durch den Druck der Offiziere und Unteroffiziere, für die die Amnestie nicht galt, davon abgehalten worden, die Legion zu verlassen.¹⁰⁵

Am 20. Mai 1868 wurde dem preußischen Botschafter in Paris aber eine „Offene Erklärung“ der Legionäre übergeben, die der preußischen Interpretation widersprach. Dort hieß es:

„Wir unterzeichnete, in Frankreich unter dem Namen Welfenlegion lebende hannoversche Emigranten, erklären hiermit:

daß wir von der uns von Sr. Majestät dem Könige Wilhelm von Preußen angebotenen Amnestie keinen Gebrauch machen wollen und bitten Sr. Majestät, das Geld welches an Agenten verschwendet wird, die zur Rückkehr in die Heimath bewegen sollen, lieber unsren Landsleuten an Steuern zu erlassen.“¹⁰⁶

Die französische Presse reagierte auf die „Offene Erklärung“, die sich an Wilhelm I. richtete und mit ca. 750 Unterschriften versehen war, positiv.¹⁰⁷ Deshalb versuchte der preußische Botschafter in Paris, Graf Goltz, die „Offene Erklärung“ durch ein Gutachten des Sachverständigen Théophile Delarue zu entwerten, der 80 % der Unterschriften für gefälscht hielt. Goltz errechnete, daß nur ca. 150 Personen die Erklärung tatsächlich unterschrieben hätten.¹⁰⁸ Dieses Urteil läßt sich jedoch weder beweisen noch widerlegen.

Bis zum Juli 1868 nahmen — laut Ab- und Zugangslisten der hannoverschen Emigranten — nur 101 Legionäre die vom preußischen König gewährte Amnestie an, so daß die Hannoversche Legion einschließlich der Neuzugänge immer noch 813 Personen zählte.¹⁰⁹ Damit war die preußische Amnestie, die eine Auflösung des welfischen Freikorps' bezweckt hatte, gescheitert.

Einen neuen Straferlaß hielt die preußische Regierung nicht für angebracht, nachdem sich bis zum Sommer 1868 die Aufregung in Hannover über die Anwesenheit der Welfenlegion in Frankreich weitgehend gelegt hatte. Nach Bismarcks Vorstellungen sollten die Legionäre in Zukunft bei ihrer Rückkehr in die Provinz „wegen der Teilnahme an der Legion als an einem auf Landesverrat abzielenden Unternehmen zur Verantwortung gezogen und nach den Gesetzen bestraft werden.“¹¹⁰ Auch Wilhelm I. lehnte im Dezember 1869 eine neue allgemeine und öffentlich

¹⁰⁴ Stolberg an Bismarck am 20. Mai 1868, in: P.A., I.A.A.g. 29/R 3020. Dokument Nr. 45. Die im Juni abgeschlossene Untersuchung des Grafen Stolberg ergab, daß die Mehrheit der Legionäre, denen in Paris das Reisegeld ausgezahlt worden war, falsche Angaben gemacht hatte. Vgl. der Oberpräsident an die Kgl. Landdrostei Hildesheim am 15. Juni 1868, in: NHStA, Hann 80, Hildesheim I E, Nr. 484.

¹⁰⁵ Vgl. das Außenministerium an den Oberpräsidenten Stolberg am 9. Mai 1868, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6696.

¹⁰⁶ Offene Erklärung an Seine Majestät den König Wilhelm von Preußen (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 522.

¹⁰⁷ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 70.

¹⁰⁸ Vgl. Goltz an Bismarck am 6. Juni 1868, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6697.

¹⁰⁹ Vgl. Ab- und Zugangslisten der hannoverschen Emigranten (Mai) 1867 — (März) 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 488 und Anhang I.

¹¹⁰ Bismarck an Solms-Sonnenwalde am 27. Mai 1869, in: Bismarck: GW, Bd. 6b, Berlin 1931, Nr. 1395, S. 89 f.

erklärte Amnestie für die Welfenlegionäre ab, doch sollte den rückkehrwilligen Legionären, die sich in der preußischen Botschaft in Paris meldeten, immerhin einzeln eröffnet werden, daß sie eine nachsichtige, wenn auch nicht straffreie Behandlung zu erwarten hätten.¹¹¹

Der Grund für das preußische Vorgehen lag darin, daß die Berliner Regierung die Rückkehr einer großen Zahl von Welfenlegionären, die sie kurze Zeit vorher im Sinne der Integration Hannovers noch als Zeichen der Versöhnung angesehen hatte, nun mit Skepsis betrachtete. Bismarck befürchtete, daß die durch eine Amnestie in großer Zahl zurückkehrenden Legionäre ihre Anwesenheit in Hannover nutzen würden, um die gerade in den preußischen Staat eingegliederte Provinz durch Agitation in neue Unruhe zu versetzen. Es erschien ihm deshalb vorteilhafter, die welfischen Legionäre nicht zur Rückkehr nach Hannover einzuladen,¹¹² auch wenn es eher unwahrscheinlich war, daß ein Aufstand in der hannoverschen Bevölkerung im Falle eines Krieges mit Frankreich einen großen Umfang annehmen würde.¹¹³ Die preußische Regierung zog es deshalb vor, sich gegenüber dem welfischen Freikorps abwartend zu verhalten.

¹¹¹ Vgl. Reskript des preußischen Königs vom 19. Dezember 1869 (Abschrift), in: NHStA, Hann 80, Hann II, Nr. 694.

¹¹² Vgl. Bismarck an Wilhelm I. am 16. Februar 1870, in: Bismarck: GW, Bd. 6b, Nr. 1505, S. 245 — 247. Vgl. dazu auch Kap. 6.6.

¹¹³ Vgl. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, S. 76.

die laufenden Kosten für den Unterhalt des welfischen Hofes als auch die hohen Ausgaben für die Hannoversche Legion und die welfische Agitation bezahlte. Die Kosten für die Welfenlegion betrugen allein im Zeitraum von November 1867 bis zum Dezember 1868 2730298,50 Francs.¹ Daher sah sich Graf Platen bereits Ende Juli 1868 gezwungen, Georg V. auf seine schlechte finanzielle Situation hinzuweisen:

„Leider ist die königliche Casse in einem so traurigen Zustande, daß jede Ausgabe, die nicht durchaus nothwendig ist, vermieden werden muß.“²

Als außerdem auch 1868 ein Kriegeausbruch zwischen Frankreich und Preußen ausblieb und damit die Voraussetzungen fehlten, unter denen die hannoversche Exilregierung eventuell eine finanzielle Zuwendung der französischen Regierung erlangt hätte, entschloß sich Georg V., die Beteiligung an einer österreichischen Bank zu erwägen, deren Gründung für das Jahr 1869 geplant war, um mit ihrer Hilfe seine Vermögenslage zu verbessern.³

Die Gründung dieser Wiener Bank, auf deren Zustandekommen — einem welfischen Bericht zufolge — die österreichische Regierung großen Wert legte, wurde Ende des Jahres 1868 in die Wege geleitet.⁴ Oskar Meding hebt in seinen Memoiren hervor, daß die Bank die Gelder bereitstellen sollte, die Österreich — insbesondere im Falle eines Krieges — für die Wiedergewinnung der 1866 verlorengegangenen Stellung benötigte. Aus diesem Grund hoffte man, daß sich auch die in Österreich im Exil befindlichen Fürsten, wie der König von Hannover und der Herzog von Modena, die daran interessiert waren, die 1866 entstandene staatliche Neuordnung rückgängig zu machen, an dem Projekt beteiligen würden.⁵

6 Vom Ende der hannoverschen Legion bis zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges (1869/1870)

6.1 Der Zusammenbruch der Wiener Bank

Nachdem Preußen das Vermögen der Welfendynastie mit Beschlag belegt hatte, verschlechterte sich die finanzielle Situation Georgs V. zusehends, weil der Welfenkönig aus seinen verbliebenen Geldern sowohl

¹ Vgl. Generalkassenheft der Welfenlegion vom 23. Oktober 1867 bis zum 31. März 1870, in: NHStA, Hann 48a II, A, Nr. 1 und Anhang II.

² Platen an Georg V. am 29. Juli 1868, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 517.

³ Vgl. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches, Bd. 6., S. 221.

⁴ Vgl. Bericht über das Wiener Bankunternehmen von Dr. Zimmermann, undatiert, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 519.

⁵ Vgl. ebda. und Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 383 — 387.

Im November 1868 erschien der für die österreichische Regierung tätige Staatsrat Klindworth bei Georg V. und bat ihn, die Wiener Bank zu unterstützen. In dem Gespräch betonte Klindworth, daß der finanzielle Gewinn, den der Welfenkönig durch seine Unterstützung erhalte, es Georg V. ermöglichen werde, seine antipreußische Agitation weiter aufrechtzuerhalten.⁶

Möglicherweise hat Oskar Meding, der einen großen Einfluß auf Georg V. ausübte und von diesem zu Rate gezogen wurde, eine Teilnahme an dem Bankprojekt befürwortet, weil er sich davon einen finanziellen Nutzen für die welfische Sache versprach.⁷ Anscheinend fühlte sich Georg V. aber auch durch Mitglieder des Verwaltungsausschusses der zukünftigen Bank zu einer Unterstützung gedrängt, da sie dem Welfenkönig mit einer Verschlechterung der österreichisch-welfischen Beziehungen drohten, falls er sich nicht an dem von der österreichischen Regierung gewünschten Bankprojekt beteilige.⁸

Georg V. unterstützte die Wiener Bank mit 1600000 Gulden.⁹ Sie prosperierte in den ersten Monaten ihres Bestehens, doch private Spekulationen der Bankdirektoren führten schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1869 zum Zusammenbruch des Unternehmens, so daß der hannoversche König sein investiertes Vermögen vollständig verlor.¹⁰

Für die hannoversche Exilregierung blieb der Zusammenbruch der Wiener Bank nicht ohne Folgen, da es nun vor allem darum ging, die hohen Kosten der welfischen Politik einzuschränken. Aus diesem Grund war auch die Existenz der Hannoverschen Legion in Frage gestellt. Mitglieder der Exil-

regierung, insbesondere Oskar Meding und Adolf von Düring, suchten deshalb nach Wegen, die Kosten für die Welfenlegion herabzusetzen, um so die Aufrechterhaltung des Freikorps' sicherzustellen.

6.2 Das Algerienprojekt

Bereits seit Anfang des Jahres 1869 verfolgte Oskar Meding den Gedanken, die Hannoversche Legion in eine algerische Militärkolonie umzuwandeln, die sich im wesentlichen selbst tragen und dadurch Georg V. finanziell entlasten sollte.¹¹ Eine Ansiedlung der hannoverschen Legionäre in Algerien konnte aber nur mit dem Einverständnis der französischen Regierung in die Tat umgesetzt werden, da Algerien eine Kolonie des französischen Staates war.

Frankreich hatte 1830 begonnen, das afrikanische Land allmählich zu unterwerfen. 1834 wurde es zum französischen Besitz erklärt und 1848 förmlich annektiert. Für Algerien hatte die Eroberung durch Frankreich einschneidende Folgen, weil große Teile der einheimischen Landbesitzer enteignet wurden und europäische Siedler von dem Land Besitz ergreifen durften.¹² Diese politische und ökonomische Entwicklung Algeriens war der welfischen Exilregierung sicherlich bekannt, so daß sie, angeregt von Offizieren der Welfenlegion, auf die Idee verfiel, hier nun auch die hannoverschen Legionäre anzusiedeln.

Im März 1869 sprach Oskar Meding mit dem Herzog von Gramont über die Zukunft der Hannoverschen Legion und erwähnte die hohen Kosten, die das Freikorps verursachte. Der Herzog schlug vor, die

⁶ Vgl. Bukey: *The Guelph Movement*, S. 102.

⁷ Zum Einverständnis zwischen Klindworth und Meding über die welfische Unterstützung der Wiener Bank vgl. Klindworth an Beust, undatiert, in: Stern, Alfred: *Georg Klindworth. Ein politischer Geheimagent des 19. Jahrhunderts*, in: *Historische Vierteljahrsschrift* 25 (1931), S. 453. Meding behauptet jedoch in seinen Memoiren, daß er gegenüber einer welfischen Beteiligung an der Bank Bedenken gehabt habe. Vgl. Meding: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 3, S. 389 ff. Dies kann — angesichts des Zusammenbruchs der Bank — aber auch eine beschönigende Darstellung des Sachverhalts sein.

⁸ Vgl. Bericht über das Wiener Bankunternehmen, in: *Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 519*.

⁹ Vgl. Bukey: *The Guelph Movement*, S. 102.

¹⁰ Vgl. ebda., S. 103.

¹¹ Die Idee, für die Legionäre eine Militärkolonie in Algerien zu gründen, war 1869 nicht neu. Schon Adolf von Düring erwähnt am 22. Juni 1867 in seinem Bericht aus den Niederlanden, daß die „Uebersiedelung der Hannoveraner nach Algier“ in Wien — also wahrscheinlich innerhalb der welfischen Exilregierung — diskutiert worden sei. Düring hatte damals noch in seinem Bericht betont, daß die Zahl der Legionäre für eine Militärkolonie zu gering sei und diese auch deshalb nicht realisiert werden könne, da „die Leute selbst Abneigung gegen eine Maßregel haben, die im Lande von den Preußen sicher zum Nachtheile der Sache Sr. Majestät ausgebeutet würde“.

¹² Vgl. Geiss, Imanuel: *Geschichte griffbereit*, Bd. 5, Staaten, Hamburg 1983, S. 365.

Legion aufzulösen und die Legionäre nach Hannover zurückkehren zu lassen, weil sie dort im Falle eines Krieges für den Aufstand der hannoverschen Bevölkerung nützlicher seien als in Frankreich.¹³ Meding widersprach dieser Einschätzung des Herzogs, weil ein Aufstand in Hannover, der „sicher kommen werde“,¹⁴ nur dann nachhaltig und wirksam sein könne, wenn sich Georg V. gleichzeitig an der Spitze eines eigenen Korps' an dem Krieg gegen Preußen beteilige. Dieses Korps könne aber nur auf der Grundlage der bestehenden Hannoverschen Legion gebildet werden. Auch sei es unmöglich, die Legionäre nach Hannover zurückzuschicken, weil diese weder zurückkehren wollten noch zurückkehren könnten, nachdem sie die preußische Amnestie abgelehnt hatten. Hinzu komme, daß eine Auflösung der Legion den Eindruck erwecke, als ob der Widerstand gegen die preußische Herrschaft in Hannover aufgegeben werde, so daß auch in Hannover selbst die Opposition gegen Preußen erlahmen würde.¹⁵ Meding fuhr dann fort:

„Man könne jedoch Eurer Königlichen Majestät die bedeutenden Kosten der Legion abnehmen oder doch sehr erheblich verringern, dabei aber doch die Legion selbst für ihre eventuellen Endzwecke erhalten, sie sehr erheblich brauchbarer machen, wenn die kaiserliche Regierung eine Colonisirung derselben in Alger gestattete, unter autonomischer Organisation und Bewilligung der Oerter und Wohnungen. Man würde dann nicht nur eine sehr erhebliche Unterwanderung dorthin lenken und alle jungen Militärkräfte dem preußischen Dienst entziehen können, sondern man würde auch dort unbeobachtet von preußischen Spionen den militärischen Dienst handhaben und im entscheidenden Augenblick ein völlig fertiges Corps erscheinen lassen können.“¹⁶

Der Herzog von Gramont äußerte sich — nach Medings Angaben — weder zustimmend noch ablehnend zu seinem Vorschlag. Dem welfischen Regierungsrat kam es aber bei seinem Algerienprojekt

zugleich darauf an, endlich die volle politische Unterstützung Frankreichs für die welfische Exilpolitik zu erhalten, da er die Gefahr sah, daß die französische Regierung, die bisher nicht bereit war, sich vertraglich zu binden, Hannover im Falle eines Krieges auch als Ausgleichsobjekt gegenüber Preußen benutzen könne.¹⁷ Der welfische Hof stand zwar dem Algerienprojekt skeptisch gegenüber, doch wurde der Plan auch nicht gänzlich fallengelassen.

Nachdem sich die finanzielle Situation Georgs V. nach dem Zusammenbruch der Wiener Bank weiter verschlechtert hatte, versuchten Oskar Meding und Adolf von Düring erneut, die Mitglieder der hannoverschen Exilregierung für ihr Projekt zu gewinnen. Inzwischen hatten sich auch der Zustand und der Zusammenhalt der Hannoverschen Legion so sehr verschlechtert, daß eine Auflösung der Legion möglicherweise nicht mehr aufzuhalten war, wenn sich die Organisation des Freikorps' nicht bald änderte. Am 23. September 1869 wandten sich Meding und Düring daher gemeinsam an Graf Platen:

„Es steht zu befürchten, daß bei längerer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes in nicht langer Zeit eine Zersetzung der Legion eintritt und daß dieselbe theilweise auseinandergeht. Schon in letzter Zeit haben verschiedene Austritte stattgefunden und öfter als früher haben sich sonst ordentliche und gutgesinnte Leute an die preußische Gesandtschaft behufs Rückkehr nach Hannover gewendet. Eine solche Zersetzung und endliche Auflösung der Legion würde aber ein sehr harter Schlag für die Kgl. Sache sein. Denn nicht nur müßte dadurch ein tief deprimirender Eindruck im Lande und in allen antipreußischen Kreisen in Deutschland hervorgebracht werden, den die preußische Regierung auszunützen nicht unterlassen würde, sondern es würde auch die Stellung der Kgl. Sache hier der französischen Regierung gegenüber im höchsten Grade compromittiren.“¹⁸

Deshalb rieten Meding und Düring dazu, unter allen Umständen an der Legion festzuhalten, die für die französische Regierung auch die Garantie darstelle, daß auf die welfische Unterstützung gerechnet

¹³ Vgl. Meding an Platen am 30. März 1869, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

¹⁴ Ebda.

¹⁵ Vgl. ebda.

¹⁶ Ebda.

¹⁷ Vgl. ebda.

¹⁸ Meding und Düring an Platen am 23. September 1869 (Anlage/Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 526.

werden könne. Mit der Auflösung der Legion werde sonst die Basis der welfisch-französischen Beziehungen zerstört.¹⁹ Diese Argumentation macht deutlich, daß die Organisatoren der Welfenlegion die politische Rolle des welfischen Freikorps' überschätzten. Um der Auflösung der Legion entgegenzuwirken, schlugen sie in ihrem Schreiben an Graf Platen erneut die Kolonisierung der Welfenlegionäre in Algerien vor. Die Bedingung für diese Kolonisation sei u. a., daß die Legionäre in das Projekt einwilligten und daß die welfische Kolonie unter französischer Gesetzgebung stehe, aber im Innern autonom sei.²⁰ Sollte sich dies realisieren lassen, so hätte die welfische Exilregierung nur Vorteile von der Ansiedlung der Legionäre in Algerien, die dort — z. B. durch landwirtschaftliche Produktion — für ihren Unterhalt selbst aufkämen, da sowohl die hohen Kosten für die Hannoversche Legion eingespart werden könnten als auch die Möglichkeit bestände, sich militärisch effektiv auf die Auseinandersetzung mit Preußen vorzubereiten. Nicht zuletzt könne die Emigration aus Hannover, die zum jetzigen Zeitpunkt aus finanziellen Gründen unterdrückt werden müsse, dann wieder gefördert werden.²¹

Meding teilte in seinem Schreiben auch mit, daß er sein Vorhaben inoffiziell bereits mit dem Grafen Armand, dem Kabinettschef des Außenministers, besprochen habe. Graf Armand habe angeblich eine vertragliche Regelung der politischen und rechtlichen Beziehungen zwischen der hannoverschen Exilregierung und der Pariser Regierung über die Kolonisation des Freikorps' in Algerien für möglich gehalten.²² Auf diese Weise suggerierte Meding, daß eine vertragliche Vereinbarung mit der französischen Regierung mit Hilfe des Algerienprojektes doch noch möglich sei.

Graf Platen leitete das gemeinsame Schreiben von Meding und Düring mit folgender Empfehlung an Georg V. weiter:

„... im Hinblick darauf, daß Eurer Majestät die Möglichkeit geboten wird, durch die Uebersiedelung

*der betreffenden Mannschaften nach Afrika unter den angegebenen Verhältnissen, auch ferner und vor-aussichtlich noch wirksamer das hohe Ziel zu verfolgen, welches Allerhöchstdieselben vor Augen haben, erlaube ich mir, Eurer königlichen Majestät ehrerbietigst anheimzugeben, die fragliche Angelegenheit, die auch aus ökonomischen Gründen sehr zu berücksichtigen sein dürfte, allergnädigst in Erwägung ziehen ... zu wollen.“*²³

Bereits fünf Tage später wandte sich Düring mit einem Schreiben erneut an Graf Platen und drängte, die Vorarbeiten für die Kolonisierung der Welfenlegion in Algerien einzuleiten. Daher solle Georg V. die Genehmigung für die Verhandlungen mit der französischen Regierung erteilen.²⁴ Dieser zögerte jedoch, die Erlaubnis auszusprechen und ließ Adolf von Düring mitteilen:

*„Der von Eurer Hochwohlgeboren im Verein mit dem Herrn Regierungsrath Meding gestellte Antrag: die Emigration nach Afrika zu verpflanzen, ist Seiner Majestät zu wenig motivirt, um darüber sofort einen Allerhöchsten Entschluß fassen zu können, ...“*²⁵

Vom finanziellen Standpunkt aus sei es eher geboten, die Legion aufzulösen, doch sollten Düring und Meding zur Besprechung ihres Vorschlages nach Gmunden kommen.²⁶ Anscheinend störten Georg V. sowohl die hohen Anschaffungskosten des Projektes²⁷ als auch die Tatsache, daß die Ansiedlung in Algerien unter den welfischen Sympathisanten in Hannover wenig Zustimmung fand.²⁸ Dennoch beauftragte er Oskar Meding, der ihm in Gmunden über das Algerienprojekt berichtete, die Verhandlungen mit der französischen Regierung zu führen und

²³ Platen an Georg V. am 1. Oktober 1869, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 526.

²⁴ Vgl. Düring an Platen am 28. September 1869 (Anlage/Abschrift), in: Ebda.

²⁵ Schwarz an Düring am 9. Oktober 1869, in: NHStA, Hann 48a II, B, Nr. 1b.

²⁶ Vgl. ebda.

²⁷ Vgl. Bukey: The Guelph Movement, S. 108. Düring soll für die Ausführung des Algerienprojektes eine Summe von 1000 Francs pro Legionär veranschlagt haben. Graf Platen hielt dies jedoch angesichts der schlechten finanziellen Lage Georgs V. nicht für vertretbar. Vgl. Platen an Meding am 3. Januar 1870, in: Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 465.

²⁸ Vgl. Platen an Lex am 13. Oktober 1869, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 526.

¹⁹ Vgl. ebda.

²⁰ Vgl. ebda.

²¹ Vgl. ebda.

²² Vgl. ebda.

festzustellen, unter welchen Bedingungen die Kolonisation der Welfenlegionäre in Algerien möglich sei.²⁹

Daraufhin wandte sich Meding wieder an Graf Armand, der den Vorschlag, die Legionäre in Algerien anzusiedeln, anscheinend unterstützte und den welfischen Beauftragten mit dem Finanz- und dem Kriegsministerium in Verbindung brachte.³⁰ Streitpunkt zwischen der hannoverschen Exilregierung und der Pariser Regierung war die Frage der Finanzierung des Algerienprojektes. Meding hatte aus Hietzing die Weisung erhalten, daß die Kolonisierung vorwiegend auf Kosten Frankreichs durchgeführt werden müsse. Doch seine Verhandlungen mit Vertretern des Finanz- und Kriegsministeriums zeigten, daß die französische Regierung nicht bereit war, für das Algerienprojekt finanzielle Zuschüsse zu bewilligen.³¹

Die Pariser Regierung wollte außerdem ihre Genehmigung für das Algerienprojekt davon abhängig machen, ob sich die preußische Regierung mit der Kolonisierung der Welfenlegionäre in Algerien einverstanden erklärte. Der neue französische Außenminister Graf Daru (1807 — 1890) teilte dem preußischen Botschafter daher vertraulich mit, daß Napoleon III. sich mit dem Gedanken trage, die in Frankreich befindlichen Hannoveraner in Algerien anzusiedeln.³² Die preußische Regierung hatte nichts gegen diese Maßnahme einzuwenden, vorausgesetzt, daß auf die Legionäre, die nach Hannover zurückkehren wollten, kein Zwang ausgeübt werde.³³ Eine neue Amnestie, die die Hannoveraner bewegen könnte, in größerer Zahl in die Provinz zurückzukehren, hielt Ministerpräsident Bismarck jedoch nicht für ange-

bracht. In einem Immediatbericht an Wilhelm I. erläuterte er seine Haltung:

*„Es ist aus dieser bevorstehenden Auflösung der Legion und der nach Zeitungs-Nachrichten ihr bereits gemachten Ankündigung, daß die bisherigen Zahlungen aufhören würden, sowie aus manchen anderen Anzeichen anzunehmen, daß die Hilfsquellen in Hietzing spärlicher zu fließen anfangen, und daß man sich dort auf größere Sparsamkeit einzurichten anfängt. Unter diesen Umständen liegt der Gedanke nahe, daß man in Hietzing zu der Überzeugung gekommen sei, die in der Legion vorhandenen preußenfeindlichen Elemente würden eine größere Wirkung ausüben, wenn sie im Lande zerstreut die unzufriedene Gesinnung in ihren Kreisen unterhielten und eine stille Agitation betrieben, der man immer noch mit geringeren Geldopfern Unterstützung gewähren könne, als wenn sie mit sehr ungewissen Aussichten in die Zukunft in Frankreich als ein organisiertes, aber innerlich immer mehr demoralisiertes Korps unterhalten werden müßten. Wenn auch nur die Hälfte der Legionäre sich bei ihrer Rückkehr in die Heimat zu solchen Werkzeugen der Agitation hergäbe, so würde dies immerhin ein bedenkliches Element bilden; und die Aussicht darauf müßte davon abraten, durch eine umfassendere Maßregel die Legionäre zu einer Rückkehr ohne Unterschied einzuladen.“*³⁴

An dieser Einschätzung wird deutlich, daß das gegen Preußen gerichtete Algerienprojekt der Berliner Regierung sogar entgegengekommen wäre, weil es die Welfenlegionäre davon abgehalten hätte, in größerer Zahl in die Provinz Hannover zurückzukehren, wo sie ein neues Unruhepotential hätten bilden können.

Georg V. war aber noch immer unentschlossen, ob er dem Projekt zustimmen sollte. Die Zeit drängte jedoch, denn die in Hietzing immer häufiger eintreffenden Nachrichten über den schlechten Zustand des Freikorps' zeigten, daß die Organisation der Hannoverschen Legion geändert werden mußte, wenn man sie erhalten wollte. Es wurden sogar Unruhen zwischen Franzosen und Hannoveranern gemeldet, weil

²⁹ Vgl. Meding an Georg V. am 3. April 1870 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 525.

³⁰ Vgl. Meding: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 3, S. 453 — 457 und *Historique sur le projet de Colonisation en Algérie*, undatiert, in: Kgl. HA, Dep. 103 VI Nr. 3237. Diese Chronik könnte von dem Legationskanzlisten der welfischen Gesandtschaft in Paris, Ernst Hattensaur, oder von Meding selbst geschrieben worden sein.

³¹ Vgl. *Historique sur le projet de Colonisation en Algérie*, in: Kgl. HA, Dep. 103 VI Nr. 3237. Vgl. auch den Brief Graf Platens an Meding vom 3. Januar 1870, in: Meding: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 3, S. 464 f.

³² Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6b, Vorbemerkung zu Nr. 1505, S. 245.

³³ Vgl. Bismarck an Wilhelm I. am 16. Februar 1870, in: Ebda., Nr. 1505, S. 246.

³⁴ Bismarck an Wilhelm I. am 16. Februar 1870, in: Bismarck: GW, Bd. 6b, Nr. 1505, S. 246.

Teile der Legionäre, die keine Beschäftigung hatten, demoralisiert waren. Die Franzosen wiederum betrachteten die Legionäre als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt oder sahen sie, wenn sie nicht arbeiteten, als Faulenzer an.³⁵ Der ehemalige hannoversche Pastor Ludwig Grote (1825 — 1887), ein fanatischer welfischer Sympathisant, hatte bereits im Sommer 1869 während einer Inspektionsreise festgestellt, daß eine nicht unerhebliche Zahl der meist jungen Legionäre entmutigt war, sich gehen ließ oder desertierte.³⁶ Zwar führten die Unteroffiziere jeden zweiten Tag mit den Mannschaften militärische Übungen durch, doch die übrige Zeit blieben sie meist sich selbst überlassen.³⁷

Die Unzufriedenheit über das Leben in Frankreich brachte einen Teil der Legionäre dazu, dem Algerienprojekt zuzustimmen, da sie sich von einem Aufenthalt in Afrika eine Verbesserung ihrer Lebensumstände versprachen.³⁸ Ein anderer Teil der Hannoveraner lehnte jedoch die Überführung nach Algerien ab, weil er befürchtete, in die französische Fremdenlegion eingegliedert zu werden.³⁹

Georg V. entschied sich, die Genehmigung für das Algerienprojekt von dem Urteil einer von ihm Mitte Januar 1870 einberufenen Kommission abhängig zu machen, die sich aus Personen seines Vertrauens zusammensetzte. Sie sollte insbesondere feststellen, ob die Aufstellung einer hannoverschen Armee, die aus völkerrechtlichen Gründen in Frankreich zu Friedenszeiten nicht möglich war, in Algerien durchgeführt werden konnte, so daß eine Überführung der Hannoverschen Legion in das afrikanische Land auch vom militärischen Standpunkt aus gerechtfertigt war.⁴⁰

Die Mitglieder der Vertrauenskommission⁴¹, die mehrheitlich aus ehemaligen hannoverschen Militärs bestand, reisten nach Frankreich, um sich dort über das von Meding geplante Projekt zu informieren. Auf ihrer Schlußkonferenz am 27. Januar 1870 sprachen sie sich schließlich einstimmig dafür aus, dem Welfenkönig von der Kolonisation in Algerien abzuraten, da ihrer Meinung nach der von Georg V. gewünschte militärische Zweck des Projektes nicht erreicht werden könne.⁴² Hinzu kam, daß Oskar Meding der Kommission Ende Januar 1870 noch keine Genehmigung des Algerienprojektes durch die französische Regierung vorlegen konnte.⁴³ Die Pariser Regierung hatte es außerdem schon im Dezember 1869 abgelehnt, das Projekt finanziell zu fördern.⁴⁴

Georg V. folgte dem Rat der Vertrauenskommission und ließ schon am 28. Januar 1870 den Algerienplan fallen, zumal dieser unter den welfischen Anhängern in Hannover, deren Sympathie sich der Welfenkönig unter allen Umständen erhalten wollte, auf Ablehnung gestoßen war.⁴⁵

6.3 Die Auflösung der Legion

Mitte Januar 1870 hatte Georg V. in einer Denkschrift noch einmal bekräftigt, daß er sich für den Krieg gegen Preußen ein eigenes Freikorps erhalten wolle, „um damit die Mittel zu besitzen, im geeigneten Augenblick eine Waffenmacht aufzustellen, um als selbständiger Verbündeter an dem Kampfe Theil zu nehmen“.⁴⁶ Nachdem aber das Algerienprojekt als

³⁵ Vgl. Heise an Tschirschnitz am 18. Oktober 1869, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 511, und Düring an Georg V. am 9. Januar 1870, in: NHStA, Hann 48 a II, B, Nr. 1 b.

³⁶ Vgl. Grote an Platen am 28. Juli 1869, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 511.

³⁷ Vgl. Nöll von der Nahmer: Bismarcks Reptilienfonds, S. 36.

³⁸ Vgl. Olenhusen an Tschirschnitz am 17. September 1869, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 511.

³⁹ Vgl. Nöll von der Nahmer: Bismarcks Reptilienfonds, S. 37.

⁴⁰ Vgl. Georg V. an Düring am 12. Januar 1870 und Georg V. an Münchhausen am 12. Januar 1870, beides in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 527.

⁴¹ Zu den Mitgliedern der Kommission gehörten der Generalmajor Dammers, der Oberstleutnant Landesberg, die Rittmeister Schwarz und von der Decken sowie der Major von Adelebsen und der ehemalige Staatsminister von Münchhausen. Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 471.

⁴² Vgl. das Telegramm des Majors von Adelebsen und des Rittmeisters Schwarz vom 27. Januar 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 527.

⁴³ Vgl. Meding an Georg V. am 3. April 1870 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 525.

⁴⁴ Vgl. Historique sur le projet de Colonisation en Algérie, in: Kgl. HA, Dep. 103 VI Nr. 3237.

⁴⁵ Vgl. Platen an Hattensaur am 28. Januar 1870, in: NHStA, Hann 48 a II, B, Nr. 1 b und Georg V. an Meding am 15. März 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 525.

⁴⁶ Denkschrift Georgs V. vom 12. Januar 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 530.

alternative Organisationsform der Hannoverschen Legion abgelehnt worden war, wurde die Auflösung der Legion unausweichlich, weil die hohen Unterhaltskosten es auch nicht erlaubten, das Freikorps in der bisherigen Form zu erhalten. Unter diesen Umständen beschloß der Welfenkönig die schon im Herbst 1869 ins Auge gefaßte Auflösung der Hannoverschen Legion für den 15. April 1870.⁴⁷

Das Ende des welfischen Freikorps' war für Georg V. jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Aufgabe seiner politischen und militärischen Ziele. Dies machte er in einem Schreiben an den französischen Kaiser vom 3. März 1870 deutlich, in dem er Napoleon über die Auflösung der Legion in Kenntnis setzte. Dort hieß es:

*„Mais cette mesure — que Votre Majesté veuille bien me permettre de le Lui dire — n'implique ni une renonciation à mes espérances, ni un abandon de mes droits, ni un changement dans ma politique vis-à-vis de la Prusse.“*⁴⁸

Den schlechten Zustand der Legion ließ Georg V. in seinem Brief an Napoleon III. unerwähnt. Er hob nur hervor, daß die lange Untätigkeit die Welfenlegionäre belastet habe. Die Auflösung der Hannoverschen Legion erfolge aus finanziellen Gründen. Trotz dieser Maßnahme sei er sich aber der Loyalität der mit ihm ins Exil ausgewanderten Hannoveraner sicher.⁴⁹

Unterdessen hatten der Major von Adelebsen und der Rittmeister Schwarz, zwei Mitglieder der Vertrauenskommission, die Legionäre von der Auflösung des Freikorps' benachrichtigt. Auch sie begründeten die Maßnahme mit der schlechten Finanzlage des Welfenkönigs, die es im günstigsten Fall erlaube, das Freikorps noch für eine kurze Zeitspanne aufrechtzuerhalten. Doch entfielen dann die Möglichkeit, den Legionären eine Abfindung bereitstellen zu können. Da Georg V. aber beschlossen habe, jetzt die Legion aufzulösen, ständen ihm noch ausreichende Mittel zur Verfügung, um den Mitgliedern der Hannover-

schen Legion eine Summe auszuzahlen, die sie in den Stand versetze, eine neue Existenz zu gründen.⁵⁰ Diese Abfindung wurde auf 400 Francs pro Person festgesetzt.⁵¹ Außerdem erklärte sich Georg V. bereit, den Welfenlegionären zusätzlich eine Reiseunterstützung an den Ort ihrer Wahl in und außerhalb Europas zu gewähren.⁵² Major von Adelebsen und Rittmeister Schwarz empfahlen den Mitgliedern der Hannoverschen Legion, in die Vereinigten Staaten oder nach England auszuwandern. Es sei auch möglich, in Frankreich zu bleiben oder nach Österreich zu gehen. Die Rückkehr nach Hannover wurde aber nur für den Fall empfohlen, daß den Legionären Straffreiheit zubilligt würde.⁵³

Es fällt auf, daß den Mitgliedern des welfischen Freikorps' nicht ausschließlich geraten wurde, nach Hannover zurückzukehren, um dort, wie Bismarck es befürchtete, die welfische Agitation fortzusetzen. Dies hing damit zusammen, daß sich die Berliner Regierung geweigert hatte, eine neue Amnestie für die rückkehrwilligen Hannoveraner zu erlassen. Wahrscheinlich wollte die hannoversche Exilregierung nicht die Verantwortung für eine Bestrafung der Legionäre durch preußische Gerichte übernehmen.

Die Nationalliberalen, die politischen Gegenspieler der Welfen, glaubten jedoch, daß die welfische Exilregierung den Legionären deshalb nicht ausdrücklich die Rückkehr nach Hannover empfahl, weil sie den demoralisierenden Eindruck, den das Ende der Hannoverschen Legion unter welfischen Sympathisanten in Hannover hervorgebracht hatte, nicht noch durch die Rückkehr der Legionäre verstärken wollte. In einem von Mitgliedern der nationalliberalen Partei in Hannover verfaßten Schreiben an den Oberpräsidenten Stolberg vom 21. Februar 1870 hieß es dazu:

⁵⁰ Vgl. „Bericht des Majors von Adelebsen und des Rittmeisters Schwarz über die denselben laut Instruction von Seiner Majestät dem Könige anbefohlene Thätigkeit“ vom 25. Februar 1870, Anlage E, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 527.

⁵¹ Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 545.

⁵² Vgl. Platen an Hattensaur am 4. März 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 VI Nr. 3237.

⁵³ Vgl. „Bericht des Majors von Adelebsen und des Rittmeisters Schwarz über die denselben laut Instruction von Seiner Majestät dem Könige anbefohlene Thätigkeit“ vom 25. Februar 1870, Anlage E, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 527.

⁴⁷ Vgl. Ordre an die hannöversische Emigration, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 490.

⁴⁸ Georg V. an Napoleon III. am 3. März 1870, in: Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 477 f.

⁴⁹ Vgl. ebda., S. 477.

„Nach den ihrer Uebereinstimmung wegen als zuverlässig anzusehenden Zeitungsnachrichten ist die Auflösung der sogenannten welfischen Legion in Frankreich eine beschlossene Sache. Die verschiedenen Nachrichten aus der Provinz stimmen darin überein, daß diese nicht mehr zu verheimlichende Thatsache in den, den neuen politischen Verhältnissen Hannovers noch abgewandten Kreisen einen um so tiefern Eindruck gemacht hat, ja allgemein dieselben das Bestehen der Legion als den Ausdruck der Hoffnungen auf einen Umsturz ansahen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Rückkehr der zur Theilnahme an der Legion verlockten jungen Leute diesen Eindruck wesentlich verstärken und die so wünschenswerthe Beruhigung der Gemüther fördern würde. Eben deshalb bemühen sich die an der particularistischen Agitation beteiligten Persönlichkeiten und öffentlichen Blätter, statt der Rückkehr der sogenannten Legionäre in die Heimath, ihre Auswanderung nach Afrika oder Amerika zu veranlassen ...“⁵⁴

Da Georg V. auf den welfischen Widerstand in Hannover größten Wert legte, ist es durchaus denkbar, daß die welfische Exilregierung ihre Anhänger in Hannover durch die Rückkehr der Legionäre nicht noch mehr demoralisieren wollte. Die Nationalliberalen hegten dagegen den Wunsch, eine große Zahl von Legionären zur Heimkehr zu bewegen, weil sie sich davon einen weiteren Niedergang der welfischen Opposition in Hannover versprochen. Sie baten den Oberpräsidenten in dem bereits genannten Schreiben, öffentlich verlautbaren zu lassen, daß die zurückkehrenden Hannoveraner eine milde Behandlung durch preußische Behörden zu erwarten hätten, und forderten Graf Stolberg auf, die Vermittlung zwischen der Berliner Regierung und den Legionären zu übernehmen.⁵⁵ Dieser schlug Bismarck am 2. März 1870 vor, den rückkehrwilligen Hannoveranern ein schriftliches Zertifikat auszustellen, in dem den Betroffenen ein Straferlaß versprochen werde.⁵⁶ Bismarck lehnte

diese Maßnahme jedoch ab, weil er es für rechtlich zweifelhaft hielt, den Legionären Straffreiheit zuzusichern, ohne das Ergebnis einer gerichtlichen Untersuchung abzuwarten. Auch dachte er nicht daran, allen Welfenlegionären gleichermaßen eine Amnestie zu gewähren, da es geboten sei, zwischen Verführten und Verführern einen Unterschied zu machen.⁵⁷ Der wichtigste Grund, sich nicht Stolbergs Vorschlag anzuschließen, bestand für Bismarck jedoch darin, durch die Drohung mit einer Bestrafung gegenüber den zurückkehrenden Legionären ein Mittel in der Hand zu haben, mit dem diese nötigenfalls diszipliniert werden konnten. In seinem Schreiben an Graf Stolberg vom 6. März 1870 machte Bismarck dies sehr deutlich:

„Auch erfordert die Vorsicht, für das Wohlverhalten der vielleicht in Menge zurückkehrenden Legionäre eine Garantie zu behalten dadurch, daß dieselben unter dem Bewußtsein leben, die Regierung könne sie nachträglich zur Untersuchung ziehen, wenn sie sich von Neuem an Welfischen Agitationen beteiligen.“⁵⁸

Das Vorgehen des preußischen Ministerpräsidenten erweckt den Eindruck, als ob Bismarck es auch noch im Frühjahr 1870 für möglich hielt, daß die Provinz Hannover durch Agitation zurückgekehrter Welfenlegionäre in Unruhe versetzt werden könnte. Offensichtlich wollte er sich aus diesem Grund Maßnahmen zur Disziplinierung der zurückgekehrten Hannoveraner vorbehalten.

Nachdem die preußische Regierung den Welfenlegionären einen neuen Straferlaß verweigert hatte, entschloß sich der größte Teil der ausgewanderten Hannoveraner, in Frankreich zu bleiben.⁵⁹ Ein anderer Teil wanderte in die Vereinigten Staaten aus.⁶⁰ Manche gingen aber auch ins Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz, um unter der Großherzogin Auguste, einer Kusine Georgs V., zu dienen und von dort dem preußischen Staat zu schaden.⁶¹ Die restlichen Legio-

⁵⁷ Vgl. ebda.

⁵⁸ Vgl. ebda.

⁵⁹ Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 85.

⁶⁰ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 474 f. Nach einer Namensliste, die sich im Kgl. HA befindet, sind 103 Legionäre nach Amerika ausgewandert. Vgl. Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 545.

⁶¹ Vgl. Maatz: Bismarck und Hannover, S. 80.

⁵⁴ Der Ausschuß der national-liberalen Partei an den Oberpräsidenten am 21. Februar 1870, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6699.

⁵⁵ Vgl. ebda.

⁵⁶ Vgl. Bismarck an Stolberg am 6. März 1870, in: NHStA, Hann 122a Nr. 6699.

näre kehrten wahrscheinlich trotz der wenig entgegenkommenden Haltung der Berliner Regierung nach Hannover zurück. Genaue Angaben über die Zahl der Rückkehrer gibt es jedoch nicht.

Aus der Übersicht über die Ein- und Ausgaben der Hannoverschen Legion geht hervor, daß das Freikorps im Zeitraum von November 1867 bis März 1870 3871 161 Francs⁶² verschlang. Die hohen Unterhaltskosten der Legion, die von Georg V. wegen der Beschlagnahme des welfischen Vermögens durch die preußische Regierung nicht mehr getragen werden konnten, waren für das Ende des Freikorps' ausschlaggebend. Der schlechte Zustand und die geringe Stärke der Hannoverschen Legion haben dagegen nur eine untergeordnete Rolle bei der Auflösung gespielt und sind von Georg V. nicht zum Anlaß genommen worden, die politischen und militärischen Möglichkeiten der welfischen Exilpolitik noch einmal zu überdenken. Statt dessen machte der Welfenkönig deutlich, daß sich für ihn mit der Auflösung der Hannoverschen Legion weder eine Aufgabe seiner politischen Ansprüche noch ein Ende seiner antipreußischen Politik verband. Möglicherweise glaubte er, sich durch diese Versicherungen die Widerstandskraft der welfischen Opposition in Hannover sowie den politischen und militärischen Anschluß an die französische Regierung erhalten zu können. Das Ende des Freikorps' zeigte aber auch, daß die Beschlagnahme des welfischen Vermögens die wirksamste preußische Maßnahme zur Abwehr der Welfenlegion darstellte. Die Leidtragenden dieser Entwicklung waren die welfischen Legionäre, die nach der Auflösung des Freikorps' zwar eine Abfindung erhielten, aber politisch sich weitgehend selbst überlassen blieben. Georg V. lehnte es z. B. ab, mit der preußischen Regierung über eine Amnestie für die Legionäre zu verhandeln.⁶³

Das schnelle Ende der Hannoverschen Legion deutet nicht zuletzt auch darauf hin, daß sich der Welfenkönig von seinem politischen Berater Oskar Meding

entfernt hatte, der das Freikorps unter allen Umständen aufrechterhalten wollte. Mit der Auflösung der Legion kam es daher auch zum Bruch zwischen Georg V. und seinem Gesandten.



Abb. 14: Die Geschichte der Hannoverschen Legion diente dem Autor Bernd von Guseck (G. von Berneck) als Vorlage für einen Zeitroman.

6.4 Die Rolle des welfischen Gesandten Oskar Meding nach der Auflösung der Hannoverschen Legion

Nachdem sich die finanzielle Situation Georgs V. 1868/69 drastisch verschlechtert hatte, begegnete die hannoversche Exilregierung ihrem Gesandten Oskar Meding mit zunehmendem Mißtrauen, weil er für sei-

⁶² Vgl. Generalkassenheft der Welfenlegion vom 23. Oktober bis zum 31. März 1870, in: NHStA, Hann 48 a II, A, Nr. 1 und Anhang II.

⁶³ Vgl. „Bericht des Majors von Adelebsen und des Rittmeisters Schwarz über die denselben laut Instruction von Seiner Majestät dem Könige anbefohlene Thätigkeit“ vom 25. Februar 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 527.

nen Lebensunterhalt in Paris allein jährlich 11000 Taler⁶⁴ bezog, ohne daß seine Tätigkeit in der französischen Hauptstadt zu konkreten Ergebnissen für die welfische Sache geführt hätte. Auch für die Realisierung des Algerienprojektes verlangte Meding bedeutende Summen. Er geriet deshalb in den Verdacht, nur zu seinem finanziellen Vorteil für die hannoversche Exilregierung tätig zu sein.

Auch Georg V. scheint mehr und mehr Zweifel an der Loyalität des Regierungsrates gehegt zu haben. Aus Hannover erreichten ihn Gerüchte, daß sein Gesandter im Rahmen des Algerienprojektes die welfischen Legionäre für eine Art Sklavendienst an die französische Regierung verkaufen wolle und dafür durch umfassende Grundbesitzungen in Algerien belohnt werden solle.⁶⁵ Angesichts dieser Gerüchte und der hohen Anschaffungskosten begegnete der Welfenkönig dem von Meding vorgeschlagenen Algerienprojekt mit Mißtrauen. Hatte er sich bei früheren wichtigen Entscheidungen fast ausschließlich auf das Urteil seines Gesandten verlassen, so zog er Ende 1869 bei der Entscheidung über den Algerienplan eine Vertrauenskommission zu Rate.

Als sich abzeichnete, daß die Kommission dem Algerienplan nicht zustimmen würde, versuchte Oskar Meding, der sich möglicherweise mit Hilfe des Projektes auch den Einfluß auf Georg V. erhalten wollte, sich gemeinsam mit dem Major von Düring und dem Premierleutnant von Tschirschnitz der Entscheidung der Vertrauensleute zu widersetzen. Am 27. Januar 1870, dem Tag, an dem die Mitglieder der Kommission zu ihrer Schlußkonferenz zusammentraten, berichteten die drei Organisatoren der Hannoverschen Legion dem Welfenkönig über die aus ihrer Sicht gravierenden Unterschiede zwischen ihnen und der Vertrauenskommission:

„Vor allen Dingen wollen wir — und wir glauben darin den Befehlen Eurer Königlichen Majestät gemäß zu handeln — die Auflösung der Emigration verhindern und viel mehr prüfen auf welchem Wege dieselbe Eurer Königlichen Majestät und der heiligen

*Sache erhalten werden könne, . . . Wir wollen ferner ein absolutes politisches Festhalten an Frankreich als der einzigen Macht welche Preußen zu zertrümmern im Stande ist.“*⁶⁶

Georg V. hielt sich jedoch trotz dieser Einwände an das Urteil der Vertrauenskommission. Meding hoffte nun, durch eine Zusammenarbeit mit den Kommissionsmitgliedern eine Auflösung der Welfenlegion verhindern zu können. Er schlug vor, in England ein „Comité de patronage“⁶⁷ zu gründen, das Arbeit und Beschäftigung für die hannoverschen Legionäre bereitstellen sollte, um auf diese Weise ihren Lebensunterhalt zu sichern. Doch die von Georg V. einberufene Kommission verweigerte sowohl Meding als auch Düring die Mitarbeit.⁶⁸ Auch Georg V. schien auf eine weitere Mitwirkung Oskar Medings keinen Wert zu legen, denn er versuchte nicht, die von der Kommission verweigerte Mitarbeit bei seinen Vertrauensleuten durchzusetzen.

Der welfische Gesandte bemühte sich daraufhin, allein ein „Comité de patronage“ in Frankreich zu organisieren, das den Zusammenhalt der Hannoverschen Legion gewährleisten sollte. In seinen Memoiren begründete er diesen Schritt damit, daß er den in Frankreich allein zurückbleibenden Welfenlegionären habe beistehen wollen, die teilweise den Wunsch geäußert hätten, auch ohne Mitwirkung Georgs V. in Algerien eine Kolonie zu gründen.⁶⁹

Anscheinend gelang es dem welfischen Regierungsrat, eine Anzahl französischer Industrieller und Großgrundbesitzer für die Unterstützung seines Komitees zu interessieren, so daß sich dieses Anfang März 1870 konstituieren konnte.⁷⁰ Meding betrachtete es als Aufgabe des Komitees, den Legionären, die in Frankreich bleiben wollten, Arbeit und Unterkunft zu verschaffen und den Hannoveranern, die ohne

⁶⁴ Diese Zahl wird von Dammers genannt. Vgl. Dammers: *Erinnerungen und Erlebnisse*, S. 203.

⁶⁵ Vgl. Meding: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 3, S. 467 ff.

⁶⁶ Meding, Düring und Tschirschnitz an Georg V. am 27. Januar 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 527.

⁶⁷ Vgl. Meding an Georg V. am 27. Februar 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 520.

⁶⁸ Vgl. ebda.

⁶⁹ Vgl. Meding: *Memoiren zur Zeitgeschichte*, Bd. 3, S. 475.

⁷⁰ Vgl. ebda., S. 479 ff. Der hier abgedruckte Brief über die Konstituierung des Komitees, den Meding an Platen sandte, befindet sich auch im Kgl. HA. Vgl. Meding an Platen am 6. März 1870 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 525.

Beteiligung Georgs V. eine Kolonie in Algerien zu gründen beabsichtigten, bei ihrem Plan behilflich zu sein.⁷¹

Die hannoversche Exilregierung sah in dem Alleingang Oskar Medings einen Verstoß gegen die von Georg V. getroffenen Anordnungen. Am 15. März 1870 befahl der Welfenkönig deshalb seinem Gesandten, die Tätigkeit in Paris aufzugeben. Er begründete diesen Schritt damit, daß Meding versucht habe, ohne seine Zustimmung die Kolonisation in Algerien durchzuführen, die nicht nur militärisch wertlos sei, sondern auch auf die Ablehnung der welfischen Sympathisanten in Hannover stoße. Da Meding seine Tätigkeit fortgesetzt habe, werde im ehemaligen Königreich der falsche Eindruck entstehen, als ob der Regierungsrat mit Erlaubnis Georgs V. versuchen solle, das Algerienprojekt doch noch zu realisieren. Es sei daher für das welfische Interesse durchaus notwendig, daß Meding Paris verlasse und sich nach Thun in der Schweiz begeben.⁷²

Der Regierungsrat fügte sich den Befehlen des Welfenkönigs und verließ am 19. März 1870 die französische Hauptstadt.⁷³ Doch wollte er seine Abberufung aus Paris nicht widerspruchslos hinnehmen. Anfang April 1870 richtete er ein langes Schreiben an Georg V., in dem er versuchte, sich zu rechtfertigen. In diesem Brief betonte Meding, daß die Hauptaufgabe des von ihm ins Leben gerufenen Komitees darin bestanden habe, den Legionären, die in Frankreich bleiben wollten, Arbeit zu verschaffen. Dagegen sei es nur ein Gedanke von ihm gewesen, mit Hilfe des Komitees das Algerienprojekt auf privater Ebene fortzusetzen. Verhandlungen mit der französischen Regierung über diese Möglichkeit habe es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegeben. Auch habe er

persönlich von der Auswanderung einzelner Legionäre nach Algerien nichts gehalten. Damit seien also die Voraussetzungen, unter denen er aus Paris abberufen worden sei, nicht gegeben.⁷⁴ Auf den von Georg V. erhobenen Vorwurf, Meding habe durch die Einrichtung des „Comité de patronage“ in Hannover den Eindruck erweckt, als ob er mit dem Einverständnis des Welfenkönigs handle, ging der Regierungsrat in seinem Schreiben nicht ein. Statt dessen versuchte er, mit Hilfe einer von ihm verfaßten Chronologie die Geschichte des Algerienplanes zu entwickeln und seine Rolle in dem Projekt zu berichtigen, dessen Ziel es gewesen sei, den Legionären behilflich zu sein. In diesem Zusammenhang kritisierte Meding, daß die von Georg V. einberufene Vertrauenskommission das Algerienprojekt nur unter militärischen, nicht aber unter wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten beurteilt habe. Dies stehe aber „im Widerspruch mit der bisher stets aufrecht gehaltenen Behauptung, daß die Emigration gar keine militärische Seite habe . . .“⁷⁵ Georg selbst habe in seinen öffentlichen Verlautbarungen, z. B. in seinem Protest gegen die Beschlagnahme des welfischen Vermögens, geleugnet, daß es sich bei der Hannoverschen Legion um einen militärisch organisierten Truppenkörper handle.⁷⁶ Hier versuchte Meding den Eindruck zu erwecken, als ob er über die militärischen Ziele der Welfenlegion, die er persönlich im Spätsommer 1866 mit entwickelt hatte, nicht informiert gewesen sei. Auch ignorierte er die hohen Anschaffungskosten für eine Kolonisation des welfischen Freikorps' in Algerien, die nur dann gerechtfertigt gewesen wären, wenn sich mit ihrer Hilfe die militärischen und politischen Ziele der abgesetzten Welfendynastie hätten realisieren lassen.

Georg V. wurde durch diese Rechtfertigungen nicht dazu bewogen, die Abberufung seines Gesandten rückgängig zu machen. Am 28. April ließ er Meding durch Graf Platen mitteilen, daß er noch drei Monate seine Bezüge erhalten werde, dann aber nur noch ein jährliches Wartegeld ausgezahlt bekomme, das um

⁷¹ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 480 ff. und Meding an Platen am 6. März 1870 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 525.

⁷² Vgl. Georg V. an Meding am 15. März 1870 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 526. Dokument Nr. 57. Am gleichen Tag befahl Georg V. auch die endgültige Auflösung der Hannoverschen Legion, die auf den 15. April 1870 festgesetzt wurde. Vgl. die von Adelebsen im Namen des Königs erlassene Auflösungsorder, in: NHStA, Hann 48a II, B, Nr. 1b.

⁷³ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 486.

⁷⁴ Vgl. Meding an Georg V. am 3. April 1870 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 525.

⁷⁵ Ebda.

⁷⁶ Vgl. ebda.

ein Vielfaches geringer ausfallen werde als sein früherer Verdienst.⁷⁷ Über die Höhe dieses Wartegeldes kam es zum endgültigen Zerwürfnis zwischen Georg V. und Oskar Meding. Der Regierungsrat, der sich anscheinend verschuldet hatte, verlangte eine größere Summe, die es ihm ermöglichen sollte, sowohl seinen Verpflichtungen in Paris nachzukommen als auch einen besseren Lebensstil zu pflegen. Schließlich drohte er der hannoverschen Exilregierung, Schritte gegen sie einzuleiten, falls seine Forderungen nicht erfüllt würden.

*„Wozu mich zum Todfeind machen? Denn der Kampf — einmal begonnen, muß ein Vernichtungskampf werden. Glauben Sie mir, daß ich über das Stadium der momentanen Erregung hinaus bin, — ich sehe die Sache sehr kalt, aber sehr unbeugsam an ...“*⁷⁸

Da die welfische Exilregierung sich weigerte, ihren früheren Regierungsrat zu rehabilitieren und ihn finanziell abzufinden, nahm Meding bereits Anfang Juni 1870 Kontakt zu preußischen Regierungsvertretern auf. In einem Schreiben an den preußischen Konsul in Paris, Felix Bamberg, deutete er an, daß er Enthüllungen „von hoher Wichtigkeit“⁷⁹ für Preußen machen könne. Angesichts der bedeutungsvollen Rolle, die Meding in der welfischen Exilregierung gespielt hatte, und der angespannten politischen Lage in Europa zeigte sich die preußische Regierung tatsächlich an einem Treffen mit dem welfischen Agenten interessiert.

Am 7. Juni 1870 kam es daraufhin zu einer Zusammenkunft zwischen dem Konsul Bamberg und Oskar Meding in Nancy. Aus dem ausführlichen Bericht⁸⁰, den der Konsul über die Inhalte seiner Unterredungen mit Meding anfertigte, geht hervor, daß Meding nicht nur Informationen über das Ende der Welfenlegion, die Beziehungen der welfischen Exilregierung zu Frankreich und Österreich und das Zustandekommen der Wiener Bank an den preußischen Regierungsver-

treter weitergab, sondern auch — ebenso wie verschiedene andere Offiziere der Legion — bereit war, sich offiziell von Georg V. loszusagen. Für eine finanzielle Entschädigung wollten er, der Baron von Holle und der welfische Kommissar Ebers der preußischen Regierung außerdem mit weiteren wichtigen Informationen über die Organisation der Aufstandsbewegung in Hannover zu Diensten sein.

An dem Bericht des Konsuls fällt einerseits auf, daß Oskar Meding sehr allgemeine Auskünfte an Bamberg weitergab, die für die Berliner Regierung von untergeordnetem Interesse oder ihr bereits bekannt gewesen sein dürften. Detaillierte Informationen, beispielsweise über die Organisation des welfischen Widerstandes in der Provinz Hannover, wollte sich Oskar Meding offensichtlich — im Falle eines finanziellen Entgegenkommens der preußischen Regierung — für spätere Gespräche vorbehalten. Zum anderen ist Bambergs Bericht zu entnehmen, daß der welfische Agent sowohl seine Mitarbeit in der Hietzinger Exilregierung beschönigte als auch über seine Rolle bei der Konzeptionierung und Ausführung der welfischen Exilpolitik die Unwahrheit sagte. So äußerte er gegenüber dem Konsul Bamberg, er habe Georg V. davon abgeraten, eine welfische Aufstandsbewegung in Hannover zu organisieren, und dem Welfenkönig statt dessen empfohlen, mit Preußen zu verhandeln, um sich und seiner Familie das finanzielle Auskommen zu sichern. Dafür hätte Georg V. vollständig auf seine politischen Ansprüche in Hannover verzichten sollen.⁸¹ Diese Aussagen werden durch viele Schreiben, die der welfische Regierungsrat zwischen 1867 und 1870 an Georg V. richtete, widerlegt. War es doch gerade Oskar Meding, der von Paris aus seinem König ständig suggerierte, daß ein Krieausbruch zwischen Frankreich und Preußen und die damit für den Welfenkönig verbundene Möglichkeit, als französischer Allierter nach Hannover zurückzukehren, nahe bevorständen.

Bismarck sah vorerst keinen Grund, auf die Forderungen Oskar Medings einzugehen. Erst der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges veranlaßte ihn, Medings Angebot anzunehmen, um mögliche

⁷⁷ Vgl. Platen an Meding am 28. April 1870 (Abschrift), in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 525.

⁷⁸ Meding an den welfischen Finanzrat Kniep am 21. Juni 1870 (Anlage/Abschrift), in: Ebda.

⁷⁹ Bericht des Konsuls Bamberg vom 18. Juni 1870, in: P.A., I.A.A.g. 29/R 3028, S. 2.

⁸⁰ Vgl. ebda.

⁸¹ Vgl. ebda., S. 19.

Aufstandsversuche in der Provinz Hannover zu verhindern.⁸² Einen Tag nach der französischen Kriegserklärung an Preußen telegraphierte er an den preußischen Botschafter in der Schweiz:

*„In Oberhofen bei Thun ist der welfische Agent Regierungs-Rath Meding. Ermitteln Sie unauffällig, ob er mit Ihnen reden oder herkommen will. Im letztern Falle verbürge ich ihm freies Geleit.“*⁸³

Meding und der Baron von Holle, der sich dem Regierungsrat angeschlossen hatte, erreichten Berlin am 28. Juli 1870.⁸⁴ Sie wurden von Bismarck empfangen, der ihnen anbot, ihre finanziellen Forderungen zu erfüllen, wenn sie die preußische Regierung über die welfische Widerstandsbewegung informierten und deren Pläne — soweit sie konnten — vereitelten.⁸⁵ Bismarck bezeichnete es als Kennzeichen dieser Bedingung, daß die Berliner Regierung nicht gezwungen sein werde, „einen hannöverschen Landsmann wegen Kampfes gegen deutsches Militär zu erschießen“.⁸⁶ Meding und Holle gingen auf das Angebot ein, gaben der preußischen Regierung die gewünschten Informationen und überredeten auch einen Teil der ehemaligen Offiziere der Welfenlegion, die angebotene preußische Pension von jährlich 1200 Talern anzunehmen. Sie selbst erhielten höhere Bezüge.⁸⁷

Aufgrund von Medings Informationen ordnete Bismarck an, verschiedene Mitglieder der welfischen Widerstandsbewegung in Hannover zu verhaften.⁸⁸ Dies war eine der Präventivmaßnahmen, mit deren Hilfe die Berliner Regierung einen möglichen Auf-

stand verhindern wollte, der geeignet gewesen wäre, die preußische Situation während des Krieges zu erschweren. Eine Erhebung der hannoverschen Bevölkerung hätte außerdem einen neuen Anlaß für welfisch-preußische Auseinandersetzungen geben können.⁸⁹

Die hannoversche Exilregierung war über das Verhalten Oskar Medings empört. Einige ihrer Mitglieder, insbesondere Onno Klopp, verdächtigten den früheren welfischen Gesandten daraufhin, bereits vor dem Sommer 1870 als preußischer Agent tätig gewesen zu sein. Meding habe den Welfenkönig in Bismarcks Auftrag durch die Organisation der Hannoverschen Legion und die Beeinflussung der Presse finanziell ruinieren sollen, um auf diese Weise den welfischen Widerstand zu brechen.⁹⁰ Diese Einschätzung ist jedoch nicht sehr glaubhaft, da Bismarck sicher kein Interesse daran hatte, mit Hilfe eines Agenten ein welfisches Freikorps ins Leben zu rufen, dessen Existenz die Integration Hannovers in den preußischen Staat erschweren konnte.

In manchen Darstellungen zur Geschichte der welfischen Exilpolitik findet sich ebenfalls gelegentlich der Verdacht, daß Meding schon vor 1870 preußischer Agent gewesen sei.⁹¹ Renate Duckstein weist jedoch darauf hin, daß unter den Papieren des Berliner Auswärtigen Amtes keine Hinweise darüber zu finden waren, daß eine Zusammenarbeit zwischen Bismarck und dem welfischen Gesandten bereits vor dem Sommer 1870 stattgefunden hatte.⁹² Auch die im Kgl. HA befindlichen Akten lassen darauf schließen, daß Oskar Meding erst im Sommer 1870 preußischer Agent wurde. Die Dokumente zeigen, daß der Bruch zwischen dem Welfenkönig und dem Regierungsrat, der sich — ausgelöst durch das Algerienprojekt — bereits Ende 1869 ankündigte, aufgrund

⁸² Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6b, Vorbemerkung zu Nr. 1685, S. 407.

⁸³ Bismarck an Roeder am 20. Juli 1870, in: Bismarck: GW, Bd. 6b, Nr. 1685, S. 407.

⁸⁴ Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6b, Vorbemerkung zu Nr. 1716, S. 430.

⁸⁵ Vgl. Bismarck: GW, Bd. 15, Berlin 1932, S. 298. Vgl. auch die Darstellung des Gesprächs bei Meding, der den Verkauf seiner Informationen an die preußische Regierung nicht erwähnt, sondern versucht, seine Rolle in der Unterredung möglichst positiv darzustellen. Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 496 ff.

⁸⁶ Bismarck: GW, Bd. 15, S. 298.

⁸⁷ Vgl. Meding: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 3, S. 499 ff. Vgl. auch Bismarck: GW, Bd. 6b, Vorbemerkung zu Nr. 1716, S. 430.

⁸⁸ Vgl. Bismarck an den Militärgouverneur in Hannover, Vogel von Falckenstein am 29. Juli 1870, in: Bismarck: GW, Bd. 6b, Nr. 1716, S. 430.

⁸⁹ Vgl. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, S. 76. Vgl. auch Kap. 6.6.

⁹⁰ Vgl. die Berichte und Promemoria des Hofrates Klopp über die Tätigkeit des Regierungsrates Meding, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 526.

⁹¹ Vgl. z. B. Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. 2.2, S. 638, und Leonhardt: Bismarck und Hannover, S. 36.

⁹² Vgl. Duckstein: Die Welfenlegion, S. 86. Diese Angabe kann ich nach Durchsicht der Akten, die sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn befinden, bestätigen.

finanzieller Differenzen zustande kam. Erst nachdem Georg V. seinen Gesandten aus Paris abberufen und ihm die Bezüge gekürzt hatte, bot dieser der preußischen Regierung seine Dienste an.

6.5 Kontinuität und Ende der welfischen Exilpolitik nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges

Die politische Krise, die im Sommer 1870 zwischen Frankreich und Preußen über die Frage der Besetzung des vakanten spanischen Thrones ausgebrochen war, führte im Juli 1870 zur französischen Kriegserklärung an Preußen. Damit war der von den Welfen seit 1866 gewünschte casus belli eingetreten. Die hannoversche Exilregierung versuchte nun erneut, die französische Regierung im Sinne ihrer politischen Ziele für ein Bündnis zu gewinnen, obwohl die politische Entwicklung in Deutschland durch den Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund erkennen ließ, daß sich der ausbrechende Krieg entgegen den welfischen Erwartungen zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und ganz Deutschland entwickeln würde.⁹³

Am 13. Juli 1870, als Bismarck durch die Veröffentlichung der Emser Depesche aus der spanischen Thronkandidatur eine Frage der deutschnationalen Politik machte, berichtete der französische Botschafter in Wien dem Außenministerium in Paris, daß Graf Platen sich voll Eifer bemühe, der französischen Regierung die welfischen Dienste anzubieten. Gleichzeitig wies der Botschafter darauf hin, daß die welfische Mitwirkung auch eine Frage des Geldes sei. Georg V. sei jedoch unglücklicherweise finanziell völlig ruiniert.⁹⁴

Die hannoversche Exilregierung glaubte aber trotz ihrer schlechten Finanzlage, Frankreich wirkungs-

volle Hilfe leisten zu können und beauftragte ihren neuen Gesandten in Paris, den Grafen Breda, die Bündnisverhandlungen mit der französischen Regierung zu führen. In der Instruktion für den Grafen⁹⁵, die die welfischen Vorschläge für ein Bündnis mit Frankreich beinhaltete, hob die hannoversche Exilregierung hervor, daß Georg V. bereit sei, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um gemeinsam mit der französischen Regierung wirken zu können. Leider habe er aber aus finanziellen Gründen vor einigen Monaten die Hannoversche Legion auflösen müssen. Deshalb sei es eine Voraussetzung des welfisch-französischen Bündnisses, daß die Regierung in Paris die hannoversche Exilregierung finanziell unterstütze. Wenn sich Frankreich zudem verpflichte, Georg V. als Bündnispartner offiziell anzuerkennen und die Unabhängigkeit Hannovers bei einem Sieg gegen Preußen wiederherzustellen, werde der Welfenkönig als Gegenleistung ein neues hannoversches Truppenkorps bilden, das vor allem eine moralische Hilfe für Frankreich darstelle, weil es die Trennung zwischen Preußen und Deutschland offenbar mache. Diese Tatsache falle um so schwerer ins Gewicht, da sich die süddeutschen Staaten an Preußen angeschlossen hätten. Außerdem werde Georg V. einen Aufstand der hannoverschen Bevölkerung gegen Preußen initiieren und alles tun, damit diese der französischen Armee freundlich entgegenkomme.⁹⁶

Die Instruktion für den Grafen Breda gibt noch einmal einen Einblick in die Ziele der welfischen Exilpolitik, die schon in den früheren Plänen zu Tage getreten waren. Sie zeigt, daß die hannoversche Exilregierung auch noch im Jahr 1870 davon ausging, daß sich die hannoversche Bevölkerung mehrheitlich nicht mit der Annexion abgefunden hatte und eine Rückkehr der Welfen auf den hannoverschen Thron wünschte. Dabei verkannte sie aber die Anhänglichkeit der Hannoveraner an die welfische Dynastie.

⁹³ Zur Kandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen für den spanischen Thron und zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges vgl. Schieder: Staatensystem als Vormacht der Welt, S. 116 ff.

⁹⁴ Vgl. Cazaux an Gramont am 13. Juli 1870, in: Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71, Tome XXVIII, Paris 1931, Nr. 8466, S. 302.

⁹⁵ Vgl. „Instruction für den Grafen Breda, betreffend die Verhandlungen und den Abschluß eines Allianz-Tractates Seiner Majestät des Königs von Hannover mit Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen zur Wiederherstellung und Sicherung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Königreichs Hannover“ vom 17. Juli 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 507.

⁹⁶ Vgl. ebda.

Dem durch den Anschluß Süddeutschlands offensichtlich gewordenen Wunsch nach einem deutschen Nationalstaat, in dem für ein unabhängiges Hannover kein Platz war, setzte die welfische Exilregierung wiederum das Konzept eines föderalistisch organisierten Deutschlands entgegen, das aus unabhängigen und gleichberechtigten deutschen Staaten bestehen und eine preußische Hegemonie in Deutschland verhindern sollte.⁹⁷

Einige Mitglieder der französischen Regierung sympathisierten anscheinend mit den welfischen Ideen. So erwähnte z. B. der Graf St. Vallier, der 1870 als französischer Gesandter in Stuttgart tätig war, daß die Pariser Regierung im Falle eines Sieges über Preußen die Absicht hege, „längs des Rheines zwischen Frankreich und Preußen einen Staat von ungefähr fünf Millionen Einwohnern, etwa für den König von Hannover, zu errichten“.⁹⁸ Auch der neue französische Außenminister Gramont schien eine Wiederherstellung Hannovers unter welfischer Herrschaft erwogen zu haben, um mit ihrer Hilfe den preußischen Einfluß auf Deutschland zurückzudrängen.⁹⁹ Es gab jedoch Differenzen über die von Frankreich nach einem erfolgreichen Kriegsausgang einzuschlagende Deutschlandpolitik im Kabinett der kaiserlichen Regierung, da nicht alle Regierungsmitglieder ein föderalistisch organisiertes Deutschland bevorzugten, sondern sich durchaus vorstellen konnten, Preußen die Kontrolle über Deutschland zu überlassen, sofern es Frankreich gelang, die Rheingrenze in Besitz zu nehmen.¹⁰⁰ Auch eine finanzielle Unterstützung der Welfen kam für die französische Regierung nicht in Frage, da es unklar war, ob es Georg V. überhaupt gelingen konnte, das versprochene Truppenkorps aufzustellen und einen Aufstand in Hannover

zu initiieren. Am 21. Juli 1870 wies Außenminister Gramont deshalb den welfischen Bündnisvorschlag zurück und empfahl statt dessen, die Hannoveraner, die an der Seite Frankreichs am Krieg teilnehmen wollten, in die französischen Fremdenregimenter einzugliedern.¹⁰¹

Die hannoversche Exilregierung lehnte dieses Ansinnen jedoch ab.¹⁰² Sie hoffte nun, daß der von ihr erwartete Aufstand der hannoverschen Bevölkerung gegen Preußen die Pariser Regierung von ihrer Glaubwürdigkeit überzeugen und daß in diesem Fall doch noch ein welfisch-französisches Bündnis zustande kommen werde.¹⁰³

Die französische Kriegserklärung an Preußen und der Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund hatten aber auch in Hannover nationalistische Emotionen entfacht. Eine welfisch-französische Zusammenarbeit, die in Anbetracht des Krieges unter Hannoveranern sehr unpopulär war, wurde daher immer unrealistischer, weil sich zeigte, daß die hannoversche Exilregierung von falschen politischen Voraussetzungen ausgegangen war. Der welfische Legationskanzlist Hattensaur berichtete Graf Platen Ende Juli 1870, daß Gramont über das „widerliche Geschrei der Deutschen . . . , das allerwärts, auch in den annectierten Ländern, gegen Frankreich und für Preußen sich Luft macht“,¹⁰⁴ verstimmt sei. Auch Georg V. mußte erkennen, „daß es empfehlenswerth ist, wenn die welfische Fahne für jetzt noch nicht in dem entfesselten Kriege entfaltet werde“.¹⁰⁵ Kurze Zeit später verzichtete er — enttäuscht über die Ablehnung seines Bündnisvorschlages durch die Pariser Regierung und über die nationalistische Stimmung in Hannover — endgültig darauf, ein neues Freikorps ins Leben zu rufen und einen Aufstand der

⁹⁷ Vgl. dazu auch Stehlin, Stewart A.: Guelph Plans for the Franco-Prussian War, in: *The Historical Journal* XIII (1970), S. 791 f.

⁹⁸ Freiherr von Gasser an König Ludwig II. am 16. Juli 1870, in: Oncken: *Die Rheinpolitik Kaiser Napolons III.*, Bd. 3, Nr. 897, S. 448 f.

⁹⁹ Vgl. Graf Quadt an Graf Bray am 17. Juli 1870, in: Ebda., Nr. 898, S. 450. Georg V. selbst hegte bei Kriegsbeginn sogar den Gedanken, bei der französischen Regierung auf eine Vergrößerung des Königreiches Hannover zu dringen.

¹⁰⁰ Vgl. Stehlin: *Guelph Plans for the Franco-Prussian War*, S. 792.

¹⁰¹ Vgl. Gramont an Cazaux am 21. Juli 1870, in: *Les Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71*, Tome XXIX, Paris 1932, Nr. 8701, S. 152.

¹⁰² Vgl. das Memorandum Onno Klopp über Oskar Meding und Graf Breda vom Dezember 1897, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 526.

¹⁰³ Vgl. Platen an Georg V. am 22. Juli 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 507.

¹⁰⁴ Hattensaur an Platen am 26. Juli 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 VIII Nr. 498.

¹⁰⁵ Georg V. an Adelebsen am 31. Juli 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 531.

hannoverschen Bevölkerung gegen Preußen zu initiieren. Die noch in Frankreich lagernden Waffen der Hannoverschen Legion ließ er an die französische Regierung verkaufen.¹⁰⁶ Graf Platen wurde — wie andere Mitglieder der hannoverschen Exilregierung — aus seinen Diensten entlassen.¹⁰⁷ Damit war die seit 1866 betriebene welfische Exilpolitik beendet.

Dennoch hoffte Georg V. weiterhin, als legitimer Herrscher nach Hannover zurückkehren zu können. Diese Hoffnung, die er auch nach der Gründung des Deutschen Reiches nicht aufgab, wurzelte in seinem christlichen Glauben. Politisch versuchte der Welfenkönig seit dem August 1870 nicht mehr, für seine Ziele zu wirken.¹⁰⁸

6.6 Preußische Präventivmaßnahmen in der Provinz Hannover gegen mögliche welfische Aufstandsversuche

Mit dem Ausbruch des Krieges mußte die preußische Regierung, die über die militärischen und politischen Pläne der hannoverschen Exilregierung für den Kriegsfall informiert war, mit neuen Agitationsversuchen der welfischen Untergrundbewegung in Hannover rechnen. Sie versuchte daher, durch Präventivmaßnahmen dem welfischen Widerstand in der neuen Provinz zuvorzukommen, auch wenn es nicht wahrscheinlich erschien, daß ein durch welfische Sympathisanten provozierter Aufstand in Hannover einen großen Umfang annehmen konnte. Bismarck äußerte sich in seinen Memoiren über die Motive der von ihm geführten Berliner Regierung für die Präventivmaßnahmen gegen die welfische Bewegung:

„Ich hatte nach damals gerichtlich aufgefangenen Correspondenzen die Besorgniß, daß wir in die Nothwendigkeit gerathen könnten, welfischen Unternehmungen gegenüber zu Repressalien zu schreiten, welche Angesichts der Kriegsgefahr nicht anders als

*streng ausfallen konnten. Man darf nicht vergessen, daß wir damals des Sieges über Frankreich, nach der großen Vergangenheit der französischen Armee, nicht so sicher waren, um nicht jede Erschwerung unsrer Lage sorgsam zu verhindern.“*¹⁰⁹

Mit Hilfe der Präventivmaßnahmen wollte Bismarck aber nicht nur außenpolitischen Schwierigkeiten vorbeugen, die bei Unruhen in der hannoverschen Bevölkerung möglich waren, sondern auch harte Strafen gegenüber den Aufständischen vermeiden, die „ein Hinderniß der Versöhnung und einen Vorwand für Verhetzungen“¹¹⁰ in der Provinz Hannover darstellen konnten.

Zu diesen Maßnahmen gehörten die Überwachung und Verhaftung verdächtiger welfischer Sympathisanten,¹¹¹ aber auch die von Oskar Meding vermittelte Annäherung an Offiziere der Hannoverschen Legion, die von Preußen eine Pension erhielten, damit sie nicht auf der Seite Frankreichs kämpften. Von Meding ließ sich Bismarck außerdem über Namen, Organisation und Pläne der hannoverschen Untergrundbewegung informieren.

Die Überwachungsmaßnahmen der preußischen Regierung galten vor allem den zurückgekehrten Welfenlegionären, die verdächtigt wurden, für Frankreich zu spionieren und zu agitieren. In einem Reskript vom 17. Juli 1870 hieß es:

*„Bei dem bevorstehenden Eintritt kriegslicher Ereignisse liegt die Möglichkeit nicht fern, daß einer oder der andere der zurückgekehrten Welfenlegionäre sich auf Grund der in Frankreich mit ihm angeknüpften Beziehungen als Agent des Feindes sowie als Agitator der Bevölkerung gegenüber mißbrauchen läßt. Um den aus einem solchen schimpflichen Verhalten möglicher Weise entstehenden Gefahren rechtzeitig vorzubeugen, ist eine sorgfältige unauffällige Beobachtung aller zurückgekehrten Legionairs eine dringende Pflicht der Polizeibehörden.“*¹¹²

¹⁰⁶ Vgl. den Verkaufsvertrag zwischen dem französischen Kriegsministerium und dem Grafen Breda vom 27. August 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 XIX Nr. 236.

¹⁰⁷ Vgl. Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover, Bd. 2.2, S. 671.

¹⁰⁸ Vgl. Brosius: Georg V., S. 289.

¹⁰⁹ Bismarck: GW, Bd. 15, S. 298.

¹¹⁰ Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, S. 76.

¹¹¹ Vgl. Bismarck: GW, Bd. 6b, Nr. 1660, S. 393, und NHStA, Hann 80, Lüneburg I, Nr. 94.

¹¹² Stolberg an sämtliche Ämter, die Magistrate der selbständigen Städte und die Polizei-Direktionen am 17. Juli 1870 (Abschrift), in: NHStA, Hann 80, Hann II, Nr. 694.

Da der preußischen Regierung die Pläne der hannoverschen Exilregierung bekannt waren, nach denen der günstigste Landungsplatz für französische Truppen an der Nordseeküste lag,¹¹³ richtete sich ihre Aufmerksamkeit besonders auf dieses Gebiet der Provinz Hannover und auf das Verhalten der dortigen Bevölkerung. Bismarck wies den Oberpräsidenten Stolberg am 17. Juli 1870 an, die Küstenbevölkerung darauf aufmerksam zu machen, daß Lotsendienste für feindliche Kriegsschiffe mit schweren Strafen geahndet würden.¹¹⁴ Der General Vogel von Falckenstein, der mit Ausbruch des Krieges zum Militärgouverneur der Provinz Hannover ernannt worden war, beauftragte außerdem einen Offizier, der spezielle Kenntnisse über Land und Bevölkerung der Küstenregion besaß und nur seinem Befehl unterstand, mit der Überwachung der Nordseeküste.¹¹⁵

Es kam jedoch in keinem Teil der Provinz Hannover zu den befürchteten Erhebungen der hannoverschen Bevölkerung gegen den preußischen Staat. Bismarck vermutete, daß dafür der für Preußen positive Kriegsverlauf ursächlich war. Bei einer Niederlage gegen Frankreich hätte nach seiner Meinung die Situation in Hannover anders ausfallen können.¹¹⁶ Das Ausbleiben eines Aufstandes demonstrierte aber zugleich, daß die Provinz Hannover in ihrem Innern gefestigter war, als Bismarck es vermutet hatte, und daß die preußische Integrationspolitik trotz vieler Fehler sich gegenüber der welfischen Exilpolitik mit Erfolg durchgesetzt hatte.¹¹⁷ Schließlich kann auch der Krieg selbst als Integrationsmittel gewirkt haben. Darauf deutet die nationalistische Stimmung hin, die sich in weiten Kreisen der hannoverschen Bevölkerung bei Kriegsbeginn ausbreitete.

Die welfische Untergrundbewegung, deren Organisation durch die preußischen Präventivmaßnahmen

empfindlich gestört wurde, sank angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland und in Hannover zur Bedeutungslosigkeit herab. Auch besaß sie mit dem Ende der Hietzinger Exilpolitik keinen politischen Rückhalt mehr, so daß ihre Agitation in Hannover seit dem Sommer 1870 zu Ende ging. Eine Anhängerschaft für die Welfendynastie erhielt sich in Hannover jedoch auch über die Gründung des Deutschen Reiches hinaus. Sie sammelte sich in der 1869 gegründeten, konservativ-föderalistischen Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP), die die Restauration der welfischen Herrschaft in Hannover anstrebte.¹¹⁸

¹¹⁸ Zur Geschichte der DHP vgl. Aschoff: *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus*, Düsseldorf 1987, und ders.: *Die welfische Bewegung und die Deutsch-Hannoversche Partei*, S. 41 — 64.

7 **Schlußbemerkung:** **Welche Rückwirkungen hatte die Hannoversche Legion auf die preußischen Einigungsbemühungen?**

Die Geschichte der von 1867 bis 1870 bestehenden Hannoverschen Legion zeigt, daß das welfische, gegen Preußen gerichtete Freikorps, mit dem Georg V. auf der französischen Seite an dem von ihm erwarteten Krieg zwischen Frankreich und Preußen teilnehmen wollte, militärisch belanglos war, weil es sich nur aus ca. 800 Legionären zusammensetzte und von Georg V. kurz vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges aus finanziellen Gründen aufgelöst werden mußte. Dennoch kann man dem Freikorps eine politische Bedeutung zumessen, da seine Existenz und seine antipreußische Zielsetzung nicht ohne Rückwirkungen auf die nationalen Einigungsbemühungen Preußens blieben.

Die hier vorgestellten politischen Pläne der hannoverschen Exilregierung verdeutlichen, daß die Entstehung der Legion, die seit der Annexion Hannovers geplant war, einem politischen Programm folgte, das — ausgehend von einem Bündnis mit Frankreich —

¹¹³ Noch Ende Juli 1870 spielte die hannoversche Exilregierung mit diesem Gedanken. Vgl. Platen an Georg V. am 26. Juli 1870, in: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 537.

¹¹⁴ Vgl. Maatz: *Bismarck und Hannover*, S. 48.

¹¹⁵ Vgl. Ordre des Militärgouverneurs Vogel von Falckenstein vom 31. Juli 1870, in: NHStA, Hann 80, Lüneburg I, Nr. 93.

¹¹⁶ Vgl. Bismarck: *Gedanken und Erinnerungen*, Bd. 2, S. 76.

¹¹⁷ Vgl. Maatz: *Bismarck und Hannover*, S. 50, und Stehlin: *Bismarck and the new Province of Hannover*, S. 88.

auch die Organisation einer welfischen Untergrundbewegung in Hannover und die Einflußnahme auf die öffentliche Meinung vorsah. Damit gehörte die Welfenlegion, die den Kern für eine im Kriegsfall zu organisierende hannoversche Armee bilden sollte, zu einem welfischen Gesamtkonzept, das sich durch kriegstreiberische Propaganda und antipreußische Agitation in Hannover, Paris und Wien auszeichnete. Georg V. finanzierte diese Politik, mit der er die Restauration welfischer Herrschaft in Hannover zu realisieren hoffte.

In ihren Konzepten versuchte die hannoversche Exilregierung gleichzeitig, politische Alternativen zu einem von Preußen dominierten Nationalstaat zu entwickeln, die sowohl dem Existenzbedürfnis der kleinen deutschen Staaten als auch dem französischen Sicherheitsgedanken entgegenkommen sollten. Dabei handelte es sich um die Idee, Deutschland auf föderalistischer Grundlage, ähnlich dem Deutschen Bund, so zu organisieren, daß das staatliche Überleben der selbständigen und unabhängigen deutschen Staaten gesichert war, die für Frankreich weder eine politische noch eine militärische Gefahr darstellen konnten. In dieser Einschätzung erblickten die welfischen Föderalisten keine grundsätzliche Ablehnung der deutschen Einigung, die ihrer Meinung nach nur als freiwilliger Zusammenschluß gleichberechtigter und eigenverantwortlicher Staaten denkbar war.¹ Das föderalistische Organisationsprinzip diente nicht allein als Mittel, die Restauration welfischer Herrschaft in Hannover zu legitimieren. Es galt den Welfen auch als Voraussetzung, um die kulturellen und historischen Eigenheiten der deutschen Regionen zu bewahren. Der Deutsche Bund, der der hannoverschen Exilregierung als Vorbild für ihre politischen Vorstellungen vorschwebte, hatte sich jedoch im Hinblick auf die Lösung der anstehenden deutschen Frage in den Jahren vor 1866 nicht als funktionsfähig erwiesen und entsprach daher nicht mehr dem nationalen Zeitgeist. Der Fehler der welfischen Pläne lag deshalb möglicherweise darin, daß die hannoversche Exilregierung die politische Eigenständigkeit deutscher Staaten

höher bewertete als das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl und daß ein politischer und militärischer Anschluß an Frankreich von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung als Verrat betrachtet wurde. Im Sinne der Hietzinger Exilpolitik war die in den welfischen Konzepten geforderte Anlehnung an Frankreich, die in der Bildung der Hannoverschen Legion ihren deutlichsten Ausdruck fand, jedoch schlüssig, weil Frankreich seit 1866 mehr und mehr zum Gegner der preußischen Einigungsbemühungen geworden war.

Im Gegensatz dazu bemühte sich die preußische Regierung seit 1866, die kleindeutsche Einigung voranzutreiben. Zu dieser Politik gehörte es, die annektierten Länder in den preußischen Staat zu integrieren und den Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund politisch zu realisieren. Die innenpolitischen Ziele der Berliner Regierung wurden aber durch den Gegensatz zu Frankreich erschwert, das seit der Luxemburgkrise mehr denn je einen außenpolitischen Prestigeerfolg benötigte, um sein angeschlagenes Herrschaftssystem innenpolitisch zu stabilisieren. Die französische Regierung entwickelte sich daher zum Gegner der — von weiten Bevölkerungskreisen in Frankreich gefürchteten — preußischen Einigungsbemühungen. Aus diesem Grund war die welfische Exilpolitik, die es sich zum Ziel setzte, sowohl die Integration Hannovers in den preußischen Staat zu verhindern als auch Frankreich zu einem Krieg mit Preußen zu bewegen, der Berliner Regierung ein Dorn im Auge, da sie ihre nationale Einigungspolitik zusätzlich erschwerte. Hannoversche Legion und welfische Agitation konnten außerdem während einer politischen Krise zur Gefahr für Preußen werden, solange sich die neuen Verhältnisse in Norddeutschland noch nicht gefestigt hatten.² Deshalb mußte der Krieg mit Frankreich, den Bismarck als sicher annahm, hinausgeschoben werden, bis die annektierten Länder in den preußischen Staat integriert waren.³ Aber die Eingliederung der annektierten Länder, insbesondere des machtpolitisch wichtigen Hannovers, gestaltete sich schwierig, weil große

¹ Vgl. Aschoff: Welfische Bewegung und politischer Katholizismus, S. 5 f.

² Vgl. Brosius: Georg V., S. 289.

³ Vgl. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, S. 51 f.

Teile der hannoverschen Bevölkerung in der ersten Zeit nach der Annexion die preußische Politik ablehnten und partikularistisch gesonnen waren. Die Berliner Regierung ging daher nach der Luxemburgkrise, die den Gegensatz zu Frankreich verstärkt und zur Entstehung der Hannoverschen Legion geführt hatte, mit strengen Maßnahmen gegen die welfische Widerstandsbewegung in Hannover vor. Dabei handelte es sich meistens um präventive Maßnahmen, zu denen Drohungen, vorbeugende Verhaftungen und Überwachungsmaßnahmen gehörten. Gleichzeitig versuchte Bismarck, der Welfendynastie durch eine hohe Abfindung entgegenzukommen, um Georg V. moralisch zu einem Verzicht auf den hannoverschen Thron zu verpflichten und der antipreußischen Stimmung in Hannover den Boden zu entziehen. Das Erscheinen der Hannoverschen Legion in Frankreich, das das Freikorps politisch aufwertete, weil es sich nun auf dem Boden des preußischen Gegenspielers befand, und die öffentlich gehaltene Ansprache Georgs V. zu seiner Silberhochzeit zeigten aber, daß der Welfenkönig weder bereit war, seine politischen Ansprüche noch seine antipreußische Politik aufzugeben. Der Aufenthalt der Legion in Frankreich demonstrierte außerdem, daß die von Bismarck eingeleitete Politik des Entgegenkommens gegenüber der Welfendynastie gescheitert war. Gleichzeitig belastete er die preußischen Beziehungen zu Frankreich und Österreich. Dabei wollte Bismarck gerade das Verhältnis zu Österreich entschärfen, um die von dort ausgehende Revanchismusgefahr einzudämmen.⁴ Aufgrund dieser Zusammenhänge kam es 1868 zum Höhepunkt der welfisch-preußischen Differenzen, die in der Beschlagnahme des Welfenvermögens durch Preußen gipfelten. Diese Maßnahme, die auch ein taktischer Schachzug Bismarcks war, mit dem es ihm gelang, seine durch den Vermögensvertrag gescheiterte Politik doch noch in einen Vorteil für die preußische Regierung umzuwandeln, blieb auf die Existenz der Hannoverschen Legion nicht ohne Auswirkungen. Georg V., der von nun an zur Sparsamkeit gezwungen war, mußte das Freikorps im April 1870 auflösen, nachdem seine Vertrauenskommission

in dem von Oskar Meding vorgeschlagenen Algerienprojekt keine finanzielle und militärische Alternative zur bisherigen Organisation der Legion erblicken konnte.

Die Wirkungen, die von dem welfischen Freikorps auf die preußische Politik ausgingen, werden auch durch die widersprüchliche und unklare Haltung verständlich, die die Pariser Regierung gegenüber der Hannoverschen Legion einnahm. Aus diesem Grund macht die Darstellung der französischen Politik einen relativ großen Bestandteil der vorliegenden Analyse aus. Die französische Regierung war in ihrer Auffassung zu den preußischen Einigungsbemühungen gespalten. Dies begünstigte die Hannoversche Legion, weil die von Preußen geforderten Maßnahmen zur Eindämmung des welfischen Freikorps' immer wieder hinausgezögert oder nur unvollständig ausgeführt wurden. Napoleon III., dessen Politik auf Machtzuwachs und Gebietsgewinne ausgerichtet war, versuchte, sowohl gegenüber den Welfen als auch gegenüber Preußen politikfähig zu bleiben. Das äußerte sich darin, daß er weder zu einem Bündnis mit Georg V. bereit war noch die von Bismarck geforderten Beschränkungen der Welfenlegion vollständig durchführen ließ. Ich kann mich daher nicht der von Bukey formulierten These anschließen, daß Napoleon III. die welfische Politik abgelehnt habe, weil er einen Krieg mit Preußen vermeiden wollte.⁵ Eine Folge der französischen Politik gegenüber der Hannoverschen Legion war, daß die Berliner Regierung mit Mißtrauen auf das Verhalten der französischen Regierung reagierte, zumal ihr Verhältnis zu Frankreich im Frühjahr 1868 aufgrund französischer Aufrüstungen gespannt war.

Nach dem ersten Halbjahr 1868 wurde die Hannoversche Legion zunehmend politisch bedeutungslos, weil sich abzeichnete, daß die Eingliederung der hannoverschen Bevölkerung in den preußischen Staat gelang. Bismarck hielt die Provinz Hannover jedoch noch im Sommer 1870 nicht für ausreichend gefestigt und wollte einem von den Welfen initiierten Aufstand in Hannover vorbeugen, der die Provinz in neue

⁴ Vgl. Stehlin: Bismarck and the Guelph Problem, S. 71.

⁵ Vgl. Bukey: The exile government of King George V., S. 79.

Unruhe versetzen und für Frankreich im Krieg vorteilhaft sein konnte. Er ordnete deshalb an, ehemalige Legionäre und welfische Sympathisanten zu überwachen und zu verhaften. Die französische Kriegserklärung löste aber auch in Hannover einen nationalen Solidarisierungseffekt aus, so daß keine Erhebungen der hannoverschen Bevölkerung stattfanden. Dies bedeutete, daß es der Regierung in Berlin nicht nur gelungen war, den welfischen Widerstand einzudämmen, sondern auch die Provinz Hannover in den preußischen Staat zu integrieren. Die welfische Agitation wurde nun endgültig politisch bedeutungslos.

Georg V., der auch bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges seine politischen und militärischen Ziele nicht aufgegeben hatte, versuchte im Sommer 1870 noch einmal, die französische Regierung zur Zusammenarbeit zu bewegen. Doch die nationalistische Stimmung in Hannover machte ein welfisch-französisches Bündnis für die Pariser Regierung wertlos, so daß der Welfenkönig, dessen politische Ziele und Ideen weder bei den europäischen Großmächten noch in Hannover ausreichende Zustimmung fanden, seine Exilpolitik enttäuscht beendete.

Die Rolle, die Georg V. in der Hietzinger Politik spielte, ist in der Literatur umstritten. Daher wurden die ungedruckten Quellen des Kgl. HAs auch unter diesem Gesichtspunkt untersucht. Die Auswertung der welfischen Papiere ergab, daß die von Oskar Meding und Adolf von Düring durchgeführten anti-preußischen Maßnahmen nicht nur den politischen Zielen des Welfenkönigs entsprachen, sondern oft auch von ihm angeordnet wurden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß Oskar Meding wahrscheinlich die Entscheidungen Georgs V. durch seine Briefe aus Paris, die die welfische Sache meistens erfolversprechend darstellten, beeinflusste. Die Verbindungen des Welfenkönigs zur Legion und seine Entscheidungsgewalt werden u. a. in den Ereignissen deutlich, die zur Auflösung des welfischen Freikorps' führten. Sie spiegeln sich aber auch in den Instruktionen für Oskar Meding und Graf Breda wider. Georg V. trug vor allem auch dadurch die Verantwortung für die Hannoversche Legion und die welfische Agitation, daß er die Hietzinger Exilpolitik finanzierte und sie auf diese Weise aufrechterhielt.

Die Geschichte der Hannoverschen Legion macht deutlich, daß die welfische Exilregierung kaum Chancen hatte, die Annexion von 1866 zu revidieren, daß es ihr im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten aber immer wieder gelang, die preußische Politik zu stören, auch wenn sie ihre Hauptziele, ein Bündnis mit Frankreich und die Rückkehr nach Hannover, nicht erreichen konnte. Die Welfenlegion war das wichtigste politische Instrument der hannoverschen Exilregierung gegen die preußische Annexionspolitik, obwohl sie nicht zum Einsatz kam. Dennoch ist unverkennbar, daß die welfische Exilregierung, die bis zum Sommer 1870 eine Erhebung der hannoverschen Bevölkerung zugunsten des welfischen Königshauses für möglich hielt, die politische Entwicklung in Hannover falsch eingeschätzt hatte. Die Geschichte der Welfenlegion offenbart deshalb nicht zuletzt die Überlegenheit der preußischen über die welfische Politik. Dies ist vor allem an der geringen Stärke des welfischen Freikorps' und an der Eingliederung Hannovers in den preußischen Staat ablesbar, die der Berliner Regierung trotz welfischer Widerstände gelang.

Anne-Katrin Henkel

Aalgrund 27

31275 Lehrte

8 Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Ungedruckte Quellen:

Königliches Hausarchiv des Prinzen Ernst August von Hannover (Kgl. HA) Hannover

Dep. 103 V

Militaria

Nr. 475, Nr. 482, Nr. 488, Nr. 490, Nr. 491, Nr. 492, Nr. 497, Nr. 503, Nr. 511, Nr. 512, Nr. 518, Nr. 519, Nr. 522, Nr. 526, Nr. 527, Nr. 530, Nr. 531, Nr. 537, Nr. 540, Nr. 542, Nr. 543, Nr. 545, Nr. 591, Nr. 593, Nr. 595, Nr. 597 — 602, Nr. 603 — 609

Dep. 103 VI

Gesandtschaften des Königreiches Hannover

Nr. 3233, Nr. 3234, Nr. 3236, Nr. 3237

Dep. 103 VIII

Akten betrifft Auswärtige und Allgemeine Politik
Nr. 218, Nr. 477, Nr. 483, Nr. 485, Nr. 488, Nr. 493,
Nr. 498, Nr. 502, Nr. 507, Nr. 510, Nr. 511, Nr. 517,
Nr. 519, Nr. 520, Nr. 525, Nr. 526, Nr. 528

Dep. 103 XIX

Vermögensverwaltung
Nr. 18, Nr. 236

Dep. 103 XX

Oberste Verwaltung des Herzogs von Cumberland
Nr. 98, Nr. 103

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv (NHStA)
Hannover

Hann 48a II

Rechnungen und Korrespondenzen der Welfenlegion
(Hannoverschen Legion in Frankreich) 1867 — 1870

A: Rechnungsbücher

Nr. 1, Nr. 3, Nr. 4

B: Korrespondenzen

Nr. 1a, 1b, Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4

Hann 80, Hann II

Landdrostei und Regierung Hannover
Nr. 694

Hann 80, Hildesheim I E

Akten des Landdrosten
Nr. 484

Hann 80, Lüneburg I

Akten des Landdrosten 1823 — 1890
Nr. 87, Nr. 91, Nr. 93, Nr. 94

Hann 87, Hann

Akten der Polizeidirektion Hannover 19./20. Jh.
Nr. 31, Nr. 32, Nr. 35, Nr. 36, Nr. 37, Nr. 38, Nr. 39,
Nr. 40, Nr. 41, Nr. 42

Hann 116

Preußisches Zivilkommissariat für das Königreich
Hannover 1866 — 1868 Nr. 6

Hann 122a

Der Oberpräsident der Provinz Hannover 1866 — 1946
Nr. 6696, Nr. 6697, Nr. 6698, Nr. 6699, Nr. 6703,
Nr. 6704

Akten der Ämter

Hann 74 Bergen Nr. 379

Hann 74 Bruchhausen Nr. 232

Hann 74 Burgdorf I Nr. 266, Nr. 267

Hann 74 Burgwedel Nr. 1541

Hann 74 Celle Nr. 14, Nr. 274

Hann 74 Dannenberg Nr. 717

Hann 74 Einbeck Nr. 1270

Hann 74 Gartow Nr. 40

Hann 74 Gifhorn Nr. 696

Hann 74 Hannover Nr. 1719

Hann 74 Herzberg G Nr. 19

Hann 74 Liebenburg Nr. 478

Hann 74 Lüchow Nr. 216

Hann 74 Marienburg Nr. 1128

Hann 74 Springe Nr. 354

Hann 74 Stolzenau Nr. 3600

Hann 74 Sulingen Nr. 474

Hann 74 Winsen/L. Nr. 1167

Hann 74 Wöltingerode Nr. 1115

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (P.A.) Bonn

I.A.A.g. 29

Acta betr. die Verwaltung des Koenigreichs Hannover
durch preuss. Commissarien nach der Occupation des-
selben von seiten Preussens infolge des Bundesbe-
schlusses vom 14. Juni 1866. Umtriebe des Hannover-
schen Hofes

R 3015, R 3022, R 3022, R 3028

Gedruckte Quellen:

(Die) auswärtige Politik Preußens 1858 — 1871.

Diplomatische Aktenstücke, hrsg. v. Reichsinstitut
für Geschichte des neuen Deutschlands, Bd.
8 — 10, Oldenburg 1934 — 1939

Beust, Friedrich F. Graf v.: Aus drei Vierteljahrhun-
derten, Bd. 2, Stuttgart 1887

- Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1898
- Ders.: Die Gesammelten Werke, hrsg. u. bearb. v. F. Thimme u. a., Bd. 6 — 15, Berlin 1929 — 1932 (= Friedrichsruher Ausgabe)
- Ders.: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Hist.-krit. Gesamtausgabe, besorgt v. H. Kohl, Bd. 3 — 4, Stuttgart 1892 — 93
- Böhme, Helmut (Hrsg.): Die Reichsgründung, dtv dokumente, München 1967
- Bollert, Arthur (Hrsg.): Aus den Briefen von Franz Bollert, einem kommissarischen preußischen Amtmann im Lande Hannover im Jahre 1867, in: Nds. Jb. f. Lg. 21 (1949), S. 162 — 172
- Dammers, Georg Friedrich F.: Erinnerungen und Erlebnisse des königlich hannoverschen General-Majors Georg Friedrich Ferdinand Dammers, letztem General-Adjutanten des Königs Georg V. von Hannover, Hannover 1890
- Frauendienst, Werner: Zur Assimilierung Hannovers durch Preußen nach 1866, Dokumente, eingel. u. mitget., in: Nds. Jb. f. Lg. 14 (1937), S. 310 — 344
- Hahn, Ludwig (Hrsg.): Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik 1866 — 1867. Sammlung amtlicher Kundgebungen und halbamtlicher Äußerungen, Berlin 1868
- Hansen, Jules: Les Coulisses de la Diplomatie. Quinze ans à l'étranger (1864 — 1879), Paris 1880
- Holstein, Friedrich v.: Die geheimen Papiere Friedrich v. Holsteins, hrsg. v. N. Rich und M. H. Fisher, Deutsche Ausgabe von W. Frauendienst, Bd. 1, Göttingen 1956
- Hopf, Wilhelm: Die deutsche Krisis des Jahres 1866. Mit einem Anhang: Die sogenannte braunschweigische Frage, vorgeführt in Aktenstücken, Aufzeichnungen und quellenmäßigen Darstellungen, 3., erw. Aufl., Hannover 1906
- Kohl, Horst (Hrsg.): Bismarckreden 1847 — 1895, Stuttgart und Berlin 1915
- Meding, Oskar: Memoiren zur Zeitgeschichte, Bd. 2 — 3, Leipzig 1881 — 1884
- Oncken, Hermann (Hrsg.): Die Rheinpolitik Kaiser Napoléons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten, Bd. 2 — 3, Berlin und Leipzig 1926
- (Les) Origines Diplomatiques de la Guerre 1870 — 71. Recueil de Documents, publié par le Ministère des Affaires étrangères, Tome XX, XXVIII et XIX, Paris 1927 — 32
- Papiers secrets brûlés dans l'incendie des Tuileries. Complément de toutes les éditions françaises et belges des Papiers et Correspondance de la famille impériale, Bruxelles 1871
- (Der) Protest des Königs von Hannover, gerichtet an die europäischen Mächte, gegen die Einverleibung seines Landes durch den König von Preußen, aus dem Französischen übersetzt, Hietzing 1866
- Schulthess, H. (Hrsg.): Europäischer Geschichtskalender, 9. Jg., 1868, Nördlingen 1869
- (Das) Staatsarchiv. Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart, hrsg. v. L. K. Aegidi und A. Klauhold, Bd. 11 — 19, Hamburg 1866 — 1870
- Willis, Geoffrey Malden: Hannovers Schicksalsjahr 1866 im Briefwechsel König Georgs V. mit der Königin Marie, Hildesheim 1966 (= Veröffentlichungen der Hist. Kom. für Niedersachsen, XXV Niedersachsen und Preußen, Heft 7)

Zeitungen:

- Königlich Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 54 vom 3. März 1868
- Neue Hannoversche Zeitung Nr. 234 vom 21. Mai 1867

Darstellungen:

- Albertini, Rudolf v.: Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Einigung während des Zweiten Kaiserreiches (1860 — 1870), in: Schweiz. Zeitschrift für Geschichte (1955), Bd. 5, S. 305 — 368
- Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. durch die historische Commission bei der Königl. Akademie der Wissenschaften, Bd. 1 — 56, 1. Aufl., Berlin 1971 (ND 1893)
- Aschoff, Hans-Georg: Die welfische Bewegung und die Deutsch-hannoversche Partei zwischen 1866 und 1914, in: Nds. Jb. f. Lg. 53 (1981), S. 41 — 64
- Ders.: Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866 — 1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches, Düsseldorf 1987 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus' und der politischen Parteien, Bd. 83)

- Aubry, Octave: Das zweite Kaiserreich (Le second Empire dt.), Leipzig 1938
- Barneyer, Heide: Annektion und Assimilation. Zwei Phasen preußischer Staatsbildung, dargestellt am Beispiel Hannovers nach 1866, in: Nds. Jb. f. Lg. 45 (1973), S. 303 — 336
- Dies.: Bismarck, die Annexionen und das Welfenproblem 1866 — 1890. Der unvollendete nationale Verfassungsstaat in Verteidigung und Angriff, in: Nds. Jb. f. Lg. 48 (1976), S. 397 — 432
- Dies.: Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat. Annexion und administrative Integration 1866 — 1868, Hildesheim 1983 (= Veröffentlichungen der Hist. Kom. für Niedersachsen und Bremen, XXV, Heft 14)
- Becker: Otto v. Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. u. erg. v. A. Scharff, Heidelberg 1958
- (Der) Berliner Hochverratsprozeß gegen den königlich hannöverschen Staats-Minister Grafen Adolf von Platen zu Hallermund. Mit den staatsrechtlichen Gutachten der Herren St.-R. Zachariae und R.-R. Neumann, München 1868
- Brandenburg, Erich: Die Reichsgründung, Bd. 2, Leipzig 1916
- Brosius, Dieter: Welfenfonds und Presse im Dienste der preußischen Politik in Hannover nach 1866, in: Nds. Jb. f. Lg. 36 (1964), S. 172 — 207
- Ders.: Georg V. von Hannover — der König des „monarchischen Prinzips“, in: Nds. Jb. f. Lg. 51 (1979), S. 253 — 291
- Bukey, Evan B.: The Guelph Movement in Imperial Germany 1866 — 1918, Phil. Diss., Ohio State University 1969
- Ders.: The exile Government of King George V. of Hanover 1866 — 1871, in: Canadian Journal of History V (1970), S. 71 — 92
- Busch, Moritz: Das Übergangsjahr in Hannover, Leipzig 1867
- Bußmann, Walter: Otto von Bismarck. Geschichte, Staat, Politik, Wiesbaden 1966
- Ders.: Preußen und das Jahr 1866, in: aPuZ, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 24 (1966), S. 19 — 27
- Cordemann, E. L. F.: Die hannoversche Armee und ihre Schicksale in und nach der Katastrophe von 1866, Hannover und Leipzig 1904 (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens XV)
- Deuerlein, Ernst: Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1866, in: aPuZ, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 25 (1966), S. 3 — 14
- Dictionaire De Biographie Française, sous la direction de J. Balteau, M. Barroux et M. Prevost, Tome 1 — 13, Paris 1933 — 1975
- Dittrich, Jochen: Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern. Die „Kriegsschuldfrage“ von 1870, München 1962
- Duckstein, Renate: Die Welfenlegion — die Politik des Königs Georg von Hannover in den Jahren 1866 — 1870 im Zusammenhang mit der großen europäischen Politik, Phil. Diss. masch., Göttingen 1922 (Zusammenfassung in: Jahrbuch der phil. Fakultät der Georg-August-Universität zu Göttingen 1923, S. 46 — 49)
- Ehrenfeuchter, Bernhard: Politische Willensbildung in Niedersachsen zur Zeit des Kaiserreiches, Phil. Diss. masch., Göttingen 1951
- Engelberg, Ernst: Bismarck. Urpreuss und Reichsgründer, Berlin 1985
- Fehrenbach, Elisabeth: Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, in: HZ (1980), Beiheft 6, N. F., 1980, S. 109 — 137
- Franz, Günther: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 — 1949, 3. erg. Aufl., Bremen-Horn 1957 (= Veröff. d. Nieders. Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe A 1, Bd. 33)
- Fraudendienst, Werner: Das Jahr 1866. Preußens Sieg die Vorstufe des Deutschen Reiches, Göttingen 1966 (= Hist.-Pol. Hefte der Ranke-Gesellschaft, H. 20)
- Füger, Jutta: Die Stellung der österreichischen Regierung zur welfischen Agitation 1866 — 1870, Phil. Diss. masch., Wien 1942
- Gall, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980
- Ders.: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850 — 1890, München, Wien 1984 (= Oldenbourg, Grundriß der Geschichte, hrsg. v. J. Bleicken u. a., Bd. 14)
- Geiss, Imanuel: Geschichte griffbereit, Bd. 5, Staaten, Hamburg 1983
- (La) Grande Encyclopédie Inventaire Raisonné Des Sciences, Des Lettres Et Des Arts, Tome 1 — 31, Paris 1925
- Hahn, Ludwig: Fürst Bismarck. Sein politisches Leben und Wirken urkundl. in Thatfachen und des

- Fürsten eigen. Kundgebung dargest. v. L. Hahn, Bd. 1, Berlin 1878
- Hardebeck, W.: Die Tätigkeit des Majors v. Düring im Jahre 1866 im Osnabrücker Lande und im Auslande, in: Mitteilungen des Vereins f. Gesch. u. Altertumskunde d. Hasegaues, H. 17 (1910) S. 9 — 15
- Hartmann, R.: Geschichte Hannovers von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. Mit besonderer Rücksichtnahme auf die Entwicklung der Residenzstadt Hannover, 2., erw. Aufl., Hannover 1886
- Hassell, William v.: Geschichte des Königreichs Hannover. Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke, Bd. 2.2, Leipzig 1901
- Herse, Wilhelm: Otto Fürst zu Stolberg-Wernigerode, in: Mitteldeutsche Lebensbilder, Bd. I, Magdeburg 1926, S. 344 — 356
- Herzfeld, Hans: Johannes von Miquel. Sein Anteil am Ausbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, Bd. 1, Detmold 1938
- Hillgruber, Andreas: Bismarcks Außenpolitik, Freiburg 1972
- Huber, Ernst R.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, Stuttgart 1963
- Klopp, Onno: Rückblick auf die preußische Annexion des Königreiches Hannover, 2. Aufl., München 1868
- Ders.: Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover. Mit Actenstücken, Wien 1869
- Ders.: Georg V., Hannover 1878
- Knesebeck, Ludolf G. v. d.: Die Sendung des hannoverschen Gesandten Ernst v. Knesebeck 1866 nach Petersburg in der Darstellung v. Hassells und in den authentischen Dokumenten, in: Nds. Jb. f. Lg. 8 (1931), S. 182 — 193
- Leffler, Werner: Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung 1866 — 1870, Phil. Diss., Rostock 1932
- Leonhardt, Hinrich H.: Bismarck und Hannover. Vorspiel und Nachspiel z. Krisis d. Jahres 1866, Hannover 1959
- Maatz, Helmut: Bismarck und Hannover 1866 — 1898, Hildesheim 1970
- Mann, Golo: Politische Entwicklung Europas und Amerikas 1815 — 1871, in: Propyläen-Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte, hrsg. v. G. Mann, Bd. 8, Berlin, Frankfurt, Wien, 1960, S. 367 — 582
- Nöll von der Nahmer, Robert: Bismarcks Reptilienfonds. Aus den Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches, Mainz 1968
- Oberschelp, Reinhard: Politische Geschichte Niedersachsens 1803 — 1866, Hildesheim 1988
- Pflanze, Otto: Bismarck and the development of Germany. The period of unification, 1815 — 1871, Princeton, New Jersey 1963
- Philippi, Hans: Zur Geschichte des Welfenfonds, in: Nds. Jb. f. Lg. 31 (1959), S. 190 — 254
- Picard, Edith A.: Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öffentlichkeit 1866 bis 1871, Phil. Diss., Zürich und Leipzig 1940
- Pitz, Ernst: Deutschland und Hannover im Jahre 1866, in: Nds. Jb. f. Lg. 38 (1966), S. 86 — 158
- Plumhoff, Fritz: Im Marschtritt für den König. Der Untergang des Königreichs Hannover und das Ende der Welfenlegion, HAZ v. 15./16. 3. 1980, Wochenendbeilage
- Pöls, Werner: Die Begründung des Norddeutschen Bundes, in: aPuZ, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 25 (1966), S. 31 — 46
- Pothoff, Heinrich: Die deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71, Bonn 1968
- Radewahn, Wilfried: Die Pariser Presse und die deutsche Frage unter Berücksichtigung der französischen Pressepolitik im Zeitalter der Bismarckschen Reichsgründung (1866 — 1870/71), Frankfurt/M., Bern, Las Vegas 1977
- Reese, Armin: Die Haltung der auswärtigen Mächte zur Annexion Hannovers 1866, in: Nds. Jb. f. Lg. 43 (1971), S. 141 — 167
- Richter, Ernst: Die geheimen Ausgaben aus dem Welfenfonds, Berlin 1891
- Rosendahl, Erich: König Georg V. mit einem Abriß der Geschichte des Hannoverlandes. Ein Gedenkbuch, Hannover 1928
- Rothert, Wilhelm (Hrsg.): Allgemeine hannoversche Biographie, Bd. 2, Hannover 1914
- Schieder, Theodor: Das Jahr 1866 in der deutschen und europäischen Geschichte, in: aPuZ, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 24 (1966), S. 3 — 17
- Ders.: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815 — 1871, Stuttgart 1976 (= Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 15)

Ders.: Staatensystem als Vormacht der Welt 1848 — 1918, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1982 (= Propyläen-Geschichte Europas, Bd. 5)

Schierenberg, Kurt A.: Die deutsch-französische Auseinandersetzung und die Luxemburger Frage, dargestellt vor allem an der Luxemburger Angelegenheit des Jahres 1867, Phil. Diss., Marburg 1933

Schmitt, Hans A.: Count Beust and Germany 1866 — 1870: Reconquest, Realignment or Resignation, in: Central European History I (März 1968)

Schnath, Georg: Georg V. von Hannover, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. d. Hist. Kom. bei der Bayerischen Akademie der Wiss., Bd. 6, Berlin 1964, S. 214 — 215

Ders.: Onno Klopp, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. v. d. Hist. Kom. bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 12, Berlin 1980, S. 115 — 116

Ders. u. a.: Geschichte des Landes Niedersachsen, 5., aktualisierte Aufl., Würzburg 1988 (= Territorien-Plöetz: Sonderausgaben)

Schwertfeger, Bernhard: Geschichte der Königlich Deutschen Legion 1803 — 1816, 2 Bde., Hannover und Leipzig 1907

Stehlin, Stewart A.: Bismarck and the new Province of Hannover, in: Canadian Journal of History, IV,2 (1969), S. 67 — 94

Ders.: Guelph Plans for the Franco-Prussian War, in: The Historical Journal (Cambridge England) XIII (1970), S. 789 — 798

Ders.: Bismarck and the Guelph Problem 1866 — 1890. A Study in Particularist Opposition to National Unity, The Hague 1973

Stern, Alfred: Georg Klindworth. Ein politischer Geheimagent des 19. Jahrhunderts, in: Historische Vierteljahrsschrift 25 (1931), S. 430 — 458

Sybel, Heinrich v.: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. 6, 3. Aufl., München und Berlin 1913

Valsecchi, Franco: Das Zeitalter Napoléons III. und Bismarcks (1854 — 1878), in: Historia Mundi, Bd. X, hrsg. v. F. Valjavec, Bern, München 1961, S. 53 — 92

Wippermann, (Vorname unbekannt): Georg V., König von Hannover, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 8, Berlin 1968 (ND 1878), S. 657 — 670

Wüstemeyer, Manfred: Demokratische Diktatur: Zum politischen System des Bonapartismus' im Zweiten Empire, Wien, Köln, Graz 1986 (= Dissertationen zur neueren Geschichte; 18)

Zwei Jahre Hietzinger Politik, Leipzig 1868

9 Personenregister¹

Adelebsen, Major von: welfischer Offizier, 1870 Mitglied in der von Georg V. einberufenen Vertrauenskommission

Armand, Ernest Comte: seit 1869 Kabinettschef des französischen Außenministers

Bacmeister, Georg: bis 1866 hannoverscher Staatsminister, danach Leiter des Geheimkomitees der welfischen Untergrundbewegung in Hannover

Bamberg, Felix: preußischer Konsul in Paris, führte 1870 die Verhandlungen mit Oskar Meding

Benedetti, Vincent Comte: französischer Botschafter in Berlin

Bernstorff, Albrecht von: preußischer Botschafter in London

Beust, Friedrich Ferdinand von: seit 1866 österreichischer Außenminister, 1867 — 1871 auch Reichskanzler

Bismarck, Otto von: 1862 — 1871 preußischer Ministerpräsident und Außenminister

Blome, Baron von: Bevollmächtigter Georgs V. in London

Borret: niederländischer Justizminister

Brandt, von: 1867 preußischer Generalpolizeidirektor in Hannover

Breda, Graf von: welfischer Gesandter in Paris, führte im Sommer 1870 die Bündnisverhandlungen mit der französischen Regierung

Cazaux: im Sommer 1870 französischer Botschafter in Wien

Daru, Napoléon: Januar bis April 1870 französischer Außenminister

Drouyn de Lhuys, Edmond: 1862 — 1866 französischer Außenminister

Düring, Adolf von: welfischer Offizier, Leiter der Hannoverschen Legion

Duve, Ernst: von der welfischen Exilregierung Ende 1866 zur Organisation der hannoverschen Auswanderer nach London gesandt

¹ Das Register bezieht sich lediglich auf die Funktionen der wichtigsten Personen im bearbeiteten Zeitraum.

- Elster: welfischer Hofkommissar, nach 1866 Mitglied der hannoverschen Exilregierung
- Ernst August, Herzog von Cumberland: Sohn Georgs V.
- Eulenburg, Friedrich Albrecht Graf zu: 1862 — 1887 preußischer Innenminister
- Georg V.: 1851 — 1866 König von Hannover, lebte zwischen 1866 und 1870 in Hietzing bei Wien und etablierte dort eine hannoversche Exilregierung
- Goltz, Robert Heinrich L. von der: 1862 — 1869 preußischer Botschafter in Paris
- Gramont, Antoine de: französischer Botschafter in Wien, ab Mai 1870 französischer Außenminister
- Grote, Ludwig: Pastor und welfischer Sympathisant, inspizierte 1869 im Auftrag der welfischen Exilregierung die welfischen Quartiere in Frankreich
- Hansen, Jules: dänischer Presseagent
- Harling, von: hannoverscher Militär und Welfenlegionär
- Hartwig, von: hannoverscher Militär und Welfenlegionär
- Hattensaur, Ernst: bis 1870 Legationskanzlist der welfischen Gesandtschaft in Paris
- Heise: welfischer Offizier, Mitglied der Hannoverschen Legion
- Holle, Carl August Baron von: welfischer Offizier, Organisator der Hannoverschen Legion
- Holstein, Friedrich von: preußischer Diplomat
- Klenck: welfischer Finanzrat und nach 1866 Mitglied der hannoverschen Exilregierung
- Klindworth, Georg: österreichischer Staatsrat und Geheimagent
- Klopp, Onno: welfischer Historiker und Mitglied der hannoverschen Exilregierung
- Knesebeck, Ernst von: im Sommer 1866 im Auftrag Georgs V. Besuch beim Zaren in Petersburg
- Kniep: welfischer Finanzrat und nach 1866 Mitglied der hannoverschen Exilregierung
- Knüsels, Josef Martin: 1855 — 1875 schweizerischer Bundesrat
- La Tour d'Auvergne-Lauragais, Henri Godefroy Bernard Alphonse Prince de: französischer Außenminister von Juli 1869 bis Januar 1870, Botschafter in Wien von Januar bis Juli 1870, wieder Außenminister von August bis September 1870
- Lex: welfischer Kabinettsrat und nach 1866 Mitglied der hannoverschen Exilregierung
- Linsingen, Baron von: 1866 hannoverscher Gesandter in Paris
- Marie: Königin von Hannover, lebte bis zum Juli 1867 auf der Marienburg bei Hannover, danach Aufenthalt in Hietzing bei Wien
- Meding, Oskar: welfischer Regierungsrat, 1867 — 1870 Gesandter Georgs V. in Paris
- Metternich, Richard von: österreichischer Botschafter in Paris
- Moustier, Lionel de: 1866 — 1868 französischer Außenminister
- Napoleon III.: 1852 — 1870 Kaiser der Franzosen
- Perponcher, Wilhelm von: preußischer Gesandter in Den Haag
- Platen-Hallermund, Adolph Carl L. Graf: 1855 — 1866 hannoverscher Staats- und Außenminister, 1866 — 1870 Leiter der hannoverschen Exilregierung
- Rothan: französischer Generalkonsul in Frankfurt
- Roon, Albrecht Theodor Emil Graf von: 1859 — 1873 preußischer Kriegsminister
- Rouher, Eugène: französischer Staatsminister
- Schwarz, Rittmeister: welfischer Offizier, 1870 Mitglied in der von Georg V. einberufenen Vertrauenskommission
- Scriba: welfischer Offizier, 1866 in Hamburg stationierter Geheimagent
- Solms-Braunfels, Carl zu: Stiefbruder Georgs V., reiste im Sommer 1866 in dessen Auftrag nach Paris zu Napoleon III.
- Solms-Sonnenwalde, Eberhard Graf zu: preußischer Botschaftsrat in Paris
- Steinmann: preußischer Polizeidirektor in Hannover
- Stieber: preußischer Regierungsrat und Leiter des Zentral-Nachrichten-Büros
- Stolberg-Wernigerode, Otto Graf zu: Oktober 1867 — 1873 Oberpräsident der Provinz Hannover
- St. Paul: Direktor im französischen Innenministerium
- Strohbach: Wiener Polizeidirektor
- St. Vallier, Charles Raymond: 1866 — 1868 Kabinettschef des französischen Außenministers, 1870 Gesandter in Stuttgart
- Thile, Herrmann von: 1862 — 1872 Unterstaatssekretär im preußischen Außenministerium bzw. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
- Tschirsnitz, Adolph von: welfischer Offizier und Offizier der Hannoverschen Legion

Vogel von Falckenstein, Eduard Ernst F. H.: General, bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges zum Militärgouverneur der Provinz Hannover ernannt

Voigts-Rhetz, Konstantin Bernhard von: bis September 1867 Generalgouverneur der Provinz Hannover, außerdem kommandierender General des X. Armeekorps'

Wedel, Alfred von: welfischer Offizier, lebte nach 1866 in Hietzing

Wehner: 1866 hannoverscher Konsul in London

Werther, Karl Frhr. von: preußischer Botschafter, 1859 — 1869 in Wien, 1869 — 1870 in Paris

Wilhelm I.: 1861 — 1870 König von Preußen, seit 1871 Deutscher Kaiser

Zuylen van Nyevelt, Graf: niederländischer Außenminister

10 Anhang

Anhang I

Die Mitgliederentwicklung der Hannoverschen Legion vom Mai 1867 bis zum März 1870

(aus: Kgl. HA, Dep. 103 V Nr. 488)

Zeitpunkt	Zugang	Abgang	Gesamtstärke
1867			
Mai—Juni	206	1	205
Juli	76	13	268
August	34	1	301
September	36	1	336
Oktober	56	11	381
November	39	2	418
Dezember	38	4	452
1868			
Januar	270	10	712
Februar	148	12	848
März	14	12	850
April	13	27	836
Mai	8	33	811
Juni	9	7	813
Juli	7	4	816
August	9	1	824
September	5	10	819
Oktober	6	3	822
November	13	1	834
Dezember	21	7	848

1869

Januar	40	8	880
Februar	15	8	887
März	2	12	877
April	2	2	877
Mai	1	3	875
Juni	—	7	868
Juli	1	3	866
August	—	13	853
September	—	6	847
Oktober	—	8	839
November	—	6	833
Dezember	—	6	827

1870

Januar	—	5	822
Februar	—	4	818
März	—	6	812

Anhang II

Die Entwicklung des Kassenstandes der Hannoverschen Legion vom November 1867 bis zum März 1870

(aus: NHStA, Hann 48a II, A, Nr. 1)

Zeitpunkt	Einnahmen (Francs)	Ausgaben (Francs)	Guthaben (Francs)
1867			
November—			
Dezember	950 000,00	143 356,51	806 643,49
1868			
Januar—März	207 743,26	950 560,75	63 826,00
April—Juni	774 316,20	808 442,41	29 699,79
Juli—			
September	624 187,60	376 434,69	277 452,70
Oktober—			
Dezember	283 860,40	451 504,14	109 808,96
1869			
Januar—März	220 000,00	285 252,61	44 556,35
April—Juni	220 000,00	242 970,67	21 585,68
Juli—			
September	232 368,35	219 655,35	34 298,68
Oktober—			
Dezember	210 000,00	225 624,93	18 673,75
1870			
Januar—März	162 168,90	167 359,00	13 483,65

Falko Rost

Die Kirche in Bevenrode

– eine mittelalterliche Pfarrkirche in der Inspektion Campen –

In den Jahren 1988 bis 1992 sind in bisher drei Abschnitten an der Kirche in Bevenrode (Abb. 1) größere Bauarbeiten zur statischen Sanierung und Innenrenovierung vorgenommen worden. In einem geplanten vierten Bauabschnitt soll 1994 die Innenvermalung abgeschlossen, vor allem soll der jetzt als „leer“ empfundene Chorraum mit einer Rekonstruktion des früher vorhandenen barocken Altaraufsatzes ausgefüllt werden.

Während der Kernzeit der Bauarbeiten, ca. Mitte 1989 bis Mitte 1990, hatte Pfarrer U. Adrian aus Bienrode die Vertretung der vakanten Pfarrstelle. So

waren für kurze Zeit die 1650 bzw. 1742 bis 1971 in einem Pfarrverband zusammengefaßten Kirchgemeinden Bevenrode, Waggum und Bienrode wieder unter gemeinsamer Verwaltung.

Die drei Orte, die mit dem Amt Campen¹ bis 1706 zum Fürstentum Lüneburg gehörten, wurden später in der kirchlichen Untergliederung der Inspektion

¹ Das Amt Campen z. Z. der Reformation im Fürstentum Lüneburg, 1529 der Superintendentur Gifhorn zugeteilt. Bei seiner Rückkehr zum Herzogtum Braunschweig 1706



Abb. 1: Kirche Bevenrode, Ansicht von Nordost 1988. Foto: Jutta Brüdern.

Campen zusammengefaßt. Die Kirchengebäude sind überwiegend mittelalterlich geprägt, kulturelle Gemeinsamkeiten sind erkennbar.

Gemäß P. J. Meier (BUK) gibt es in Bevenrode und Bienrode romanische, in Waggum gotische Bauteile. Die Gründung der jetzt noch vorhandenen Bauwerke ist für Bevenrode und Bienrode in der allgemeinen Kirchengründungszeit im 12./13. Jahrhundert anzunehmen, für Waggum eventuell im 14. Jahrhundert.

Da die frühen Patronate in allen Fällen bei Adelsfamilien lagen, ist auf deren Mitwirkung bei den Kirchengründungen zu schließen.

Nachdem im Mittelalter alle drei Kirchen auch Pfarrkirchen waren, wurde Waggum 1568 zunächst als mater combinata, später als Filial zu Bevenrode gelegt. Bienrode wurde seit 1650 Kollaboratur, später Filial von Bevenrode. Die unterschiedlichen Rechts-

(außerdem kamen auch noch die Orte Bevenrode, Waggum und Bienrode zu Braunschweig-Wolfenbüttel) wurde die Superintendentur Campen für den Amtsbezirk gebildet.

Zum Amt Campen gehörten vor 1706 12 Orte: Abbenrode, Beienrode, Boimstorf, Dibbestorf (ab 1575), Flechtorf, Gardessen, Hordorf, Lehre, Rotenkamp, Scheppau, Volkmarode (seit 1534), Weddel. Dazu kamen Essehof (seit 1538) und Bornum (1671 — 1706).

Der Suptdt. bzw. Inspektion Campen wurde 1714 die Pfarre Brunsrode, bisher Inspektion Kgl., beigelegt und das seit 1714 zu Königslutter gehörende Gardessen 1754 zurückgegeben.

1887 bis ca. 1933 gehörten zur Inspektion Campen:

- 1) Lehre: Kirche, Pfarre
- 2) Querum: Kapelle, Pfarre
- 3) Hondelage: Kirche, Pfarre
- 4) Wendhausen: Kirche, Pfarre
- 5) Wenden: Kirche, Pfarre; mit Thune
- 6) Volkmarode: Kirche, Pfarre, dazu Dibbestorf, Essehof und Schapen; Weddel: Kirche
- 7) Flechtorf mit Campen: Kirche, Pfarre; Beienrode: Kirche
- 8) Gr. Brunsrode: Kirche, Pfarre; dazu Kl. Brunsrode
- 9) Hordorf: Kirche, Pfarre
- 10) Gardessen: Kirche, Pfarre; Schandelah: Kirche
- 11) Bevenrode: Kirche, Pfarre; Bienrode: Kirche; Waggum: Kirche
- 12) Abbenrode: Kirche, Pfarre.

1903 war der Sitz der Superintendentur in Lehre.

Bei der Schaffung der 15 Propsteien der Landeskirche 1935 gehörten zur Propstei Lehre außer den Orten der alten Suptdt. Campen noch Cremlingen, Destedt, Erkerode, Hötzum, Rautheim, Sickte, Veltheim a. d. Ohe.

Die Propstei Lehre wurde 1976 aufgelöst, die meisten Orte wurden in die Propstei Königslutter eingegliedert. Sickte und Hötzum kamen zur Propstei Wolfenbüttel, Hondelage zum Stadtkirchenverband Braunschweig.

(Aus: Stübner, GOV, Dettmer, Schmidt-Phiseldeck, Pfarramtskalender)

stellungen waren in Resten noch in naher Vergangenheit erkennbar: Bei der Bestuhlungsaufteilung der Bevenroder Pfarrkirche hatten noch 1864 die Gemeindemitglieder aus Waggum und der hannoverschen (nach Bienrode eingepfarrten) Gemeinde Bechtsbüttel ausgewiesene Plätze, nicht aber die aus Bienrode.

Wie im Corpus bonorum zu lesen, war der Gang des Bevenroder Pfarrers zum Gottesdienst in Waggum eine Bringschuld; Bienrode dagegen war verpflichtet, den Pfarrer zum (in den drei Orten umschichtig gehaltenen) Gottesdienst mit Pferd und Wagen abzuholen. Auf die ehemalige gleichberechtigte Stellung aller drei Kirchen weist hin, daß seit dem 18. Jahrhundert die Pfarrer von drei Patronen abwechselnd berufen wurden.

Erst 1971 wurde Bienrode (seit 1605 mit der später hannoverschen Grenzgemeinde Bechtsbüttel) wieder Pfarrsitz eines eigenen Pfarrverbandes. Der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung und damit auch der Bedeutung der Kirchengemeinden Bevenrode und Waggum im Pfarrverband wurde 1976 Rechnung getragen. Seither gibt es den Pfarrverband Waggum mit dortigem Pfarrsitz, Bevenrode ist lediglich eine der zwei dazugehörenden Kirchengemeinden.

Anhand der Skizzen der drei baulichen Erscheinungsformen der Kirche seit dem Mittelalter (Abb. 2) soll die Baugeschichte kurz beschrieben werden.

I Die mittelalterliche Kirche, Entwicklung bis zum 19. Jahrhundert

Bis zum Abbruch der Anbauten und zur inneren Umgestaltung des Gebäudes 1864 hatte die Kirche noch weitgehend ihre mittelalterliche Bausubstanz. Der größte Teil der raumumschließenden Wände ist auch heute noch, wie von außen ablesbar, aus der Entstehungszeit. Das 1750 im Corpus bonorum von Pfarrer Johann Heinrich Schuhmacher (berufen 1745, gest. 1777) beschriebene Gebäude gliederte sich in den ursprünglichen, romanischen Kirchenbau und die Anbauten Chor und (vermutlich) Leichenhaus der gotischen Stilepoche. Die romanische Kirche, in der der erste erwähnte Pfarrer (Willekinus presbiter, 1348) amtierte, bestand lediglich aus dem gedrunge-
nen, 11,10 / 8,14 m großen Schiff und dem querrecht-

DIE KIRCHE IN BEVENRODE , 3 BAULICHE ERSCHEINUNGSFORMEN , O.M.

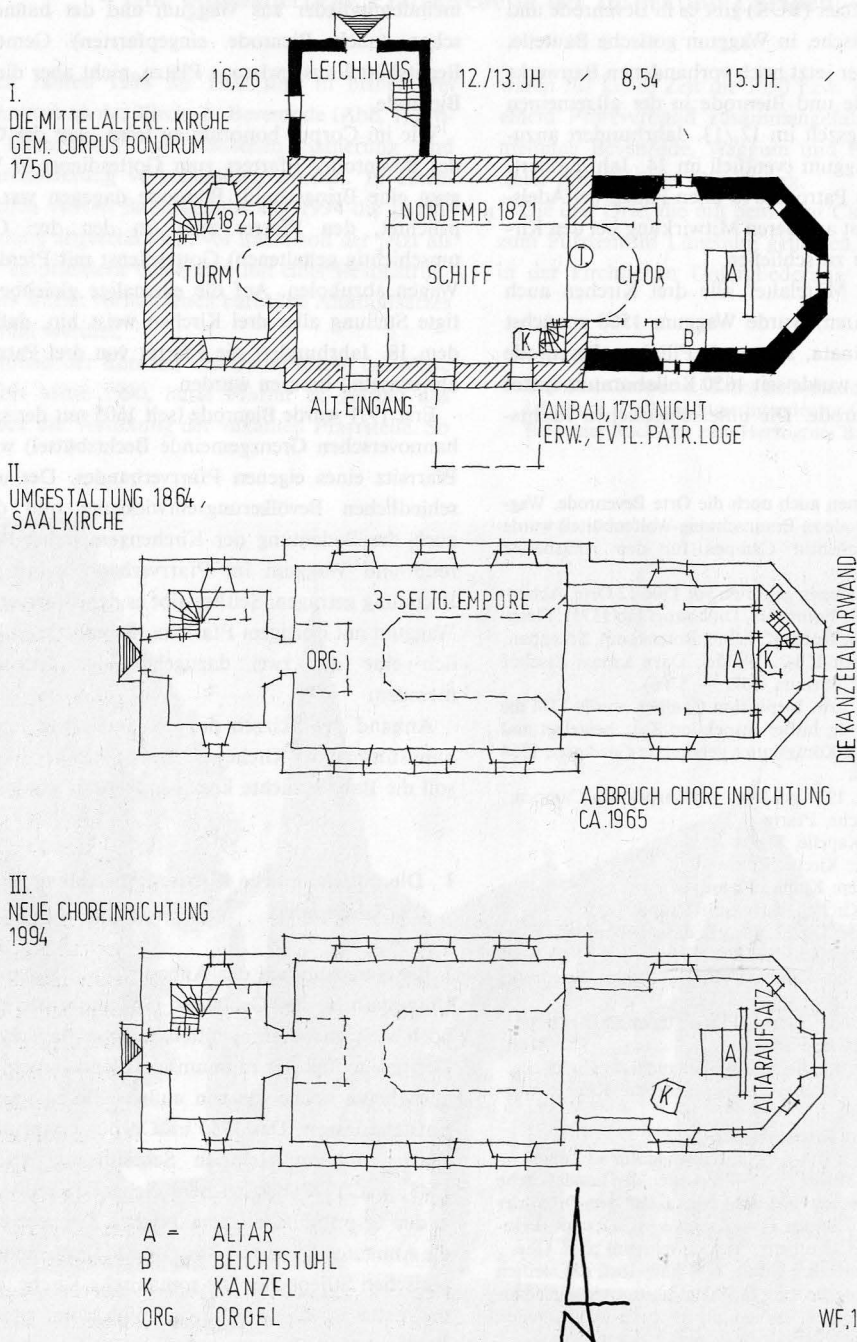


Abb. 2: Kirche Bevenrode, drei bauliche Erscheinungsformen.

eckigen, 6,80 / 5,15 m großen Turm. Der Turm war im Erdgeschoß durch einen Rundbogendurchgang mit dem Schiff verbunden, der Eingang des Schiffes war auf der Südseite. Ob der massive Giebel der Ostwand ununterbrochen war oder eventuell eine Apsis hatte, ist nicht bekannt.

Im 15. Jahrhundert wurde in Bevenrode, wie auch an den meisten anderen Dorfkirchen, ein langgezogener Chor angebaut. In diesem Fall um ca. 60 cm gegenüber der Flucht des Schiffes eingerückt und mit einem $\frac{3}{8}$ -Schluß versehen. Als Entstehungsjahr kommt 1422 in Betracht, wie der Stein in dem wohl gleichzeitig gebauten Leichenhause (zweigeschossig, ca. 4,48 / 3,64 m), auf der Nordseite des Schiffes besagte. Für die Erweiterung nach Osten wurde der Schiffgiebel durchbrochen, es entstand ein Chorbogen mit halbrundem Abschluß, \varnothing 2,24 m. Der Eingang der Kirche führte jetzt durch das nördliche Leichenhaus.

Der Turm war mit ca. 8,50 m sehr niedrig, seine ursprüngliche Höhe ist an den drei romanischen Doppelschallöffnungen unterhalb des Gesimses erkennbar. Seine Traufe wurde um 0,84 m vom First des Schiffdaches überragt. Die Haube bestand wahrscheinlich aus einem flachen vierseitigen Zeltdach.

An älterer Inneneinrichtung ist ein „von Steinen aufgemauerter“ Altar bekannt. Die Altarplatte mit der Reliquiengruft ist jetzt in der südlichen Schiffwand eingemauert. Die drei „gedoppelten Fenster hinter dem Altar“ werden wohl spitzbogig gewesen sein. Gotische Formen haben auch die noch vorhandenen drei Nischen zum Altardienst im Chor.

Durch die Reformation wurde das Gebäude nicht wesentlich verändert, es erhielt jedoch eine neue Einrichtung. Der wichtigste neue Gegenstand war die im Schiff südlich des Chorbogens aufgestellte Kanzel. Sie stand auf einem Pfeiler und hatte eine mit „Bildschnitzer-Arbeit“ versehene Schalldecke, dazu gehörte die Sanduhr mit vier Gläsern. Eine ähnliche Kanzelanlage besteht noch in Lucklum.

Für die seit der Reformation sitzende Gemeinde war eine Bestuhlung und damit größerer Raumbedarf erforderlich. Die ältere Westempore, Treppenaufgang im Schiff, mit den Kirchenständen der Gemeinden Waggum und Bechtsbüttel wird zugleich mit der Kanzel errichtet worden sein. Eine steinerne Traufe (jetzt nicht mehr vorhanden) wurde 1566 vorn im Chor aufgestellt.

Ebenfalls im Chorraum stand der eichene, mit Eisen beschlagene Armenstock (noch erhalten z. B. in Beienrode/Flechtorf).

Ein barocker, hölzerner Epitaph des Pastors Johann Hess wurde 1647 im Chor angebracht, er ist noch vorhanden. Der zweite wichtige barocke Einrichtungsgegenstand, der Altaraufsatz, den P. J. Meier in die 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts datiert, ist leider nur noch teilweise vorhanden. Seine Form ist nicht mehr bekannt. Pfarrer Schumacher berichtet 1750 über einen Altaraufsatz als „Tafel (über dem steinernen Altar) von Bildschnitzer-Arbeit mit verguldeten Bildern, sehr alt, ein Überbleibsel aus dem Pabsthum“. Ein Malerangebot von August 1844 beschreibt den „großen Altar, mit 4 weiß lackierten Säulen und 2 Ölgemälden“. Es ist nicht auszuschließen, daß Pfarrer Schuhmacher 1750 einen vorreformatorischen Flügelaltar gemeint hat, über den freilich nichts bekannt ist. Dieser Flügelaltar müßte bald nach der Eintragung in das Corpus bonorum, in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts durch einen barocken Hochaltar ersetzt worden sein.

Ausgehend von den erhaltenen Kunstwerken, den im Stil zueinander passenden Gemälden „Gekreuzigter in Abendlandschaft“ (obere Ecken 1864 gerundet), „Auferstehung“ und den zwei geschnitzten Apostelfiguren Petrus und Paulus, sowie den nicht mehr vorhandenen vier Säulen, dürfte es sich um einen ähnlichen Altaraufsatz gehandelt haben, wie er in Rautheim noch erhalten ist. Dieser zeigt die Merkmale: zwei Gemälde, vier Säulen, geschnitzte Figuren und gerundeten oberen Abschluß.

Zur restlichen barocken Einrichtung gehörten auf dem Chor ein Beichtstuhl mit Gitterfenstern, je ein geschlossener Stuhl für den Opfermann und Kirchenvorsteher und vier Bänke für Schulknaben. Die Bestuhlung im Schiff bestand wahrscheinlich aus zwei Blöcken, der hintere Teil war den Frauen vorbehalten. Auf der Nordseite saßen, bis auf drei Freistellen, die Frauen der Reihewohner aus Bevenrode, auf der Südseite, bis auf die Stellen der Pfarrwitwe und der Schule, die Frauen aus Waggum und Bechtsbüttel. Im vorderen Schiff und auf der Westempore saßen die Männer. Wegen des geringen Raumes gab es für sie keine eigenen Stände, es konnten überhaupt nur die Hälfte der in Frage kommenden Besucher sitzen.

Die Belichtung des Schiffes wurde durch nur fünf „Luchten“-Fenster (ca. 1,12 / 0,84 m) spärlich ge-

sichert. Alle Innenflächen waren weiß gekalkt, Bänke und Empore mit grauer Ölfarbe gestrichen.

Im Corpus bonorum nicht erwähnt, jedoch im Ortsriß der Generallandesvermessung erkennbar (C. C. W. Fleischer, 1758) ist ein südlicher Anbau an das Kirchenschiff. Hier kann es sich z. B. um eine in Privatbesitz befindliche Patronatsloge handeln.

Nach den Bedrückungen der französischen Besetzung regte sich die Kirchengemeinde in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, um einigen baulichen Bedarf im Kirchengebäude aufzuholen. Zwischen 1750 und 1821 war allein die Seelenzahl Waggums von 152 auf 264 gestiegen. Deshalb wurde auf der Nordseite des Schiffes eine neue Empore errichtet und mit der Westempore verbunden. Der gemeinsame Treppenaufstieg führte durch den Turm.

1824 gab es die günstige Gelegenheit, von der Fa. Noak/Braunschweig eine Orgel von sechs Registern für den Festpreis von 238 rt zu kaufen. Trotz vorhandenen Kaufpreises, der Zustimmung des Patrons (Kammerherr v. Grote, Oldenburg) und der Bereitschaft des Opfermanns Eppers, auf gesonderte Vergütung für das Orgelspiel zu verzichten, wurde das Vorhaben vom Konsistorium abgelehnt.

Immerhin konnte 1839 die geborstene Glocke von 117 Pfd. durch den Glockengießer Wicke, Braunschweig, auf das erhöhte Gewicht von 171 Pfd. neu gegossen werden.

1844 wurde der gesamte Innenraum neu vermalte, was bei den Tischlerarbeiten 1821 verblieben war. Die Holzflächen der Emporen waren vorher „fleischfarbig“ mit abgesetzten Füllungen gestrichen, die Bänke weiß. Alle Wandflächen des Schiffes und des Leichenhauses wurden wieder geweißt. Der Chor erhielt wahrscheinlich an Wänden und Decken blaue Leimfarbe. Bestuhlung und Kanzel, teilweise auch der Hochaltar, wurden mit weißer Ölfarbe gestrichen.

Von der Schiffsdecke wurde die weiße Kalkung entfernt, und die Balkenfelder wurden „rötlich“ mit Kreide gestrichen, die Balken und Deckenleisten jedoch weiß. Während der Malerarbeiten wurde die Schalldecke über der Kanzel abgenommen und beseitigt.

Größere Umbauwünsche kündigten sich 1850 an, als die Gemeinde beantragte, den „kastenförmigen“ Turm, dessen Traufe vom Schiffdach überragt wurde, um ca. 3,00 m zu erhöhen. Nach mancherlei Stellungnahmen und Kostenanschlägen lehnte 1853 das Kon-

sistorium den Antrag nicht zuletzt deshalb ab, weil möglicherweise ein Turmneubau den Wunsch nach einem neuen Kirchenschiff nach sich zöge.

II Umgestaltung 1864, Innenausbau als „Saalkirche“

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden die meisten Kirchen im Land mehr oder weniger baulich beeinflusst. Soweit das nicht in wenigen Ausnahmen um 1800 in frühklassizistischen (z. B. Flechtorf) oder bis ca. 1840 in klassizistischen Formen geschah (z. B. Süplingen), handelte es sich um Baumaßnahmen des Historismus in sich steigernder Ausdrucksform.

Die 17 Kirchengebäude der ehemaligen Inspektion Campen (Umfang ca. 1887 — 1933) gehören heute bis auf Querum und Hondelage zur Propstei Königslutter. Im Gegensatz zum östlichen Teil der Propstei Königslutter verblieb die äußere Prägung der Kirchen der ehemaligen Inspektion Campen überwiegend mittelalterlich.²

Die Kirche Bevenrode konnte trotz des Abbruchs des nördlichen Leichenhauses, neuer Fenster und eines neuen Westeinganges im Rundbogenstil ihren mittelalterlichen Charakter bewahren.

Der Kreisbaumeister Krahe³, Braunschweig, war 1861 zunächst zur Planung der Aufstellung einer

² Der Umfang der Inspektion Campen, Stand 1887, wird wegen des kulturellen und geschichtlichen Zusammenhanges der folgenden Übersicht zugrunde gelegt:

Von den 17 oben aufgeführten Kirchengebäuden sind äußerlich geprägt:

9 Kirchen oder 53 % mittelalterlich (Lehre, Hondelage, Wendhausen, Volkmarode, Weddel, Beienrode, Hordorf, Bevenrode, Abbenrode)

7 Kirchen oder 41 % vom Historismus des 19. Jahrhunderts (Querum, Wenden, Gr. Brunsrode, Gardessen, Schandelah, Bienrode, Waggum. 5 Kirchen oder 71 % davon haben jedoch weitgehend mittelalterliche Türme.)

1 Kirche oder 6 % ist/sind vom Frühklassizismus geprägt, die Kirche Flechtorf, mit dem Rothermundschen Schiff von 1806. Der Turm ist romanisch.

³ Aus: Theodor Müller, Stadtdirektor Wilhelm Bode, Leben und Werk. Braunschweiger Werkstücke, Bd. 29, Braunschweig 1963, S. 222: Friedrich Maria Krahe wurde am 8. 3. 1804 zu Braunschweig geboren und studierte seit 1821 Bauwissenschaften am Collegium Carolinum. Er war dann mehrere Jahre als Bauleve bei größeren Bauten in der Stadt Braunschweig beschäftigt. Auf den Bauakademien zu Berlin und München vollendete er 1826 — 1828 seine Ausbildung als Architekt. Nach Braunschweig zurückgekehrt, war er als Gehilfe seines Vaters Peter

Orgel hinzugezogen worden. Schon im September 1862 gab es aber den Wunsch des Kirchenvorstandes und Gemeinderates nach einer umfassenden Bauplanung. Krahe hatte zu dem Zweck eine Planung mit Kostenanschlägen vorgelegt, die die Turmerhöhung (2870 rt.), den Kirchengausbau (3100 rt.) und die Orgel (Fa. Lindrum, Braunschweig, 800 rt.) umfaßte. Wohl aus Kostengründen wurde die Turmerhöhung zunächst zurückgestellt.

Die Bauarbeiten an den raumumschließenden Teilen, die ab April 1863 anliefen, bestanden aus: dem Abbruch des nördlichen Leichenhauses und Verlegung des Einganges in die Westseite des Turmes, Erhöhung der Kirchenschiffwände um 4' auf insgesamt 21' (5,88 m); wahrscheinlich ist, daß dabei Schiff und Chor auf die gleiche Höhe gebracht und das Dach insgesamt erneuert wurde, Abbruch des Chorbogens und des wahrscheinlich noch vorhandenen massiven Schiffgiebels, Anlage der neuen großen Rundbogenfenster.

Die Innengestaltung war noch nicht endgültig durchgeplant und wurde während der Bauzeit nach den sich ergebenden Bedürfnissen geändert. Krahe hatte sich in dem nicht erhaltenen ersten Entwurf offensichtlich nach den geltenden Gepflogenheiten des Kirchenbaues gerichtet, die sich im Mai 1863 in den verbindlichen „Allgemeinen Grundsätzen beim Baue evangelischer Kirchen“, herausgegeben vom Herzoglichen Konsistorium, verdichtet hatten. Er hatte vorhandene Gebäudereste maßgebend genutzt, sich sowohl bei der Fassade als auch im Innenraum an einen geschichtlichen, den romanischen Baustil angeschlossen, der Eingang war nach Westen verlegt und eine Achse zum Altar geschaffen worden, Altar und Kanzel sollten getrennt an ihrem alten Ort verbleiben (in diesem Fall bestand gemäß Krahe keine Notwendigkeit des Chorbogenabbruchs), eine kleinere dreiseitige Empore mit Orgelaufstellung West

war vorgesehen. Im November 1863 stand die Konzeption der Inneneinrichtung fest. Die Seitenemporen sollten bis zum Choranschluß verlängert, die $\frac{3}{8}$ Chorabschlußnische durch eine Altarwand geschlossen werden, in der eine hinter dem Altar stehende Kanzel integriert war. Diese von dem Tischlermeister Jäger aus Groß Brunsrode zwar solide und bis in die Details neuromanische, jedoch sehr teure Inneneinrichtung entsprach dem Prinzip der aus dem 18. Jahrhundert stammenden „Saalkirchen“.

Die Hauptbestandteile waren immer noch die dreiseitige Empore des Schiffes, Kanzelaltarwand und feste, durch Brüstungen abgetrennte Kirchenstühle im Chor. Die östliche Schlußwand hatte mit dem von Außenwand zu Außenwand reichenden Element mit festeingebautem Altar und zwei Türen zum Altarumgang nur noch entfernte Ähnlichkeit mit den barocken oder klassizistischen Kanzelaltarwänden (z. B. Flechtorf). Bei der von Krahe gewählten Konstruktion fehlte die durchgehende Empore mit Brüstung, die über eine Treppe erreichbare Kanzel stand erhöht hinter dem Altar. Immerhin waren das historische Altargemälde der Kreuzigung und die beiden Apostelfiguren wiederverwendet worden (Abb. 3).

Noch 1866 in Wenden ausgeführt, ist die Einrichtung der „Saalkirche“ danach nicht mehr verwendet worden. Schon der Neubau des Kirchenschiffes in Waggum 1882 wurde in allen Teilen nach den „Allgemeinen Grundsätzen“ konsequent an romanische Vorbilder des Grundrisses und der Einrichtung angelehnt und entspricht einer späteren Schichtung des Historismus.

Bei der Innenputzsanierung 1990 sind Reste der Vermalung zum Vorschein gekommen. Danach hatten die Wände einen roten Farbton, die Deckenbalken waren rotbraun mit gelbgrünen Zwischenfeldern, Verzierungsleisten waren rot und blau. Hinter der Orgel ist ein Rest der originalen Deckenvermalung erhalten.

Die Einweihung der fertigen Kirche, die Gesamtkosten betrugen 5357 rt., zugleich die Orgelweihe, wurde am 9. 10. 1864 von Superintendent Bodenstein, Lehre, unter großer Teilnahme der Orts- und Nachbargemeinden vollzogen. Er beschreibt zuvor die Baumaßnahme: „Die Kirche zu Bevenrode hat nicht nur einen neuen Ausbau erfahren, sondern einen völligen Umbau. Vom vorigen Inneren derselben, Altar, Kanzel, Emporen, Stühlen ist nichts be-

Joseph Krahe, seit 1833 als Gehilfe des Stadtbaumeisters Köllsch tätig. Am 18. 3. 1836 wurde er zum Baukondukteur, am 24. 11. 1842 zum Kreisbaumeister ernannt. Am 1. 1. 1873 trat Krahe mit dem Titel eines Baurats in den Ruhestand. Er starb am 29. 8. 1888 auf einer Reise von München nach Braunschweig. Krahe hatte auf zahlreichen Reisen die europäischen Baudenkmäler kennengelernt, er war Mitbegründer und langjährig führendes Mitglied des Kunstklubs. (NST.A,W: L Neu Abt. 12A Fb. 11 Nr. K 138)



Abb. 3: Kirche Bevenrode, Ostansicht der Kanzelaltarwand 1960. Foto: Landeskirchenamt Wolfenbüttel.

stehen geblieben, vielmehr alles weggenommen, als unbrauchbar verkauft und neu gefertigt. Nach Abbruch des nördlichen Vorbaues aber sind selbst die Außenwände um der neuen gleichmäßigen Fenster willen, so gut wie neu aufgeführt, wenn auch hier und da ein Theil des alten Mauerwerkes geblieben ist. Unter diesen Umständen hält Superintendent eine neue Einweihung der Kirche für erforderlich . . .”

Die geplante Turmerhöhung war 1863 unvollendet geblieben, wegen eingetretener Bauschäden und der unbefriedigenden Ansicht wurde das Vorhaben seit 1875 vorangetrieben.

Nachdem der Kreisbaumeister Wiehe, Braunschweig, 1876 ein Gutachten erstellt hatte, wonach die Turmerhöhung einschließlich des Glockenstuhles für zwei Glocken für 10800,— M erstellt werden konnte,

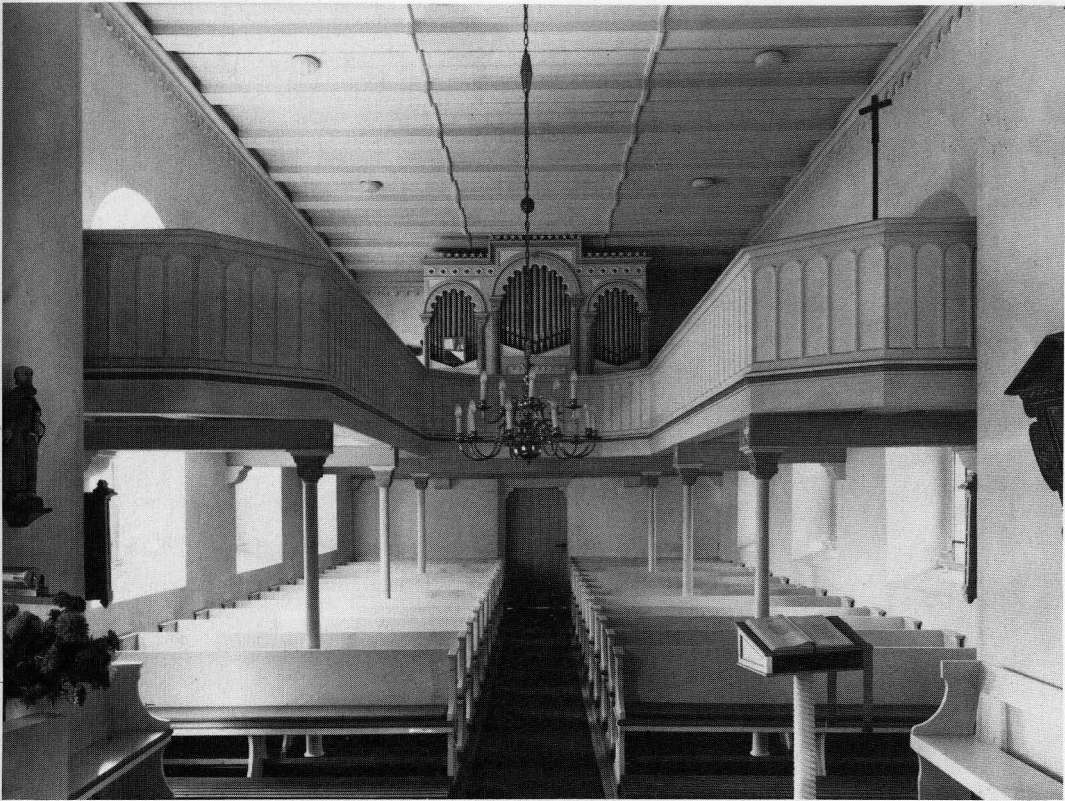


Abb. 4: Kirche Bevenrode, Westansicht der Empore und der Orgel vor der Innenrenovierung, 1988. Foto: Jutta Brüdern.

wurde der Bau 1877 so ausgeführt, wie er noch jetzt zu sehen ist. Die Traufe ist mit ca. 14,10 m deutlich höher als das Schifdach, die Bedachung besteht aus dem spitzen, schiefergedeckten Pyramidendach. Um die zwei neuen gußeisernen Glocken bei der Gußstahlfabrik Bochum kaufen zu können, wurde zuvor die alte Bronzeglocke verkauft. Die größere Glocke 1) wiegt 375 kg bei einem Ø von 940 mm, die kleinere Glocke 2) wiegt 200 kg bei einem Ø von 160 mm. Die fertige Anlage wurde am 11. 11. 1877 mit einem feierlichen Gottesdienst eingeweiht.

III Maßnahmen bis zur neuen Choreinrichtung 1994

Die einheitliche historistische Inneneinrichtung in der Spätform der „Saalkirche“ von 1864 hatte etwa 100 Jahre Bestand.

Nach 1864 wurden nur noch Erhaltungs- und Verschönerungsarbeiten im Innenraum durchgeführt, über die es wenig Nachricht gibt. So fanden ca. 1910 und 1934 Vermalungen statt, die sich an der Situation von 1864 orientierten. Zusammen mit der Vermalung um 1910 könnten das farbig verglaste Chorfenster und die „Jugendstilfenster“ im Schiff eingesetzt worden sein. Seit 1891 war der Raum durch einen Regulier-Fülllofen heizbar, die Installation der Lichtanlage wurde erst nach 1934 verlegt. Etwa Anfang der 60er Jahre muß durch eine schlichte, weiß und grau gehaltene Vermalung die alte Farbgebung überdeckt worden sein, außerdem bekam die Kirche damals die elektrische Unterbankheizung. 1962 entschloß sich der Kirchenvorstand, der Bevenroder Kirche den Namen „St. Peter und Paul“ anhand der zwei barocken Apostelfiguren zu geben.

In einer bis heute ungeklärten Aktion, die dem Landeskirchenamt nicht gemeldet war, wurde ca.



Abb. 5: Kirche Bevenrode, Ostansicht des Chorraumes vor der Innenrenovierung, 1988. Foto: Jutta Brüdern.

1965 die gesamte Choreinrichtung mit Kanzelaltarwand und Seitengestühl abgebrochen. Erhalten blieben lediglich der Altartisch und die historischen Teile, wie das Kreuzigungsgemälde und die zwei Apostelfiguren. Zusammen mit dem freistehenden Altar war eine provisorische Kanzel aus Spanplatten die einzige Choreinrichtung. Spuren der abgebrochenen wandständigen Kirchenstühle waren im Fußbodenbelag sichtbar (Abb. 4 u. 5).

Die anfangs erwähnten, 1988 — 1992 vom Baureferat des Landeskirchenamtes betreuten Arbeiten zur statischen Gebäudesicherung und Innenrenovierung waren zum größten Teil dringender baulicher Nachholbedarf. Insgesamt bestanden die mit der staatlichen Denkmalpflege abgestimmten Maßnahmen aus: Im 1. Bauabschnitt 1988:

Unterfangung des Nordfundamentes, Fundament-sanierung Schiff mit Traufpflaster, Regenwasserab-
leitung.

Im 2. Bauabschnitt 1989/90:

Innenputzsanierung, Installation Warmwasserzen-
tralheizung mit Gastank, Tischlerarbeiten, Restaurie-
rung einer historischen, aus der Propstei Helmstedt
übernommenen Kanzel, statische Sanierung Kirch-
turm-mauerwerk, Fassadenbeschichtung Turm mit
„steinsichtigem Putz“.

Im 3. Bauabschnitt 1991/92:

6 Jugendstilfenster im Schiff restauriert, Fußboden-
ergänzung im Turmraum und Chor (dort mit historis-
chen Ziegeln), Vermalung der Schiffwände und
-decken gemäß Gestaltung von 1934. Die Finanzie-
rung zur Erhaltung und Restaurierung im Sinne der
Denkmalpflege von ca. DM 362000,— wurde allein
vom landeskirchlichen Haushalt getragen; die Kir-
chengemeinde beteiligte sich mit Eigenleistung und
Spendenmitteln.

Zur Vorbereitung des abschließenden 4. Bauab-
schnittes der Innenraumgestaltung stellten Ende 1992



Abb. 6: Kirche Bevenrode, Choransicht mit neuem Altaraufsatz 4/1994. Foto: Jutta Brüdern.

die Bauleitung und der Kirchenvorstand gemeinsame Überlegungen an. Davon ausgehend, daß es für die historistische dreiseitige Emporenanlage im Chor keine bauliche und künstlerische Entsprechung mehr gab, wurde erwogen, den Altaraufsatz der Barockzeit zu rekonstruieren. Seit dem 6. 12. 1992 bis Ende 1993 stand ein vom Bildhauer E. Naumawitsch, Salzgitter, konzipiertes Modell eines Altaraufsatzes im Chorraum, für dessen endgültige Rekonstruktion und Restaurierung sich die Kirchengemeinde ausgesprochen hat.

Wie unter I beschrieben, wird der neue Aufsatz im herausgehobenen Mittelteil das Kreuzigungsgemälde zeigen, in den zwei Seitenteilen die Apostelfiguren. Der Aufsatz steht auf einer geschwungenen Predella, ist durch einen Rundbogen über dem Mittelteil abgeschlossen und weist als stilistische Verbindung zur historistischen Emporenanlage Schmuckelemente und Rahmenteile des ehemaligen, aus gleicher Zeit stammenden Orgelprospektes der Kirche Mönchevahlberg auf (Abb. 6).

Die einheitliche Choreinrichtung des Jahres 1864 ist zwar unwiederbringlich verloren. Mit der Rekonstruktion des Altaraufsatzes, der restaurierten älteren Kanzel und der an den Längsseiten aufgestellten Bänke hat der Chorraum zur Teil-Einweihung im April 1994 eine der Gesamtbedeutung der Kirche entsprechende Qualität zurückerhalten.

Literatur:

Die Bau- und Kunstdenkmäler des Herzogthums Braunschweig. II. Bd., Kreis Braunschweig (BUK), Dr. P. J. Meier, Wolfenbüttel, 1900.

Geschichtliches Ortsverzeichnis des Landes Braunschweig. 218 Bevenrode (GOV), Hermann Kleinau, Hildesheim 1968.

Corpus bonorum der Kirchengemeinde Bevenrode von 1750. Historische Bauakten des Landeskirchlichen Archivs, Braunschweig

Bevenrode Kirchenbau 1790 — 1853 = 96 =

Bevenrode Kirchenbau 1861 — 1896

Bevenrode Kirchenbau 1897 — 1951 = 7 =

Bauwesen und Bauten im Herzogtum Braunschweig zur Zeit Carl Wilhelm Ferdinands 1780 — 1806, Claus Rauterberg, Braunschweig 1971.

Falko Rost
Bruchbreite 15
38173 Dettum

Herbert Blume

Braunschweiger Straßennamen: Hutfiltern, Kattreppeln und Abelnkarre

1 Zur Qualität der Braunschweiger „Straßennamen-Bücher”. Eine notwendige Vorbemerkung

Es gibt kein Nachschlagewerk, in dem man verlässliche Auskunft über die Herleitung und die historische Bedeutung der Braunschweiger Straßennamen fände. Die beiden existierenden Bücher (das eine von Heinrich Meier, das andere von Monika Zeidler), auf die man stößt, wenn man sich über den Namen einer der Straßen Braunschweigs (innerhalb der Wälle) informieren möchte, sind jedes auf seine Weise unzulänglich. Um diesem Zustand wenigstens partiell abzuhelpen, seien im folgenden drei der erklärungsbedürftigsten Braunschweiger Straßennamen hinsichtlich ihrer historischen Bedeutung erläutert. Zunächst aber noch ein Wort zu den genannten Nachschlagewerken.

Mit großem Respekt vor der Leistung des Verfassers ist Heinrich Meiers vor 90 Jahren erschienene, immer noch die Grundlage jeglicher Beschäftigung mit Braunschweiger Straßennamen bildende Darstellung „Die Straßennamen der Stadt Braunschweig”¹ zu kritisieren. Meiers Verdienst ist es, eine Vielzahl von Belegen für die mittelalterlich-frühneuzeitlichen Bezeichnungen der Straßen innerhalb der Umflutgräben aus den Quellen (Urkunden, Stadtansichten und Stadtplänen) des Braunschweiger Stadtarchivs zusammengetragen zu haben. Sein Buch ist im wesentlichen eine Quellensammlung: „[...] habe ich durch Sammlung der Tatsachen zunächst nur eine Grundlage schaffen wollen, auf der es den Sprachforschern möglich sein sollte, weiter zu bauen.”² Bei der sprachhistorischen Deutung schwer verstehbarer

Namen hält sich der philologische Laie Meier (er war Oberstleutnant von Beruf) vernünftigerweise zurück, und wo er sich dennoch manchmal ein wenig vorwagt, stützt er sich auf Ratschläge des Braunschweiger Archivars Ludwig Hänselmann.³ Dieser hatte sich nun zwar im Laufe seines Berufslebens als Stadtarchivar eine eindrucksvolle praktische Vertrautheit mit der mittelniederdeutschen Sprache erworben, an sprachhistorisch-namenskundlichen Fachkenntnissen mangelte es ihm aber gleichfalls. Hänselmann hatte Theologie und Geschichte studiert, Germanist war er nicht. Sprachhistorisch sind daher die Namenerklärungen in Meiers Buch mager, bisweilen sogar mißweisend — und damit in der Sache auch manchmal falsch.

Ein anderer Mangel von Meiers Arbeit besteht darin, daß er die Fundstellen seiner Namenbelege nur sehr unregelmäßig angibt. Meist beschränkt er sich auf die Mitteilung einer Jahreszahl, so daß es in den meisten Fällen schwerfällt, Meiers Belege hinsichtlich ihres Kontextes und auch hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit zu überprüfen.

Ungeachtet aller Unvollkommenheiten ist der Nutzen von Meiers Werk als Quellensammlung aber nach wie vor beträchtlich. Die Pionierarbeit des Autodidakten Heinrich Meier verdient alle Anerkennung. Sein Buch wird auch in Zukunft Ausgangspunkt jeglicher Braunschweiger Straßennamenforschung sein.

Wenig Positives läßt sich dagegen über Monika Zeidlers derzeit im Handel befindliches Büchlein „Mauernstraße, Klint und Werder . . .!’ Markt- und Straßennamen in Braunschweig”⁴ sagen. Zeidler stützt sich, was selbstverständlich ist, auf Meiers

¹ Die Straßennamen der Stadt Braunschweig. Von Heinrich Meier, Oberstleutnant z. D. Mit einem Plane. Wolfenbüttel 1904 (Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte. Herausgegeben von dem Geschichtsvereine für das Herzogtum Braunschweig. Bd. I).

² Ebd., S. 1.

³ Ebd. — Über Hänselmann: Manfred R. W. Garzmann: Ludwig Hänselmann (1834 — 1904). Erster hauptamtlicher Stadtarchivar Braunschweigs. Braunschweig 1984 (Stadtarchiv und Stadtbibliothek. Kleine Schriften. 12).

⁴ Monika Zeidler: „Mauernstraße, Klint und Werder . . .!’ Markt- und Straßennamen in Braunschweig. Braunschweig 1981.

Belegsammlung, schreibt diese aber leider nicht durchweg sinnvoll aus. Die von ihr selber — auf eigene Verantwortung also — hinzugefügten sprachgeschichtlichen Erklärungen der Straßennamen stellen meist eine Mischung aus Richtigem, Mißverständnis-Halbrichtigem und Nonsens dar. Die Gewichtung dieser Komponenten wechselt von Artikel zu Artikel; das Gesamtergebnis ist nicht akzeptabel. Daß die Verfasserin sich in sprachgeschichtlichen, d. h. auch namenkundlichen Dingen nicht auskennt, dokumentiert bereits die ganz unbraunschweigische Sprachgestalt eines von ihr für braunschweigisch gehaltenen Gedichts „Murenstrate, Klint un Weeder“, mit dem sie ihre Ausführungen einleitet.⁵ Insgesamt betrachtet, enthält Zeidlers Buch so viele, z. T. groteske Fehlinformationen, daß generell davor gewarnt werden muß, Zeidlers Plaudereien Glauben zu schenken.

Wie fehlerhaft im einzelnen Zeidlers Angaben sein können, sei exemplarisch an ihrem Artikel „Hutfiltern“ verdeutlicht (Abschnitt 2.1 des folgenden). In den Abschnitten 2.2 (Kattreppeln) und 2.3 (Abelnkarre) werde ich von einer ins Detail gehenden Darstellung ihrer Irrtümer absehen.

2.1 Hutfiltern

Monika Zeidlers Hutfiltern-Artikel lautet wie folgt:

„In dieser Straße wohnten im mittelalterlichen Braunschweig die Hutmacher, nach dem Material, das sie verarbeiteten, dem Filz, auch die *Hutfilter* genannt. S- oder Z-Laute wurden im Niederdeutschen oft durch den härteren T-Laut ersetzt; so entstand *Hutfiltern*. Die Hutfilter gehörten zu den ärmeren Vertretern des Schneiderhandwerks; sie waren streng gehalten, lediglich nur Mützen, Kappen und Hüte herzustellen. — 1427 hieß diese Straße *in den hotwelkeren*, 1462 *in den hotfiltern* und ab 1606 galt die verkürzte Form *Hutfiltern*.“⁶

Abgesehen davon, daß die Hutmacher (niederdeutsch: *hōtfilter*) den Filz nicht — wie Zeidler

schreibt — nur „verarbeiteten“, sondern ihn auch selbst herstellten (und gerade deswegen die Berufsbezeichnung *-filter* ‚Filzmacher‘ trugen) und daß es in Anbetracht dessen problematisch ist, ihr Gewerbe kurzerhand dem „Schneiderhandwerk“ zuzuschlagen⁷, enthält Zeidlers kurzer Text an acht weiteren Stellen Irrtümer bzw. Fehlinformationen. In die Irre weisen den Leser die Wörter (a) *Hutfilter*, (b) *oft*, (c) *härteren*, (d) *ersetzt*, (e) *entstand*, (f) *hieß*, (g) *galt*, (h) *verkürzte Form*. Im einzelnen:

a) *Hutfilter*. Zu keinem Zeitpunkt wurden „im mittelalterlichen Braunschweig“ die Hutmacher (auf hochdeutsch) *Hutfilter* genannt, sondern — wie die von Zeidler aus Meiers Sammlung übernommenen Belege ja auch zeigen — (auf niederdeutsch) *hōtwelker* oder *hōtfilter*. Die Verfasserin geht, wie sich im weiteren noch mehrfach zeigen wird, von der geschichtswidrigen Annahme aus, in Braunschweig sei im Mittelalter Hochdeutsch⁸ gesprochen worden.

(b) *oft*. Das Lautgesetz, auf das Zeidler sich hier bezieht (hochdeutsch <z> und <s> entsprechen niederdeutsch <t>), gilt nicht nur „oft“, d. h. dann und wann, sondern es gilt regelmäßig.⁹



⁷ Über die Braunschweiger Hutmacher, ihre Tätigkeit und ihre Produkte informiert: Werner Spiess: Geschichte der Stadt Braunschweig im Nachmittelalter. Vom Ausgang des Mittelalters bis zum Ende der Stadtfreiheit (1491 — 1671). 1. Halbband. Braunschweig 1966, S. 281 f.

⁸ Bis zum Ende des Mittelalters sind die Begriffe „Hochdeutsch“ und „Niederdeutsch“ ausschließlich sprachgeographisch zu verstehen. „Hochdeutsch“ ist, bezogen auf diese Epoche, die Bezeichnung für das Gesamt der deutschen Dialekte südlich einer gedachten Linie, die von Westen nach Osten — grob gesagt — entlang den Mittelgebirgen verläuft; „Niederdeutsch“ bezeichnet das Gesamt der Dialekte nördlich davon. Eine alles überwölbende einheitliche Schriftsprache (oder gar Sprechsprache) gab es nicht. Erst seit dem Beginn der Neuzeit hat sich eine im Verlauf der Jahrhunderte allmählich immer homogenere werdende Schriftsprache herausgebildet. Weil sie auf der Basis hochdeutscher Schriftdialekte (Sächsisch-Thüringisch und anderer) entwickelt worden ist, hat sie den Namen „Hochdeutsch“ erhalten. Dieser moderne Begriff von „Hochdeutsch“ (im Sinne einer orthographisch und grammatisch fixierten Einheitssprache) ist im Hinblick auf das Mittelalter und das 16. Jahrhundert nicht gemeint.

⁹ Es handelt sich hier um einen Teilaspekt derjenigen frühmittelalterlichen Veränderungen im hochdeutschen Konsonantensystem (genauer: der später als hochdeutsch zu bezeichnenden Dialekte), die man seit Jacob Grimm die „Zweite“ oder „Althochdeutsche Lautverschiebung“ nennt.

⁵ Ebd., S. 5.

⁶ Ebd., S. 38 f. — Die sich dort noch anschließenden Ausführungen Zeidlers über die Gerber in Braunschweig können hier übergangen werden.



Abb. 1: Blick vom Kattreppeln auf Hutfiltern und Damm (ca. 1896).

(c) *härteren*. Es geht bei dem von Zeidler hier thematisierten Unterschied zwischen <t> einerseits, <s> und <z> andererseits nicht um „hart“ oder „weich“ „stimmlos“ im Gegensatz zu „stimmhaft“, sondern um die Opposition zwischen dem Verschlußlaut /t/, dem Reibelaut /s/ und der Kombination beider Artikulationsprinzipien: /ts/ (geschrieben: <z>).

(d) *ersetzt*. Hier nun stellt Zeidler den Verlauf der deutschen Sprachgeschichte kurzerhand auf den Kopf. Nicht die hochdeutschen Lautverhältnisse wurden in Norddeutschland durch die niederdeutschen ersetzt, sondern gerade umgekehrt: Die niederdeutsche Sprache ist die in Norddeutschland historisch ältere, und eben sie wird hier durch die (von Norddeutschland aus betrachtet: jüngere) hochdeutsche „ersetzt“. Dieser Prozeß der Ablösung des Nieder-

deutschen durch das Hochdeutsche geschieht in Braunschweig in der geschriebenen und gedruckten Sprache seit dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts.¹⁰ Wir erkennen das in Zeidlers Belegbeispielen an der Ersetzung der Form *hotfiltern* (1462) durch die Form *Hutfiltern* (1606). Als gesprochene Sprache ist das Niederdeutsche in der Stadt Braunschweig erst um die Mitte unseres Jahrhunderts verklungen.¹¹

¹⁰ Vgl. z. B. Timothy Sodmann: Der Rückgang des Mittelniederdeutschen als Schreib- und Druckersprache. In: Werner Besch, Oskar Reichmann, Stefan Sonderegger (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. 2. Halbbd. Berlin/New York 1985, S. 1289 — 1294.

¹¹ Vgl. Mechthild Wiswe: Sprache. In: Richard Moderhack (Hrsg.): Braunschweigische Landesgeschichte im Überblick. 3. Aufl. Braunschweig 1979, S. 245 — 257.

(e) *entstand*. Wie schon im Wort „ersetzt“ offenbart sich auch in dieser Formulierung die abwegige Annahme, das Hochdeutsche sei in Braunschweig die im Vergleich mit dem Niederdeutschen ältere Sprache. Das Gegenteil ist richtig.

(f) *hieß*. Diese Ausdrucksweise, die Zeidler in ihrem Buch auf Schritt und Tritt verwendet, zeugt von der falschen Vorstellung der Verfasserin, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit habe es — wie es heute der Fall ist — feste oder gar verbindlich fixierte Straßennamen gegeben. Um beim vorliegenden Beispiel zu bleiben: 1427 „hieß“ die Straße nicht *in den hotwelkeren*, und 1462 „hieß“ sie nicht *in den hotfiltern*, sondern die Schreiber der Urkunden, aus denen die Belege stammen, bezeichneten die Lage der Häuser, auf die sich das zu beurkundende Rechtsgeschäft bezieht, mit eben diesen Ausdrücken. Sicherlich besaßen die gewählten Formulierungen eine gewisse Festigkeit, so daß ein Braunschweiger Bürger wissen konnte, welche Straße gemeint war, offiziellen Charakter im heutigen Sinne hatten sie jedoch nicht. Ein und dieselbe Straße konnte gleichzeitig mehrere Bezeichnungen aufweisen und unter mehreren Bezeichnungen urkundlich festgehalten werden, je nach dem Belieben des Schreibers. Umgekehrt konnten auch innerhalb ein und derselben Stadt bestimmte Straßenbezeichnungen mehrfach vorkommen, in Braunschweig z. B. der Ausdruck *kerne*, der nicht ausschließlich für die im Hagen gelegene, später *Abelnkarre* genannte Straße verwendet wurde, sondern auch noch für eine Straße in der Neustadt. Zeidlers Formulierung „hieß“ projiziert die Vorstellungen unserer Zeit unhistorisch ins Mittelalter.

(g) *galt*. In dieser Formulierung zeigt sich das im Wort „hieß“ augenfällig gewordene Mißverständnis nochmals.

(h) *die verkürzte Form*. Sicherlich ist der Ausdruck *Hutfiltern* um zwei Wörter kürzer als der Ausdruck *in den hotfiltern*. Zeidler ignoriert hier aber die Unterschiedlichkeit der Kontexte, aus denen die Belegformen stammen. Die längeren, mit Präposition und Artikel eingeleiteten *in-den*-Belege sind aus Urkunden, somit aus Satzkontexten entnommen. Es sind Ortsangaben, die auf die implizite Frage „Wo liegt das betreffende Haus?“ antworten. Den Beleg von 1606 hingegen hat Meier einem frühen Braunschweiger Stadtplan, der „Contrafactur der Stat

Brunswich“ von 1606 entnommen.¹² Bei der Eintragung von Straßennamen in Stadtpläne aber verzichtet man schon aus Raumgründen gern auf die einleitenden Präpositionen und Artikel. Aus dieser rein medienbedingten Kürze zu schließen, daß die „verkürzte Form“ seit 1606 „galt“, ist ganz und gar abwegig. Zeidlers Schlußfolgerung wird nicht nur durch einen kurzen Blick in Meiers Quellensammlung widerlegt (1671: *Im Hutt-Fültern*), sondern auch durch ein wenig zeitraubendere Blicke in jüngere Stadtpläne, z. B. in Andreas Carl Haackes „Distriktkarte“¹³ von 1764/66, wo wir ebenfalls *im Huth-Filtern* lesen.

Die am Beispiel „Hutfiltern“ sichtbar gewordene Mischung von sprachhistorisch-namenkundlichen Irrtümern, anachronistischen Fehlschlüssen und schiefen Formulierungen prägt Zeidlers gesamtes Buch. Die Verfasserin gibt ihren Lesern — viel zu häufig — Steine statt Brot.

Was hätte der informationssuchende Leser statt dessen erwarten dürfen? Bleiben wir beim Straßennamen „Hutfiltern“.

Das Absonderliche, beim ersten Hören sogar Komische dieses Namens liegt ja darin, daß der zweite Teil des Wortes wie der Infinitiv unseres neuhochdeutschen Verbums *filtern* klingt — als ob dort „Hüte gefiltert“ würden (oder gefiltert worden wären). Selbstverständlich nimmt niemand, der den merkwürdigen Straßennamen hört, dies ernsthaft an. Daß der Name etwas mit der Produktion von Filzhüten zu tun haben muß, daß es sich um die Straße handeln wird, in der die Filzhutmacher gewohnt haben — darauf kommt wohl jeder bald von allein, das muß man kaum jemandem erklären.

Den Auskunftsuchenden dürfte es — abgesehen von ein paar wünschenswerten Hinweisen zur Geschichte des Hutmacherhandwerks in Braunschweig — doch wohl vor allem interessieren, warum die Straße *denn nicht einfach Hutmacherstraße* heißt. Wir haben ja auch schließlich eine Beckenwerkerstraße und eine Kannengießerstraße, bei denen die

¹² Reproduziert in: Jürgen Mertens: Die neuere Geschichte der Stadt Braunschweig in Karten, Plänen und Ansichten. Mit einem Abriß der älteren Stadtgeschichte und einer Zeittafel von Richard Moderhack. Braunschweig 1981, Bl. 11.

¹³ Reproduziert in: Mertens/Moderhack (wie Anm. 12), Bl. 35.

Wortstruktur ganz einfach und völlig transparent ist (allerdings: womit beschäftigten sich Beckerwerker und Kannengießer?).¹⁴ Warum also anstelle von *Hutmacherstraße* das komisch klingende *Hutfiltern*? Folgendes etwa wäre da mitzuteilen:

Vorweg, als Basisinformation (denn das pflegt man in der Schule nur selten zu erfahren): Bis etwa 1525 ist in Braunschweig das Hochdeutsche eine absolute Fremdsprache. Praktisch niemand kann es sprechen; zu schreiben beginnt man es ganz zaghaft seit dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts.¹⁵ Diese Verdrängung der (mittel-)niederdeutschen durch die (früh-)neuhochdeutsche Schriftsprache hat zunächst wenig mit Luther und der Reformation zu tun, mehr mit dem Niedergang der Hanse, wahrscheinlich eine Menge mit einem (wissenschaftlich schwer greifbaren) höheren Prestigewert des südlichen Deutsch, des „Hochdeutschen“ jener Zeit. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts ist dieser Ablösungsprozeß — was das geschriebene und gedruckte Deutsch betrifft — abgeschlossen. In den übrigen Städten Norddeutschlands vollzieht sich dieser Prozeß etwa zeitlich parallel.¹⁶ Demzufolge können in Braunschweig alle urkundlichen Straßennamenbelege vor ca. 1500 nur niederdeutsche Belege, keine hochdeutschen sein. Wenn wir mittelalterliche Straßennamen aus Braunschweig namenkundlich (d. h. sprachhistorisch) erläutern wollen, müssen wir also Wörterbücher der mittelniederdeutschen Sprache¹⁷ konsultieren, müssen uns überhaupt im Niederdeutschen einigermaßen auskennen.

Das Mittelniederdeutsche besaß (s. o.) zwei Ausdrücke für den Filzhut-Produzenten (der sich seinen Filz selber herstellte). Beide Berufsbezeichnungen rücken die Herstellung des Materials, das Filz-Wal-

ken, ins Blickfeld: *hôtwelker* und *hôtfilter*. Beide Wörter kommen in den mittelalterlichen Braunschweiger Belegen zunächst auch vor (s. o.), durchgesetzt hat sich im Braunschweiger Straßennamen auf die Dauer allein das Wort *hôtfilter*.

Das auslautende -n, das uns bei erstem Hören bzw. Lesen des Wortes an einen Infinitiv denken läßt, ist die Deklinationsendung des Dativs Plural. Ein großer Teil unserer Ortsnamen, nicht nur Straßennamen, sind „versteinerte“ Plural-Dative, so etwa die Siedlungsnamen auf -hausen¹⁸ oder auch die Ländernamen *Bayern*, *Franken*, *Schwaben*, *Hessen*¹⁹ usw. Dies liegt daran, daß Ortsnamen, wenn sie in Sätzen vorkommen, in den allermeisten Fällen eine Antwort auf die explizite oder implizite Frage „Wo?“ darstellen. Und auf diese Frage antwortet man im Deutschen mit einer Präposition plus Dativ. So auch im Falle von *in den hôtfiltern*, frei übersetzt ‚bei den Hutmachern‘.

Der ursprüngliche Dativ Plural *hôtfiltern* ist, wie die Stadtplan-Eintragungen von 1671 (*im Hutt-Fültern*)²⁰ und 1764/66 (*im Huth-Filtern*)²¹ belegen, bereits seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr als ein solcher verstanden worden, sondern wurde als Singular-Form interpretiert. So ist es bis heute geblieben. Man sagt in Braunschweig z. B., man habe jemanden „auf dem Hutfiltern“ getroffen, benutzt das Wort also im Singular. Das -n am Schluß des Wortes ist heute sogar fester Bestandteil des Namens in allen Kasus, einschließlich des Nominativs, geworden; der folgende Satz enthält die korrekte Nominativform des Namens: „Der Hutfiltern ist keine besonders lange Straße“. Was diese Uminterpretation des Endungs-n betrifft, haben sich die Braunschweiger Straßennamen *Hutfiltern* und *Ölschlägern* (1405: *by den olslegern*, ‚bei den Ölmüllern‘) parallel entwickelt.

Dem frühneuzeitlichen Übergang Braunschweigs (und Gesamt-Norddeutschlands) von der niederdeutschen zur hochdeutschen Schreibsprache und der im 19./20. Jahrhundert massiv eintretenden Ablösung des Niederdeutschen durch das Hochdeutsche als

¹⁴ Zu den Braunschweiger Beckenwerkern (Messingschmieden) und Kannengießern (Zinngießern) vgl. Spiess (wie Anm. 7), S. 313 ff. und S. 325 f.

¹⁵ Hierzu: Dieter Cherubim: Mehrsprachigkeit in der Stadt der frühen Neuzeit. Am Beispiel Braunschweigs und Hermann Botes. In: Detlev Schöttker und Werner Wunderlich (Hrsg.): Hermen Bote. Braunschweiger Autor zwischen Mittelalter und Neuzeit. Wiesbaden 1987 (Wolfenbütteler Forschungen. Bd. 37), S. 97 — 118.

¹⁶ Vgl. Sodmann (wie Anm. 10).

¹⁷ Insbesondere: Karl Schiller, August Lübben: Mittelniederdeutsches Wörterbuch. 6 Bde. Bremen 1875 — 1881. Neudruck: Schaan 1983. — August Lübben, Christoph Walther: Mittelniederdeutsches Handwörterbuch. Norden/Leipzig 1888. Neudruck: Darmstadt 1980.

¹⁸ Der Dativ Plural des mittelhochdeutschen und mittelniederdeutschen Wortes *hūs* „Haus“ lautete *hūsen*. Erst in neuhochdeutscher Zeit setzt sich die Dativform *Häusern* durch.

¹⁹ Eigentlich also verkürzt aus „bei den Bayern“ usw.

²⁰ Meier (wie Anm. 1), S. 50.

²¹ Siehe Anm. 13.

Sprechsprache hat sich der Name *Hutfiltern* — wie wir gesehen haben — bis auf den heutigen Tag fast völlig entzogen. Er ist im Grunde niederdeutsch geblieben; hochdeutsch geworden ist nur der eine Vokal *u*, der an die Stelle des niederdeutschen *o* getreten ist. Dieser in unserer hochdeutschsprachigen Braunschweiger Gegenwart gleichsam „fossile“ Charakter des Namens bildet — zusammen mit dem Unbekanntgewordensein mittelalterlicher Handwerksformen — die Ursache für die Erklärungsbedürftigkeit des Namens *Hutfiltern*.

2.2 Kattreppeln

Verglichen mit *Hutfiltern* ist der Name *Kattreppeln* wesentlich undurchsichtiger. Man ahnt wohl, daß das niederdeutsche Wort *katt(e)* ‚Katze‘ den ersten Teil des Wortes ausmacht — aber was bedeutet der zweite Teil und was schließlich der ganze Name?

Als Straßennamen ist *Kattreppeln* in Braunschweig spät belegt. Erstmals erscheint er in dem bereits erwähnten Stadtplan von 1606 in der (allerdings entstellten) Form *Katerpohl*²², dann im Plan von 1671 — schwer lesbar — als *Im Katt-Rep(p)el*²³, in dem von 1731 als *Im Kattreppel*²⁴ in dem von 1748 als *im Kattereppe*²⁵, in dem 1755 in Augsburg gedruckten „Grundriß der Stadt Braunschweig“²⁶ als *in Tattrep-*

pel (die Entstellung des anlautenden Konsonanten geht auf das Konto des ortsfremden Druckers). Die „Distriktkarte“ Andreas Carl Haackes von 1764/66 verzeichnet den Namen erstmals mit einem Endungsn: *Im Kattreppeln*.²⁷ Dabei ist es dann im Prinzip geblieben. In Ernst v. Heinemanns Plan von 1826 finden wir den Eintrag *Kattreppeln*²⁸, und so lautet der Straßennamen auch in der offiziellen Schreibweise unserer Tage.

In den urkundlichen Eintragungen des Mittelalters (und darüber hinaus noch bis ins Jahr 1671) wird die Straße entweder als *by sunte Johannese* bezeichnet, nach dem dort gelegenen Johannishof mit der Johanniskirche bzw. -kapelle, oder aber als *vor der langen brugge*, so genannt nach der Langen Brücke, die vom 12. Jahrhundert bis 1879 den Kattreppeln mit Hinter Liebfrauen verband.²⁹

Daß der Name *Kattreppeln* vor 1606 in Braunschweig nicht auf das Papier (bzw. Pergament) gelangt ist, heißt nicht etwa, daß er jung wäre. Seine sprachliche Form weist vielmehr auf ein hohes Alter hin (s. u., Anm. 44). Wir müssen davon ausgehen, daß wir es bei den urkundlichen Belegen des Typs *by sunte Johannese* bzw. *vor der langen brugge* mit eher schriftsprachlichen, im Interesse juristisch eindeutiger Lokalisierbarkeit gewählten Bezeichnungen zu tun haben, während gleichzeitig dieselbe Straße mündlich (und damals vielleicht noch scherzhaft) als *Kattreppel* bezeichnet werden konnte. Alle drei Namen werden jahrhundertlang nebeneinander bestanden haben. Daß ein und dieselbe Straße gleichzeitig mehr als einen Namen hat, gibt es auch heute noch: man denke etwa an die *Freßgaß* in Frankfurt am Main, die offiziell so nicht heißt, an den *Stachus* in München (amtlich: *Karlsplatz*) oder an den *John-F.-Kennedy-Platz* in Braunschweig, den viele Braunschweiger mündlich nach wie vor als *Augusttor* bezeichnen. Kurzum: Der Straßennamen *Kattreppel* (zunächst ohne *n*) dürfte so alt sein wie die Straße selbst.

Nun ist der Name *Kat(t)rep(p)el(n)* keineswegs eine Braunschweiger Spezialität. Eine Straße dieses Namens besitzen z. B. auch Königsutter, Hamburg,

²² Siehe Anm. 12. — Die Straßennameneintragungen in diesem an unbekanntem Ort gedruckten Plan bilden ein merkwürdiges, künstliches Gemisch aus Niederdeutsch und (einem die unbetonten *e*-Laute apokopierenden) Hochdeutsch. Merkmale beider Dialekte können sogar in ein und demselben Straßennamen zusammentreffen, z. B. in *Schütten Stras*. In der Zuordnung der Straßennamen zu den abgebildeten Straßen ist der Plan nicht völlig fehlerfrei. Dies alles läßt auf einen — möglicherweise süddeutschen — Bearbeiter schließen, der die sachlichen und sprachlichen Verhältnisse vor Ort nicht genau kannte. Da die Namensvariante *Katerpohl* nur in diesem einen, insgesamt nicht sehr zuverlässigen Plan (und sonst nie) erscheint, hat sie für die Bedeutungserklärung von *Kattreppeln* außer acht zu bleiben.

²³ Wie Anm. 12, Bl. 22.

²⁴ Plan der Stadt und Vestung Braunschweig, Ao. 1731 [von Gustav Friedrich Riecke]. Reproduziert in: Mertens/Moderhack (wie Anm. 12), Bl. 28.

²⁵ Grund Riß Der Stadt Braunschweig [von Johann Julius Christoph Schmidt]. 1748. Reproduziert in: Mertens/Moderhack (wie Anm. 12), Bl. 30.

²⁶ Reproduziert in: Mertens/Moderhack (wie Anm. 12), Bl. 31.

²⁷ Siehe Anm. 13.

²⁸ Reproduziert in: Mertens/Moderhack (wie Anm. 12), Bl. 43.

²⁹ Namenbelege bei Meier (wie Anm. 1), S. 56 f.



Abb. 2: Blick von Hinter Liebfrauen über die Lange Brücke in den Kattreppeln (ca. 1895).

Güstrow und Zeven. *Katrepel* ist der Name eines kleinen im Nordosten Bremens gelegenen und nach Bremen eingemeindeten Dorfes, desgleichen ist *Kattrepel* Name eines Dorfes in Dithmarschen (25724 Kattrepel Post Neufeld, Dithm.) sowie einer Wüstung bei Krempe, ebenfalls in Dithmarschen.³⁰ Als Flurname schließlich ist *Kat(t)repel* in Norddeutschland an zahlreichen Stellen anzutreffen.³¹

Das Zusammentreffen von weiträumiger Verbreitung einerseits und andererseits Dunkelheit (und einer gewissen „Putzigkeit“) des Namens hat dazu geführt, daß es im 20. Jahrhundert zu einer nur noch schwer überschaubaren Menge von namenkundlichen Veröffentlichungen über dieses Wort gekommen ist.

Vom Vorhandensein dieser (fast schon) Flut von Publikationen hat man aber in Braunschweig so gut wie keine Kenntnis genommen.

Der Gang der in diesen Veröffentlichungen geführten Diskussion kann hier im einzelnen nicht nachgezeichnet werden; ich beschränke mich darauf, die vier bekanntesten irrigen Deutungen des Namens kurz zu referieren, um dann etwas ausführlicher auf eine inzwischen vorliegende plausible Bedeutungserklärung von *Kat(t)rep(p)el(n)* einzugehen.³²

(a) Nicht akzeptabel ist die Annahme, das Wort bezeichne eine mit Seilen bzw. Stricken umzäunte Fläche (die dann *Repel* heißen soll), auf der man im

³⁰ Vgl. Wolfgang Laur: Historisches Ortsnamenlexikon von Schleswig-Holstein. 2., völlig veränderte und erweiterte Auflage. Neumünster 1992, S. 379.

³¹ Etwa in Lütjenburg und Oldenburg (Holstein), aber auch in Niedersachsen. Vgl. Laur (wie Anm. 30).

³² Von großem bibliographischen Nutzen ist mir in diesem Zusammenhang die Hausarbeit von Frau stud. phil. Birgit Popien „Unklare Straßennamen in Braunschweig: Kattreppeln, Ottilientheil, Abelnkarre, Nickelnkulk“ gewesen, die sie als Teilnehmerin meines Hauptseminars „Ortsnamen“ im Sommersemester 1993 verfaßt hat.

Mittelalter gewisse zur Stadtverteidigung bestimmte Wurfgeschütze (*katten*) in Friedenszeiten aufbewahrt habe.³³ Gegen diese Hypothese spricht zunächst, daß die als *Katzen* (mittelniederdeutsch *katten*) bezeichneten mittelalterlichen Wurfmaschinen eigentlich der Belagerung und nicht der Verteidigung von Städten dienten. Warum hätte man — zweitens — solche schweren und schwer manövrierbaren Geräte in Braunschweig ausgerechnet an einem sumpfigen Platz direkt an der Oker aufbewahren sollen? Drittens: Mittelniederdeutsch *rêp* (mit der Verkleinerungsform *rêpel*) bedeutet ‚Tau, Seil, Strick‘ und begegnet darüber hinaus auch als Längen-, Raum- und Flächenmaß sowie als Flurbezeichnung (s. u.). Daß das Wort aber jemals ein mit Seilen abgesperrtes Areal bezeichnet habe, ist nicht bezeugt. Viertens, und dieser Einwand wiegt wohl am schwersten, ist die hier in Frage stehende Deutung sachlich abwegig für all die Flurstücke und für die kleinen, aus wenigen Häusern bestehenden Dörfer dieses Namens, die weit von jeder größeren Stadt, in der man die auf dem *Kattrepel* „geparkten“ Wurfmaschinen angeblich hätte verwenden wollen, entfernt sind. Was hätte man mit *katten* auf dem platten Lande oder gar auf dem freien Feld anfangen sollen?

(b) Nicht überzeugender ist der Versuch, den Namen als eine Zusammensetzung aus einem postulierten mittelniederdeutschen Wort *katt* ‚gerollter Flachs‘ und dem mittelniederdeutschen Wort *rêpel* ‚Riffelkamm‘ zu deuten.³⁴ Als Gesamtbedeutung des Namens sei dann zunächst anzunehmen: „eiserner Kamm mit langen Zähnen, mittelst dessen die Samenknoten von den Flachsstengeln gestreift wurden“. ³⁵ In metonymischer Übertragung (vom Werkzeug auf das Gebäude) habe *Katrepel* dann die Bedeutung ‚Haus bzw. Hütte, in der man mit einem eisernen Kamm Flachs bearbeitet‘ erhalten. Der Urheber dieser Hypothese hat bei seinen Überlegungen vor allem an das bremische Dorf *Katrepel* gedacht. Unhaltbar wird die Hypothese schon dadurch, daß es zahlreiche Flurstücke namens

Kat(t)repel gibt, auf denen nie Häuser oder Hütten gestanden haben, auf denen also auch niemals Flachsbearbeitung mittels Kämme betrieben worden ist. Außerdem ist ein mittelniederdeutsches Wort *katt* mit der Bedeutung ‚Flachsbündel‘ gar nicht belegt, sondern seine Existenz wird vom Urheber der Hypothese aufgrund vergleichbarer englischer und schwedischer Wörter lediglich für denkbar gehalten. In Braunschweig ist von irgendwelcher Flachsbearbeitung am *Kattreppeln* nichts bekannt. Insgesamt muß dieser Versuch der Namensdeutung als verfehlt gelten.

(c) Phantasievoll, aber nichtsdestoweniger falsch (weil ohne sachliche Grundlage) ist auch die von Heinrich Meier vertretene³⁶ und von Monika Zeidler für immerhin akzeptabel gehaltene³⁷ Behauptung, der Name *Kattreppeln* bedeute ‚Katzbalgen‘, sei daher als die Bezeichnung einer Straße zu verstehen, „wo die Katzen sich ungestört aufhalten können“. Als Verbindungsstraße zwischen der Altenwiek und der Altstadt muß der *Kattreppeln* im Mittelalter recht belebt gewesen sein, als ein stilles Katzenrefugium wird man ihn sich deshalb von vornherein kaum vorstellen dürfen. Vor allem aber sprachlich entbehrt diese Namensdeutung jeglichen Fundaments. Weder ist ein mittelniederdeutsches Verbum **rep(p)eln* mit der Bedeutung ‚sich balgen‘ bezeugt, noch ein dazugehöriges Verbalsubstantiv **rep(p)el*, das es nämlich — wenn diese Namensdeutung zutreffen sollte — unbedingt gegeben haben müßte, denn wir haben ja bereits gesehen, daß das *-n* am Ende des Namens junge Zutat des 18. Jahrhunderts ist. Die Sache mit dem „Katzbalgen“ erweist sich somit als völlig aus der Luft gegriffen.

Ausgerechnet diese von allen Fehldeutungen des Namens absurdeste (weil am schlechtesten begründete) Worterklärung hat die thematische Grundlage zu einem 1979 bis 1981 entstandenen „Katzendenkmal“ am Braunschweiger *Kattreppeln* geliefert. Eine Inschrift am Sockel dieses Denkmals drückt den Irrtum des Künstlers, Siegfried Neuenhausen, der sich bona fide von Meiers Ausführungen wird haben inspirieren lassen, auch noch zusätzlich in Worten aus: „Kattreppeln bedeutet Katzbalgen.“ Hier wird

³³ Diese Deutung wurde insbesondere von Erwin Volckmann (Unerklärte Straßennamen in Hamburg und anderswo. Hamburg 1917, S. 10) vertreten.

³⁴ Urheber dieser These ist: Hermann Tardel: *Katrepel*. Ein Beitrag zur Ortsnamenforschung. In: *Niederdeutsche Zeitschrift für Volkskunde* 1 (1923), H. 1, S. 11 — 21.

³⁵ Ebd., S. 17.

³⁶ Wie Anm. 1, S. 58.

³⁷ Wie Anm. 4, S. 40.

das Wort *Kattreppeln* ganz offensichtlich als der Infinitiv eines Verbums fehlinterpretiert, und das liefert dann die Idee für ein ganzes Denkmal. Ein in Stein gehauener Unsinn also; da das Denkmal aber hübsch geraten ist, immerhin ein produktiver Irrtum.

(d) Der erste Teil des Namens kann schließlich auch nicht, wie bisweilen erwogen³⁸, als eine Nebenform des mittelniederdeutschen Verbums *quât* ‚böse, schlecht‘ bzw. des gleichlautenden mittelniederdeutschen Substantivs ‚Dreck, Kot‘ aufgefaßt werden, wobei sich als Bedeutung von *Kattreppeln* dann ‚schlechtes Ackerstück‘ ergäbe. Dieser Deutung steht entgegen, daß das niederdeutsche Wort *quât* (anders als sein hochdeutsches Pendant *Kot*) sein anlautendes *qu-* stets bewahrt hat; es ist nicht zum *k-* geworden.³⁹ Wenn diese These richtig sein sollte, müßte der Straßename heute **Quatreppeln* lauten. Er dürfte also nur ein einziges *t* aufweisen. Vor allem aber müßten wir aus vergangenen Jahrhunderten wenigstens dann und wann einmal Belege haben, in denen das Wort mit *qu-* begönne. Solche Belege gibt es jedoch nicht; der Name beginnt immer mit einem *k*.

Soviel zu den in die Irre gehenden Erklärungsversuchen. Eine sprachhistorisch korrekte und sachlich einleuchtende Deutung des Namens verdanken wir dem Schleswiger Namenforscher Wolfgang Laur. Die Ausführungen Laurs in der zweiten Auflage seines „Historischen Ortsnamenlexikons von Schleswig-Holstein“⁴⁰ sind zwar anlässlich der beiden dithmarsischen Siedlungsnamen *Kattrepe* (bei Marne und bei Krempe) geschrieben, können aber für alle *Kat(t)rep(p)el(n)*-Namen Gültigkeit beanspruchen. Laur schreibt u.a.:

„Wir werden also bei unseren Orts- und Flurnamen von der Tierbezeichnung *Katt* auszugehen haben. Unseren Ortsnamen werden wir daher wohl als ‚schmalen Streifen, auf dem nur eine Katze gehen kann‘ deuten müssen.“⁴¹

Diese lapidare Formulierung bedarf der inhaltlichen Entfaltung: Das Wort *Kat(t)rep(p)el(n)* wird

ursprünglich gar kein Name (kein Nomen proprium), sondern ein metaphorisches Substantiv (ein Nomen appellativum) gewesen sein, mit dem man — zunächst scherzhaft — jedes als minderwertig eingeschätzte Flurstück bezeichnen konnte. Dafür spricht die große geographische Verbreitung des Wortes. An den so bezeichneten Ackerstücken konnte das Wort als Name haftenbleiben: daher die heute noch existierenden Flurnamen *Kattrepe*. In einem weiteren Schritt konnte der Flurname dann (auf dem Lande) zum Siedlungsnamen werden: ein Dorf, das in der Nähe eines Flurstücks namens *Kattrepe* lag, erhielt dessen Namen. Und in Städten konnte der Name vom Flurstück auf eine Straße, die daran entlangführte, übertragen werden. So muß es auch in Braunschweig gewesen sein.

Nachzutragen ist die von Laur an der angeführten Stelle nicht gegebene Erläuterung der Bedeutungsgeschichte von *rêpe*. Zugrunde liegt das mittelniederdeutsche Wort *rêp* ‚Seil, Tau‘, das uns noch heute in den ursprünglich niederdeutschen Wörtern *Fallreep* und *Reeperbahn* ‚Seilerstraße‘ gegenwärtig ist. Die Verkleinerungsform des Wortes lautet *rêpel*. *Rêp* und *rêpel* wurden im Mittelniederdeutschen nicht nur in ihrer Grundbedeutung, sondern auch in übertragener Bedeutung als Maßangaben verwendet, und zwar sowohl als Längenmaß (für Tuch und Leinwand), als Flächenmaß (für Ackerflächen) sowie als Raummaß (für Holz). In unserem Fall geht es um *rêp*, *rêpel* als Flächen- bzw. Ackermaß.⁴² So wie auch noch in jüngerer Zeit Wörter, die ursprünglich Flächenmaßeinheiten ausdrückten, zur Grundlage von Flurnamen werden konnten (man denke an die zahlreichen auf *-morgen* endenden Flurnamen), so offensichtlich auch im Mittelalter. *Rêpel* und *rêp* gewannen offenbar bald auch noch die Bedeutung ‚(kleines) Ackerstück‘ hinzu.

Die Verwendung von *rêp* als Flurname auch in der Braunschweiger Region läßt sich noch heute erkennen. In der Gemarkung von Rautheim (nach Braunschweig eingemeindet) findet sich der Flurname *Auf den langen Repen* samt den sich darauf beziehenden Namen *Auf dem Rep-Wege*, *Anger vor den Repen* und *Die kurtze Repwiese*.⁴³

³⁸ Heinrich Wesche: Unsere niedersächsischen Ortsnamen. Hannover 1957, S. 36. — Mechthild Wiswe: Die Flurnamen des Salzgittergebiets. Braunschweig 1970 (Quellen und Forschungen zur braunschweigischen Geschichte. Herausgegeben vom Braunschweigischen Geschichtsverein. Bd. 17), S. 214.

³⁹ Vgl. Laur (wie Anm. 30).

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

⁴² Vgl. Schiller/Lübben und Lübben/Walther (wie Anm. 17), jeweils unter *rêp*.

⁴³ Karte des Landes Braunschweig im 18. Jahrhundert.

Der Braunschweiger Straßename *Kattreppeln* bezeichnete also ursprünglich ein Flurstück am südlichen Rande der Altstadt und ist erst sekundär auf die daran entlangführende Straße übertragen worden. Er kann deswegen durchaus älter sein als die Bebauung der Südwestseite der Straße durch das Johanniter-Hospital (erstmal 1224 erwähnt).⁴⁴

Als Bedeutung des Namens *Kattreppeln* hat sich nach alledem ‚Katzenäckerchen‘ ergeben. Laur möchte das Motiv für eine solche Benennung im schmalen Zuschnitt des Flurstücks („auf dem nur eine Katze gehen kann“, s. o.) erblicken. Mindestens genauso sinnvoll scheint es mir jedoch, hier an die zahlreichen parallel gebildeten Komposita zu denken, in denen das Bestimmungswort *Katze* die minderwertige Qualität, das Unechte, Unbrauchbare bezeichnet. Davon sind *Katzentisch* und *Katzengold* allgemein bekannt; das „Deutsche Wörterbuch“ der Brüder Grimm verzeichnet außerdem *Katzenbänkelein*, *Katzenblei*, *Katzenerz*, *Katzengebet*, *Katzengeschäft*, *Katzengeschirr*, *Katzenglas*, *Katzenglaube*, *Katzenkerbel*, *Katzenkorn*, *Katzensilber* u. a. m., allesamt mit der Bedeutung ‚unechte, falsche, wertlose Version der

genannten Sache‘.⁴⁵ Für das Mittelniederdeutsche sind immerhin *kattendruve* ‚Mauerpfeffer‘, *kattengolt* ‚Katzengold‘ und *kattenkervel* ‚unechter Kerbel‘ mit derartigen Bedeutungen nachweisbar.⁴⁶ Im Zusammenhang dieser Wörter betrachtet, hätte die Braunschweiger Straße *Kattreppeln* ihren Namen aufgrund des geringen Nutzungswertes des direkt an der Oker gelegenen Flurstücks bekommen, an dem sie entlangführte: *Kattreppeln* dann ursprünglich ‚ein Stück Land, das nicht viel taugt‘.

Zu erklären bleibt am Braunschweiger Straßennamen nur noch zweierlei: (a) Warum schreibt man in Braunschweig und sonst nirgends das Wort mit doppeltem *p*? (b) Warum endet das Wort in Braunschweig und sonst nirgends mit einem *-n*?

(a) *Kattreppeln* gehört offensichtlich zu einer Gruppe von Wörtern, die im ostfälischen Niederdeutsch einen kurzen Stammvokal aufweisen, gegenüber langem Stammvokal in den entsprechenden Wörtern im Nordniederdeutschen.⁴⁷ So wie nordniederdeutsch *Kröpel* ‚Krüppel‘ einem ostfälischen (braunschweigischen) *Kröppel* entspricht (vgl. die Braunschweiger *Kröppelstraße*) und wie nordniedersächsisch *Lepel* ‚Löffel‘ und braunschweigisch *Leppel* einander entsprechen, so auch der Hamburger Straßename *Kattreppel* und der Braunschweiger *Kattreppeln*.

(b) Das auslautende *-n*, erst seit dem 18. Jahrhundert bezeugt, dürfte in Analogie zum *-n* im Namen des angrenzenden *Hutfiltern* (wo es ja seine historische Berechtigung hat) angefügt worden sein. Das *-n* gehört heute auch zum Nominativ des Namens: „der *Kattreppeln*“.

2.3 Abelnkarre

Nach den von Meier angestellten Belegsammlungen⁴⁸ wurde die (bis zur Zerstörung Braunschweigs 1944 schmale) Verbindung zwischen dem

Blatt 3729: Braunschweig. [Hrsg.:] Historische Kommission für Niedersachsen. Wolfenbüttel 1957. 2. Aufl. 1965. — Einige der hier in den Schreibungen des 18. Jahrhunderts angeführten Rautheimer Flurnamen werden noch heute verwendet.

⁴⁴ Zur Bebauungsgeschichte vgl. H[ans] A[dolf] Schultz: Die Johanniter — im Lichte der Braunschweiger Stadtkernforschung. In: Braunschweigische Heimat 56 (1970), S. 37 — 45. — Die sprachliche Beschaffenheit des Wortes *Kattreppel(n)* spricht für ein hohes Alter. Das gemeingermanische Diminutivsuffix *-ilan/-ilon* ist im Niederdeutschen früh aus der Mode gekommen. Schon in mittelniederdeutscher Zeit (und so bis heute) werden Diminutive typischerweise mit *k*-haltigem Suffix gebildet: *männeken* ‚Männchen‘, *kaileken* ‚Holunder‘, Namen wie *Reineke*, *Gödeke*, *Thieleke*, *Brenneke*, *Lüdeke* u. v. a. m. Daß das *l*-haltige Suffix ursprünglich auch im Niederdeutschen (Altsächsischen) zur Diminutivbildung verwendet wurde, zeigen indessen Wörter wie mittelniederdeutsch *nestel* ‚Schnur‘ oder *nichtele* ‚weibliche Verwandte‘. Letzteren entspricht in seiner Bildungsweise das Diminutivum *rēpel*. In altsächsischer Zeit (ca. 750 — ca. 1050) entstanden sein dürfte das Grundwort *rēpel*. Deswegen muß zwar nicht auch das Kompositum *kattreppel* aus dieser Epoche stammen, doch kann dies durchaus der Fall sein. Auf jeden Fall ist das Wort um Jahrhunderte älter als der erste Braunschweiger Beleg von 1606. — Vgl. hierzu u. a.: Wilhelm Seelmann: Niederdeutsche Diminutive auf *-el*. In: Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung 45 (1919), S. 18 — 21.

⁴⁵ Vgl. Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm. Fünfter Band. Leipzig 1973. Neudruck: München 1984 (unter den angegebenen Stichwörtern).

⁴⁶ Vgl. Schiller/Lübben und Lübben/Walther (wie Anm. 17), unter den angegebenen Stichwörtern.

⁴⁷ Siehe: Werner Flechsig: Ostfälische Kurzvokale in offener Silbe. Ein lautgeschichtlicher und dialektgeographischer Überblick. In: Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung 103 (1980), S. 129 — 174.

⁴⁸ Vgl. Meier (wie Anm. 1), S. 9 f.

Wendengraben (das ist die heutige Wilhelmstraße) und der Schöppenstedter Straße im Laufe der Jahrhunderte wie folgt bezeichnet: *De kerne* (1346, 1354, 1379), *Valberges*⁴⁹ *kerne* (1389), *de kerne* (15. Jahrhundert), *Abelenkarne* (um 1502 sowie öfter im 16. Jahrhundert), *In der Abelen Karben* (1671), *Abelnkarre* (1758). Weitere Belege finden sich im „Ersten Degedingbuch des Hagens“ für die Jahre 1344: *bi der kernen* und 1349: *wan me in de kernen ghey*.⁵⁰

Dieselbe Straße wird 1357 (gleichfalls im „Ersten Degedingbuch des Hagens“) *Twete ‚Gasse‘* genannt.⁵¹ Dies kann für die Erklärung des Namens *Abelnkarre* jedoch außer Betracht bleiben.

Das Grundwort unseres Straßennamens begegnet von der Mitte des 14. Jahrhunderts bis 1671 also in den Varianten *kerne*, *karne* und *karve*. Das Nebeneinander von *-er-* und *-ar-* ist keine Spezialität dieses einen Wortes, sondern findet sich regelhaft seit dem 14. Jahrhundert in vielen niederdeutschen Wörtern, z. B. in den Namen *Berthold/Barthold*, *Kersten/Karsten*, *Hermen/Harmen* oder in den Substantiven *kerk(e)/kark(e)* ‚Kirche‘, *berg/barg* ‚Berg‘ u. v. a. m.⁵²

Die Grundbedeutung des mittelniederdeutschen Wortes *kerne/karne* ist ‚Kerbe‘. Die in unserem Fall dominierende *n*-haltige Variante dieses Wortes ist eine Besonderheit der niederdeutschen Sprache;⁵³

das Hochdeutsche kennt einzig und allein die mit *b* gebildete Form (*Kerbe*), die sich in Meiers Beleg *In der Abelen Karben* von 1671 dokumentiert. In der Form *karre* hingegen liegt, wie noch zu zeigen sein wird, eine gewollte Entstellung des Wortes vor.

Meier und im Anschluß an ihn auch Zeidler nehmen an, daß die Straße ihren Namen nach einem Braunschweiger Bürger namens Abel trüge, der dort gewohnt haben könnte oder mußte.⁵⁴ Allerdings ist — worauf beide auch hinweisen — ein solcher Abel nicht urkundlich nachweisbar. Mit anderen Worten: Diesen Abel hat man sich der Deutung des Namens zuliebe einfach ausgedacht.

Wie schon im Falle *Kattreppeln* erklärt sich der Name leicht und schlüssig, wenn man den Blick über die Stadtgrenzen Braunschweigs hinaus schweifen läßt. Das mittelniederdeutsche Wort *kerne/karne* ist (wie sein hochdeutsches Pendant *kerbe*), wenn es als Name gebraucht wird, eine Metapher: es bezeichnet als Straßen-, aber auch als Flurname den Einschnitt zwischen zwei erhabenen Formationen, seien dies Häuserzeilen oder Hügel bzw. Berge. Häufig begegnet der metaphorische Name auch in seiner kompletten Form *Arskerbe* ‚Arschkerbe‘, so z. B. 1569/70 in Helmstedt (nachdem dort dieselbe Straße bereits 1523 auch unter dem Namen *Abelnkarre* verzeichnet wird!).⁵⁵ Je eine Straße namens *Abelnkarre* weisen auch Schöningen und Schöppenstedt auf.⁵⁶ In Burg auf Fehmarn trägt noch heute eine Straße ganz offiziell den — seiner Lautstruktur nach niederdeutschen — Namen *Erskar* ‚Arschkerbe‘. Straßen mit dem Namen *Ars(ch)kerbe* gab es im Mittelalter „in vielen

⁴⁹ Damals so genannt nach dem Eckhaus am südlichen Zugang der Straße, „Bossen Valberges hus“, das bereits 1349 urkundlich erwähnt ist. Siehe Meier (wie Anm. 1), S. 9.

⁵⁰ Siehe: Urkundenbuch der Stadt Braunschweig. Im Auftrage der Stadtbehörden hrsg. von Heinrich Mack. Vierter Band. MCCCXLI–MCCCL und Nachträge MLXVII–MCCCXL. Braunschweig MDCCCXII, S. 127 und 314.

⁵¹ Siehe: Urkundenbuch der Stadt Braunschweig. Bd. 5. Im Auftrag der Stadt Braunschweig hrsg. von Manfred R. W. Garzmann. Bearbeitet von Josef Dolle. Hannover 1994 (Braunschweiger Werkstücke. Bd. 88), S. 347.

⁵² Siehe: Agathe Lasch: Mittelniederdeutsche Grammatik. 2. Aufl. Tübingen 1970, S. 59 f.

⁵³ Das Mittelniederdeutsche besitzt diese Variante neben den Formen mit Labialkonsonant, die sich im Neuniederdeutschen (z. B. nordniederdeutsch *karf*, *karv*; mit Schwund des Endkonsonanten nach Apokope des *-e* auch: *karr*) durchgesetzt haben. Die nordniederdeutsche Form *karr* (vgl. *Erskar* in Burg auf Fehmarn) kann man wegen der in Ostfalen unterbliebenen *e*-Apokope nicht zur Erklärung des *-rr-* in *Abelnkarre* heranziehen. — Zeidler stellt auch hier wieder den Gang der Sprachgeschichte auf den Kopf und behauptet, *kerne* sei „sehr sinnfällig“ [sic!] aus *Kerve* (= Kerbe) über *kerne*, *karne* [. . .] *karre* entstanden“ (wie Anm. 4, S. 58).

⁵⁴ Meier (wie Anm. 1), S. 10; Zeidler (wie Anm. 4), S. 58.

⁵⁵ Siehe: Robert Schaper: Die Helmstedter Straßen. Ihre Entstehung, Lage und Benennung. 3. Aufl. Helmstedt 1986, S. 103 f. — Die Helmstedter *Abelnkarre/Arskerbe* trägt seit dem frühen 19. Jahrhundert den Namen *Stolzengasse*.

⁵⁶ Die heutige Schöninger *Abelnkarre* hat nach Karl Rose (Heimatbuch der Stadt Salztadt Schöningen. II. Teil. Schöningen 1938, S. 25) im 17. und 18. Jahrhundert „im Volksmund“ den Namen *kerne/karne* getragen. Einen Beleg dafür teilt Rose nicht mit. Auch aus Schöppenstedt ist mir kein *kerne/karne*-Beleg für die heutige *Abelnkarre* bekannt. Sicher bezeugt ist der parallele Übergang von *(ars)kerne* zu *Abelnkarre* also nur für Braunschweig und Helmstedt; daß der Prozeß in Schöningen und Schöppenstedt genauso verlaufen ist, ist zumindest sehr wahrscheinlich. Die Bebauungsstruktur rechtfertigt in beiden Fällen den Straßennamen *kerne/karne*.

deutschen Städten (z. B. in Breslau, Elbing, Königsberg, Lübeck, Rostock, Wismar, Münster, Frankfurt) [. . .]; diese Straßennamen verwandelten sich mit der Zeit alle zu Aschgräberstraße, Harzkehre, Arztkarregasse, Oskarstraße usw. Ein toter Rheinarm, der früher Arschkerbe hieß, heißt jetzt Eiskarpfen.”⁵⁷ Auch als Flurbezeichnung — naturgemäß geht es dabei um Täler — war der Name geläufig: Das *Kerbental* bei Bad Harzburg wird 1578 und 1666 als *Arskerbe* bezeichnet; der Flurname *Arskerbe* ist im 15. Jahrhundert bei Wernigerode, im Ilsetal und am Regenstein bezeugt; *Arscherbe*, *Arskarve* und *Arskarregrund* sind Flurnamen aus der Feldmark von Seesen, Münchhof (bei Seesen) und Wegersleben (bei Oschersleben).⁵⁸ Weiterhin begegnet(e) das Wort als Flurname in bzw. bei: Danzig-Schidlitz sowie Lüneburg.⁵⁹

Gemeinsam ist für die Entwicklung fast aller dieser Straßen- und Flurnamen, daß man — zumal in den Städten — seit dem Ausgang des Mittelalters bemüht war, den (aufgrund des von Norbert Elias so genannten „Prozesses der Zivilisation“⁶⁰, d. h. aufgrund der fortschreitenden Privatisierung und Tabuisierung des Körperlichen) allmählich peinlich werdenden Ausdruck *Ars(ch)kerbe* durch allen möglichen Unsinn zu ersetzen — das Ersatzwort mußte nur harmlos klingen. Vermutlich tat man dies am Anfang nicht ohne ein Augenzwinkern, etwa so, wie wenn wir heute *Allerwertester* oder *Scheibenkleister* sagen und dabei eigentlich an andere Wörter mit entsprechendem Anlaut denken. Ein spezifisch niederdeutscher wort-

spielerischer Euphemismus dieser Art ist der, daß man von zerbrochenen, zerschlissenen, unbrauchbar gewordenen (umgangssprachlich ausgedrückt: kaputtgegangenen) Gegenständen sagen kann, sie seien *in Merseburg*. Diese Ausdrucksweise ist im 18./19. Jahrhundert Bestandteil der hochdeutschen Stadtsprachen von Braunschweig, Hannover und anderen ostfälischen Städten⁶¹ geworden. Einst war dies, unverkennbar, eine Umgehung des anstößigen niederdeutschen Ausdrucks *im (m)arse*. Der im Falle *marse/Merseburg* vorliegende *er-ar*-Wechsel (s. o.) spricht für ein hohes Alter dieses ursprünglich niederdeutschen Scherzes; er könnte im 16. Jahrhundert entstanden sein.

Der Umstand, daß die *Abelnkarren* gleich in mehreren benachbarten Städten (in Braunschweig und Helmstedt mit Sicherheit, in Schöningen und Schöppenstedt höchstwahrscheinlich) aus *(Ars)karnen* entstanden sind und daß in keiner der vier Städte ein Abel, der in der betreffenden Straße gewohnt hätte, nachzuweisen ist, verbietet es vollends anzunehmen, hier sei jeweils irgend jemand namens Abel als Namensgeber im Spiel gewesen. Vielmehr dürfte in allen vier Städten ein und dieselbe scherzhaft-verhüllende Umschreibung des anstößig werdenden Wortes gebräuchlich geworden sein. Darüber hinaus wird man vermuten dürfen, daß der in der großen Stadt Braunschweig gefundene Ausweg aus der Peinlichkeit den Bürgern in den Kleinstädten Helmstedt, Schöningen und Schöppenstedt als Vorbild gedient hat. Auch wenn in Braunschweig nur die Kurzform des Straßennamens, *kerne*, urkundlich festgehalten worden ist, so wird man doch nicht bezweifeln dürfen, daß auch in Braunschweig die in Frage stehende Straße im Mittelalter unter dem vollen Namen *arskerne* geläufig gewesen ist.

Fazit: Im Braunschweiger Straßennamen *Abelnkarre* liegt eine frühneuzeitliche, gewollt unsinnige Verdrehung des im Mittelalter zwar auch als derb, aber noch nicht als peinlich oder gar als unaussprechbar empfundenen Straßennamens *(ars)kerne* vor.

⁵⁷ A. J. Storfer: Wörter und ihre Schicksale. Berlin/Zürich 1935, S. 332. Auch in Quedlinburg, Bremen, Friedland i. Meckl., Güstrow, Lüneburg, Meißen, Northeim, Stolberg und Stralsund begegnet im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit der Straßename *Arschkerbe* (in seinen verschiedenen regionalen und historischen Schreibweisen). Siehe Wilhelm Seelmann: Quedlinburgs und seiner alten Straßen Namen. In: Zeitschrift des Harz-Vereins für Geschichte und Altertumskunde 63 (1930), S. 1 — 22. Hier: S. 8.

⁵⁸ Richard Wieries: Geschichte des Amtes Harzburg nach seinen Forst-, Flur- und Straßennamen. Neubearbeitung, herg. vom Harzburger Altertums- und Geschichtsverein. Braunschweig o. J. (1937) (Forschungen zur Geschichte des Harzgebietes, hrsg. vom Harzverein für Geschichte und Altertumskunde. Bd. VI), S. 67 f.

⁵⁹ Storfer (wie Anm. 57).

⁶⁰ Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bde. 2. Aufl. Bern 1969.

⁶¹ Mir ist die Redewendung mündlich bekannt aus Braunschweig und Wolfenbüttel. Für Hannover ist sie belegt bei: Georg Ludewig: Stadthannoversches Wörterbuch. Bearbeitet und herausgegeben von Dieter Stellmacher. Neumünster 1987 (Name und Wort. Göttinger Arbeiten zur niederdeutschen Philologie. Bd. 10), S. 77.

Sprachlich ermöglicht wurde diese gewollte Entstellung dadurch, daß zufälligerweise die mittelniederdeutschen Wörter *kerve/karve* ‚Kerbe‘ und *kare* ‚Karre‘ beide die gleichlautende Nebenform *karne* aufweisen, daß *karne* somit beides bedeuten konnte. Daher bot es sich in Braunschweig und den benachbarten Städten geradezu an, nunmehr die historisch falsche, aber „salonfähige“ Bedeutung ‚Karre‘ zu unterstellen und dann im Zuge der Verhochdeutschung alles Schriftlichen die Straße (*Abeln-*)*Karre* zu nennen. Dieser Name ergab zwar keinerlei vernünftigen Sinn mehr, doch war das offenbar das geringere Übel. Er war wenigstens nicht mehr obszön.

Dr. Herbert Blume
Blücherstraße 1
38102 Braunschweig

Rolf Jürgens

Der Kolkkrabe (*Corvus corax*)

– Brutvogel im Braunschweiger Land –

Der Kolkkrabe ist mit 64 cm Körpergröße der größte einheimische Vertreter der Familie der Rabenvögel. Auf der ganzen nördlichen Halbkugel unserer Erde ist er anzutreffen. Er ist der typische Rabenvogel mit seinem schwarzen und starken Schnabel. Der Kolkkrabe, ein Vogel der Märchen- und Sagenwelt, ist schon immer Symbol der nordischen Göttersagen. Er ist ein besonders kluger und anpassungsfähiger

Vogel, kann Zusammenhänge sehr gut verstehen und Schlüsse daraus ziehen.

Noch Anfang des 19. Jahrhunderts dürfte der Kolkkrabe relativ häufig gewesen sein. Arnold Löbbecke schreibt in „Die Vogelwelt des Landkreises Wolfenbüttel 1949“, daß der Kolkkrabe im 19. Jahrhundert Brutvogel in der Asse und im Oderwald war.

Eine schonungslose Bejagungs- und Ausrottungs-



Abb. 1: Kolkkrabe



Abb. 2: Kolkrabe wird von Zweigen verdeckt.

kampagne im Laufe der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts rottete den Kolkraben im Braunschweiger Hügelland gänzlich aus (Blasius 1896, Borchert 1927). Infolge größeren Schutzes im nördlichen Deutschland und Schutzmaßnahmen für inselhaft verbliebene Populationen kam es zu einer Wiederbesiedelung unseres Gebietes.

Anfang der 1960er Jahre wurde er erneut in unseren Wäldern beobachtet, zuerst im Hattorfer Holz und im Lappwald. Seine Bruthabitate in unserem Raum sind Altholzbestände, und im Laufe der Zeit ist der Kolkrabe heute wieder in nahezu allen größeren Waldungen bis hin zum Nordrand des Harzes anzutreffen.

In Harz, Elm, Oderwald, Asse, Lappwald, Kampstüh, Querumer Holz, Dorm und Elz wurden Brutvorkommen festgestellt. In jüngster Literatur sind Brutzeitnachweise bzw. Brutverdacht im Bahrdorfer Holz, den Braunschweiger Rieselfeldern, Wolterfer Holz, Sophientaler Forst, Lechlumer Holz und Schöppenstedter Stadtforst im Burgtal aufgeführt worden.

Über die Verpaarung des Kolkraben bestehen nur Vermutungen. Die Verpaarung, die nach der Literatur zu einer lebenslangen Ehe führt, vollzieht sich vermutlich nicht innerhalb einer Brutperiode. Eine solche Anpaarung festigt sich wohl erst in den weiteren darauffolgenden Jahren.

Die Flugspiele des Kolkraben sind meist schon im Januar in atemberaubender Flugakrobatik zu beobachten. Anfang Februar kann man sie bei ihren Balzflügen, wobei des öfteren ihre „Kro-kro“-Rufe ertönen, beobachten.

Der Kolkrabe beginnt sehr früh im Jahr — Anfang bis Mitte März — mit dem Brutgeschäft. Das Nest ist ein stattlicher Bau von wechselnder Größe aus Reisig, dessen Mulde mit Wolle, Haaren, Gras oder Flechten weich ausgepolstert ist. Das Gelege besteht aus 3 bis 6 Eiern, die auf braungrünlichem Grund olivgrün und schwarzbraun gefleckt sind. Es brütet nur das Weibchen, das während dieser Zeit vom Männchen gefüttert wird. Die sorgsam umhüteten Jungen verlassen nach etwa 30 Tagen den Horst. Noch mehrere Monate bleiben die Jungen mit ihren Eltern zusam-



Abb. 3: Kolkrabenhorst in einer alten Kiefer im Schöppenstedter Stadtwald (Burgtal).



Abb. 5: Nahaufnahme des Kolkrabenhorstes zu Abb. 3.



Abb. 4: Kolkrabenhorst in der Baumkrone einer Buche. Seit über 10 Jahren besetzter Horst im Elm oberhalb Samblebens.

Abb. 6: Kolkrabenhorst, Übersichtsaufnahme zu Abb. 4.





Abb. 7: Kolkrabenhorst neu, Brut des Kolkraben im April 1994 hoch oben im Buchenbestand Schöppenstedter Stadtwald (Burgtal).

men. Im August beginnt sich dann die Familie aufzulösen. Die Jungen verlassen das Revier, versammeln sich mit Jungen von anderen Horsten und schließen sich für kurze Zeit zu Jungvogelschwärmen zusammen, bevor sie sich einer altersmäßig gemischten Gruppe anschließen.

Ich beobachtete im zeitigen Frühjahr, Anfang April, 20 umherstreifende Kolkraben in der Barnstorfer Feldflur. Kolkraben, die kein Territorium besitzen, suchen das ganze Jahr in kleineren oder größeren Gruppen Schlafplätze auf, die in der Nähe von bedeutenden Nahrungsstellen liegen. Der Lebensraum des Kolkraben ist ein baumreiches Freiland mit Waldsaumgebieten. Die Nahrungsgebiete findet der Kolkrabe in der ausgedehnten Feldflur.

War der Kolkrabe noch vor einigen Jahren vom Aussterben bedroht, so ist er heute in unseren Wäl-

dern erfreulicherweise als Brutvogel zu beobachten. In fast allen Wäldern des Braunschweiger Hügellandes ist er heimisch.

Seit 10 Jahren konnte ich ihn in meinem Beobachtungsgebiet — im Schöppenstedter Raum — in einer Zahl von vier Brutpaaren feststellen.

Assewald

Seit Jahren kontrollierte ich einen besetzten Horst in einem Altbuchenbestand in der Asse, welcher aber plötzlich aufgegeben wurde. Neuerdings — seit zwei Jahren — habe ich ein Kolkrabenbrutpaar in einem Lerchen-/Kiefernbestand am Asserand feststellen können. Hoch oben in einer großen Kiefer hat er seinen gewaltigen Horst errichtet. Damit ist der Kolkrabe ein stetiger Brutvogel in der Asse.

Elm-Sambleben-Eitzum

Das seit über 10 Jahren bestehende Brutvorkommen des Kolkraben im Elm bei Samleben befindet sich in einem vom Holzeinschlag betroffenen Altbuchenwald. Der Brutbaum, eine gewaltige Altbuche, steht einzeln und isoliert, der Horst ist aber immer vom reviertreuen Paar alljährlich besetzt. Im Jahre 1993 hatte dieses bruterfahrene Paar vier Junge, die im Mai mit Erfolg ausgeflogen sind.

Ein weiteres Kolkraben-Brutpaar siedelte sich am Elmrand in der Nähe von Eitzum an und hatte seinen Horst in einer alten Fichte gut getarnt angelegt. Obwohl ich in diesem Frühjahr zur Brutzeit beide Altvögel regelmäßig bei der Balz beobachtet habe, wurde dieser Horst vom Kolkraben aufgegeben. In diesem vom Kolkraben errichteten Horst brütete nun der Mäusebussard.

Aufgrund meiner mehrjährigen Beobachtungen nehme ich an, daß dieses ein brutunerfahrenes Paar ist, welches vielleicht durch herumstreifende „Junggesellen“ gestört wurde, so daß eine Brut nicht stattfand. Allerdings konnte ich balzende Kolkraben nordöstlich der Altenauquellen im Elm beobachten.

Schöppenstedter Stadtwald/Burgtal

Das vierte Brutvorkommen des Kolkraben befand sich zunächst in einem Kiefernaltbestand am Rande des Burgtales in den Kronen einer Altkiefer. Auch hier war das Brutvorkommen mehrere Jahre vorhan-

den, bis auch hier eine Störung stattfand, welche ich aber nicht klären konnte.

Seit zwei Jahren brütet er nun im selben Waldgebiet am Nordrand eines Altbuchenbestandes in der Baumkrone einer Altbuche.

Für das Braunschweiger Hügelland ist es eine große Bereicherung, den Kolkraben wieder in der Natur unserer Heimat beobachten zu können.

Literatur

- R. Berndt, G. Rehfeld, U. Reimers (1988): Der Kolkrabe, Brutvogel im Braunschweiger Land. Milvus, 105.
A. Löbbecke (1949): Die Vogelwelt des Kreises Wolfenbüttel.
H.-M. Arnold (1993): Der Kolkrabe im Lechlumer Holz. Heimatbuch des Landkreises Wolfenbüttel 159 — 164.
R. Jürgens (1984): Der Kolkrabe, Brutvogel der Altholzbestände. Heimatbuch des Landkreises Wolfenbüttel 149 — 150.

Alle Aufnahmen von Rolf Jürgens, Schöppenstedt.

Rolf Jürgens
Am Krähenfelde 7
38170 Schöppenstedt

Wolfgang Winkel

Der Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*) – ein Vogelporträt

Befunde aus dem Braunschweiger „Höhlenbrüterprogramm“
des Instituts für Vogelforschung „Vogelwarte Helgoland“

Abkürzungen: TS = Trauerschnäpper; ♂ = Männchen; ♀ = Weibchen.

Einleitung

Wenn man sich in der Bevölkerung umhört, für wen der Trauerschnäpper als Vogelart ein Begriff ist, stellt sich heraus, daß ihn fast keiner kennt. Dabei dürfte es kaum einen anderen Singvogel geben, dessen Verhalten in den letzten Jahrzehnten besser und intensiver erforscht wurde.

Trauerschnäpper brüten — wie z. B. auch unsere Meisen — normalerweise in Baumhöhlen, die jedoch in den heutigen Wirtschaftswäldern immer mehr zu einer „Mangelware“ werden. Das Aufhängen künstlicher Nisthöhlen ist deshalb eine Vogelschutzmaßnahme, die u. a. auch dem Trauerschnäpper sehr zugute kommt. Da sich diese Art mit Hilfe von Nistkästen leicht ansiedeln läßt, konnte sie in einigen Versuchsgebieten der Braunschweiger Außenstation des Instituts für Vogelforschung sogar zum häufigsten „Höhlenbrüter“ werden (10). Ein weiterer Grund, warum sich der Trauerschnäpper so gut als Versuchsvogel für die verschiedensten Forschungsvorhaben eignet, ist die Tatsache, daß die Vögel selbst regelmäßige Nisthöhlenkontrollen — wenn sie mit Vorsicht erfolgen — nicht verübeln.

Im Rahmen des Braunschweiger „Höhlenbrüterprogramms“, das von Dr. Rudolf Berndt (1987 †) aufgebaut, bis 1977 geleitet und auch danach tatkräftig weiter unterstützt wurde, werden alljährlich 600 bis 800 Trauerschnäpper-Bruten erfaßt. An den Nisthöhlenkontrollen sowie der Beringung und dem Altvogelfang sind auch zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter beteiligt, denen die Braunschweiger Außenstation des Instituts für Vogelforschung für ihren oft unermüdlichen Einsatz großen Dank schuldet.

Feldkennzeichen, Stimme, Nahrungsspektrum

TS sind an ihrer aufrechten Sitzhaltung leicht als Fliegenschnäpper zu erkennen (Abb. 1). Sie jagen

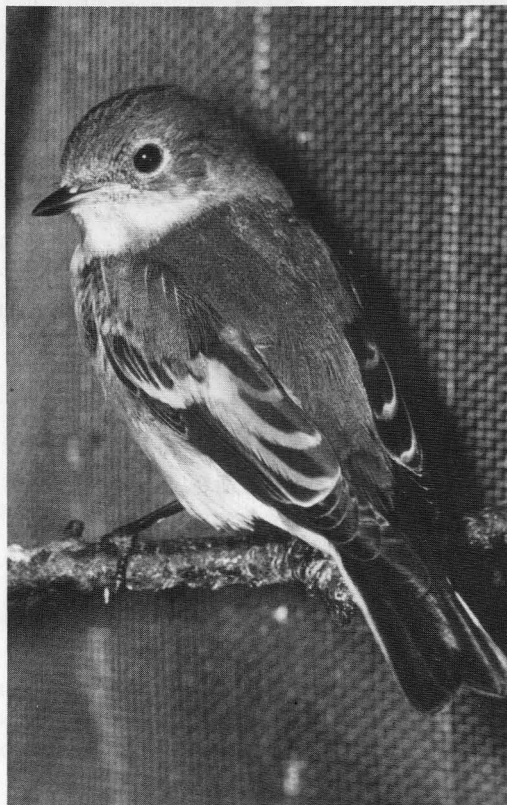


Abb. 1: Trauerschnäpper-♀; die Aufnahme entstand bei kurzfristiger Volierenhaltung (mit Sondergenehmigung). Fotos (auch Abb. 2, 3, 7, 8 und 9) von Doris Winkel.

gern von einer Warte aus, kehren aber nur selten zum Ausgangspunkt zurück. Bei Erregung zucken sie ein- oder beidseitig mit den Flügeln, was oft auch mit einem Schwanzzucken verbunden ist. Beide Geschlechter besitzen ein ausgedehntes weißes bis rahmweißliches Flügelabzeichen.

Das Brutkleid des ♂ variiert zwischen oberseits schwarz und braun. Im Braunschweiger Raum ähnelt ein großer Teil der ♂ den oberseits braun gefärbten



Abb. 2: Oberseits braun gefärbtes Trauerschnäpper- σ , singend (in Voliere).



Abb. 3: Oberseits schwarz gefärbtes Trauerschnäpper- σ mit weißem Stirnfleck.

♀ (Abb. 2)! Die Unterseite ist weiß (vor allem bei oberseits schwärzlich gefärbten σ) bis grauweiß mit unterschiedlich starker bräunlicher Tönung (bei ♀ und einem Teil der σ). σ haben oft einen geteilten oder ungeteilten weißen Stirnfleck (Abb. 3).

Der meist in Nisthöhlennähe von Zweigwarten oder zuweilen auch im Flug vorgetragene Gesang des σ ist eine hastige Folge von in der Tonhöhe alternierenden Elementen (es gibt gute und stümperhafte Sänger). Hat ein σ z. B. einen Rivalen verjagt oder einem paarungswilligen ♀ erfolglos die Höhle gezeigt, wird sein Gesang unverzüglich schneller (8). Bei hoher Siedlungsdichte des TS übertönt sein Gesang unter Umständen alle anderen Vogelstimmen.

Als Alarmlaute werden von beiden Geschlechtern kurze, metallisch klingende „witt-witt“-Rufe geäußert. Bei starker Beunruhigung werden sie langanhaltend rhythmisch wiederholt, meist begleitet von Flügelzucken und Ortswechseln. Oft hängen die Vögel dann auch ein schnalzendes „tzeck“ an, zuweilen auch gereiht (= „Knattern“).

Das Nahrungsspektrum des TS besteht hauptsächlich aus Insekten und Spinnen, doch ist die Art sehr anpassungsfähig an das jeweilige Nahrungsangebot. Die Beute wird sowohl in der Luft gefangen (z. B. Fliegen, daher der Name „Fliegenschnäpper“!) oder teils im Rüttelflug von Ästen und Zweigen oder vom Boden abgesucht. Sporadisch werden auch pflanzliche Nahrungskomponenten (z. B. Beeren) aufgenommen.

Lebensstätte, Siedlungsdichte

TS bevorzugt lichte, aufgelockerte Laub- und Mischwälder mit höhlenreichen Bäumen, doch werden z. B. auch einförmige Kiefernwälder besiedelt (dunkle Fichtenwälder jedoch kaum oder gar nicht). Bei einem Angebot von Nistkästen besiedelt die Art auch Parkanlagen und manchmal selbst Gärten und locker bebaute Wohngebiete.

Die Siedlungsdichte des TS wird normalerweise durch die geringe Verfügbarkeit natürlicher Höhlen begrenzt; d. h. auf Flächen ohne Kunsthöhlen dürfte diese Art in unserer Region nur selten mit mehr als 3 Brutpaaren pro 10 ha vorkommen. Mit Hilfe von Nistkästen läßt sich die Brutpaarzahl jedoch unter Umständen um das Zehnfache oder mehr steigern (10).

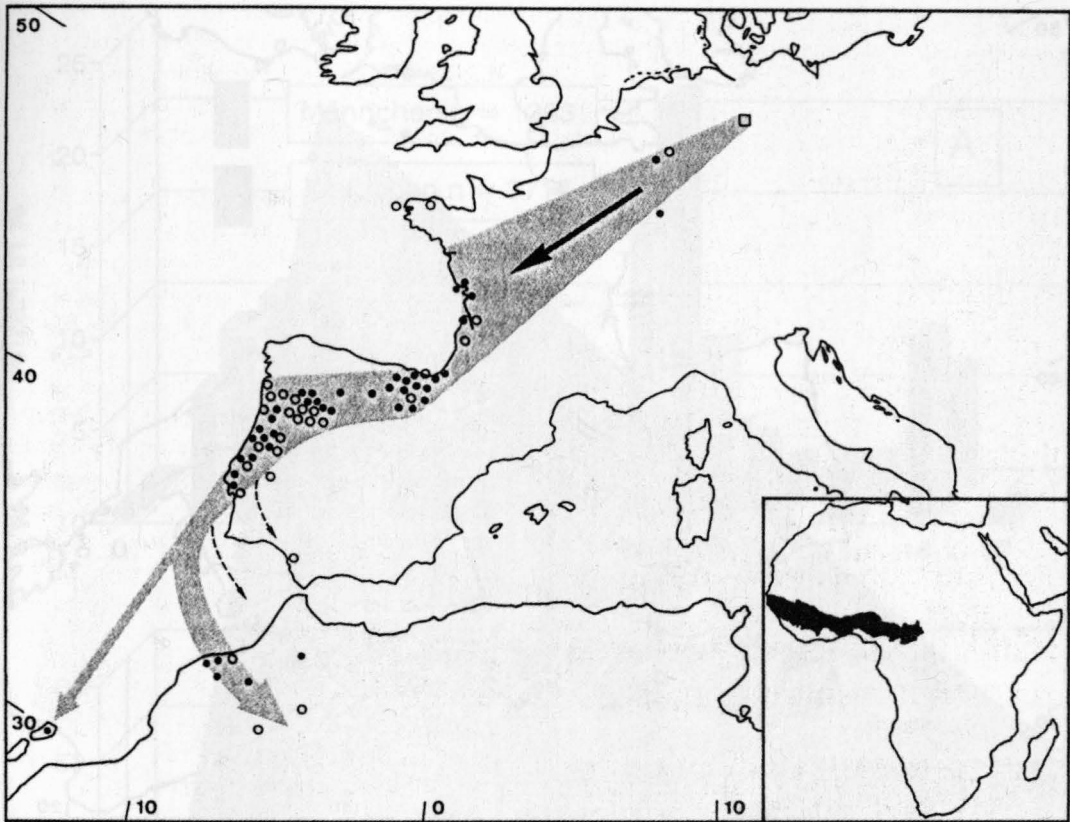


Abb. 4: Wiederfunde Braunschweiger Trauerschnäpper während des Wegzuges (Juli – November). Geschlossene Symbole = Funde im 1. Lebensjahr, offene Symbole = Funde in späteren Lebensjahren. Die grau gerasterte Fläche verdeutlicht die herbstliche Hauptzugroute (nach 13 geändert, 15). Die kleine Afrikakarte zeigt die Lage des Hauptüberwinterungsgebietes des Trauerschnäppers in den Savannen der Sudan- und Guineazonen Westafrikas.

Wanderungen

Der TS ist ein einzeln und nachts wandernder Zugvogel, der in den nördlich des Äquators gelegenen Baumsavannen im tropischen Westafrika südlich der Sahara und Sahelzone überwintert (Übersicht bei 15). Da im Rahmen unseres „Höhlenbrüterprogrammes“ schon über 190 000 Vögel dieser Art beringt wurden (90 % davon als Nestling), ist das Wiederfundmaterial im Laufe der Jahre so groß geworden, daß eine Analyse Aussagen zum Zugverhalten der Braunschweiger Vögel ermöglicht (13).

Der Abzug des TS aus dem Braunschweiger Raum beginnt bereits im Juli, und zwar in schmaler Front in Richtung WSW – SW (Abb. 4). Fundhäufungen

existieren im Küstenbereich des südwestlichen Frankreich, im nördlichen Spanien sowie im nördlichen und mittleren Portugal.

Im weiteren Verlauf des Wegzuges erfolgt ein „Zugknick“ in Richtung S – SO (die in Abb. 4 eingezeichneten Pfeile sollen andeuten, wie die Routen möglicherweise verlaufen könnten). Da die Marokko-Funde nicht nur im Küstenbereich liegen, ist anzunehmen, daß zumindest ein Teil der TS durch das Landesinnere weiterzieht und die Sahara durchquert.

Trotz der hohen Beringungszahlen liegt uns bislang noch keine Rückmeldung eines im Braunschweiger Raum beheimateten TS aus dem eigentlichen Überwinterungsgebiet vor.

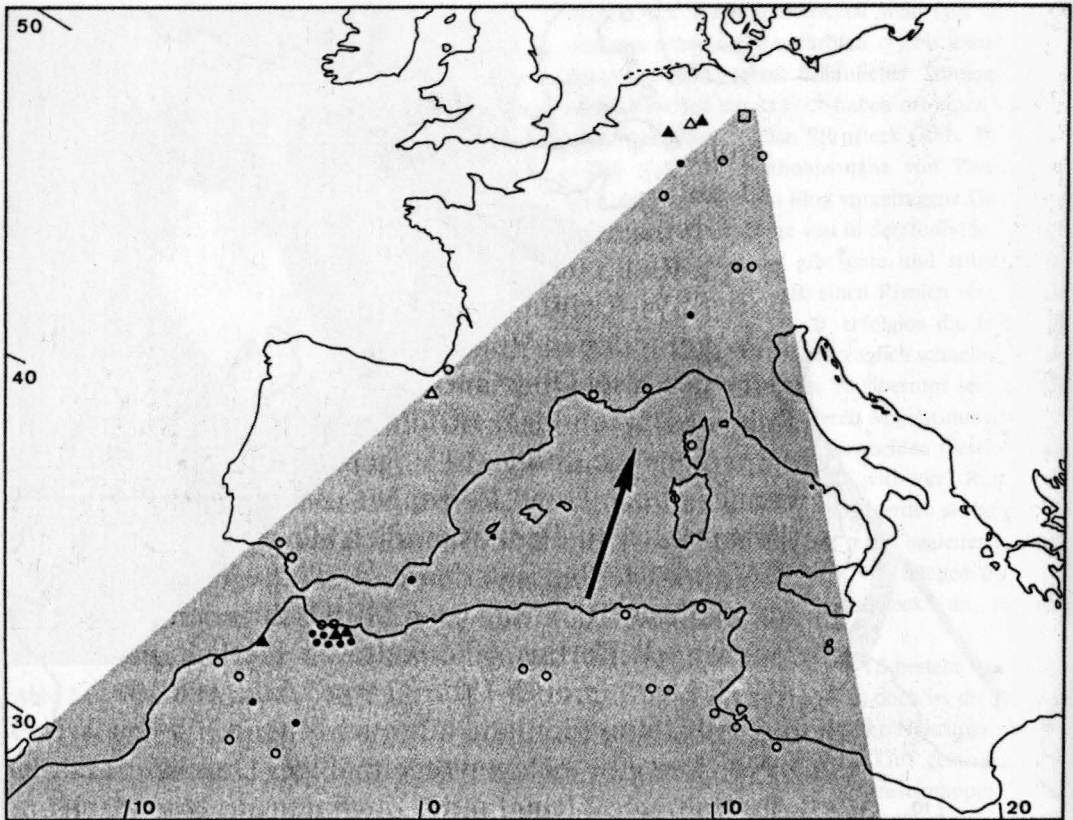


Abb. 5: Wiederfunde Braunschweiger Trauerschnäpper während des Heimzuges (Kreise = April-, Dreiecke = Mai-Funde; geschlossene Symbole = Funde im 1. Lebensjahr, offene Symbole = Funde in späteren Lebensjahren). Die grau gerasterte Fläche umfaßt etwa 95 % der Frühjahrsfunde (nach 13 verändert, 15).

Die Fundortverteilung vom Heimzug weicht stark vom Bild des Wegzuges ab (Abb. 5). So gibt es z. B. vom Heimzug zahlreiche Rückmeldungen aus weit östlich gelegenen Regionen, z. B. Algerien und Tunesien, aber keinen einzigen Fund aus Portugal, von wo 47 % aller Wegzug-Funde stammen. Dies zeigt, daß der TS im Verlauf seines Weg- und Heimzuges einen „Schleifenzug“ gegen den Uhrzeigersinn durchführt. Das Zielgebiet — die Brutheimat — wird aus dem Überwinterungsquartier also mehr oder weniger direkt angesteuert.

Die meisten Rückkehrer dürften die Braunschweiger Heimat im Verlauf des April und Anfang Mai erreichen. Die Erstbeobachtungen in unserer Region

fallen nach Aufzeichnungen aus 17 Jahren im Durchschnitt auf den 21. April (2).

Ortstreue

Viele Zugvögel kehren — wie zahlreiche Rückmeldungen beringter Individuen zeigen — in der Regel zur eigenen Brut in die nähere Umgebung ihres Geburtsortes zurück. Diese „Geburtsortstreue“ wird beim TS durch einen prägnanten Vorgang bewirkt, der bereits kurz nach dem Ausfliegen der Jungen abgeschlossen ist (5).

Das in unseren Versuchsgebieten gewonnene Wiederfundmaterial zeigt, daß sich 60 % der erfaßten

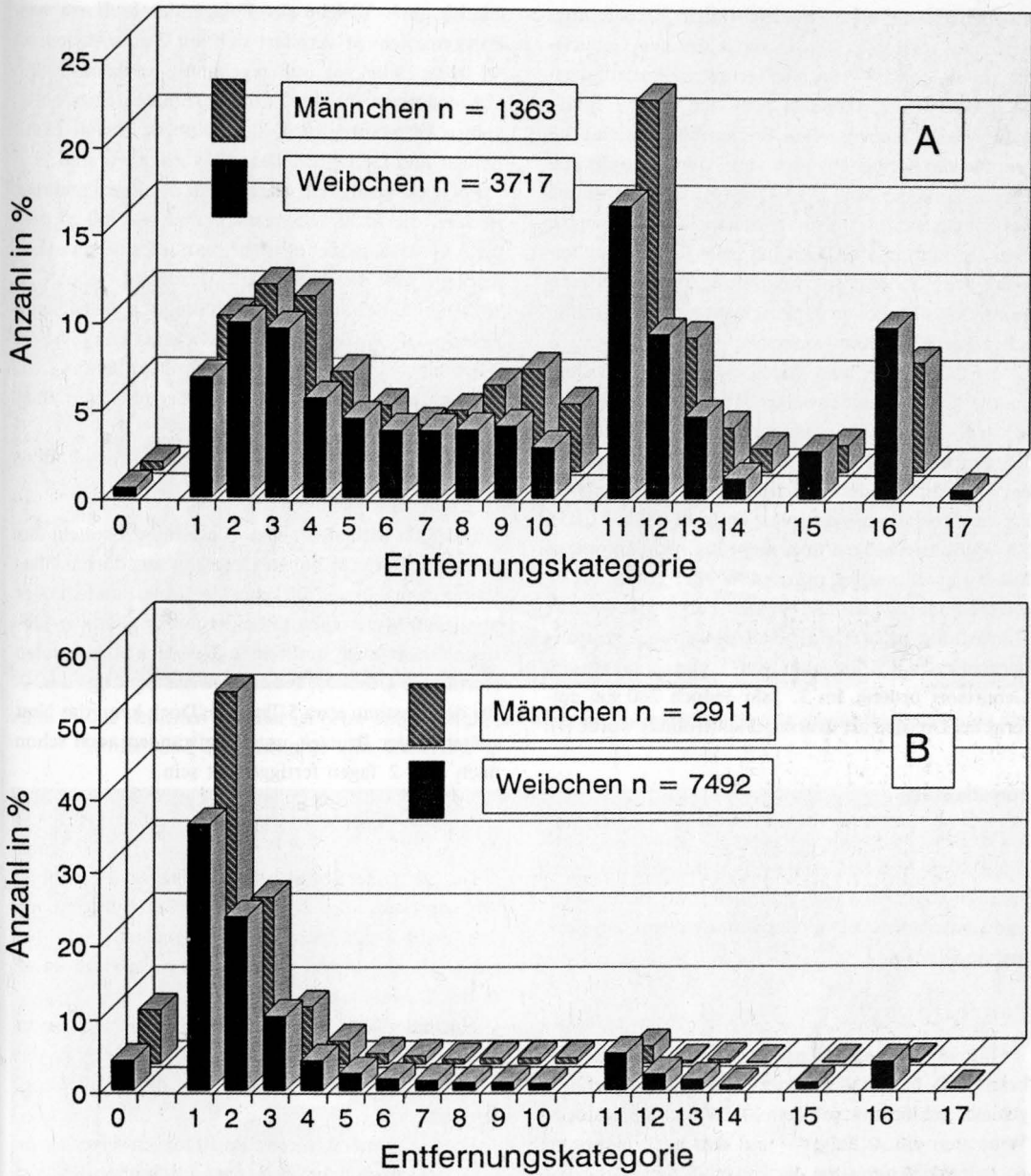


Abb. 6: Erstansiedlungsdistanz, Entfernung von der Geburtshöhle (= A); Umsiedlungsdistanz, Entfernung vom vorjährigen Brutplatz (= B). Entfernungskategorien: 0 = Brut in Geburts- bzw. vorjähriger Bruthöhle; 1 bis 10 = $> 0 - 0,1$, $> 0,1 - 0,2$ usw. $> 0,9 - 1$ km; 11 bis 14 = $> 1 - 2$ usw. bis $> 4 - 5$ km; 15 = $> 5 - 10$ km; 16 = $> 10 - 50$ km; 17 = > 50 km. Grafiken nach Daten in (15).

einjährigen TS- σ und 56 % der einjährigen \varnothing nicht weiter als 1 km vom Geburtsort entfernt ansiedelten (Abb. 6 „A“).

Da in denselben Versuchsgebieten mit der gleichen Methode auch das Ansiedlungsverhalten anderer Höhlenbrüter-Arten untersucht wurde, bietet sich die

Möglichkeit zu einer vergleichenden Betrachtung. Berechnet man z. B. den Umkreis um den Geburtsort, in welchem 95 % aller erfaßten Ansiedlungsnachweise liegen, ergeben sich für Kohl-, Blau-, Sumpf- und Tannenmeisen Radien bis maximal 3,8 km, für den Kleiber ein Wert von 5,5 km und für den Trauerschnäpper von >10 km (14). Der Austausch des Erbgutes erfolgt also bei Meisen in relativ engen Grenzen, während der Genfluß beim Kleiber und vor allem beim TS sehr viel weiträumiger ist. Dies spiegelt sich z. B. auch in Unterschieden der geographischen Formenbildung wider (3).

Mehrjährige TS, also Vögel, die schon mindestens einmal in die Braunschweiger Heimatregion zurückkehrten, sind noch ortstreuer als die einjährigen Vögel, was als „Brutortstreue“ bezeichnet wird. 81 % der ♂ und 64 % der ♀ siedelten nicht weiter als 0,2 km vom vorjährigen Brutplatz entfernt (Abb. 6 „B“). Zu Brutumsiedlungen über mehr als 1 km kommt es bei ♂ nur sehr selten (nur 3,4 % aller Fälle), bei ♀ dagegen häufiger (in 13,7 % aller Fälle). Die weiteste Umsiedlung betrifft ein bei Braunschweig nestjung beringtes ♀, das im Alter von 1 und 2 Jahren am Geburtsort brütete, im 3. Jahr jedoch 280 km entfernt bei Dresden als Brutvogel kontrolliert wurde (1).

Fortpflanzung

Die Geschlechtsreife erreichen TS in der Regel am Ende ihres 1. Lebensjahres. Es wird stets nur eine Jahresbrut gezeitigt. Ersatzbruten sind nicht selten und werden meist etwa 6 Tage nach dem Gelegeverlust angefangen.

Paarbildung:

Hat ein TS-♂ durch seinen Gesang ein paarungsbereites ♀ in die Nähe einer potentiellen Bruthöhle gelockt, schlüpft es vor dem ♀ in die Höhle hinein. Wenn ihm das ♀ folgt — und dies auch mehrmals nacheinander tut — ist die Paarbildung vollzogen.

Das ♀ richtet sich bei der Verpaarung weniger nach den ♂-Charakteristika (z. B. Größe, Färbung und Gesang des ♂), als nach der Höhlenqualität (z. B. Sicherheit vor Nesträubern) und vermutlich auch nach dem Nahrungsangebot in der Umgebung des Brutplatzes (Zusammenstellung hierzu bei 15).

Der TS gehört zu den wenigen europäischen Singvogel-Arten, bei denen neben der Einehe (= Mono-

gamie) auch Vielehe (= Polygamie) in Form von Polygynie (ein ♂ verpaart sich mit 2 oder mehreren ♀) mehr oder weniger regelmäßig vorkommt (9). Voraussetzung für das Zustandekommen einer polygamen Verpaarung ist u. a., daß überschüssige Bruthöhlen und ledig gebliebene ♀ vorhanden sind.

Polygam veranlagte ♂ haben in der Regel mehrere Reviere, die nicht selten relativ weit — 100 m und mehr — voneinander entfernt sind, selbst wenn näher gelegene freie Nisthöhlen zur Verfügung stehen (12, 16). Dahinter könnte z. B. das biologisch bedeutsame Prinzip der „Risikoverteilung“ stecken; denn je näher 2 Brutplätze beieinander liegen, um so größer ist z. B. auch die Gefahr, daß ein Nesträuber nicht nur eine, sondern beide Bruten zerstört.

Nestbau:

Das Nest wird allein vom ♀ gebaut. Es besteht aus einem mehrere cm hohen Unterbau aus dünnen Blättern, Schnitzeln von Birkenrinde, Kiefernadeln oder ähnlichen Materialien mit einer aus dünnen, vorjährigen Grashalmen und feinen Würzelchen geformten Nestmulde (Abb. 7). Normalerweise benötigt das ♀ für den Nestbau etwa 5 Tage (8). Doch kann das Nest später in der Brutzeit unter Umständen auch schon nach 1 — 2 Tagen fertiggestellt sein.

Eiablage, Gelegestärke, Bebrütung:

Der zeitliche Beginn der Eiablage kann z. B. in Abhängigkeit von klimatischen Bedingungen von Jahr zu Jahr um 3 Wochen und mehr variieren. Meistens fällt der Legebeginn im Braunschweiger Raum in die 2. Mai-Dekade (6).

Normalerweise legt das ♀ jeden Tag — meist morgens zwischen 5.30 und 6.00 Uhr (8) — ein Ei, bis nach Ablage von 4 — 8 Eiern das „Vollgelege“ vorliegt.

Die Gelegestärke nimmt im Braunschweiger Raum mit fortschreitender Zeit von durchschnittlich 6,4 Eiern im ersten Drittel der Brutsaison auf 5,4 Eier im letzten Drittel ab (4). Die geringer werdende Eizahl entspricht dem zum Ende der Brutzeit normalerweise schlechter werdenden Nahrungsangebot für die Aufzucht der Jungen (= „Kalendereffekt“).

Nur das ♀ brütet (Abb. 7). Die Jungen schlüpfen meist recht synchron am selben Tag nach einer Bebrütungsdauer von 14 — 15 Tagen.



Abb. 7: Das Bebrüten der Eier ist beim Trauerschnäpper alleinige Aufgabe des ♀ (für die Aufnahme wurde die Vorderwand der Nisthöhle kurz entfernt).

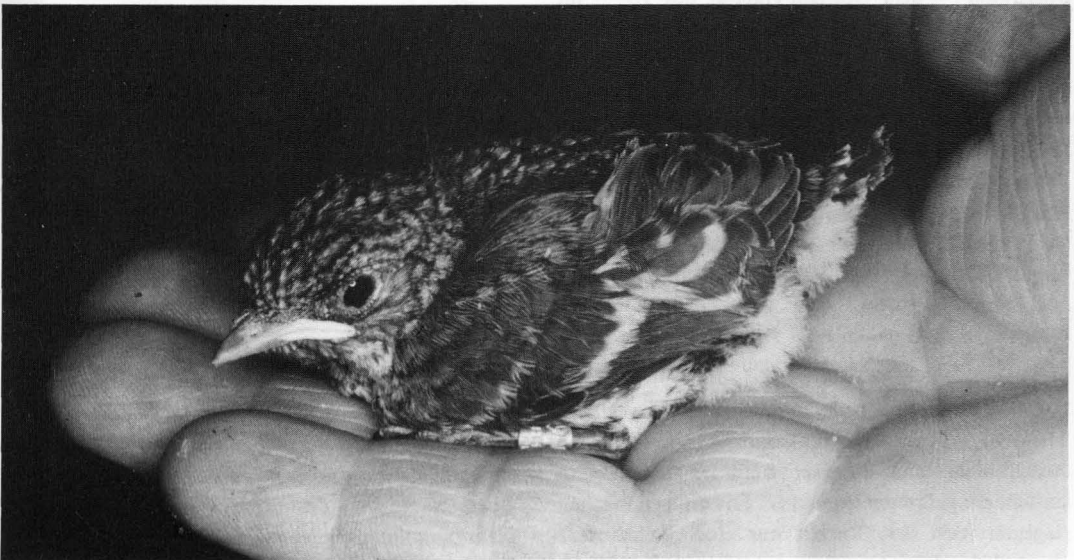


Abb. 8: Trauerschnäpper-Nestling im Alter von 12 Tagen. Der Ring am linken Bein ist praktisch der „Personal-
ausweis“ des Vogels, mit dessen Hilfe z. B. Untersuchungen über Ortstreue und die Lebensdauer möglich sind.

Jungenaufzucht:

Die Nestlinge (Abb. 8) werden von beiden Eltern mit Futter versorgt. Die sich mit dem Alter der Jungen steigende Fütterfrequenz verbleibt etwa ab dem 7. oder 8. Tag auf hohem Niveau und liegt dann bei 3 — 6 Fütterungen pro Nestling und Stunde (15).

Das Fütterverhalten polygamer σ ist sehr variabel. Normalerweise erhält das erste (= primäre) \varnothing bei der Aufzucht der Jungen größere Unterstützung durch das σ als das zweite (= sekundäre) \varnothing . Und nicht selten wendet sich ein doppelt verpaartes σ — sobald die Primärbrutjungen geschlüpft sind — sogar ausschließlich seinem primären \varnothing zu, so daß das sekundäre \varnothing die Jungen allein aufziehen muß. Dies hat eine im Durchschnitt höhere Nestlingssterblichkeit bei den sekundären Bruten zur Folge (12).

Einige Stunden vor dem Ausfliegen — meist erfolgt dies im Alter der Jungen von 16 Tagen — werden die Nestlinge unruhig, bis einer nach dem anderen unter viel Geflatter den Höhleneingang erreicht und abfliegt (Abb. 9). Die Familie bleibt dann noch mindestens weitere 8 Tage im Verband zusammen (8).

Lebenserwartung

Im Braunschweiger Raum fliegen im Laub-Mischwald — dem Optimal-Habitat des TS — im Mittel 5,2 Nestlinge pro Brut aus, im trockenen Kiefernforst dagegen nur durchschnittlich 3,2. Höchstens 25 — 30 % der flügge gewordenen Jungvögel überleben bis zum Beginn der kommenden Brutzeit (15).

Nach Erreichen der Geschlechtsreife liegt die mittlere jährliche Überlebensrate bei etwa 50 %. Ein- und zweijährige Vögel dominieren deshalb in den Brutpopulationen. Das Höchstalter des TS liegt bei etwa 10 Jahren (15).

Mauser

Zwischen Brutzeitende und Zugbeginn wechseln TS-Altvögel in der Regel ihr gesamtes Gefieder. Nach Abschluß dieser „Vollmauser“ befinden sie sich dann im schlicht gefärbten Ruhekleid. Die Jungen machen dagegen nach der Brutzeit nur eine „Teilmauser“ durch, bei welcher vor allem das Körperkleingefieder des Jugendkleides gewechselt wird. Ihr Großgefieder — die Schwung- und Steuerfedern — wird erst im nächsten Jahr nach Abschluß der Brutsaison ersetzt.

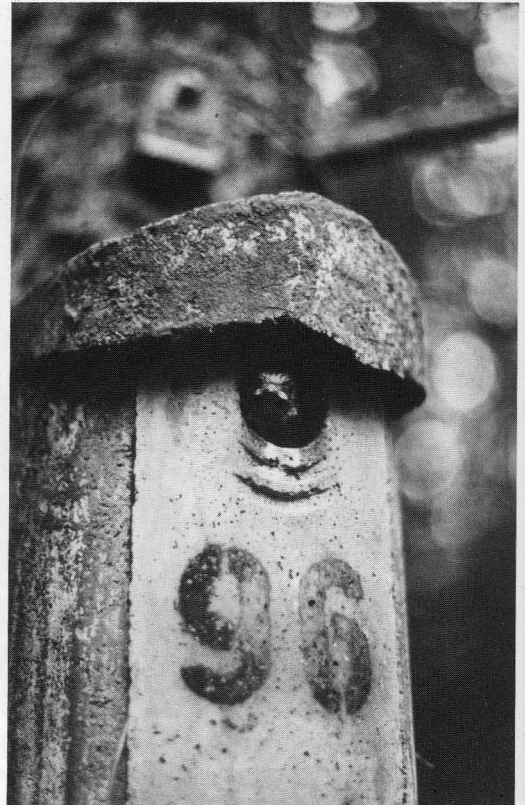


Abb. 9: Trauerschnäpper brüten gern in künstlichen Nisthöhlen. Kurz vor dem Flüggewerden warten die Jungen abwechselnd oft schon am Flugloch auf den fütternden Altvogel.

Die Mauser vom Ruhe- zum Brutkleid — eine Teilmauser — findet im Winterquartier statt, und zwar vor allem in den Monaten Januar und Februar (15).

Verhalten gegenüber Rivalen und Feinden

Gegenüber σ der eigenen Art sind TS- σ sehr aggressiv. Läßt sich ein Eindringling z. B. nicht durch „Imponierflug“ vertreiben, stellt sich das Revier- σ zum Kampf. Zuweilen sitzen sich dann die einander befehlenden σ minutenlang aufgeplustert gegenüber, bis (meist) der Eindringling flieht. Nur ein Zehntel aller Fehden wird durch Beschädigungskampf beendet, wobei sich die σ mit Schnabel und Krallen in der Luft und am Boden bearbeiten (7, 8).

Je näher Auseinandersetzungen an der Nisthöhle erfolgen, um so schneidiger zeigt sich der Revierbesitz-

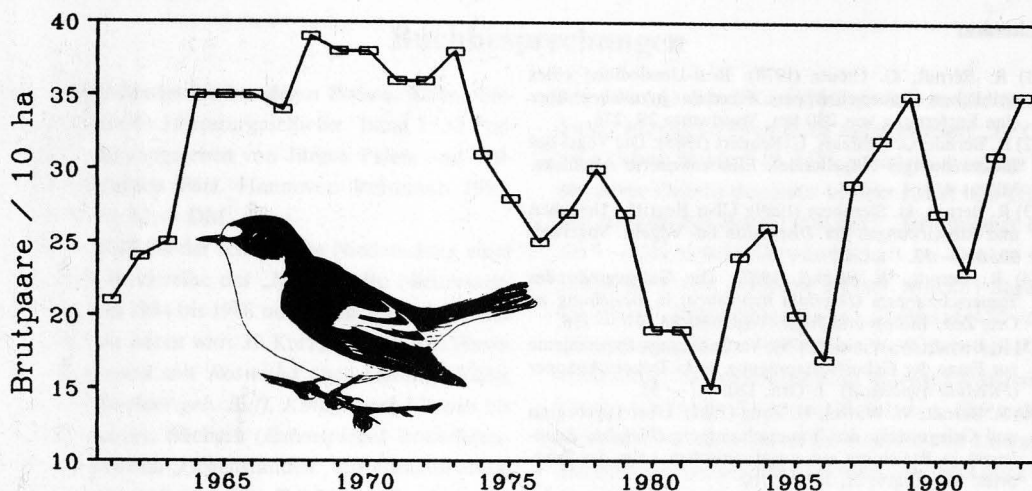


Abb. 10: Bestandsentwicklung des Trauerschnäppers im Versuchsgebiet „Saukühle“ (Eichen-/Hainbuchenwald, 65 ha, Anzahl der Nisthöhlen = 680) von 1961 — 1993; nach (11), verändert.

zer; am Rande seines Reviers erfolgen Angriffe und Abwehr dagegen weniger energisch.

Zur Zeit der Eiablage des ♀ ist die Aggressivität des ♂ am stärksten und fällt dann während der folgenden Brutperiode rapide ab. Auch Kälte kann die Angriffslust fast völlig lähmen.

TS-♀ fühlen sich — im Gegensatz zu den ♂ — nicht an ein Revier gebunden, sondern nur an den Partner und ihr Nest, weshalb sie sich in der Regel auch nicht an Revierstreitigkeiten beteiligen. Andere ♀ in der Nähe ihrer Höhle werden jedoch heftig attackiert.

Feinde — z. B. Katzen und ruhende Eulen — lösen bei beiden Geschlechtern Alarm (und manchmal auch Schnarrangriffe) aus, jagende Sperber dagegen Flucht.

Bestandsentwicklung

In Mitteleuropa hat der Bestand des TS in den vergangenen Jahrhunderten infolge der Rodung großer Waldregionen vermutlich drastisch abgenommen. Auch die Mitte des vorigen Jahrhunderts einsetzende Aufforstung einförmiger Bestände dürfte keine Besserung gebracht haben. In den 1920er Jahren konnte der TS deshalb in Veröffentlichungen oft nur als „Rarität“ erwähnt werden. Erst mit dem Aufschwung des Vogelschutzes etwa seit Beginn der 1920er Jahren

und dem zunehmenden, teils massenhaften Ausbringen von künstlichen Nisthöhlen kam es wieder zu einem sprunghaften Anstieg der Brutbestände (vgl. hierzu die Zusammenstellung bei 15).

In den Versuchsgebieten des Braunschweiger Raumes läßt sich der Bestandsverlauf des TS seit den 1960er Jahren genau verfolgen (Abb. 10). Trotz der teils erheblichen Schwankungen zeigt die Entwicklung langfristig weder einen gesicherten Zu- noch Abnahmetrend. Von 1964 — 1974 lag der Brutbestand mit jeweils über 30 Paaren pro 10 ha (im Mittel 36) zwar deutlich höher als von 1975 — 1986 mit jeweils unter 30 (im Mittel 23) Paaren pro 10 ha. Doch ist zur Zeit wieder eine Bestandsanhebung festzustellen (mittlere Dichte von 1987 — 1993 = 30 P./10 ha). Dies zeigt, daß Populationstrends von Kleinvogel-Arten unter Umständen auch nach einem vollen Jahrzehnt noch nicht „abschließend“ zu beurteilen sind.

Literatur

- (1) R. Berndt, G. Creutz (1978): Brut-Umsiedlung eines weiblichen Trauerschnäppers *Ficedula hypoleuca* über eine Entfernung von 280 km. Vogelwarte 29, 276.
- (2) R. Berndt, G. Rehfeldt, U. Reimers (1988): Die Vögel des Braunschweiger Hügellandes. Eine erweiterte Artenliste. Milvus 4/5, 1 — 134.
- (3) R. Berndt, H. Sternberg (1969): Über Begriffe, Ursachen und Auswirkungen der Dispersion bei Vögeln. Vogelwelt 90, 41 — 53.
- (4) R. Berndt, W. Winkel (1967): Die Gelegegröße des Trauerschnäppers (*Ficedula hypoleuca*) in Beziehung zu Ort, Zeit, Biotop und Alter. Vogelwelt 88, 97 — 136.
- (5) R. Berndt, W. Winkel (1979): Verfrachtungs-Experimente zur Frage der Geburtsortsprägung beim Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*). J. Orn. 120, 41 — 53.
- (6) R. Berndt, W. Winkel, H. Zang (1981): Über Legebeginn und Gelegestärke des Trauerschnäppers (*Ficedula hypoleuca*) in Beziehung zur geographischen Lage des Brutortes. Vogelwarte 31, 101 — 110.
- (7) G. Creutz (1955): Der Trauerschnäpper (*Muscicapa hypoleuca* [Pallas]). Eine Populationsstudie. J. Orn. 96, 241 — 326.
- (8) E. Curio (1959): Verhaltensstudien am Trauerschnäpper. Z. Tierpsychol., Beiheft 3, 118 p.
- (9) L. von Haartman (1969): Nest-site and Evolution of Polygamy in European Birds. Orn. Fenn. 46, 1 — 12.
- (10) W. Winkel (1989): Langfristige Bestandsentwicklung von Kohlmeise (*Parus major*) und Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*): Ergebnisse aus Niedersachsen. J. Orn. 130, 335 — 343.
- (11) W. Winkel (1993): Langfristige Bestandsdynamik von Höhlenbrütern (*Parus*, *Sitta*, *Phoenicurus*, *Ficedula*, *Jynx*) im Braunschweiger Raum. Jber. Institut Vogelforschung 1, 20 — 21.
- (12) W. Winkel (1994): Polygynie des Trauerschnäppers (*Ficedula hypoleuca*) im Braunschweiger Raum. Vogelwarte 37, 199 — 205.
- (13) W. Winkel, M. Frantzen (1989): Ringfund-Analyse zum Zug einer niedersächsischen Population des Trauerschnäppers *Ficedula hypoleuca*. Vogelkundl. Ber. Nieders. 23, 90 — 98.
- (14) W. Winkel, M. Frantzen (1991): Zur Populationsentwicklung der Blaumeise (*Parus caeruleus*): Langfristige Studien bei Braunschweig. J.Orn. 132, 81 — 96.
- (15) W. Winkel, H. Hudde (1993): *Ficedula hypoleuca* (Pallas 1764) — Trauerfliegenschnäpper, Trauerschnäpper. In: Glutz von Blotzheim & Bauer, Handbuch der Vögel Mitteleuropas, Band 13, 165 — 263.
- (16) W. Winkel, D. Winkel (1984): Polygynie des Trauerschnäppers (*Ficedula hypoleuca*) am Westrand seines Areals in Mitteleuropa. J. Orn. 125, 1 — 14.

Dr. Wolfgang Winkel

Institut für Vogelforschung „Vogelwarte Helgoland“
 Außenstation Braunschweig
 Bauernstraße 14
 38162 Cremlingen-Weddel

Buchbesprechungen

Von Dichterfürsten und anderen Poeten. Kleine niedersächsische Literaturgeschichte. Band I. 32 Portraits. Herausgegeben von **Jürgen Peters** und **Wilhelm-Heinrich Pott**. Hannover: Revonnah 1993. 250 S. 8°. 32,— DM.

Dieses Buch ist der schriftliche Niederschlag einer Rundfunk-Sendereihe des „NDR Radio Niedersachsen“, die von 1984 bis 1988 unter dem Titel „Literatur um acht“ zu hören war: 32 Kurzportraits von Personen (beginnend mit *Roswitha* über *Leibniz*, *Hölty*, *Charlotte Kestner geb. Buff*, *Knigge* und *Novalis* bis zu *Eckermann*), Büchern (*Eulenspiegel*, *Münchhausen*) und anderen „Gegenständen“, die allesamt etwas mit Literatur und mit jenem Teil Deutschlands zu tun haben, der seit 1946 das Bundesland Niedersachsen ausmacht. Die 32 Skizzen, im Durchschnitt knapp sieben Seiten lang, stammen von 19 Autoren. Jedem Artikel ist — soweit von Personen die Rede ist — ein bildliches Portrait vorangestellt. Im Anhang beigegeben sind jeweils ein paar bibliographische Hinweise von zweieinhalb (!) bis etwa 20 Zeilen Länge für Leser, die mehr wissen möchten. Der Band besticht durch seine wohlüberlegte, schöne Typographie und seine ansprechende buchbinderische Ausstattung.

Bleiben wir bei den angenehmen Seiten des Buches. Es liest sich ausgesprochen leicht. Die Autoren, die meisten von ihnen der Ausbildung nach Literaturwissenschaftler, viele journalistisch erfahren und hörfunkerprobt, schreiben fast ausnahmslos einen Stil, der — je nachdem — die Bezeichnungen „flüssig“, „flott“ oder auch „fetzig“ verdient: überschaubare Sätze, eine pointenreiche Diktion, nichts von literaturwissenschaftlicher Abstraktheit und Schwere. Und: Ganz vermieden ist der bei Arbeiten zur regionalen Literaturgeschichte so schnell sich einstellende Ton heimattümelnd-distanzloser Heldenverehrung. Da wird niemandes Lob gesungen, schon gar nicht das einer „niedersächsischen Literatur“ (die es nicht gibt). Nichts erinnert an Josef Nadler, und das ist gut so. Also ein rundum gelungenes Buch? Leider doch nicht ganz.

Erstens zeitigen die offenkundig angestrebte Leichtfüßigkeit der Darstellungsweise und das bewußte Streben nach Distanz zum Dargestellten bisweilen doch unangenehme Nebenwirkungen. Ein Beispiel: Jürgen Peters gestattet sich im letzten Satz sei-

nes Beitrags über *Karl Philipp Moritz* die Bemerkung, Moritz sei eben doch mehr gewesen „als Goethes kleiner Bruder“ (S. 143), nachdem er wenige Zeilen davor Goethe durchaus korrekt zitiert hat: „Er ist wie ein jüngerer Bruder von mir.“ „Ein jüngerer Bruder“ — das drückt Verwandtschaft im Denken und Empfinden aus; „Goethes kleiner Bruder“ dagegen suggeriert Vorstellungen wie „Zweitauflage“ oder „Taschenausgabe“, was Peters eigentlich aber gar nicht meint. So kann man einer einzigen schmissigen Pointe zuliebe die Sache im Stich lassen. Ein anderes Beispiel: Wer über regionale Aspekte von Literaturgeschichte schreibt, läßt sich wohl oder übel auch auf Schriftsteller ein, die — warum auch immer — in Vergessenheit geraten sind. Ihnen gerecht werden zu wollen heißt einen mittleren Weg irgendwo zwischen den Extremurteilen „zu Recht vergessen“ und „verkanntes Genie“ zu finden. Insofern macht es sich der schon genannte Jürgen Peters zu einfach, wenn er August Klingemann kurzerhand auf den Verfasser der *Nachtwachen des Bonaventura* reduziert und ihn im übrigen als einen „zu Recht vergessenen Autor“ (S. 212) bezeichnet. Das ist eine standrechtliche Aburteilung, mit der sich Peters der Aufgabe entzieht, auf Klingemanns umfangreiches sonstiges Werk in der Sache einzugehen. Man hätte ja doch zumindest ein paar Werktitel erfahren mögen und gern auch wenigstens (sagen wir) fünf Zeilen der Begründung gelesen, warum es denn ein für allemal vertane Zeit sein soll, etwas anderes von Klingemann als die *Nachtwachen* in die Hand zu nehmen. Ist Literaturgeschichte nur die Geschichte von „Höhenkamliteratur“?

Zweitens sind die Artikel nicht alle von gleicher Zuverlässigkeit im Detail. Das hat nun nichts mit dem stilbildenden Plauderton des Sammelbandes zu tun, denn rhetorischer Schwung und sachliche Korrektheit brauchen einander nicht auszuschließen. Zwischen den zahlreichen wohl gelungenen Kapiteln des Bandes stehen leider auch einige, bei denen es inhaltlich nicht überall stimmt oder deren Informationsgehalt Wünsche offen läßt.

Claudia Toll hat in ihrem Beitrag über *Till Eulenspiegel* (den Helden des frühneuzeitlichen *Eulenspiegelbuchs*) nicht alle sprachlichen Feinheiten des alten Textes richtig verstanden. Sie behauptet, daß ihm

(Eulenspiegel) „ein Bäcker sagt, er solle das Mehl in den Mondschein beuteln, woraus Eulenspiegel [. . .] macht: im Mondschein beuteln“ (S. 31). Gerade umgekehrt aber steht es im *Eulenspiegelbuch*: der Bäcker beauftragt Eulenspiegel dort, das Mehl „im Mondschein“, d. h. nachts, bei Mondbeleuchtung zu sieben, Eulenspiegel aber sibt das Mehl „in den Mondschein“, er verstreut es im Hof auf die dort vom Mond beschienene Fläche. Hier hat Toll eine Pointe „versiebt“. Nicht minder unschön ist es, wenn sie in ihrem Artikel das beliebte, aber sachlich ganz unbegründete Klischee weiterverbreitet, speziell wir Heutigen lebten „in einer Zeit des Dummlaberns und Sprüchemachens und Starkdeutschredens“ (S. 27). Zunächst ist „Starkdeutsch“ ja weniger etwas zum Reden als vielmehr etwas, das einer schreibt; „Dummlabern“ bedeutet einen arroganten Pauschalvorwurf; und daß schließlich das „Sprüchemachen“, d. h. die manipulatorische Verwendung der Sprache, schon seit jeher betrieben wurde, zeigt fürs 16. Jahrhundert eben das *Eulenspiegelbuch*. Toll ist hier der seit Jahrhunderten geläufigen Legende vom fortwährenden Verfall der deutschen Sprache auf den Leim gegangen. In einer Literaturgeschichte, einem Buch, das auf Hieb- und Stichfestigkeit bedacht sein muß, sind solche blinden, sprachgeschichtlich haltlosen Rundumschläge fehl am Platz.

In den Anmerkungen zu Werner Wunderlichs Beitrag über *Hermen Bote* sind die mittelniederdeutschen Wörter *beschiten* und *bemigen* (S. 34) von Arne Drews mit *bescheiden* und *bändig* (S. 234) falsch übersetzt worden. Richtig wäre gewesen: *bescheißen* und *bepinkeln*.

Justus Georg Schottelius hieß zeitlebens *Schottelius* und „nennt sich“ nicht nur so (statt *Schottel*), wie Jürgen Peters in seinem Artikel über *Anton Ulrich* den Leser glauben machen möchte (S. 40). Die Latinisierung des Namens ist in der Einbecker Gelehrtenfamilie Schottelius bereits im 16. Jahrhundert, also mehrere Generationen vor Justus Georg, vollzogen worden, und auch noch die heute lebenden Nachfahren schreiben sich *Schottelius*. Einen *Schottel* haben aus Schottelius erst deutschtümelnde Germanisten des 19. und 20. Jahrhunderts gemacht, denen die lateinische Namensendung peinlich war, so wie man in der Barockforschung unseres Jahrhunderts bisweilen aus *Gryphius* einen *Gryph* hat machen wollen. Weder ist Herzog August der Jüngere kurzerhand als

„der Gründer“ der heute seinen Namen tragenden Bibliothek (Peters, S. 40 und 41; die Anfänge der Bibliothek liegen im 16. Jahrhundert) zu bezeichnen, noch wird man im Zusammenhang mit Anton Ulrich von dem „von ihm gegründeten (und selbstredend nach ihm benannten) Museum in Braunschweig“ sprechen dürfen (Peters, S. 41). So „selbstredend“ war das nicht; beide Benennungen sind jung, stammen aus dem 20. Jahrhundert, und das Braunschweiger „Herzog-Anton-Ulrich-Museum“ geht im wesentlichen auf das erst 1754 von Herzog Karl I. begründete Kunst- und Naturalienkabinett zurück.

Der *Münchhausen*-Artikel von Gabriele Ricke leidet daran, daß die Verfasserin in der Hauptsache nur einige mehr oder weniger bekannte Münchhausen-Geschichten wiedergibt (das Pferd an der Kirchturmspitze; der Wolf im Pferdegeschirr; der Ritt auf der Kanonenkugel u. a. m.), daß sie dem Leser aber kein Sterbenswörtchen darüber verrät, wie man sich den Zusammenhang zwischen dem „real existierenden“ (S. 62) Hieronymus Karl Friedrich von Münchhausen und den Lügengeschichten, so wie wir sie kennen und Ricke sie nacherzählt, vorzustellen hat. Nichts also von (dem immerhin Hannoveraner!) Rudolf Erich Raspe, auch nichts von Gottfried August Bürger, denen wir die Geschichten und damit den Lügenbaron als literarische Kunstfigur ja verdanken. Wer Rickes Artikel liest, wird zu der falschen Überzeugung verleitet, die literarischen Münchhausen-Geschichten gingen unmittelbar auf den historischen Freiherrn Hieronymus zurück. Dieser Artikel bedürfte einer gründlichen Revision.

Auch in Gabriele Rickes Beitrag über *Gottfried August Bürger* bleibt dessen Anteil an der Entstehung der *Wunderbaren Reisen des Freiherrn von Münchhausen* unerwähnt. Im Zentrum des Artikels steht Bürgers *Lenore*. Daß diese obstinat und ausschließlich unter dem Namen *Leonore* erscheint, mag ein Satz- und Korrekturversehen sein. Aber es stört schon: man muß jedesmal an *Fidelio* denken.

Drittens: Das Buch nennt sich im Untertitel „Kleine niedersächsische Literaturgeschichte“. Niemand wird von einem Büchlein, das als Portraitfolge konzipiert ist und das noch dazu das Wörtchen „klein“ im Titel führt, Vollständigkeit erwarten. Wann wäre die je erreicht, und woran wäre sie zu messen? Dennoch sind bestimmte Lücken in der Perlenkette der Kapitelabfolge unübersehbar. Berthold

von Holle kommt vor, warum fehlt dann aber Eilhart von Oberge, der Autor des *Tristrant*? Wenn die „Dichterfürsten“ sogar im Haupttitel des Buches an erster Stelle stehen, wo bleiben dann für die Geschichte der deutschen Literatur so bedeutende Gestalten wie Heinrich Julius, August der Jüngere, Anna Amalia? Diese habe ihr Wirken eben erst in Weimar entfaltet? Dann hätte man auch auf Eckermann verzichten müssen, der aber ist zum Glück drin. Entgehen lassen hat man sich für das 16. Jahrhundert Friedrich Dedekind aus Neustadt am Rübenberge, den Mann des *Grobianus*, genauso wie fürs 18. den schon erwähnten Rudolf Erich Raspe. Was das 17. Jahrhundert angeht, so fehlen eigene Artikel mindestens über den Theologen und Erbauungsschriftsteller Johann Arndt, den Romanschriftsteller Andreas Heinrich Buchholtz und den Sprachgelehrten und Grammatiker Justus Georg Schottelius. Letzterer wird im Zusammenhang mit Anton Ulrich nur kurz (als *Schottel*, s. o.) erwähnt; im Personenregister ist er zu allem Unglück auch noch mit falschem Vornamen (*Julius*) gelandet (S. 248). Die Autoren, die man in einer Kurzformel manchmal als die Vertreter der „Braunschweiger Aufklärung“ bezeichnet, nämlich die Gruppe der Braunschweiger gelehrten Literaten unter den „Bremer Beiträgern“ um die Mitte des 18. Jahrhunderts, insbesondere Karl Christian Gärtner, Johann Arnold Ebert und Friedrich Wilhelm Zachariä, sowie später dann auch Johann Joachim Eschenburg — sie alle kommen in dieser „Kleinen niedersächsischen Literaturgeschichte“ überhaupt gar nicht erst vor. Nicht immer kann man sich beim Lesen des Buches daher des Eindrucks erwehren, bei der Auswahl der aufzunehmenden Persönlichkeiten hätten die Herausgeber manchmal Niedersachsen mit Calenberg verwechselt.

Bis jetzt ist überwiegend von Unzulänglichkeiten und Lücken die Rede gewesen. Das ist, wie fast immer bei Rezensionen, ungerecht. Daß man viele der Kapitel mit Gewinn und Vergnügen liest, sei deshalb laut gesagt. Stellvertretend für viele gelungene Artikel möge der Beitrag von Elisabeth Vollers-Sauer über Goethes Harzreisen (die allerdings meist östlich von Niedersachsen verlaufen sind) hervorgehoben sein: lehrreich und schön, Wesentliches in Kürze.

Auch bei Betrachtung aller Einwände (und noch mehr wären da zu erheben: das Buch enthält viel zu viele Druckfehler, die dem sichtlichen Streben nach

typographischer Eleganz störend in die Quere kommen) ist das Erscheinen dieser „Kleinen niedersächsischen Literaturgeschichte“ zu begrüßen. Die einzelnen Kapitel, wenn manche davon auch verbesserungsbedürftig sind, machen durchweg Lust zum Kennenlernen der Literatur, um die es da geht, sind allesamt appetitanregend.

In einer zweiten, durchgehend zu revidierenden Auflage des Buches könnte man Lücken schließen und die noch vorhandene regionale Schieflage beseitigen. Man könnte allzu hochschlagende stilistische Wellen glätten, zum Vorteil der dargestellten Sachverhalte, und könnte Detailfehler korrigieren. Nicht zuletzt sollte man auch die viel zu mageren Literaturhinweise ausbauen (schon jetzt sind nicht alle mehr aktuell, sondern spiegeln z. T. noch den Stand der Rundfunksendungen 1984 — 1988 wider), so daß sie brauchbarer würden. Wenn dann noch ein einleitendes, chronologisch zu konzipierendes Überblickskapitel hinzukäme, das in knapper Form zusätzlich noch von ein paar Dutzend niedersächsischen Poetae minores berichtete, die zwar auch erwähnenswert sind, denen man aber dennoch kein eigenes Kapitel zubilligen möchte, dann hätte das Buch, das bis jetzt ja doch nichts weiter als eine Portraitgalerie ist, seinen ambitionierten Titel einer „kleinen Literaturgeschichte“ wirklich verdient.

Dr. Herbert Blume

Blücherstraße 1

38102 Braunschweig

Von Dichterfürsten und anderen Poeten. Kleine niedersächsische Literaturgeschichte. Band II. Siebenunddreißig Portraits von Stendhal bis Arno Schmidt. Herausgegeben von **Jürgen Peters** und **Wilhelm-Heinrich Pott**. Hannover: Revonnah 1994. 280 S. 8°. 37,— DM.

Schnell ist dem ersten Band der zweite gefolgt. Er enthält aus der Feder von 27 Autoren 37 Artikel. Der Bogen spannt sich von der Zeit des Königreichs Westphalen (*Stendhal* in Braunschweig) bis zu den 30er Jahren unseres Jahrhunderts (*Gottfried Benn* in Hannover). Den Schluß bildet, als eine Art Zugabe, ein Kapitel über *Arno Schmidt*, dem damit das (diskutable) Sonderrecht eingeräumt wird, als einziger das

literarische Leben Niedersachsens nach 1945 zu repräsentieren.

In seiner Machart unterscheidet sich dieser zweite Band nicht grundsätzlich vom ersten: Vorzügliche Artikel stehen neben weniger gelungenen, und es dominiert auch hier der journalistisch-essayistische Plauderton. Daß ein solcher Darstellungsstil mit solider Informationsvermittlung und mit Korrektheit in der Sache einen glücklichen Verbund eingehen kann, belegen z. B. die Artikel über *Wilhelm Raabe* (von Wilhelm-Heinrich Pott, der den unbequemen Raabe der Braunschweiger Jahre in den Mittelpunkt stellt) und über *Hermann Löns* (von Heiko Postma). Nicht überall jedoch vermag man rückhaltlos zuzustimmen. Einiges von Postmas perspektivenreichem Umgang mit dem uns heute nicht mehr recht geheuren Löns hätte man etwa auch Dirk Liebenows Beitrag über *Hoffmann von Fallersleben* gewünscht. Liebenow reduziert den politischen Hoffmann auf einen schwarzrotgoldenen „Demokraten und Patrioten“ (S. 49), der sich geradezu stromlinienförmig ins Konzept unserer heutigen politischen Überzeugungen einfügt. Weder die bedenkliche Kehrseite des Vaterlandsbegriffs der Vormärzzeit noch die Tendenz mancher Gedichte des späten Hoffmann (nach 1871) werden zur Sprache gebracht. Das *Lied der Deutschen* besteht, wenn man Liebenows Worten vertraut, überhaupt nur aus seiner dritten Strophe. Die politisch folgenreich gewordene, von Anfang an problematische, auf jeden Fall kommentarbedürftige erste Strophe des Liedes wird von Liebenow einfach verschwiegen. Auch biographisch wäre mehr Sorgfalt am Platz gewesen: August Heinrich Hoffmann empfing als Schüler „prägende Eindrücke von der revolutionären Umbruchszeit nach 1800“ (S. 52) keineswegs — wie Liebenow meint — „in der tiefsten Provinz“ (also in Fallersleben), sondern in der damals größten Stadt Niedersachsens: in Braunschweig eben, wo er das Katharineum besuchte.

Wie schon beim ersten Band läßt sich auch diesmal mit der Auswahl der Literaten rechten, denen die Ehre eines Artikels widerfahren ist. Unverkennbar krankt auch der zweite Band an einer starken Hannover-Lastigkeit. So ist z. B. das Hannover der ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts mit *Kurt Schwitters*, *Gerrit Engelke*, *Christoph Spengemann*, *Paul Steege*, *Friedrich Wilhelm Wagner*, *Theodor Lessing* und anderen gut repräsentiert. Weitgehend ausge-

blendet dagegen ist das an überregional wirksamen Autoren und Verlegern reiche Braunschweig des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Nur die drei Unvermeidbaren, *Gerstäcker*, *Raabe* und *Ricarda Huch* kommen vor, sonst niemand. Der sicherlich bemerkenswerte Hannoveraner Kleinverleger *Paul Steege* ist mit einem ihm gewidmeten Artikel vertreten, hingegen werden die in der Verlagsgeschichte Niedersachsens nun wirklich namhaften, in Braunschweig ansässigen Verleger ignoriert: die Braunschweiger Dynastie der Vieweg (Verleger Goethes, Kellers, H. C. Andersens u. v. a. m.) erscheint nirgends, nicht einmal im Index, und dasselbe gilt für George Westermann und seinen Verlag. Die Entwicklung von *Westermanns Illustrierten Monatsheften* zu einer Literaturzeitschrift von reichsweiter Bedeutung wäre ohne die rührige Tätigkeit des Schriftleiters und — zu seiner Zeit — Erfolgsschriftstellers Adolf Glaser nicht zu denken gewesen. Beide, die Zeitschrift und ihr Redakteur, hätten einen Artikel verdient gehabt. Und nicht nur sie: Dem Buch fehlen Artikel über Leute wie Hans v. Veltheim, Wolfgang Robert Griepenkerl, Hermann Klencke, Eduard Brinckmeier, Eduard Schmelzkopf, August Otto-Walster, Friedrich Huch, Rudolf Huch, Ina Seidel, um nur einige zu nennen. Nötig gewesen wäre auch ein Artikel über die plattdeutsche Literatur Niedersachsens im 19. und 20. Jahrhundert. Die ist nicht immer so platt, harmlos und unpolitisch (im Grothismus verharrend), wie viele Außenstehende vermuten.

Auch diesem zweiten Band ist daher eine ihn aus seiner regionalen hannöverschen Enge befreiende Neuauflage zu wünschen, in deren Titel erst dann das Wort „niedersächsisch“ zu Recht stünde. Bei der Gelegenheit wären dann auch ein paar komisch wirkende Nachlässigkeiten zu beseitigen, wie etwa die, daß in Petra Feils Beitrag über *Lou Andreas-Salomé* die Schriftstellerin Malwida von Meysenbug konstant mit einem überflüssigen „r“ im Namen erscheint (*Meysenburg*; S. 101). Ins Register ist sie dann sogar als *Meysenberg* (S. 273) eingegangen.

Fazit, wie schon beim ersten Band: Schön, im ganzen auch nützlich, aber noch verbesserungsbedürftig.

Dr. Herbert Blume
Blücherstraße 1
38102 Braunschweig

Wilhelm Schrader, Jürgen Schierer, Ralf Pretzer:
Plattdeutsches Wörterbuch für Helmstedt und Umgebung. Auf der Grundlage der Mundart von Emmerstedt. Teil 1: Hochdeutsch-Plattdeutsch. Peine: Ostfalia-Verlag 1994. 124 S. 8°. 16,80 DM.

Nicht nur für „Helmstedt und Umgebung“, sondern darüber hinaus für weite Bereiche des Braunschweiger Landes ist dieses hochwillkommene Wörterbuch derzeit auf dem Buchmarkt ohne ernstzunehmende Konkurrenz. Sein Erscheinen ist zu begrüßen. Es ist kein Geheimnis, daß der Gebrauch des bodenständigen Plattdeutsch als Alltagssprache in der Braunschweiger Region seit der Mitte unseres Jahrhunderts stark zurückgegangen ist. Immer weniger Leute sprechen es, und auch die, die es noch einigermaßen können, sind sich ihrer plattdeutschen Sprache oft nicht mehr ganz sicher, eben weil sie sie zu selten verwenden. Mit dem Plattdeutschen geht es einem da wie mit jeder anderen Sprache auch: Wenn man eine zweite Sprache (z. B. Französisch, Italienisch oder Spanisch) einmal ganz gut konnte, aber sie nicht mehr täglich spricht, dann entgleiten einem nach und nach die selteneren Verbformen und die weniger häufigen Wörter und auch manche syntaktischen Regeln. Man versteht zwar nach wie vor jedes Wort, schlägt sich beim Sprechen auch noch akzeptabel durch, hat aber nicht mehr jedes Wort, jede Wortform, jede Wendung aktiv zur Verfügung. Für ein solches, seiner Zweitsprache nur noch bedingt sicheres Publikum (das es im Hinblick auf das Plattdeutsche in unserer Gegend nach wie vor in großer Zahl gibt) kommt das vorliegende Wörterbuch wie gerufen.

Dieser erste Band bietet, erschlossen durch knapp 4000 hochdeutsche Haupt-Stichwörter (Lemmata) und — in ihnen enthalten — durch eine Vielzahl von Unter-Stichwörtern einen soliden Teil des ostfälisch-plattdeutschen Grundwortschatzes dar. Daß das Wörterbuch zuerst mit einem Band erscheint, der den Wortschatz in der Richtung Hochdeutsch-Plattdeutsch präsentiert, hängt damit zusammen, daß das Buch seinen Hauptzweck eigentlich im Schulunterricht für Kinder erfüllen sollte, die Plattdeutsch als Fremdsprache lernen. In Emmerstedt (nach Helmstedt eingemeindet) hat der Hauptautor des Buchs, Wilhelm Schrader, seit Jahren solchen Unterricht erteilt.

Für den hier angesprochenen weiteren Benutzerkreis, d. h. für die ihrer plattdeutschen Sprachkennt-

nisse nicht mehr so ganz Sicherer, dürfte es bis zum Erscheinen des zweiten Bandes ein leichtes sein, das Buch einfach „gegen den Strich“ zu benutzen. Wer z. B. nicht mehr sicher weiß, wie der Plural von plattdeutsch *Wöort* (hochdeutsch ‚Wort‘) heißt, schlägt eben unter hochdeutsch *Wort* nach und findet dann auch den plattdeutschen Plural *Wööre*. Ungemein nützlich ist der 20 Seiten lange Grammatikanhang, über den das Buch verfügt und der neben vielem anderen auf 10 engbedruckten Seiten die kompletten Konjugationstabellen der unregelmäßigen Verben enthält, einschließlich der ja im Ostfälischen (im Gegensatz zum Nordniedersächsischen) erstaunlich lebenskräftigen Formen des Konjunktivs II. Wo kann man das sonst nachschlagen?

Da das Emmerstedter Plattdeutsch einen lautlichen Typus des Ostfälischen repräsentiert, der so oder ganz ähnlich zwischen Helmstedt und Hannover gesprochen wird, läßt sich das Buch in weiten Bereichen Ostfalens verwenden. Dank seinen reichhaltigen Angaben zur Deklination und Konjugation ist Schraders Wörterbuch dem Büchlein „Wie hait dat woll in Platt?“ von Friedrich Binroth (Cremlingen: Elm-Verlag 1987), das mit derlei Informationen kaum aufwartet, bei weitem überlegen. Die Frage, die Binroth in seinem Buchtitel einigermaßen leichtfertig stellt, läßt sich erst mit Schraders (Lehr- und) Wörterbuch wirklich und praktisch beantworten. Daß es dennoch eine Vergrößerung der Stichwortanzahl vertragen könnte, sei nicht verschwiegen. Aber bereits in seiner jetzigen Form ist es ein gute Dienste leistendes Hilfsmittel.

Zu danken ist dem eigentlichen Autor des Buchs, Wilhelm Schrader, und auch den Mitautoren, ohne deren sachkundige Mithilfe Schraders Arbeit nicht so bald das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätte. Dem geplanten weiteren Ausbau des Wörterbuchs (Erweiterung des Lemma-Vorrats; Erstellung eines zweiten Bandes; Verbesserung typographischer Details; Korrektur einiger weniger orthographischer Inkonsistenzen) ist Glück zu wünschen. Das Unternehmen verdient öffentliche Förderung.

Dr. Herbert Blume
 Blücherstraße 1
 38102 Braunschweig

Literatur in Braunschweig zwischen Vormärz und Gründerzeit. Beiträge zum Kolloquium der Literarischen Vereinigung Braunschweig vom 22. bis 24. Mai 1992. Herausgegeben von **Herbert Blume** und **Eberhard Rohse**. Braunschweig 1993. Erschienen als: Braunschweiger Werkstücke Reihe A: Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv und der Stadtbibliothek. Im Auftrag der Stadt Braunschweig herausgegeben von Wolf-Dieter Schuegraf. Band 33, der ganzen Reihe Band 84. Schriften der Literarischen Vereinigung Braunschweig. Band 39. Jahressgabe 1992.

Das 50jährige Bestehen der Literarischen Vereinigung Braunschweig war Anlaß, eine Tagung zu diesem Thema zu veranstalten, dessen Bearbeitung — so ist der Eindruck nach der Lektüre der Beiträge — seit langem angestanden hat. Dabei folgt die Zusammenstellung einem Erfordernis, welches die geistesgeschichtliche Betrachtung aufbitt: Interdisziplinär wird das Thema aus literaturhistorischer, geschichtswissenschaftlicher sowie soziologischer Perspektive beleuchtet, so daß am Ende ein umfassender Überblick über Ort und Zeit und deren Vertreter steht. Ein sozialhistorisches Interesse an Literatur und Sprache eint dabei die verschiedenen Themenstellungen der Einzelbetrachtungen. Die Auswahl des siebzig Jahre umfassenden Zeitraums zwischen 1830 und 1900 gründet in der Erkenntnis, daß es gerade diese Zeit ist, in welcher die geistesgeschichtliche Stellung Braunschweigs so wenig erforscht wie bedeutsam erscheint. Vor dem Hintergrund des Wandels der Stadt von der kleinen Hauptstadt eines Herzogtums zu einer industriell geprägten Großstadt wird die gesellschaftliche Stellung des Literaten reflektiert, dies in Form von Überblicksdarstellungen und Einzelbetrachtungen bestimmter Literaten wie Raabe (dieser bedeutendste Vertreter von Stadt und Zeit nimmt den größten Raum ein) und seinen heute mehr oder weniger unbekannten Dichterkollegen.

Der Band gliedert sich nach drei inhaltlichen Schwerpunkten: I. Gesamtansichten und Hintergründe, II. Braunschweiger Autoren in ihren Werken, III. Vereinswesen und literarische Geselligkeit. Literarische und sprachsoziologische Aspekte.

In seinem Einführungsprogramm *Glanz und Elend einer literarischen Region. Braunschweig in Vormärz und Gründerzeit* stellt Horst Denkler fest, daß es ein Bewußtsein über die literaturhistorische Bedeutung

Braunschweigs nicht gegeben hat; ein Mangel, der mit der „sozial- und mentalitätsgeschichtliche[n] Befindlichkeit der damaligen Stadt“ (19) begründet wird: Der in wirtschaftlicher Hinsicht vollzogene Strukturwandel sei von der bürgerlichen Gesellschaftsschicht noch nicht in ein kulturelles Bewußtsein gewendet worden — kleinbürgerliche Ignoranz ist das Stichwort. Dieses belegt zum Beispiel die Ignorierung Wilhelm Raabes: Auf dem 1882 in Braunschweig stattfindenden Schriftstellertag wird sein Name nicht genannt. Dies belegt auch, daß eine Reihe von Literaten, deren Lebenswandel und Weltanschauung nicht mit Vorstellungen kleinbürgerlicher Denkweisen zusammenpaßten, existenzieller Not, gezwungener Emigration, Verelendung, Freitod ausgesetzt waren. Den zu Unrecht Vergessenen einen Platz in der Literaturgeschichte einzuräumen, konkret in Form eines „institutionalisierte[n] Forschungs- und Studienzentrum[s] für braunschweigische Literatur“ (26), lautet der abschließende Appell des Literaturhistorikers.

Der Braunschweiger Historiker Joachim Schildt bezieht in seinem Beitrag *Soziale Ordnung und sozialer Wandel im Braunschweig des 19. Jahrhunderts* die allgemein bekannten Entwicklungslinien deutscher Sozialgeschichte des 19. Jhs. auf die spezifische Situation der braunschweigischen Stadt- und Bevölkerungsentwicklung: Pauperismus, Industrialisierung (1855 befindet sich Braunschweig noch im vorindustriellen Stadium), veränderte Berufsstrukturen (z. B. zunehmende Bedeutung des sekundären Sektors), Entstehung neuer Gesellschaftsschichten (z. B. die der Schicht des modernen Fabrikarbeiters) und Verbesserung der Einkommensverhältnisse sowie die zunehmende Bedeutung der Stellung der Frau im gesellschaftlichen Leben (die Pole des sozialen Spannungsfeldes heißen zu schwere und schlecht bezahlte Arbeit der Unterschichtsfrauen und unausgefüllter Alltag der Frauen der Oberschicht) sind diejenigen Faktoren, die den Wandel auch der Braunschweiger Sozialgeschichte bewirken.

Das erste Kapitel beschließt der Beitrag *Höfische und nichthöfische Gesellschaft in Braunschweig um 1848* von Christof Römer, in welchem der Verfasser vor dem historischen Hintergrund politischer Umbrüche (1806, 1813) und Systemveränderungen (1815, 1826, 1830/31) die Entstehung einer neuen Oberschicht — abgelesen aus den Listen der Ordens-

träger im jeweiligen Braunschweiger Adreßbuch — um den neuen Landesherrn Herzog Wilhelm feststellt, bestehend aus adligen und nichtadligen Angehörigen unterschiedlicher Verwaltungsebenen. Sie erscheinen — das ist neues Kriterium bei der Ordensverleihung — nicht mehr als adlige Tugend-, sondern als höfische Funktionsträger.

Der Braunschweiger Literaturwissenschaftler Eberhard Rohse reflektiert in seinem Beitrag *Literarische „Märzerrungenschaften“*. Die Revolution von 1848 in Werken Braunschweiger Schriftsteller exemplarisch die Literarisierung eines historischen Ereignisses. Für Wilhelm Raabe wird die nachhaltige Wirksamkeit des Nationalstaatsgedankens (‘Schwarzrotgold’) festgestellt und die Tagesaktualität der Revolutionslyriker Schmelzkopf, Klencke und Hoffmann von Fallersleben manifestiert sich u.a. in ihren wiederkehrenden Themen Nationalstaat, Freiheit und Demokratie, konstitutionelle Monarchie, Reaktion und auch die (Berliner) Ereignisse vom März 1848 selbst. Die Gattung Politische Rede und Geschichtsbericht mit ihren Vertretern Griepenkerl, Brinckmeier und Heusinger zeigt die gemäßigte Zielrichtung Braunschweiger Revolutionsbestrebens: Konstitutionelle Monarchie und Verdammung der roten Republik sind die mit euphorischem Pathos vorgetragenen Themen. In der Gattung Drama motivieren vor allem das Jahr 1789 mit den Figuren Robespierre, Napoleon und Danton sowie weitere Ereignisse der Revolutionsgeschichte die literarische Gestaltung. Fazit: „Gerade die Freiheits- und Deutschlandthematik von 1848 [...] zeitigt eine eigene — auch literarische — Dialektik von Regionalität und Überregionalität“ (107). Die Eigenheit des „Braunschweiger Kapitel[s] Literaturgeschichte“ (106) sieht Rohse in der Verbindung von Lokalem und Überregionalem, und er formuliert abschließend als Desiderat eine synchrone (auf verschiedene Zeitgenossen bezogene) und diachrone (mit den historischen Stationen Mittelalter, Herman Bote, 1830 und 1913) Erarbeitung dieses Kapitels.

Eine *Annäherung durch Interpretation*: Über Hans Graf von Veltheim und sein Drama „Seekönig“ referiert Christian Juranek, indem er Lebenslauf, letztes Gedicht (eine literarische Inszenierung des unmittelbar folgenden Selbstmords Veltheims) sowie eine Werkinterpretation des Dramas zueinander in Beziehung setzt.

Hans-Ulrich Ludewig nimmt eine Bewertung vor: *Der Dichter als Historiker. Hermann Klenckes*

Romane als Quellen zur Braunschweigischen Geschichte ist ein Beitrag, welcher „die Angst des Historikers vor fiktionalen Texten“ (133) historisch betrachtet, indem Ludewig an die Tradition der Literaturrezeption bei der Geschichtsschreibung erinnert. Im 19. Jh. sind ästhetische Fiktion und historische Wirklichkeit als zwei gleich gültige Quellen der Geschichtsbetrachtung ausgewiesen und die historischen Romane Klenckes belegen diese Gleichrangigkeit. Akribisches Quellenstudium und enge Anlehnung an historisches Material lassen sie zu „einer gelungenen Mischung aus Fiktion und Wirklichkeit“ (153) geraten — wenn auch die nüchterne Geschichtsdarstellung zumeist den künstlerischen Wurf überlagert.

Am Beispiel Adolf Glaser[s] als Braunschweiger Literat beschreibt Eberhard Rohse Biographie und Werk eines Vergessenen. Er markiert die Stationen des Braunschweigers vor dem Hintergrund der — obwohl auch von Animositäten gekennzeichneten — Dichterfreundschaft mit Wilhelm Raabe, würdigt das aus Lyrik, Drama, Gesellschaftsroman, Übersetzungen und Nachdichtungen sowie Erzählungen und Novellen bestehende Gesamtwerk des Autors, bevor speziell das ‚Braunschweigische‘ im Verhältnis zu überregionalen Stoffen Glasers reflektiert wird. Eine für Glaser typische Darstellungsweise besteht dabei etwa darin, historisch-politische mit privat-sentimentalen Motiven zu verschränken.

Heiko Postma weist in seinem Beitrag *Hagenmarkt und Mississippi. Der Erzähler Friedrich Gerstäcker* den romantischen Einfluß (zumal Eichendorffs) auf Gerstäcker nach, dessen Biographie von einem für ihn typischen „Spannungsverhältnis zwischen Dauer und Wechsel“ (218) gekennzeichnet ist — Auslandsaufenthalte und der wiederholte Rückzug in die deutsche Ruhe und Beschaulichkeit. Als immer wiederkehrendes Thema Gerstäckers ist die Rolle der Kirche und ihrer Vertreter sowie die Unterdrückung Eingeborener durch Kolonialisten zu erkennen.

Dem Leben und Werk August Otto-Walsters ist der Beitrag von Henning Meier *Ein Arbeiterführer und Schriftsteller. „Dr. A. Otto-Walster aus Dresden, jetzt Braunschweig, Leopoldstraße 23“* gewidmet. Henning Meier macht den Zusammenhang zwischen dem politischen Engagement und dem literarischen Schaffen Otto-Walsters — am Beispiel seines historischen Romans ‚Braunschweiger Tage‘ sowie seines wichtig-

sten Werks ‚Am Webstuhl der Zeit‘ — deutlich. Otto Walster, der seinerzeit sowohl eine bedeutende politische Rolle innehatte als auch ein populärer Literat war, dann aber nahezu vollkommener Vergessenheit anheimfiel, scheint ein typisches Beispiel eines zu Unrecht Vergessenen zu sein, dessen literarischem Werk das Prädikat Kunst nicht abzusprechen ist.

Der *Geschichtsroman als politisch-sozialer Roman. Zum Thema der Bürgerfreiheit in W. Raabes „Unserers Herrgotts Kanzlei“* ist das Thema Wilhelm Kühlmanns, der das „Gemeinsame zwischen ‚Kunstwerk‘ und ‚Geschichtswerk‘ wahrzunehmen“ (258) sich aufgegeben hat. Über das Stichwort ‚Freiheit‘ nähert sich Kühlmann dem Roman, der ihm als „verkapptes Manifest nationalliberaler Gesinnung“ (272) erscheint, geistesgeschichtlich manifestiert in zwei für Raabe bedeutsame „epochale Identitäten ...: die Identität des Ich in der Stadt als dem bürgerlichen ‚Gemeinwesen‘ und die Identität des Ich in der bürgerlichen Familie“ (265).

Das Thema Gabriele Henkels *Braunschweig in Raabes „Meister Autor oder Die Geschichten vom versunkenen Garten. Stadt-Paradigma und narrative Struktur“* ist die literarische Verarbeitung der beobachteten Stadtwirklichkeit. Der intensive Kontakt Raabes mit dem Stadtbaumeister Tappe zur Entstehungszeit des Romans schlägt sich in einer detailgetreuen Reflektion der Stadtentwicklungsgeschichte in der fiktionalen Dimension nieder, so daß der Roman gleichsam als zeitgenössischer Stadtführer gelten kann.

Der abschließende dritte Themenschwerpunkt wird eingeleitet von Rolf Parrs Beitrag *„Ätherische Kränzchen, oder wie es heißt. Wilhelm Raabe in „Bergwerk“, „Sonntagskränzchen“, „Kleiderseller“ und „Werdandi-Bund“*. Besonders hinsichtlich der beiden zuletzt genannten Vereinigungen belegt Parr das unterschiedliche Engagement Raabes in ihnen. Insofern er philiströser Stammtischgemütlichkeit eher zugeneigt war als einer programmatisch ausgerichteten Verbindung, war Raabes Bindung an die Braunschweiger ‚Kleiderseller‘, einer Honoratioren-Runde, die erst im weiteren Verlauf ihres Bestehens literarische Ambitionen realisierte — wobei Raabe kaum aus eigenen Werken vortrug, sondern seinen künstlerischen Beitrag eher in Form von Zeichnungen leistete — sehr viel intensiver als die an den Berliner ‚Werdandi-Bund‘, einem kulturpolitisch konservativen

Klub, der sich die Raabe-Pflege unter dieser Perspektive zu eigen gemacht hat, wie allerdings später auch die ‚Kleiderseller‘, die besonders nach 1900 den dann berühmt gewordenen Raabe als deutsch-völkischen Dichter präsentierten.

Den letzten Beitrag des Bandes bildet das Referat Herbert Blumes *Niederdeutsch zwischen Lebensform und Kostüm. Funktionen des Dialekts in Wilhelm Raabes Freundeskreis „Die Bauernschaft vom Krähenfelde“*. Eins der Ziele des Klubs, dem auch Bauern und Handwerker angehörten, war die Pflege des Niederdeutschen als Vereinssprache. Darin sieht Blume das „Bedürfnis einer Flucht aus der Zeit“ (332), welches die bürgerlichen Mitglieder, zumal die Literaten unter ihnen, hatten, während für die wirklichen Bauern das Plattdeutsche die „normale sprachliche Lebensform“ (343) darstellte. Am Beispiel von Eduard Schmelzkopf, August Hermann, Ludwig Hänselmann und Wilhelm Raabe stellt Blume die unterschiedlichen Funktionen des Plattdeutschen im jeweiligen Werk vor. Während Schmelzkopf sich als Anwalt der kleinen Leute verstand und sich des Plattdeutschen insofern als didaktisches Mittel bediente, machte sich August Hermann mithilfe seiner Verarbeitung über die rückständigen Bauern lustig. In Wilhelm Raabes Werk spielt das Niederdeutsche eine eher untergeordnete Rolle, so daß für ihn der Ausdruck „Kostüm“ am ehesten zutrifft.

Die Gemeinsamkeit dieser Einzelbeiträge manifestiert sich in dreierlei Hinsichten. Immer wiederkehrende Frage ist einerseits das Verhältnis zwischen Regionalität und Überregionalität, andererseits die der literarischen Wertung: Inwiefern sind die vorgestellten Autoren zu Recht oder zu Unrecht der Vergessenheit anheimgefallen. Schließlich eint die Beiträge die gemeinsame Fragestellung nach ihrer historischen Authentizität. Der mit zahlreichen Abbildungen informativ ausgestattete Sammelband ist eine literarische Sozialgeschichte, dessen Wert in dem Zusammenspiel von literaturgeschichtlicher und historischer Gesamtschau, interdisziplinärer Literaturbetrachtung und gründlicher Einzelstudie besteht.

Dr. Heidrun Kämper-Jensen
Grünewaldstr. 30
68163 Mannheim

Heege, Andreas, Fliegen-Finden-Forschen. Luftbildarchäologie in Südniedersachsen. In Zusammenarbeit mit Stefan Flindt, Klaus Grote, Christian Leiber, Bernd Rasink, Frank Siegmund und Sandra Vichmeier. Bilder und Texte aus Südniedersachsen 1, hrsg. vom Landschaftsverband Südniedersachsen e. V. Reichold Verlag Hannover 1994, 71 S., 69 größtenteils farbige Abbildungen. ISBN 3-930459-02-7.

Bisweilen erschüttern neue Methoden eine etablierte Wissenschaft. So geschah es in den letzten Jahrzehnten gleich mehrfach in der Archäologie. Einmal waren es die naturwissenschaftlichen Altersbestimmungen, zunächst durch die C14-Methode und seit neuestem dann besonders die Dendrochronologie, die die chronologischen Vorstellungen heftig durcheinanderwirbelten. Zum anderen ist es z.Zt. die Prospektion archäologischer Fundstellen durch die sogenannte Luftbildarchäologie, die zu völlig neuen Erkenntnissen im Bereich des archäologischen Denkmalbestandes und auch der Denkmalstruktur führte.

Die Methode selbst ist nicht neu, ihre Grundlagen wurden bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt. Erste planmäßige Befliegungen wurden seit 1937 auf Initiative des Landesmuseums Hannover von der Fliegerbildschule Hildesheim unternommen. Berühmt wurden die Aufnahmen zur Pfalz Werla, die überhaupt erst die ganze gewaltige Ausdehnung der Anlage mit zwei Vorburgen erkennen ließen. Diese Prospektion diente aber vor allem der Vorbereitung der zielgerichteten Ausgrabung, eine Nutzung zur systematischen Erfassung aller Denkmäler wurde nicht erkannt oder zumindest nicht angegangen bzw. auch nicht für nötig befunden.

Wie so häufig waren es die spektakulären Erfolge eines Einzelnen, von Otto Braasch, eines Autodidakten, dessen Ergebnisse mit dieser Methode durch die cleveren Landesbehörden insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg ausgeschöpft wurden. In Niedersachsen wurde diese Chance, abgesehen von einzelnen Lokalinitiativen, mal wieder verpaßt.

Erst dem Einsatz einer engagierten Gruppe junger Lokalarchäologen im südniedersächsischen Bergland, die namentlich als Mitarbeiter des vorliegenden Buches genannt werden, ist es zu verdanken, daß nunmehr auch spektakuläre Ergebnisse dieser Methode wenigstens aus einem Teilbereich Niedersachsens vorliegen. Unabhängig vom vorliegenden

Komplex ist außerdem noch das Dezernat Archäologische Inventarisierung im Institut für Denkmalpflege Hannover zu nennen, das die verwaltungsmäßige Erfassung der Ergebnisse übernahm und damit deren allgemeine Nutzbarkeit sicherstellte. Von hier wird auch versucht, die Methode für Niedersachsen voranzutreiben. (Braasch, O. und J. Möller, Zum Stand der archäologischen Flugprospektion in Niedersachsen. Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 14, 1994, S. 2 — 8).

Die Ergebnisse der Befliegung Südniedersachsens werden im hier beschriebenen Werk vorgelegt. Nach einer Einführung in die Geschichte der Luftbildarchäologie folgt eine Beschreibung der Methode. Es wird an anschaulichen Abbildungen vorgeführt, wie es überhaupt zu entsprechenden Erdverfärbungen im Untergrund kommen kann, die dann für die Methode auswertbar sind. Danach werden an zwanzig Beispielen von der Steinzeit bis ins Mittelalter die Erkenntnismöglichkeiten vorgeführt, die die Methode bietet. Besonders herausragend die Belege für jungsteinzeitliche Befestigungsanlagen, die bis vor wenigen Jahren überhaupt noch nicht bekannt waren und sich durch die Luftbildprospektion vervielfacht haben, oder auch die Entdeckung eines vermutlichen Römerlagers an der Weser.

Bei aller Begeisterung für die Methode darf nicht verschwiegen werden, daß sie durchaus nicht immer zu Ergebnissen führt. Der jeweils gerade herrschende Bewuchs, Austrocknungsgrad, Lichtverhältnisse, Tageszeit, Witterung u. v. a., können an einem Tag deutlich sichtbare Ergebnisse bringen, am anderen an gleicher Stelle aber keinerlei Spuren erkennen lassen. Vor allem aber ist ein geschultes Auge des Befliegers entscheidend. Und, das Luftbild ermöglicht selten eine Datierung der Erscheinung. Hier sind andere archäologische Methoden notwendig.

Der Gruppe um Andreas Heege ist mit vorliegendem Buch eine hervorragende Dokumentation ihrer Arbeit mit der Luftbildarchäologie in Südniedersachsen gelungen. Gleichzeitig ist es Begleitschrift für die in verschiedenen Heimatmuseen laufende Ausstellung zu diesem Thema. Beides ist sehr empfehlenswert.

Wolf-Dieter Steinmetz M. A.
Schleiermacherstr. 9
38300 Wolfenbüttel

Der Braunschweigische Landesverein im Jahre 1993

Die Jahreshauptversammlung fand am 11. März 1993 im Braunschweigischen Landesmuseum statt. Wahlen zum Vorstand standen nicht an. Der Vorstand wies darauf hin, daß trotz gestiegener Druck- und Portokosten der Mitgliedsbeitrag nicht erhöht wird. Um den Standard der Braunschweigischen Heimat zukünftig aber erhalten zu können, werden die Mitglieder gebeten, die Arbeit des Vereins mit Spenden zu unterstützen.

Im Berichtsjahr erschien der Band 79, 1993 der Braunschweigischen Heimat.

Der Verlust folgender Mitglieder durch Tod ist zu beklagen: Lucie Bannow, Heinrich Eggersglüss, August Fricke, Christel Haucke, Hermann-Paul Klose, Gerhard Lüders, Prof. Dr. F. Rogowski, Hans-Jochen Siegert, Sigrid Weise und Margarete Wulf.

Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt:

14. 1. 1993 Vortrag mit Lichtbildern „Der Abt Jerusalem und die Geschichte“ (Prof. Dr. Karl Heinz Celrich)
28. 1. 1993 Führung durch die Ausstellung „Victoria Luise — Kaisertochter, Herzogin, Braunschweiger Bürgerin“ (Gerd Biegel M. A.)
11. 2. 1993 Vortrag mit Lichtbildern „Mittelalterliche Stadtstruktur am Beispiel der Stadt Braunschweig“ (Prof. Dr. Harmen Thies)
6. 3. 1993 Halbtagsfahrt — Wolfsburg-Nordsteimke mit Besichtigung des Heinrich-Büssing-Hauses, anschließend Schlachteessen im Restaurant „Lindenhof“ — (Hans-Friedrich Meibom)
11. 3. 1993 Vortrag mit Lichtbildern „Das Projekt einer ‚Hochschulstadt‘ in Braunschweig 1938 — 1942“ (Dipl.-Ing. Architekt Holger Pump-Uhlmann)
22. 4. 1993 Führung durch die Ausstellung „Einführung in die Baukunst der Romanik in Niedersachsen“ (Dr. Jördes Lademann)
6. 5. 1993 Führung durch die Ausstellung „Ehepaarporträts des 19. Jahrhunderts“ (Wulf Otte)
8. 5. 1993 Exkursion mit geologischem Schwerpunkt in das Gebiet zwischen Gernrode und Güntersberge im Ostharz, Besichtigung der ottonischen Stiftskirche (Dr. Knappe, Hans-Friedrich Meibom)
27. 5. 1993 „Naturkundlicher Gang durch das Naturschutzgebiet Riddagshausen“ (Dipl.-Biologe Horst Grunert)
10. 6. 1993 Führung durch die Ausstellung „Sachsen-Anhalt“ (Dr. Angela Klein)
12. 6. 1993 Exkursion nach Hameln an der Weser — Stadt der Weserrenaissance und des Rattenfängers (Hans-Friedrich Meibom)
24. 6. 1993 Besichtigung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (Ing. F. H. Christine Haubold)
22. 7. 1993 Stadtrundgang „Wohn- und Arbeitswelten im westlichen Ringgebiet Braunschweigs“ (Frank Erhardt)
12. 8. 1993 Stadtrundgang „Durch Wolfenbüttel im Hinblick auf die Altbausanierung“ (Dipl.-Ing. Haupt)
21. 8. 1993 Exkursion mit biologischem Schwerpunkt — Drömlingsniederung bei Oebisfelde und in das ehemals braunschweigische Amt Calvörde — (Hans-Friedrich Meibom)
28. 8. 1993 „Tag der Braunschweigischen Landschaft“, Schloß Salzgitter-Salder
9. 9. 1993 Vortrag „Nationalpark — eine Chance für den Naturraum Harz — Vorgeschichte und Stand“ (Dipl.-Geol. Friedhardt Knolle)
18. 9. 1993 Exkursion — Quedlinburg mit seinem Fachwerk, Markt und Rathaus mit Roland und der Stiftskirche auf dem Schloßberg, in der König Heinrich I. seine letzte Ruhestätte fand. — (Hans-Friedrich Meibom)
23. 9. 1993 Führung durch die Ausstellung „Lessing in Italien“
14. 10. 1993 Vortrag mit Lichtbildern „Ludwig Winter — Stadtbaurat um die Jahrhundertwende“ (Dipl.-Ing. Architektin Monika Lemke-Kokkoling)
21. 10. 1993 Vortrag „Der Harz in Literatur und Kunst“ anschließend Besichtigung der Sonderausstellung „Erinnerung an den Harz. Historische Harzan-sichten aus Privatbesitz“ (Gerd Biegel M. A.)
11. 11. 1993 Vortrag mit Lichtbildern „Das fürstliche Schloß zu Hessen“ (Rolf Sonnenberg M. A.)
2. 12. 1993 Vorweihnachtliche Stunde in der St. Johanniskirche, Braunschweig

Der Mitgliederbestand betrug am 31. 12. 1993: 432

Wolf-Dieter Steinmetz M. A.